MINISTERIUM FÜR ÄUSSERES, BILDUNG UND SPORT

Regierungsrätin Dominique Hasler

Im Bereich Äusseres führten die Beschränkungen aufgrund der Covid-19-Pandemie im Berichtsjahr weiterhin dazu, dass die meisten Treffen virtuell oder hybrid durchgeführt wurden. Der Fokus der Aussenpolitik lag im Berichtsjahr auf der Pflege und Vertiefung der nachbarschaftlichen Beziehungen mit unseren Nachbarn sowie der Stärkung der Beziehungen zu den EWR/EFTA-Staaten. Gemeinsam mit diesen konnte auch das Freihandelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich sehr zeitnah abgeschlossen werden. In den internationalen Organisationen setzte Liechtenstein sich für die Menschenrechte, die Bekämpfung der Korruption, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und eine unabhängige Justiz ein. Generell war die aussenpolitische Situation aufgrund der geopolitischen Spannungen, der Schwächung des Multilateralismus und autoritären Tendenzen herausfordernd.

Im Bildungsbereich wurde das Berichtsjahr massgeblich von der Covid-19-Pandemie geprägt. Es wurde alles darangesetzt, Schulschliessungen zu verhindern. Dafür benötigte es ein intensives Krisenmanagement und das fortlaufende Anpassen von Prozessen. Dank des grossen Einsatzes vom Schulpersonal, den Eltern und vor allem auch der Schülerinnen und Schülern ist es gelungen, den Schulbetrieb aufrecht zu erhalten. Die für die Schule konzipierten Schutzvorgaben wurden im Hinblick auf die Entwicklung der Pandemie mehrfach überarbeitet und Massnahmen ergriffen, um die Weiterführung des Präsenzunterrichtes sicherzustellen. Zudem wurde im Berichtsjahr die Bildungsstrategie, die den Orientierungsrahmen für die Weiterentwicklung des Bildungssystems darstellt, erarbeitet und der Öffentlichkeit präsentiert. Grosse Bildungsprojekte wie die Implementierung des Liechtensteiner Lehrplans (Lile) und die Umsetzung des ICT-Projektes wurden trotz der Herausforderungen der Pandemie vorangetrieben. So konnten im Berichtsjahr alle weiterführenden Schulen mit technischen Geräten ausgestattet und der Rollout der iPads auf der Primarschule sichergestellt werden.

Im Geschäftsbereich Sport stand das Berichtsjahr ebenfalls ganz im Zeichen der Covid-19-Pandemie. Entsprechend wurden beim Landtag Finanzmittel für die Verlängerung des Reglements zur Ausrichtung von Unterstützungsbeiträgen für Institutionen im Sportbereich beantragt, die aufgrund der zur Eindämmung der Pandemie notwendigen Restriktionen finanzielle Einbussen erlitten. Dank des grossen Einsatzes der Sportfamilie Liechtensteins konnten viele sportliche Anlässe unter Einhaltung der geltenden Beschränkungen durchgeführt werden. Als positive Höhepunkte des Berichtsjahres sind einerseits die Einweihung des mobilen Pumptracks für die Schulen und die Verleihung des Goldenen Lorbeerblatts für aussergewöhnliches Engagement und herausragende Leistungen im Sport an Birgit Heeb-Batliner zu nennen.

Äusseres

Auch im Berichtsjahr wirkte sich die Covid-19-Pandemie erschwerend auf die Planung und physische Durchführung von nationalen und internationalen Treffen aus. Folglich fanden zahlreiche bi- und multilaterale Treffen virtuell oder in einem hybriden Format statt. Zudem bewegt sich die Aussenpolitik in einem immer herausfordernderen Umfeld, was unter anderem Machtverschiebungen, die Schwächung multilateraler Institutionen sowie wachsender Autoritarismus zeigen.

Der aussenpolitische Schwerpunkt der Pflege und Weiterentwicklung der nachbarschaftlichen Beziehungen mit der Schweiz, Österreich und Deutschland wurde auch in diesem Berichtsjahr vertieft. Ebenso erfolgte zwischen den EWR/EFTA-Partnerstaaten ein reger und regelmässiger Austausch. Auch die Beziehungen zur Europäischen Union (EU) wurden im Berichtsjahr weiter gepflegt. Mit der Eröffnung des Honorarkonsulates in Brünn konnte auch die diplomatische Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik ausgebaut werden.

In der Jahresmitte gelang den EWR/EFTA-Staaten der Abschluss des Freihandelsabkommens mit dem Vereinigten Königreich. Es war das erste Abkommen, welches rein virtuell verhandelt wurde und die Verhandlungsdauer konnte auf ein Minimum verkürzt werden. Mit dem Abkommen wurde der Marktzugang liechtensteinischer Unternehmer im Vereinigten Königreich sichergestellt.

In der Aussenwirtschaftspolitik konnten die Arbeiten zu dem EFTA-Modellkapitel über den digitalen Handel (E-Commerce) abgeschlossen werden. Ebenso traten das revidierte Freihandelsabkommen mit der Türkei und das Freihandelsabkommen mit Indonesien in Kraft. Zudem konnten Freihandelsverhandlungen mit Moldawien aufgenommen werden.

In internationalen Organisationen setzte sich Liechtenstein weiter aktiv für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, einer unabhängigen Justiz sowie die Bekämpfung der Korruption ein. Ebenso wurden Liechtensteins Interessen in der FACTI (Financial Accountability, Transparency, Integrity) Initiative, welche unter anderem ein globales Besteuerungssystem vorsieht, verfolgt.

Im Bereich Sicherheit und Verbrechensbekämpfung konzentrierte sich Liechtenstein auf die Weiterverfolgung derjenigen Bereiche im Sicherheitsrat, in welchen die Zivilbevölkerung eines Landes besonders schweren Verbrechen ausgesetzt ist. Liechtenstein setzte sich im Lichte der Covid-19-Pandemie zudem für eine Erweiterung des bestehenden Sicherheitskonzeptes des UN-Sicherheitsrates ein und unterstützte auch die UN-Klimaresolution, welche erstmals die Einstufung des Klimawandels als Bedrohung für den internationalen Frieden und Sicherheit vorsah.

Im Menschenrechtsbereich konnte die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt

gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) erfolgen. Ebenso bildete die «Liechtenstein Initiative for Finance Against Slavery and Trafficking» (FAST) einen Schwerpunkt der Arbeit im Menschenrechtsbereich. Die Initiative wurde in diversen nationalen und internationalen Veranstaltungen prominent erwähnt.

Im August 2020 reichte Liechtenstein eine Staatenbeschwerde nach Art. 33 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) gegen die Tschechische Republik ein. Das Ministerium betreute auch in diesem Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der nicht-residierenden liechtensteinischen Botschaft in Tschechien und der diplomatischen Vertretung in Strassburg die weiteren Verfahrensschritte, koordinierte die Information von relevanten Akteuren sowie Gremien und leitete die interne Koordinationsgruppe zur Staatenbeschwerde.

Im Bereich der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) investierte Liechtenstein im Berichtsjahr fast CHF 23 Mio. Hiervon gingen rund zwei Drittel im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit an den Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED). Geografisch gesehen verteilten sich die IHZE-Beiträge hauptsächlich auf Afrika (49%), gefolgt von Süd- und Zentralamerika (12%), Europa (15%), dem Nahen Osten (6%) und Asien (2%).

Der letzte definitive ODA-Prozentsatz, welcher die offizielle Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) aufzeigt, liegt für das Jahr 2019 vor. Bei einem BNE von CHF 6'230 Mio. ergibt sich dabei für Liechtenstein ein ODA-Prozentsatz von 0.41.

Europäische Zusammenarbeit

Durch die im Jahr 2017 erfolgte Information über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus dem EU-Vertrag, wurde ein mehrjähriger Austritts- und Verhandlungsprozess ausgelöst. Dieser konnte im Berichtsjahr durch den Abschluss eines umfassenden Freihandelsabkommens zwischen den EWR/EFTA-Staaten und dem Vereinigten Königreich beendet werden. Bei dem Abkommen handelt es sich um das bis anhin komplexeste Freihandelsabkommen, welches Liechtenstein je abgeschlossen hat. Dennoch konnten die rein virtuell abgehaltenen Verhandlungen in Rekordzeit abgeschlossen werden. Das Abkommen garantiert den Marktzugang liechtensteinischer Unternehmen im Vereinigten Königreich und wahrt die Interessen liechtensteinischer Staatsangehöriger. Regierungsrätin, Dominique Hasler unterzeichnete das Abkommen im Juli in London.

Ergebnis dieser positiven Verhandlungen war auch der im Oktober erfolgte Besuch des UK-Handelsministers, Ranil Jayawardena in Liechtenstein.

Im Berichtsjahr wurde eine hohe Zahl von 662 EU-Rechtsakten übernommen. Das stellt eine deutliche Erhöhung gegenüber dem vorangegangenen Berichtsjahr dar, dennoch bleibt der Rückstau weiterhin beträchtlich.

Im Zusammenhang mit dem EWR-Finanzierungsmechanismus konnten im Berichtsjahr keine Gelder an Ungarn bezahlt werden. Gemeinsam mit den anderen EWR/EFTA-Staaten bestand Liechtenstein auf die Verteilung der Gelder durch eine unabhängige Stelle, was von Ungarn verweigert wurde.

Im EWR-Rat, an welchem Regierungsrätin Dominique Hasler im Mai teilnahm, wurden unter anderem die Covid-19-Pandemie und deren Auswirkungen, die strategische Autonomie und die Industriestrategie der EU diskutiert. Im Zuge der EWR-Mitgliedschaft führte Liechtenstein auch regelmässig aussenpolitische Dialoge mit der EU.

Im August 2020 reichte Liechtenstein eine Staatenbeschwerde nach Art. 33 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gegen die Tschechische Republik ein. Die Tschechische Republik hat im Berichtsjahr ihre Stellungnahme zur Beschwerde beim EGMR eingereicht und Liechtenstein wurde vom EGMR eine Frist bis zum Mai 2022 für seine Stellungnahme gewährt. Das Ministerium hat die interne Koordinationsgruppe geleitet und in Zusammenarbeit mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der diplomatischen Vertretung in Strassburg und der Botschaft in Wien, welche für die diplomatischen Beziehungen zu Tschechien zuständig ist, die weiteren Verfahrensschritte ausgearbeitet.

Aussenwirtschaftspolitik und Finanzplatz

Im Berichtsjahr wurde der Fokus erneut auf die Ausdehnung des Netztes von EFTA-Freihandelsabkommen sowie die Modernisierung bestehender EFTA-Abkommen gelegt. Die Arbeiten zum EFTA-Modellkapitel über den digitalen Handel (E-Commerce) konnten abgeschlossen werden. Ebenso trat das revidierte Freihandelsabkommen EFTA-Türkei sowie das Freihandelsabkommen mit Indonesien in Kraft. Nachdem im vergangenen Jahr ein grundsätzlicher Abschluss der Freihandelsverhandlungen mit den MERCOSUR Staaten erfolgen konnte, wurden in diesem Berichtsjahr unter anderem die Verhandlungstexte weiterentwickelt. Mit Moldawien wurden Freihandelsverhandlungen gestartet und Liechtenstein bemühte sich auch in diesem Jahr um Fortschritte in den Verhandlungen mit Indien, Vietnam und Malaysia. Die Modernisierung des bestehenden Abkommens mit Chile wurde vorangetrieben und Tunesien äusserte den Wunsch nach einer Modernisierung seines Abkommens mit den EFTA-Staaten. Mit Mexiko konnten die Verhandlungen wieder aufgenommen werden und neue potentielle Partnerländer wurden zur Verhandlungsaufnahme motiviert. Nach mehreren Jahren zeigte sich zudem eine Bewegung in der Haltung der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations), mit welchen nunmehr eine

Zusammenarbeitserklärung entworfen wurde. Auch der handelspolitische Dialog mit den Vereinigten Staaten und der Dialog mit Australien im Zusammenhang mit einem möglichen Freihandelsabkommen wurden fortgesetzt.

Die EFTA-Ministertreffen wurden im Berichtsjahr virtuell abgehalten. Auf der Agenda standen unter anderem die Covid-19-Pandemie, die erhöhte Transparenz bei den Freihandelsverhandlungen und der nachhaltigen Entwicklung sowie innenpolitische Herausforderungen in Bezug auf Freihandelsabkommen.

Im Bereich der WTO forcierte Liechtenstein insbesondere die plurilateralen Initiativen zu Verhandlungen über internationale Standards für die innerstaatliche Regulierung des Handels mit Dienstleistungen und über den digitalen Handel (E-Commerce). Im Berichtsjahr konnten die Regeln über Zulassungsverfahren für den Handel mit Dienstleistungen abgeschlossen werden. Im Bereich der Landwirtschaft vertrat Liechtenstein seine Interessen in der WTO-Ministerkonferenz und plädierte für keine weitere Einschränkung der Landwirtschaftssubventionen. Ebenso startete im Berichtsjahr die alle fünf Jahre stattfindende Überprüfung der Handelspraktiken Schweiz – Liechtenstein durch die WTO. Ein entsprechender Bericht wird im Frühjahr 2022 erwartet.

Menschenrechte

Wie bereits in den vorangegangenen Berichtsjahren engagierte sich Liechtenstein auch in diesem Jahr prioritär für die Themenschwerpunkte Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Der Landtag erteilte im Frühjahr seine Zustimmung zum Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention). Folglich konnte die Ratifikationsurkunde zur Istanbul-Konvention am 17. Juni beim Europarat in Strassburg durch Regierungsrätin Dominique Hasler hinterlegt werden. Mit der Ratifikation des Abkommens setzte Liechtenstein ein starkes Zeichen, welches international sehr positiv aufgenommen wurde.

Liechtenstein wird 2023 bis Mitte 2024 den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates innehaben und die jährliche Ministersession vorbereiten. Das Ministerium befasste sich im Berichtsjahr mit der Planung und möglichen Ausgestaltung des Vorsitzes und verstärkte die Kontakte zu den für die Planung relevanten Akteuren im Europarat.

Infolge der am Juni 2020 erfolgten Zeichnung der UNO-Behindertenrechtskonvention gab die Regierung im Berichtsjahr einen Vernehmlassungsbericht in Auftrag, welcher die notwendigen Gesetzesanpassungen im Zusammenhang mit dem Ratifikationsprozess des Übereinkommens darlegen soll.

Weiter wurde im Berichtsjahr auch die Bekämpfung von Menschenhandel und moderner Sklaverei im Rahmen der «Liechtenstein Initiative» konsequent weiterverfolgt. So wurde die Initiative im Berichtsjahr mehrfach prominent in bilateralen Gesprächen thematisiert oder bei Veranstaltungen präsentiert, beispielsweise während der UN-Generalversammlung. Ebenso verfolgte Liechtenstein erfolgreich sein langjähriges Engagement zum Internationalen Strafgerichtshof (ICC), auch wenn die im Dezember geplante Teilnahme an der Vertragsstaatenversammlung aufgrund der Covid-19-Pandemie abgesagt werden musste.

Im Berichtsjahr engagierte sich Liechtenstein zudem im UNO-Menschenrechtsrat stark für die Verbesserung der Situation in Myanmar und Syrien sowie der Kinderrechte. Ebenso hatte es den Vorsitz der Regionalgruppe der westeuropäischen und anderen Staaten (WEOG) inne, beteiligte sich aktiv an den Universal Periodic Reviews (UPR), organisierte Nebenveranstaltungen zu den langjährigen Schwerpunktthemen und schloss sich zahlreichen Statements gegen Menschenrechtsverletzungen an.

Sicherheit und Verbrechensbekämpfung

Schwerpunktmässig verfolgte Liechtenstein die Tätigkeit des Sicherheitsrats zu Konflikten, bei welchen die Zivilbevölkerung schwersten Verbrechen ausgesetzt ist. Zudem sprach sich Liechtenstein für eine Erweiterung des bis anhin auf militärische Aspekte eingegrenzten Sicherheitskonzepts des UN-Sicherheitsrates aus. Folglich unterstützte Liechtenstein auch die UN-Klimaresolution, gemäss welcher der Klimawandel als Bedrohung für den internationalen Frieden und Sicherheit angesehen wird. Im Bereich der Cyber-Sicherheit setzte Liechtenstein sein Engagement fort und äusserte sich positiv zur Anwendung von (humanitärem) Völkerrecht, der UNO-Charta sowie internationalen Menschenrechtsinstrumenten im Cyberspace. Im Lichte der zunehmenden Spannungen und dem globalen Aufrüstungstrend setzte Liechtenstein sein Engagement in der Abrüstungsdiskussion fort und unterstützte zudem den Vertrag zum Verbot von Nuklearwaffen (TPNW).

Umwelt und nachhaltige Entwicklung

Im Berichtsjahr fand die UNO-Klimakonferenz in Glasgow (COP 26) statt, an welcher sich Liechtenstein für ambitiöse Ziele einsetzte. Liechtenstein war durch S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und somit auf höchster Ebene an der COP 26 vertreten. In der Umweltaussenpolitik organisierte Liechtenstein diverse Veranstaltungen und regte Diskussionen, unter anderem im Bereich von «rechtlichen Wegen im Kampf gegen den Klimawandel», an. Die bereits in den vorangegangenen Berichtsjahren, gemeinsam mit den Projektpartnern Schweiz und Tirol, unterstützte Weiterentwicklung des Projekts «youth.shaping.EUSALP» konnte einen EUSALP Jugendrat hervorbringen. Im Lichte der nachhaltigen Entwicklung verfolgte das Ministerium die bereits

erwähnten Aktivitäten zur Bekämpfung von moderner Sklaverei und Menschenhandel.

Bilaterale Besuche und Arbeitsgespräche

Besuche und Arbeitsgespräche in Liechtenstein

Der virtuelle 16. Holocaust Gedenktag der liechtensteinischen Regierung widmete sich am 27. Januar insbesondere dem Thema der physischen und zeitlichen Distanz in der heutigen Erinnerungskultur. Regierungsrätin Katrin Eggenberger betonte in ihrer Rede die Bedeutung des kollektiven Geschichtsgedächtnisses.

Auf Einladung des kanadischen Aussenministers nahm Regierungsrätin Katrin Eggenberger am 15. Februar an einer virtuellen Lancierung der Erklärung gegen die Anwendung von willkürlicher Inhaftierung in zwischenstaatlichen Beziehungen teil. Neben Liechtenstein haben sich auch weitere 50 Staaten dieser Initiative angeschlossen.

Am 24. Februar erfolgte im Lichte der EU-Ratspräsidentschaft Portugals ein Austausch mit dem portugiesischen Aussenministern, mit welchem unter anderem europapolitische Themen besprochen wurden.

Am 28. April tauschte sich Regierungsrätin Dominique Hasler virtuell mit US Assistant Secretary, Philip Reeker aus. Zentrale Themen des Gespräches waren wirtschaftliche Verbindungen, humanitäre Entwicklungen in Krisengebieten und internationale Organisationen.

Ein weiterer virtueller Austausch erfolgte am 25. Mai mit der norwegischen Aussenministerin, Ine Eriksen Søreide mit welcher unter anderem die EWR/EFTA Kooperation, der EWR-Finanzierungsmechanismus sowie das Freihandelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich besprochen wurde.

Beim virtuellen Austausch mit Henri Gétaz am 10. Mai sprach Regierungsrätin Dominique Hasler unter anderem über die Herausforderungen der EFTA-Freihandelspolitik.

Im Lichte der anstehenden EU-Ratspräsidentschaft Sloweniens erfolgte am 2. Juni ein virtueller Austausch mit dem slowenischen Aussenminister Anže Logar.

Am 18. Juni empfing Regierungsrätin Dominique Hasler Staatssekretärin Livia Leu zu einem Austausch zur aktuellen Europapolitik der Schweiz in Vaduz.

Ebenfalls virtuell erfolgte das Treffen am 22. Juni zwischen Regierungsrätin Dominique Hasler und allen Liechtensteinischen Honorarkonsuln. Aufgabe der Honorarkonsuln ist die ehrenamtliche Imageförderung Liechtensteins im Ausland. Regierungsrätin Dominique Hasler eröffnete dieses Jahr zwei Honorarkonsulate in Hamburg und Brünn. Insgesamt verfügt Liechtenstein über zwölf Honorarkonsulate (fünf in den USA, drei in Deutschland, eines im Vereinigten Königreich, eines in Singapur, eines in Hongkong und eines in der Tschechischen Republik). Zudem sind dreiundvierzig Berufs- und Honorarkonsuln in Liechtenstein vertreten. Am 6. bis 7. Oktober weilte Ranil Jayawardena, UK-Minister für Internationalen Handel in Liechtenstein. Es dominierten Gespräche über das abgeschlossene Freihandelsabkommen sowie die europaweiten Covid-19-Entwicklungen den Austausch.

Beim jährlichen Botschafterinformationstag begrüsste die Regierung am 29. Oktober die in Liechtenstein akkreditieren Botschafter und informierte unter anderem über das im Berichtsjahr ausgearbeitete Regierungsprogramm.

Auch konnte die Bundesministerin für EU und Verfassung Österreichs, Karoline Edtstadler am 29. November von Regierungsrätin Dominique Hasler in Vaduz empfangen werden. Zentrale Themen des Besuches waren die europapolitischen Entwicklungen, die Beziehung Liechtensteins zur EU sowie Möglichkeiten in der regionalen Zusammenarbeit.

Besuche und Arbeitsgespräche im Ausland

Auf Einladung der Schweiz hat Regierungsrätin Dominique Hasler am 15. und 16. April am Treffen der deutschsprachigen Aussenminister in Lugano teilgenommen. Sie traf dort ihre Amtskollegen aus Luxemburg, Deutschland, Österreich und der Schweiz. Bestimmende Themen waren die gewonnenen Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie die Europapolitik der Schweiz.

Zwischen dem 25. und 27. Mai weilte Regierungsrätin Hasler in Wien und traf sich dort unter anderem mit Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten Alexander Schallenberg, Bundesministerin für EU und Verfassung Karoline Edtstadler und Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann. Mit Aussenminister Alexander Schallenberg wurde die Covid-19-Pandemie, Themen aus dem EWR sowie die Einführung eines «grünen Passes» diskutiert. Mit der Bundesministerin für EU und Verfassung standen europapolitische Themen und die regionale Zusammenarbeit im Vordergrund. Beim Arbeitsgespräch mit dem österreichischen Bildungsminister Heinz Fassmann wurde die enge Kooperation der beiden Länder im Bereich der Bildung und mögliche Weiterentwicklungen diskutiert.

Bei ihrem Besuch in Deutschland am 11. und 12. November in Wolfsburg und Hamburg traf Regierungsrätin Dominique Hasler, Dr. Gabriela Andretta, Präsidentin des Niedersächsischen Landtags, den Oberbürgermeister von Wolfsburg Dennis Weilmann und den Staatsrat für Sport Christoph Holstein. Zudem hielt sie einen Impulsvortrag im renommierten Überseeclub und eröffnete das Liechtensteinische Honorarkonsulat in Hamburg.

Am 17. August traf sich Regierungsrätin Dominique Hasler mit Botschafterinnen und Botschaftern der asiatischen Länder, um sich mit ihnen über die globalen Herausforderungen der Covid-19-Pandemie, die aussenpolitischen Prioritäten Liechtensteins sowie eine mögliche Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu sprechen.

Bei ihrem Besuch beim Heiligen Stuhl am 27. und 28. Oktober tauschte sich Regierungsrätin Dominique Hasler mit Erzbischof Paul Richard Gallagher, Sekretär für die Beziehungen mit den Staaten im Vatikanischen Staatssekretariat aus und traf im Rahmen einer Generalaudienz Papst Franziskus. Ebenso besuchte sie den hochrangigen Vertreter des italienischen Aussenministeriums, Benedetto Della Vedova, und besprach mit ihm das gemeinsame Engagement im multilateralen Bereich, den Vorsitz des Europarates sowie das weitere Vorgehen zum Doppelbesteuerungsabkommen.

Multilaterale Zusammenarbeit: Besuche und Arbeitsgespräche

Besuche und Arbeitsgespräche in Liechtenstein
Am 18. November eröffnete Regierungsrätin Hasler die «Implementation Review Conference (IRC) of the Liechtenstein Initiative (FAST)» in Vaduz. Die Konferenz informierte über die Resultate, Herausforderungen und zukünftigen Pläne der «Liechtenstein Initiative». Neben der inhaltlichen Arbeit erfolgte am Abend zudem eine öffentliche Veranstaltung, in welcher die Bevölkerung über die Initiative informiert wurde.

Am selben Tag begrüsste Regierungsrätin Dominique Hasler auch Valiant Richey, OSCE Special Representative/Coordinator in Vaduz. Dabei sprachen sie unter anderem über die Risiken der modernen Sklaverei im öffentlichen Beschaffungswesen.

In einem Arbeitsgespräch am 15. November hat das Ministerium mit der UNHCR-Vertreterin für Schweiz und Liechtenstein Anja Klug in Vaduz die Situation in Afghanistan, den globalen Flüchtlingspakt sowie Liechtensteins Engagement im Kampf gegen moderne Sklaverei und Menschenhandel erörtert.

Besuche und Arbeitsgespräche im Ausland
Unter dem Vorsitz Hamburgs fand die 131. Ministersession des Europarates, an welcher Regierungsrätin Dominique teilnahm, virtuell statt.

Beim halbjährlichen Treffen des EWR-Rates am 28. Mai, an dem auch der portugiesische Aussenminister Augusto Santos Silva sowie die Aussenminister Islands und Norwegens teilnahmen, wurde Liechtenstein von Regierungsrätin Dominique Hasler vertreten. Im Mittelpunkt standen die Kooperation zur Pandemiebekämpfung sowie die Stärkung des gemeinsamen Binnenmarktes.

Auch das EFTA-Ministertreffen fand unter dem Vorsitz Norwegens am 31. Mai virtuell statt. Es wurden unter anderem die Auswirkungen von Covid-19 auf den globalen Handel, der Stand diverser Freihandelsabkommen sowie die nachhaltige Entwicklung bestehender Abkommen besprochen.

Am 16. bis 17. Juni weilte Regierungsrätin Dominique Hasler in Strassburg, um die Ratifikationsurkunde zur Istanbul-Konvention beim Europarat zu hinterlegen. Sie traf dabei auf die ehemalige kroatische Aussenministerin und nunmehrige Generalsekretärin des Europarates, Marija Pejčinović Burić. Am Abend wurden ausgewählte Personen zu einem Empfang in der Ständigen Vertretung geladen, unter anderem der neue stellvertretende Generalsekretär des Europarates Bjørn Berge.

Am 6. und 7. Juli fand das informelle EFTA-Ministertreffen in Island statt. Das Treffen findet auf Einladung des jeweiligen EFTA-Vorsitzenden statt und es wurden Massnahmen diskutiert, welche zu einer Stärkung der Freihandelspolitik notwendig sind.

Aufgrund des positiven Verhandlungsabschlusses konnte am 8. Juli in London das Freihandelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich unterzeichnet werden. Regierungsrätin Dominique Hasler konnte am Rande der Unterzeichnung einen Austausch mit dem britischen Handelsminister Ranil Jayawardena pflegen. Ebenso traf sie sich in London mit der britischen Europaministerin Wendy Morton, mit welcher sie die aussenpolitischen Prioritäten der beiden Länder besprach.

Am 9. September eröffnete Regierungsrätin Dominique Hasler das Liechtensteinische Honorarkonsulat in Brünn und traf im Anschluss den Kreishauptmann von Südmähren, Jan Grolich. Bei diesem Treffen standen die Beziehungen zwischen der für Liechtenstein historisch bedeutsamen Region und Liechtenstein im Vordergrund.

Bei der 76. UNO-Generalversammlung in New York in der Woche des 21. Septembers betonte Regierungsrätin Dominique Hasler die Bedeutung des Multilateralismus zur Bewältigung von drängenden globalen Fragen, beispielsweise der Covid-19-Pandemie oder dem Klimawandel. Im Rahmen ihres Aufenthaltes absolvierte sie zahlreiche bilaterale Treffen, leitete Veranstaltungen zum Internationalen Strafgerichtshof und zum Syrien-Mechanismus und lud zum traditionellen Abendessen der Aussenministerinnen ein. Die Reise in die Vereinigten Staaten nutzte Regierungsrätin Hasler auch um in Washington den Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten zu treffen und im Rahmen einer offiziellen Zeremonie die neue liechtensteinische Honorarkonsulin in Chicago zu begrüssen.

Corporate Governance

Im Bereich des Äusseren ist der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED) dem Ministerium zugeordnet. Gemäss den gesetzlichen Vorgaben hat die Regierung wie jedes Jahr den Monitoring-Bericht des Berichtsjahres zur Kenntnis genommen sowie das Budget des LED und den Leistungsauftrag für das Folgejahr genehmigt. Im März des Berichtsjahres wurde Herr Andreas Sicks als neuer Geschäftsführer für den LED bestellt. Der vom Stiftungsrat initiierte Prozess der Organisationsentwicklung konnte vorangetrieben werden und das Ministerium führte drei ordentliche Corporate Governance Gespräche mit Vertretern des Stiftungsrates und der Geschäftsleitung des LED. Aufgrund des Ablaufes

der Mandatsdauer wurden im Berichtsjahr drei Stiftungsratsmitglieder für die Mandatsperiode 2021 bis Juli 2025 neu bestellt. Neu in den Stiftungsrat gewählt wurden Katrin Imhof, Daniel Miescher und Laura Hilti.

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

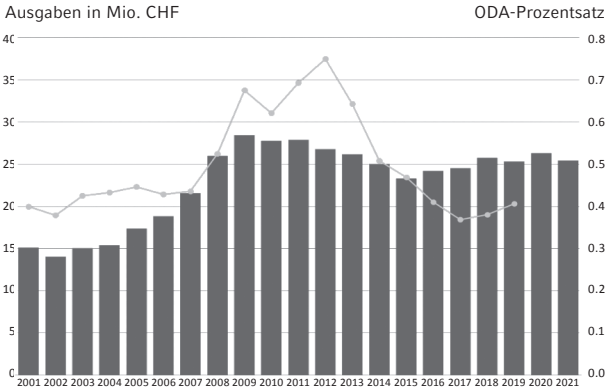
Die Regierung hat im Berichtsjahr insgesamt CHF 22.9 Mio. für Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) aufgewendet. Der Gesamtbetrag für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) gemäss OECD-Kriterien, in dessen Berechnung auch weitere anrechenbare Beiträge an internationale Organisationen sowie das entsprechende Engagement der liechtensteinischen Gemeinden und die Betreuung von Asylsuchenden im Inland einfliessen, beläuft sich auf CHF 25.5 Mio.

Der letzte definitive ODA-Prozentsatz, welcher die offizielle Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) aufzeigt, liegt für das Jahr 2019 vor. Bei einem BNE von CHF 6'230 Mio. ergibt sich dabei für Liechtenstein ein ODA-Prozentsatz von 0.41.

Entwicklung des liechtensteinischen ODA-Prozentsatzes

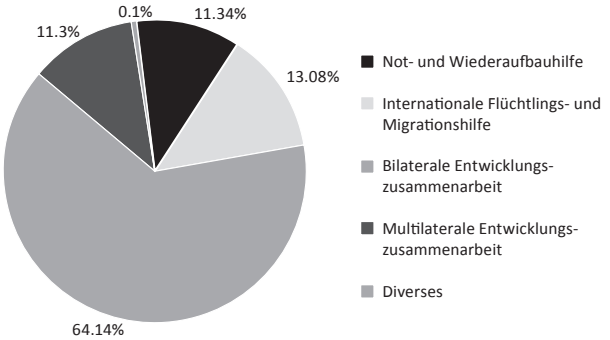
Jahr	BNE (in Mio. CHF)	ODA–anrechenbare Ausgaben	ODA-Prozentsatz
2001	3'782	15'114'860	0.40%
2002	3'698	14'010'065	0.38%
2003	3'538	15'055'869	0.43%
2004	3'554	15'395'590	0.43%
2005	3'893	17'381'933	0.45%
2006	4'397	18'843'051	0.43%
2007	4'946	21'563'049	0.44%
2008	4'949	25'984'138	0.53%
2009	4'210	28'434'531	0.68%
2010	4'470	27'772'298	0.62%
2011	4'025	27'914'033	0.69%
2012	3'571	26'781'303	0.75%
2013	4'073	26'189'157	0.65%
2014	4'924[1)]	25'021'456	0.51%
2015	4'968	23'310'270	0.47%
2016	5'899	24'204'500	0.41%
2017	6'645	24'515'243	0.37%
2018	6'765	25'755'710	0.37%
2019	6'230	25'322'894	0.41%
2020	nicht bekannt	26'323'669	nicht bekannt
2021	**nicht bekannt**	**25'452'805**	**nicht bekannt**

[1)] Die Berechnungsmethode des BNE wurde für das Jahr 2014 von ESVG 95 auf ESVG 2010 umgestellt.



IHZE-Beiträge 2021 nach Kategorien

Die IHZE-Mittel werden bei der Budgetierung nach einem intern festgelegten Schlüssel auf die einzelnen Kategorien aufgeteilt. Im Berichtsjahr gingen 64.14% des Budgets an den Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit in ausgesuchten Schwerpunktländern. Der LED berichtet separat über die Verwendung dieser Gelder (www.led.li). 13.08% des Budgets wurden für die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe aufgewendet und jeweils 11.34% entfielen auf die Not- und Wiederaufbauhilfe sowie die Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Für die Öffentlichkeitsarbeit wurden im Berichtsjahr 0.1% der Mittel aufgewendet.



IHZE-Beiträge 2021 nach Regionen

Im Berichtsjahr wurden 49% der IHZE-Gelder in Afrika eingesetzt. Das grösste Engagement erfolgte dort in den Schwerpunktländern des LED, konkret in Burkina Faso, Mali, Mosambik, Sambia, Senegal, Simbabwe und Tansania.

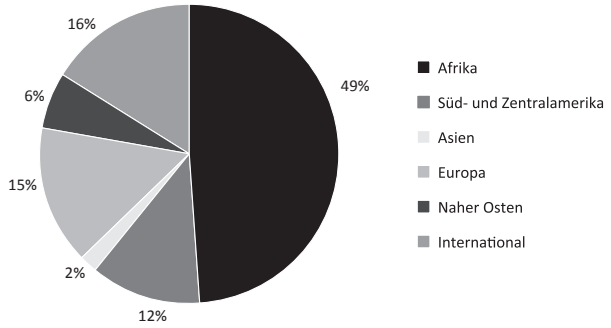
12% der Mittel wurden für Entwicklungsprojekte in Süd- und Zentralamerika, insbesondere in den LED-Scherpunktländern Bolivien und Peru, verwendet.

Das Engagement in Europa nimmt 15% der Gelder in Anspruch. Unterstützt werden Projekte in der Balkan-Region und im ärmsten Land Europas, in der Republik Moldau. Die Republik Moldau ist ebenfalls ein Schwerpunktland des LED. In den Ländern des Balkans, hauptsächlich im Kosovo sowie in Bosnien und

Herzegowina, engagiert sich Liechtenstein im Rahmen der Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe.

Aufgrund der vielen Konflikte ist der Anteil der Projekte im Nahen Osten mit 6% nach wie vor relativ hoch. Das Engagement in Asien beläuft sich auf 2% der IHZE-Gelder.

16% der Mittel werden nicht projektspezifisch ausbezahlt oder länderübergreifenden Programmen zugeführt. Diese Beiträge, welche in der untenstehenden Projektliste in der Länderspalte als «International» bezeichnet werden, sind essenziell, um grenzüberschreitende Aktivitäten oder unterfinanzierte Programme zu unterstützen und die Grundkosten von Entwicklungsorganisationen zu decken.



Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE): Projektliste 2021

Not- und Wiederaufbauhilfe
(Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Beitrag an Wiederaufbauprojekt nach Erdbeben in Albanien mit ADA	Albanien	ADA	54'755	54'755
Soforthilfe nach Erdbeben	Haiti	Caritas CH	50'000	50'000
Bewältigung Unwetter in Brünn	Tschechische Republik	Caritas Tschechien	20'000	20'000
Beiträge für Projekte der DEZA in Nord-Syrien (mit NGO International Rescue Committee) und DRC (mit NGO Solidarités International)	Syrien; Demok.Republik Kongo	DEZA	450'000	450'000
Jahresbeitrag	International	Hilfswerk Liechtenstein	20'000	20'000
Transportkosten	International	Hilfswerk Liechtenstein	51'596	51'596
Hilfsprogramm des IKRK	Libyen	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramm des IKRK	Südsudan	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramm des IKRK in Somalia	Somalia	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme des IKRK	Syrien	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme für Minenopfer	International	IKRK	100'000	100'000
IKRK physisches Rehabilitationsprogramm	International	IKRK	50'000	50'000
Jährlicher Beitrag an den IKRK-Hauptsitz	International	IKRK	200'000	200'000
Jahresbeitrag Katastrophenfonds	International	LRK	50'000	50'000
Central Emergency Response Fund (CERF)	International	OCHA	200'000	200'000
Nothilfebeitrag nach Erdbeben in Sulawesi/Indonesien	Indonesien	SolidarSuisse	50'000	50'000
Nothilfebeitrag Tigray/Äthiopien	Äthiopien	SOS-Kinderdorf Liechtenstein	100'000	100'000
Beitrag an Terre des Hommes für Nothilfe in Myanmar	Myanmar	Terre des hommes	100'000	100'000
Beitrag an UNICEF für Afghanistan	Afghanistan	UNICEF	100'000	100'000
Beitrag Covid-19 Nothilfe Unicef Indien	Indien	UNICEF	100'000	100'000
Soforthilfe nach Erdbeben	Haiti	UNICEF	50'000	50'000
Umsetzung Ottawa-Konvention (Beitrag Minenräumung/Minenopferhilfe)	International	UNMAS	25'000	25'000
Allgemeiner Beitrag an das UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge	International; Palästina	UNRWA	100'000	100'000
Hilfsprogramm wegen Dürre/Hungersnot auf Madagaskar	Madagaskar	WFP	50'000	50'000
Beitrag an das Welternährungsprogramm	Jemen	WFP	100'000	100'000
Nothilfefonds des Welternährungs-programms (WFP)	International	WFP	100'000	100'000
Nahrungsmittelhilfe	Korea (demokratische Volksrepublik Korea)	WFP	75'000	75'000
Total			**2'596'351**	**2'596'351**

Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe
(Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
PEACH: Pre-School Education for All Children	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	250'000	250'000
SELLS: Socio-Economic and Livelihoods Support in the Upper Drina Region of Eastern Bosnia and Herzegovina	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	250'000	250'000
SPHRESE: Verbesserung der Vorschulbildung	Kosovo	Caritas CH	165'000	165'000
SUREP: Sustainable Return of Repatriated Persons	Kosovo	Caritas CH	200'000	200'000
Spendenaufstockung für den Flüchtlingssonntag	Libanon	Caritas FL	10'000	10'000
Studie zu Klimawandel und erzwungenen Umsiedlungen	International	Displacement Solutions	100'000	100'000
Allgemeiner Beitrag an IDMC	International	IDMC	100'000	100'000
Projekt zu Klimawandel, Migration und Rechten auf Wohnungs- und Grundeigentum	International	NRC – Norwegian Refugee Council	98'226	98'226
Bildungsprojekt für jugendliche Flüchtlinge und Einheimische	Türkei	RET	220'000	220'000
Sprachkurse für syrische und irakische Flüchtlinge	Türkei	RET	463'133	463'133
Zugang zu Bildung für vertriebene Kinder in Mali	Mali	Right To Play	100'000	100'000
Beteiligung an Schweizer Migrationspartnerschaften auf dem Westbalkan	Bosnien-Herzegowina; Kosovo; Nord-Mazedonien; Serbien	Staatssekretariat für Migration	500'000	500'000
Beitrag an UNHCR für Tigray-Kontext	Äthiopien	UNHCR	100'000	100'000
Hilfsprogramm des UNHCR – Afghanistan	Afghanistan	UNHCR	100'000	100'000
Hilfsprogramme des UNHCR	Syrien	UNHCR	100'000	100'000
Nicht-zweckgebundener Beitrag UNHCR	International	UNHCR	100'000	100'000
IGAS: Income Generation in the Agricultural Sector	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	140'000	140'000
Total			**2'996'359**	**2'996'359**

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit
(Liechtensteinischer Entwicklungsdienst LED)
Für die Verwendung der Mittel wird auf die separate Berichterstattung des LED verwiesen.

	Betrag CHF	ODA CHF
Total	**14'690'000**	**14'690'000**

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit
(Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Beitrag an Projekt zu sexueller und geschlechterspezifischer Gewalt in Konflikten	International	All Survivors Project	100'000	100'000
Projekt zu Korruption und Umweltverbrechen	International	Basel Institute on Governance	100'000	100'000
Beitrag an das DCAF Program «Gender Equality in Security and Justice»	International	DCAF	20'000	20'000
Beitrag ans Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte	International	DCAF	20'000	20'000
International Accountability Platform Belarus	Belarus	Dignity	5'000	0
Internetplattform zum Schutz von Journalisten	International	Europarat	20'000	20'000
Projekt zur Unterstützung des Aktionsplans in Armenien	Armenien	Europarat	20'000	20'000
Projekt zur Unterstützung des Aktionsplans in der Ukraine	Ukraine	Europarat	20'000	20'000
Projekt zur Unterstützung des Aktionsplans in Georgien	Georgien	Europarat	20'000	20'000
«COVAX Advance Market Commitment»	International	GAVI	300'000	300'000
Allgemeiner Beitrag	International	Geneva Call	20'000	20'000
Beitrag an das Programm «Children and Armed non-State Actors»	International	Geneva Call	30'000	30'000
Beitrag für das Programm zum Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten	International	Geneva Call	30'000	30'000
WPS-Forschungsprojekt	International	GIWPS	50'000	50'000
Beitrag an den Grünen Klimafonds (Green Climate Fund)	International	Green Climate Fund	50'000	50'000
Förderung und Einbezug von Frauen in Friedensmediationen	International	HD Centre	100'000	0
Projekt zur Bekämpfung von Hassreden und Verleumdungskampagnen	International	HRHF	40'000	40'000
Softwarelösung zur Sammlung und Analyse von Menschenrechtsverletzungen	International	Huridocs	50'000	50'000
Beitrag Ausbildung von Experten des International Centre for Asset Recovery	International	ICAR	150'000	150'000
Projekt zur Stärkung der Klimainformation im Pazifik	International	IFRC	50'000	50'000
Allgemeiner Beitrag	International	ISHR International Service	20'000	20'000
Stärkung von Menschenrechtsverteidiger	International	ISHR International Service for Human Rights	30'000	30'000
Allgemeiner Beitrag	International	Justice Rapid Response	20'000	0
Projekt zur Sicherstellung von Rechenschaft bei Verbrechen gegen Kinder	International	Justice Rapid Response	50'000	0
Projekt zur Etablierung eines Nachhaltigkeits-stipendiums für Afrika	Algerien; Kenia; Uganda; Äthiopien; Lesotho; Malawi; Nigeria	LISD (LI Institute for Strategic Development)	70'000	70'000
Etablierung einer Datenbank zur Dokumentation von geschlechterbasierter Gewalt in Konflikten	International	Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte	40'000	40'000
Stärkung des Forschungsschwerpunktes «Menschenhandel»	International	Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte	25'000	25'000
Ausarbeitung von WPS-Instrumenten	International	OAS	50'000	50'000

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Verbesserung des Schutzes von venezolanischen Frauen, Mädchen und jugendlichen Opfern von Menschenhandel	International; Venezuela	OAS	20'000	20'000
Beitrag Anti-Corruption Network for Eastern Europe and Central Asia	International	OECD	20'000	20'000
Allgemeiner Beitrag	International	OHCHR	25'000	22'000
Arbeitsprogramm im Bereich Rechenschaftspflichten für Menschenrechtsverletzungen	International	OHCHR	100'000	88'000
Fonds für Folteropfer	International	OHCHR	75'000	66'000
Projekt zur Vermeidung von Folter an Kindern	International	OMCT	100'000	100'000
Beitrag für den «Legislation Review Fund» des ODIHR	International	OSZE	80'000	80'000
Allgemeiner Beitrag an das Sekretariat der Polizeikooperation in Osteuropa	International	PCC SEE	20'000	20'000
Allgemeiner Beitrag	International	UN Women	25'000	25'000
Fonds für Frieden und humanitäre Hilfe für Frauen	International	UN Women	40'000	40'000
UNO-Fonds zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	International	UN Women	40'000	40'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNAIDS	25'000	25'000
Allgemeiner Beitrag an UNDP	International	UNDP	25'000	25'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNFPA	25'000	25'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNICEF	25'000	25'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNITAR	10'000	10'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNODC	25'000	25'000
Beitrag an den freiwilligen Trust Fund für Opfer von Menschenhandel	International	UNODC	80'000	80'000
Liechtenstein Initiative on Finance Against Slavery and Trafficking (FAST)	International	UNU	200'000	200'000
Leitungswasser trinken. Trinkwasser spenden.	International	Verein Drink & Donate	73'150	73'150
Polio Impfkampagne von WHO	International; Afghanistan; Indien; Pakistan; Nigeria	WHO	25'000	25'000
Genereller Beitrag an den Doha Trust Fund	International	WTO	40'000	40'000
Total			**2'598'150**	**2'399'150**

Öffentlichkeitsarbeit
(Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Öffentliche Veranstaltung zur FAST-Initiative	International	Div. Partner Kleinprojekte/Verdoppelungen	9'798	9'798
Publikation «solidarisch»: Gemeinsam gegen die Pandemie	International	Div. Partner Kleinprojekte/Verdoppelungen	11'025	11'025
Info-Artikel zum «Waterfootprint Liechtenstein» anlässlich des Weltwassertags	International	Verein Drink & Donate	1'844	1'844
Total			**22'667**	**22'667**

Sonstige ODA-anrechenbare Beiträge an internationale Organisationen
(Amt für Auswärtige Angelegenheiten und diplomatische Vertretungen Liechtensteins)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Beitrag an das Sekretariat des Internationalen Waffenhandelsvertrags (ATT)	International	ATT	1'071	0
Jahresbeitrag an das generelle Budget der CITES	International	CITES	490	490
Beiträge an die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklear-versuchen (CTBTO)	International	CTBTO	10'951	0
Deutscher Übersetzungsdienst der UNO	International	Div. Partner Klein-projekte/Verdoppelungen	5'000	0
Jahresbeitrag an das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO)	Europa	Europäische Kommission	59'829	0
Promoting human rights and equality for LGBTI persons III	International	Europarat	10'000	4'000
Protecting Children Against Violence Including Sexual Exploitation and Sexual Abuse	International	Europarat	15'000	6'000
Regulärer Beitrag Europarat	International	Europarat	432'453	172'981
Freiwilliger Beitrag für die technische Zusammenarbeit IAEO	International	IAEO	8'747	8'747
Regulärer Beitrag IAEO	International	IAEO	33'023	10'898
Beitrag Internationaler Strafgerichtshof ICC	International	ICC	25'695	0
Opferfonds des ICC	International	ICC Victims Trust Fund	10'000	0
Freiwilliger Beitrag an die International Crisis Group	International	ICG	10'000	10'000
Freiwilliger Beitrag ans International Center for Transitional Justice	International	ICTJ	10'000	0
Freiwilliger Beitrag an das International Peace Institute	International	IPA	10'000	0
Jahresbeitrag IRENA	International	IRENA	1'281	845
Regulärer Beitrag an ITU	International	ITU	159'000	28'620
Jahresbeitrag Internationale Union für die Erhaltung der Natur und ihrer natürlichen Ressourcen (IUCN)	International	IUCN	15'520	15'520
Jahresbeitrag Ramsar Konvention	International	IUCN	1'000	1'000
Freiwilliger Beitrag	International	NGO Working Group on Women, Peace and Security	5'000	0
Beitrag an die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW)	International	OPCW	6'560	0
Beitrag an den strukturierten Dialog zu Abrüstungsbestrebungen	International	OSZE	20'000	14'800
Bekämpfung der Sicherheitsrisiken des illegalen Besitzes, Missbrauchs und Handels mit Klein- und Leichtwaffen und ihrer Munition (SALW)	Bosnien-Herzegowina	OSZE	20'000	20'000
Forum für Sicherheitskooperation E-Learning	International	OSZE	20'000	14'800
Projekt zu Wasserdiplomatie	International	OSZE	20'000	14'800
Projekt zur Stärkung der Antworten auf durch den Klimawandel bedingte Sicherheitsrisiken in Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien	International	OSZE	15'000	15'000
Projekt zur Stärkung der Bemühungen zu Jugend und Sicherheit	International	OSZE	20'000	14'800
Regulärer Beitrag OSZE	International	OSZE	116'597	86'282

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Allgemeiner Beitrag	International	Parliamentarians for Global Action	10'000	0
Freiwilliger Beitrag an die Organisation Security Council Report	International	SC Report	10'000	0
Jahresbeitrag Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention	International	Sekretariat Alpenkonvention	18'832	0
Jahresbeitrag Genfer Konvention (Konvention über die weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung, EMEP)	International	UNECE	526	468
Jahresbeitrag an die Quecksilber-Konvention (Minamata)	International	UNEP	624	624
Jahresbeitrag Biodiversitätskonvention	International	UNEP	2'390	2'390
Jahresbeitrag Bonner Konvention zum Schutz von Wandertieren (CMS)	International	UNEP	123	123
Jahresbeitrag Klimakonvention	International	UNFCCC	2'245	1'369
Reguläre Beiträge an UNO-Peacekeeping Missionen	International	UNO	255'961	38'394
Regulärer Beitrag UNO	International	UNO	236'900	111'343
Beitrag an die Weltpostunion (UPU)	International	UPU	46'000	7'360
Regulärer Beitrag an die WIPO	International	WIPO	22'789	684
Beitrag an das «PeaceWomen» Programm	International	Women's International League for Peace and Freedom	5'000	0
Total			**1'673'607**	**602'338**

	Betrag CHF	ODA CHF
Total IHZE-Ausgaben	**22'903'527**	**22'704'527**
Sonstige Beiträge an internationale Organisationen		602'338
Flüchtlingsbetreuung im Inland		1'414'187
Katastrophenfonds Gemeinden		100'000
Weitere ODA-anrechenbare Beiträge der Gemeinden		631'753
Total ODA		**25'452'805**

Bildung

Bildungsstrategie

Mit der «Bildungsstrategie2025 plus» wurde unter der Leitung des Ministeriums in Zusammenarbeit mit dem Schulamt und dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung die Bildungsstrategie erarbeitet und im Berichtsjahr der Öffentlichkeit präsentiert. Die Strategie dient als Orientierungsrahmen für die Weiterentwicklung des Bildungssystems in den kommenden Jahren. Sie definiert die Mission, die Vision und das Bildungsverständnis des liechtensteinischen Bildungswesens und zeigt die strategischen Ziele zu deren Verwirklichung auf. Dafür wurden insbesondere jene Megatrends und ihre möglichen künftigen Entwicklungen berücksichtigt, welche sich auch auf den Bildungsstandort auswirken: «Globale Schwerpunktverlagerung», «Öffentliche Angelegenheiten: Demokratie und staatsbürgerliches Engagement», «Sicherheit in einer unsicheren Welt», «Länger und besser leben» und «Moderne Lebensformen». Dank der Identifizierung von Entwicklungspotenzialen wurde die Weiterentwicklung der Bildungsqualität im Rahmen eines Qualitätszyklus auf der Basis des Bildungsberichtes definiert. Weitere Potenziale bestehen bspw. auch im Ausbau der Inklusion, in der Sicherstellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, im Schaffen von Standards in der frühkindlichen Förderung sowie im Erhalt eines sowohl horizontal wie vertikal optimal durchlässigen Bildungssystems. Für die Weiterentwicklung des Bildungssystems wurden

sodann verschiedene Handlungsfelder zur Erreichung der strategischen Ziele aufgezeigt.

Bildungsbericht
Die Zielerreichung der Bildungsstrategie wird in einem Bildungsbericht reflektiert, der erstmals im Jahr 2023 erscheinen und dann alle vier Jahre veröffentlicht werden soll. Damit stehen der Bildungsbericht und die Bildungsstrategie in einer Wechselwirkung zueinander. Die Regierung hat bereits 2017 entschieden, dass alle vier Jahre ein Bildungsbericht Liechtenstein erscheinen soll. Im Berichtsjahr erschien dazu ein erster Pilotbericht. Die im Pilotbericht erfassten Daten zeigen evidenzbasiert auf, in welchem Ausmass Bildungsziele gemäss der Bildungsstrategie 2020 erreicht wurden. In dieser fundierten Analyse wurden einerseits die Stärken des Bildungssystems aufgezeigt, andererseits aber auch das Verbesserungspotenzial im Hinblick zu den anvisierten Zielen sichtbar gemacht.

Ziel des Bildungsberichtes ist es, ein langfristig angelegtes Bildungsmonitoring aufzubauen. Vor allem im Hinblick auf die zunehmend eigenständige Entwicklung, welche den öffentlichen Schulen im Rahmen der Teilautonomie zusteht, gewinnt das gezielte Monitoring an Bedeutung. Aber auch mit Blick auf die Bildungslaufbahnen in der beruflichen Bildung und der Hochschulbildung sowie die zunehmende Bedeutung der Individualstatistik soll das Bildungsmonitoring mittels des Bildungsberichts ausgebaut werden.

Liechtensteiner Lehrplan (LiLe)
Die Einführung des Liechtensteiner Lehrplans (LiLe) konnte trotz der massiven Belastung des Schulsystems durch die Pandemie weiter fortgesetzt werden.

Weiterbildungen und Arbeiten prägten das Berichtsjahr: Im Hinblick auf das Unterrichten steht das kompetenzorientierte Lehren sowie das Lernen und Beurteilen im Zentrum der Weiterbildungstätigkeiten von Schulen und Lehrpersonen. Bestehende Lehrmittel wurden auf Lehrplankompatibilität überprüft. Einige Fachlehrpersonen mussten speziell für neue Kompetenzbereiche aus- und weitergebildet werden, so z. B. für den Bereich «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt». Der Bereich «Natur, Mensch und Gesellschaft» wurde mit dem neuen Lehrplan intensiviert und auf Primarstufe mit Kompetenzen zum Bereich «Ethik und Religionen» ergänzt. Im Fach Französisch wurden Massnahmen zur Stützung des Französischunterrichts unter anderem durch Sprachaustauschaktivitäten eingeführt. Des Weiteren wurden das Modul «Medien und Informatik» ausgebaut sowie die fachübergreifenden Themen zur Leitidee «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» eingeführt.

Während der LiLe-Einführungsphase wurde am Liechtensteiner Gymnasium (LG) zudem mit Erfolg der Oberstufenlehrplan überarbeitet und kompetenzorientiert ausgerichtet. Basale Kompetenzen für die allgemeine Studierfähigkeit wurden dabei im Speziellen gekennzeichnet. Zudem gehört an der Oberstufe des Gymnasiums neu das Fach Informatik zum Unterricht.

ICT-Projekt (Informations- und Kommunikationstechnologie-Projekt) an den Schulen
Der LiLe stellt sicher, dass Kinder und Jugendliche in der Schule ausreichende Informatik- und Medienkompetenzen erwerben, um sich erfolgreich in einer zunehmend digitalisierten Welt bewegen zu können. Das Schul-ICT-Projekt schafft dabei die Grundlagen für den Kompetenzerwerb, indem es allen Schulen moderne IT-Mittel zur Verfügung stellt. Nachdem die nötige Infrastruktur an den Schulen aufgebaut und an Pilotschulen in Balzers und Triesenberg wichtige technische und organisatorische Erfahrungen gesammelt wurden, wurden im Berichtsjahr alle weiterführenden Schulen mit technischen Geräten ausgestattet. Ausserdem fand der Rollout der Ipads auf der Primarstufe statt. Das ganze ICT-Projekt kann voraussichtlich ein Jahr früher als geplant abgeschlossen werden. Der digitale Wandel hat sich insbesondere während der Pandemie bereits bewährt, da dank der guten digitalen Ausstattung Schülerinnen und Schüler auch im Fernunterricht beschult werden konnten. Der Prozess wird unter Berücksichtigung sämtlicher datenschutzrechtlicher Erfordernisse vom Schulamt begleitet.

Waldkindergarten in Eschen
Ab dem kommenden Schuljahr 2022/2023 wird in Eschen – auch aufgrund der grossen Nachfrage von Eltern – neu ein Waldkindergarten eingeführt, der zunächst eine vierjährige Pilotphase durchlaufen wird. Das Waldkindergarten-Konzept sieht vor, dass der überwiegende Teil der Unterrichtszeit im Wald stattfinden wird. Während eines halben respektive ganzen Unterrichtstages oder bei schlechter Witterung wird der Gruppenraum des Kindergartens «Schönbühl» genutzt. Der Waldkindergarten wird als regulärer Bestandteil der Eschner Gemeindeschulen geführt. Der Unterricht erfolgt nach den Inhalten des Liechtensteiner Lehrplans.

Schulneubauten: SZU II und SZM
Die Regierung hat den Bericht und Antrag betreffend den Verpflichtungskredit von CHF 56.1 Millionen für den Neubau eines Schulzentrums Unterland II in Ruggell (SZU II) zu Handen des Landtags verabschiedet. Im Dezember des Berichtsjahres wählte das Preisgericht das Projekt «Fünf Freunde» von Cukrowicz Nachbaur Architekten ZT GmbH aus Bregenz als Sieger des Projektwettbewerbs. Die vorwiegend in Holz konstruierte Gebäudeanlage überzeugte durch die sensible Setzung in der Umgebung, ebenso wie durch das äussere Erscheinungsbild und die logische innere Organisation: Vier Baukörper gruppieren sich windmühlenartig um eine zentrale Eingangshalle mit Aula, den «Dorfplatz». Sie ordnen die unterschiedlichen Nutzungen optimal und bieten ein harmonisches Zusammenspiel von

Begegnungs- und Rückzugsorten. Das SZU II wird in Zukunft für Schülerinnen und Schüler der Ober- und der Realschule aus den Gemeinden Ruggell, Gamprin und Schellenberg sowie der Berufsmaturitätsschule Liechtenstein (BMS) eine neue Heimat bieten.

Für das Bauvorhaben SZM in Vaduz hat die Regierung einen separaten Bericht und Antrag verabschiedet, mittels welchem sie beim Landtag einen Verpflichtungskredit für den Ersatzbau des Trakts G sowie die Erweiterung des SZM beantragt hat. Das SZM wird mit drei neuen Baukörpern ergänzt, in denen auch die Sportschülerinnen und Sportschüler sowie die Schülerinnen und Schüler der Realschule Schaan Platz finden. Voraussichtlich fertiggestellt werden die Erweiterung des Gymnasiums Gebäude 1 im ersten Quartal 2024, die Realschule im dritten Quartal 2025 und das Gymnasium Gebäude 2 im ersten Quartal 2026.

Über die Aufwertung mit drei Baukörpern werden die Sportschule und Realschule Schaan am Standort SZM ab August 2025 integriert. Aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen werden die beiden Schulbauprojekte, Bau des SZU II sowie Ersatzbau und Erweiterung des SZM, zeitlich gestaffelt.

next-step Berufs- und Bildungstage 2021

Bereits zum siebten Mal wurden am 24./25. September 2021 im SAL in Schaan die next-step Berufs- und Bildungstage durchgeführt. Trotz der Pandemie waren 60 Aussteller vor Ort – ein neuer Rekord. Die regionale Bildungsmesse richtet sich an alle Bildungsinteressierten. An diesen Bildungstagen erhielten Schülerinnen und Schüler, Maturandinnen und Maturanden, Lernende, Eltern, Lehrpersonen, Erwachsene, Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sowie Unternehmen einen Überblick der verschiedenen Bildungswege sowie deren Durchlässigkeit. Die next-step Berufs- und Bildungstage sind zu einer festen Grösse in der Liechtensteiner Bildungslandschaft geworden.

Die freien Lehrstellen mit Lehrbeginn Sommer 2022 waren ab dem 1. September 2021 auf www.next-step.li online abrufbar. Eine zusätzliche Massnahme resultierend aus der Covid-19-Pandemie bestand im Angebot des Amts für Berufsbildung und Berufsberatung (ABB) an die Liechtensteiner Betriebe, die Schnupperlehren, Tagespraktika und Informationsnachmittage auf der Webplattform «next-step.li» anzukündigen. Als weitere Massnahme wurde in diesem Zusammenhang eine zusätzliche Informationsreihe für die Eltern der 4. Klassen der Ober- und Realschulen zusammen mit den Bildungsbehörden und den Wirtschaftsverbänden durchgeführt, um die Auswirkungen auf den Berufswahlprozess Sommer 2022 aufzuzeigen.

OST - Ostschweizer Fachhochschule

Nachdem der Landtag im Jahr 2019 dem Beitritt zur Vereinbarung über die «Ost - Ostschweizer Fachhochschule» vom 15. Februar 2019 und der Aufhebung der «Vereinbarung über die Hochschule für Technik Buchs» vom 20. Juni 1968 zugestimmt hat, trat die Vereinbarung über die «Ost - Ostschweizer Fachhochschule» am 1. Januar 2020 in Kraft. Unter dieser Vereinbarung wurden die drei ehemaligen Fachhochschulen NTB Buchs, FHS St. Gallen und HSR Rapperswil zu einer Fachhochschule zusammengeführt. Ihre operativen Geschäfte startete die neue Fachhochschule am 1. September 2020. Liechtenstein ist einer von sieben Trägern der neuen Fachhochschule und ist in deren strategischen Organen, der Trägerkonferenz und dem Hochschulrat, vertreten.

Als liechtensteinischer Hochschulrat der OST wurde Fabian Frick bereits 2019 von der Regierung bestellt. Der Hochschulrat besteht aus 15 Mitgliedern aus Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Bildungsverwaltungen der Träger. Die Regierung des Kantons St. Gallen bestellt acht Mitglieder; die Regierung des Kantons Thurgau bestellt zwei Mitglieder; die Regierungen der weiteren Träger (beide Appenzell, Schwyz, Glarus und Liechtenstein) je ein Mitglied.

Internationale Akademie für Philosophie (IAP)

Die Internationale Akademie für Philosophie im Fürstentum Liechtenstein (IAP) wurde 1986 als staatlich anerkannte liechtensteinische Hochschule gegründet. Nach einer Sistierung des Lehrbetriebes von 2007 bis 2012 erteilte die Regierung 2013 der IAP die provisorische Bewilligung zur Wiederaufnahme des Doktoratsstudiengangs. Der Beschluss war mit der Auflage verbunden, den Studiengang vor einer definitiven Bewilligung extern zu evaluieren. Nach Abschluss dieses Evaluationsprozesses wurde mit Beschluss vom 28. Januar 2020 entschieden, der IAP das Doktoratsrecht definitiv nicht zu erteilen und die Bewilligung zur Führung einer Hochschule zu entziehen. Die IAP ist befugt, Studierende, die am 31. Dezember 2019 an der IAP immatrikuliert waren, im Rahmen der Regelstudiendauer bis spätestens am 31. Dezember 2022 zum Doktorat zu führen. Die IAP könnte jedoch gemäss HSG als hochschulähnliche Institution weiter aktiv bleiben, jedoch ohne Doktoratsrecht.

Beitritt zur Interkantonalen Universitätsvereinbarung IUV 2019

Gemeinsam mit allen Kantonen der Schweiz ist Liechtenstein Mitglied der Interkantonalen Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997 (kurz IUV 1997). Die IUV 1997 regelt die Zahlung von Pro-Kopf-Beiträgen für die Studierenden zwischen den Mitgliedern und garantiert Studierenden aller Kantone und des Fürstentums Liechtenstein gleichberechtigten Zugang zu allen universitären Hochschulen in der Schweiz und Liechtenstein.

Die IUV 1997 wurde 2020 totalrevidiert. Der IUV 1997 gingen interkantonale Vereinbarungen voraus, bei denen Liechtenstein jeweils Mitglied war, erstmals im Jahr 1981. In einigen Kantonen laufen aktuell noch die Beitrittsverfahren. Bis am 31. Dezember 2021 sind

bereits 22 Kantone und das Fürstentum Liechtenstein der neuen Vereinbarung beigetreten. Für die Beitrittskantone gilt die neue IUV ab Studienjahr 2021/2022 (1. Semester 2021/2022). Kantone, die der Vereinbarung noch nicht beigetreten sind, erhalten respektive zahlen während einer Übergangsfrist von maximal zwei Jahren, d. h. bis am 31. Dezember 2023, Beiträge nach der alten IUV.

Konferenzen

Gesamtkonferenz der Schulleiterinnen und Schulleiter Gemeindeschulen und Sekundarschulen
Am 23. April haben sich die Schulleiterinnen und Schulleiter zu einer Gesamtkonferenz via MS Teams getroffen. An dem Treffen nahm auch Bildungsministerin Dominique Hasler teil. Nach der Vorstellung der Bildungsstrategie 2025plus stand die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie im Fokus der Konferenz. Dabei ergaben sich zahlreiche Detailfragen durch die Schulleiterinnen und Schulleiter, wie die bestehenden Regeln umzusetzen sind und in welche Richtung sich die Lockerungen oder Verschärfungen entwickeln werden. Mit der Einführung der freiwilligen repetitiven Spucktests ab dem 3. Mai wurde zudem ein neues Testprozedere in den Schulen implementiert, was eine präzise Abstimmung der Prozessabläufe erforderte. Ausserdem wurde das weitere Vorgehen hinsichtlich Contact Tracing der Schulen besprochen.

Ausserordentliche Schulleiterkonferenz
In der Aula der Gemeindeschulen Triesen trafen sich die Schulleiterinnen und Schulleiter am 19. November zu einer ausserordentlichen Konferenz der Schulleitungen Gemeindeschulen und Sekundarschulen in der Aula der Gemeindeschulen Triesen. Dabei standen im Besonderen die Vorbereitungen auf die kommenden Schulwochen auf der Tagesordnung, da sich aufgrund der steigenden Fallzahlen neue Herausforderungen und Fragestellungen ergaben. Bildungsministerin Dominique Hasler informierte sich persönlich über die Eindrücke der Schulleiterinnen und Schulleiter und diskutierte mit ihnen die nächsten Schritte bezüglich den repetitiven Spucktests, Ausbruchsmanagement, Kommunikation, Unterstützung, Aufrechterhaltung Schulbetrieb, präventive Massnahmen sowie diverse weitere Themen, darunter die Durchführung von Veranstaltungen. Die Rückmeldungen der Schulleiterinnen und Schulleiter flossen in die weiteren Entscheidungen der Regierung und des Schulamtes ein. Bildungsministerin Dominique Hasler bedankte sich herzlich für offenen Austausch und den bereits geleisteten Einsatz.

Grundlagenforschungsbeiträge
Der Preis des Fürstentums Liechtenstein wird seit 1983 jährlich verliehen und zählt zu den renommiertesten Auszeichnungen für wissenschaftliche Forschung an der Universität Innsbruck und der Medizinischen Universität Innsbruck. Die diesjährigen Preisträgerinnen und der Preisträger wurden aus insgesamt 29 Eingaben durch die Vergabegremien der beiden Universitäten ausgewählt. Gestützt wurde der Entscheid durch die Gutachten externer Experten, welche die eingereichten Forschungsarbeiten hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Qualität, Bedeutung und Aktualität überprüften. Die Qualität der eingereichten Arbeiten ist auch im Berichtsjahr durchgehend sehr hoch und damit dem Renommee des Preises auf jeden Fall angemessen. Der mit gesamthaft EUR 14'000 dotierte Preis für das Jahr 2020 wurde im Rahmen der Vergabefeier im Berichtsjahr in Innsbruck zu gleichen Teilen an Valentina Sladky von der Medizinischen Universität Innsbruck sowie an Thomas Magauer, Flavia Laffleur und Heike Ortner von der Universität Innsbruck verliehen.

An den «Österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung» wurde wie in den Vorjahren ein Beitrag in Höhe von CHF 250'000 entrichtet. Ein Betrag in derselben Höhe wurde, wie in den Vorjahren auch, an den Schweizerischen Nationalfonds geleistet.

Zudem wurde im Berichtsjahr wie in den vergangenen Jahren ein Preis der Regierung für Nachwuchsforschung an der Universität Liechtenstein in Höhe von insgesamt CHF 10'000 ausgerichtet. Der Preis erging im Berichtsjahr an Dr. Jurij-Andrei Reichenecker für die Publikation «Hedging with an Edge: Parametric Currency Overlay», Dr. Janine Hacker und Joshua Handali für die Publikation «Virtually in this together-how web-conferencing systems enabled a new virtual togetherness during the COVID-19 crisis», Dr. Michael Weigerding für seine Dissertation «Market liquidity dynamics» und Dr. Wolfgang Hora für das Projekt «BMI – Business Model Innovation».

Regulierung/Parlamentarische Mittel

Abänderung des Lehrerdienstgesetzes
Im Berichtsjahr wurde der Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Lehrerdienstgesetzes für die zweite Lesung vom Landtag vorbereitet (BuA 2020/93), nachdem der Landtag im Oktober 2020 die Vorlage in erster Lesung behandelt hat. Schwerpunkt der Vorlage waren die Neuregelung betreffend den Einsatz befristeter Dienstverträge und die Lohngleichstellung der Lehrkräfte auf Kindergartenstufe an die Lehrkräfte der Primarstufe. Schliesslich soll die Regierung die Kompetenz erhalten, die Lehrpersonalbeurteilung mittels Verordnung an die Schulleitungen übertragen zu können. Ziel der Regierung war es, durch die 2. Lesung der Vorlage im Frühjahr 2021 die Erneuerungen bereits im Schuljahr 2021/2022 umsetzen zu können. Nachdem im Mai des Berichtsjahres der Landtag in zweiter Lesung entschied, die Vorlage nochmals in erster Lesung zu behandeln, wird derzeit an der Überarbeitung des Berichts und Antrags gearbeitet.

Revision des Stipendiengesetzes
Ende 2019 wurde mit der Erarbeitung eines Vernehmlassungsberichtes betreffend die Revision des Gesetzes über die staatlichen Ausbildungsbeihilfen begonnen. Grundsätzlich bewährt sich das geltende Gesetz über die staatlichen Ausbildungsbeihilfen. Bei der geplanten Revision geht es jedoch darum, Bestimmungen, die einen hohen Verwaltungsaufwand verursachen, zu vereinfachen, gesetzliche Fristen im Sinne einer Mitwirkungspflicht der Gesuchsteller zu verkürzen, die Rückzahlung von Darlehen unter Beibehaltung der Rückzahlungspflicht zu flexibilisieren, den stipendienan den steuerrechtlichen Kinderabzug anzunähern, um damit die Stellung der Familien mit mehreren Kindern zu verbessern sowie verschiedene Bestimmungen, deren Vollzug Schwierigkeiten bereitet, zu präzisieren und zu schärfen.

Im Juli wurde ein Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Revision des Gesetzes über die staatlichen Ausbildungsbeihilfen (Stipendiengesetz, StipG) verabschiedet. Die Ausarbeitung eines entsprechenden Bericht und Antrages, der die Rückmeldungen aus der Vernehmlassung berücksichtigt, wurde gestartet.

Corporate Governance
Dem Bildungsministerium sind folgende öffentliche Unternehmen zugeordnet: Universität Liechtenstein, Liechtensteinische Musikschule, Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten (AIBA), Stiftung «Erwachsenenbildung Liechtenstein» und Stiftung «Kunstschule Liechtenstein». Im Berichtsjahr fanden jeweils zwei bis drei Corporate Governance Gespräche zwischen dem Ministerium für Äusseres, Bildung und Sport und den jeweiligen öffentlichen Unternehmen statt.

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 11. März 2021 den Stiftungsrat der Erwachsenenbildung Liechtenstein für die Mandatsperiode 2021 bis 2025 neu bestellt. Grund für die Neubestellung sind die Demissionen der Stiftungsratspräsidentin Dagmar Bühler-Nigsch sowie der Stiftungsrätin Wally Frommelt. Neu übernimmt Judith Öhri aus Vaduz das Amt der Stiftungsratspräsidentin. Sie war bisher als Mitglied im Stiftungsrat tätig. Weiters konnten die beiden Mitglieder Andrea Heutschi-Rhomberg aus Schaan sowie Jürgen Posch aus Vaduz für den Stiftungsrat gewonnen werden.

Manuel Walser aus Schaan wurde von der Regierung in ihrer Sitzung vom 25. Mai für eine zweite Amtszeit in den Stiftungsrat der Liechtensteinischen Musikschule bestellt.

Am 31. August hat die Regierung anlässlich ihrer Sitzung den bisherigen Universitätspräsidenten Klaus Tschütscher aus Ruggell für eine zweite Amtszeit bestätigt.

In ihrer Sitzung vom 9. November hat Regierung das bisherige Stiftungsratsmitglied Alexandra Oberhuber-Wilhelm aus Vaduz für eine zweite Amtszeit im den Stiftungsrat der Kunstschule Liechtenstein bestätigt.

Sport

Liechtenstein stand im Berichtsjahr wiederum ganz im Zeichen der Covid-19-Pandemie. Für den Sport bedeutete das verschiedene Grade von Einschränkungen je nach den aktuell geltenden Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Nichts desto trotz wurde mit Hilfe des Covid-19-Zertifikats versucht, möglichst viele sportliche Aktivitäten zumindest für Teilgruppen der Bevölkerung unter Einhaltung der Schutzmassnahmen zu ermöglichen. Insbesondere wurden die Sportverbände und somit indirekt auch die Sportvereine mittels Informationsblättern über die aktuell geltenden Massnahmen informiert und praktische Hinweise für die Einhaltung der Vorgaben bereitgestellt. Die Regierung beantragte beim Landtag zudem Gelder für die Verlängerung des Reglements zur Ausrichtung von Unterstützungsbeiträgen für Institutionen in den Bereichen Sport, Bildung und Kultur, die aufgrund der staatlich angeordneten Massnahmen gemäss Covid-19-Verordnung in ihren Aktivitäten eingeschränkt wurden und als direkte Folge davon finanzielle Einbussen erlitten.

Olympische Spiele in Tokio
Die Olympischen Sommerspiele wurden vom 23. Juli bis zum 8. August 2021 in Tokio ausgetragen. Liechtenstein wurde von den Athletinnen und Athleten Julia Hassler (Schwimmen), Lara Mechnig (Artistic Swimming), Marluce Schierscher (Artistic Swimming), Christoph Meier (Schwimmen) und Raphael Schwendinger (Judo) vertreten. Dabei handelte es sich mit fünf Athletinnen und Athleten um die grösste Delegation an Olympischen Sommerspielen seit 28 Jahren. Die Liechtensteiner Delegation konnte in Tokio mit hervorragenden Leistungen glänzen. Es resultierten mehrere neue Landesrekorde und persönliche Bestleistungen.

Mobiler Pumptrack
Regierungsrätin Dominique Hasler eröffnete am 6. September offiziell den mobilen Pumptrack Liechtenstein, welcher speziell für den Schulbereich angeschafft wurde, am ersten Standort auf dem Pausenplatz der Primarschule Schaan. Ein Pumptrack ist eine Übungs- und Spielanlage im Bereich des Rad- und Rollsportes und kann mit Bikes, Inlineskates, Scootern und ähnlichen Rollgeräten befahren werden. Der grosse Vorteil eines mobilen Pumptracks ist die flexible Einsatzmöglichkeit bei Schulhöfen, Pausenplätzen, Schulveranstaltungen, Sporttagen, Gemeindesportplätzen, Fahrradschulungen sowie ausserschulischen Einsätzen. Der Pumptrack soll möglichst viele Kinder und Jugendliche in ihrer gewohnten Umgebung ansprechen, zum Ausprobieren animieren und einen wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit leisten. Weiter wurden ausgewählte Athletinnen und Athleten aus der Sportschule als Botschafter eingesetzt, indem sie in Form von Schulungen und Übungslektionen ihr Wissen im Rad- und Rollsport an

die Kinder und Jugendlichen weitergeben und so einen Beitrag für sicheres Radfahren leisteten. Ziel des mobilen Pumptracks ist es, dass dieser an allen Schulstandorten in Liechtenstein zum Einsatz kommt. Die Ausleihe des Pumptracks sowie die Vergabe wird über die Stabsstelle für Sport organisiert.

Verleihung des Goldenen Lorbeerblatts an Birgit Heeb-Batliner

Am 8. November 2021, verlieh die Regierung zum 12. Mal in der Geschichte Liechtensteins das Goldene Lorbeerblatt. Sportministerin Dominique Hasler würdigte die ehemalige Liechtensteiner Skirennläuferin Birgit Heeb-Batliner im Namen der Regierung und überreichte ihr als Anerkennung und Wertschätzung für ihre herausragenden Leistungen im Sport das Goldene Lorbeerblatt. Das Goldene Lorbeerblatt wird alle zwei Jahre an Persönlichkeiten aus der Sportwelt für aussergewöhnliches Engagement und herausragende Leistungen vergeben. Es ist die höchste Anerkennung, welche die Regierung im Bereich des Sports vergibt.

Neuauflage der Leistungsvereinbarung mit Special Olympics Liechtenstein

Am 6. Dezember traf I.D. Prinzessin Nora von Liechtenstein in ihrer Funktion als Stiftungsratspräsidentin von Special Olympics Liechtenstein Sportministerin Dominique Hasler zur feierlichen Unterzeichnung der Leistungsvereinbarung für die Jahre 2022 bis 2024 im Regierungsgebäude. Die Leistungsvereinbarung regelt die Zusammenarbeit der Regierung des Fürstentums Liechtenstein mit der Special Olympics Liechtenstein Stiftung zum Zweck der Förderung und Weiterentwicklung des Sports für Menschen mit einer geistigen und/oder mehrfachen Behinderung. Die Stiftung vertritt die Interessen von Special Olympics im In- und Ausland, setzt sich für die gesellschaftliche Anerkennung ein, verfolgt die aktuellen Entwicklungen, arbeitet mit den öffentlich-rechtlichen Vertretern des Sports zusammen und koordiniert übergeordnete Angelegenheiten. Dabei orientiert sie sich an den Grundsätzen der Ethik und ist unabhängig und neutral. Sie ist gemeinnützig, verfolgt keine wirtschaftlichen Ziele und ist nicht gewinnorientiert.

Reglement der Stabsstelle für Sport für die Unterstützung von Sportveranstaltungen

Der Landtag hat in seiner Sitzung vom November im Rahmen der Beratung des Landesvorschlages den Betrag für die Unterstützung des Sports insbesondere von Sportveranstaltungen in Liechtenstein durch die Stabsstelle für Sport für das Jahr 2022 um CHF 100'000 erhöht. Daraufhin wurde das Reglement überarbeitet und angepasst sowie durch die Regierung genehmigt.

Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Amtsleiter: Botschafter Dr. Martin Frick

Zu den Hauptaufgaben des Amtes gehörten dieses Jahr wiederum die Koordination und Ausrichtung der Aussenpolitik sowie die Vorbereitung von Regierungs- und Landtagsgeschäften mit aussenpolitischem Bezug, die Pflege und Vertiefung bilateraler Beziehungen und die Vertretung Liechtensteins in internationalen Gremien und an Konferenzen. Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie prägten Tätigkeiten des Amtes in einem geringeren Ausmass als noch im Vorjahr. Während multilaterale Treffen nach wie vor zu einem Grossteil auf digitalen Plattformen stattfanden, konnten bilaterale Treffen und Besuche unter Einhaltung der geltenden Schutzmassnahmen hingegen mehrheitlich physisch abgehalten werden. Auch erste Veranstaltungen konnten wieder mit Publikumspräsenz organisiert werden.

Die Bekämpfung der globalen Pandemie und deren Auswirkungen auf die wirtschaftliche und geopolitische Entwicklung war im Laufe des Berichtsjahres von zentraler Bedeutung für die internationale Diplomatie. Liechtenstein konnte sich gerade auch in dieser schwierigen Zeit als verlässlicher und gut vernetzter Partner beweisen, der einen aktiven Beitrag zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, zur globalen Solidarität und zum Schutz der Menschenrechte leistet und dadurch seinem Bekenntnis zu einem starken Multilateralismus Ausdruck verleiht. Gemeinsam mit der ebenfalls vorangetriebenen engen regionalen Kooperation widerspiegeln diese Bereiche auch die langjährigen Prioritäten der liechtensteinischen Aussenpolitik.

Die bilaterale Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Schweiz, Österreich und Deutschland wurde im Berichtszeitraum weiter gepflegt. So fanden Antrittsbesuche von Regierungsrätin Dominique Hasler in Bern und Wien ebenso statt wie das Treffen der deutschsprachigen Aussenministerinnen und Aussenminister. Mit der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens zwischen den EWR/EFTA-Staaten und dem Vereinigten Königreich konnte der über fünf Jahre dauernde Brexit-Prozess erfolgreich beendet werden. Daneben war auch die Pflege der Beziehungen zu den USA und China sowie die Koordination und Betreuung der Staatenbeschwerde gegen die Tschechische Republik ein bestimmendes Thema für die bilaterale Zusammenarbeit. Um die Beziehungen zu den Fokusländern der liechtensteinischen Aussenpolitik weiter zu stärken, wurden im Berichtsjahr zwei Honorarkonsulate, in Hamburg und Brünn, eröffnet.

In der Aussenwirtschafts- und Finanzpolitik trat im Berichtsjahr das EFTA-Freihandelsabkommen mit Indonesien sowie das modernisierte Freihandelsabkommen mit der Türkei in Kraft. Wie bereits im Vorjahr nahm das Amt an den virtuell stattfindenden EFTA-Treffen und internen Besprechungen teil. Das Amt wirkte wiederum an

den Verhandlungen für Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit. Dazu gehörten Verhandlungen mit der Ukraine und mit Rumänien, wobei letztere bereits abgeschlossen werden konnten. Das DBA mit den Niederlanden sowie die DBA-Änderungsprotokolle mit Deutschland und der Schweiz traten in Kraft. Im Bereich Korruptionsbekämpfung stand die vierte Evaluationsrunde von Liechtenstein durch die Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO) im Zentrum der Bemühungen. Das Amt koordinierte sowohl die Berichterstattung als auch die innerstaatliche Umsetzung der Empfehlungen von GRECO. Ferner nahm das Amt an mehreren Expertengremien im Bereich der internationalen Korruptionsbekämpfung teil.

Der Bereich Menschenrechte befasste sich 2021 erneut mit mehreren Berichterstattungen an internationale Gremien. So wurden Berichte zur Umsetzung von Empfehlungen des Ausschusses der UNO-Frauenrechtskonvention sowie des Expertengremiums zum Europarat-Übereinkommen zur Bekämpfung des Menschenhandels eingereicht. Im Berichtsjahr ratifizierte Liechtenstein das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt (Istanbul-Konvention) und trat dem Übereinkommen als 34. Vertragsstaat bei. Auch der Ratifikationsprozess des Übereinkommens der UNO-Behindertenrechtskonvention konnte im Berichtsjahr vorangetrieben werden. Des Weiteren nahm das Amt an zahlreichen Konferenzen und Expertentreffen teil, die meist virtuell oder in hybridem Format abgehalten wurden.

Die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) leistete im Berichtsjahr besondere Unterstützung zur Bekämpfung der sozio-ökonomischen und gesundheitlichen Folgen der Covid-19-Pandemie. So beteiligte sich Liechtenstein mit CHF 300'000 an der globalen Impfinitiative COVAX und finanzierte dadurch über 60'000 Impfdosen für Entwicklungsländer. Neben weiteren Hilfsprojekten in den Bereichen Migrationshilfe und Verbrechensbekämpfung nahmen die von Liechtenstein initiierten Projekte «Liechtenstein Languages» sowie die «Liechtenstein Initiative for Finance against Slavery and Trafficking» (FAST) eine grosse Bedeutung ein. Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung konnte die FAST-Initiative einem breiteren Publikum in Liechtenstein vorgestellt werden. Der Anteil von Ausgaben für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit am BNE (Official Development Assistance, ODA) nahm im Vergleich zum Vorjahr leicht zu und beträgt 0.41%.

Im Bereich Sicherheit und Verbrechensbekämpfung ist im Berichtsjahr insbesondere die Mitarbeit an der fünften Länderprüfung durch das Europarat-Gremium MONEYVAL hervorzuheben, welches sich um die Umsetzung internationaler Standards und Empfehlungen in der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung kümmert. Ausserdem bereitete das Amt den Nachvollzug der EU-Sanktionen gegenüber bestimmten Personen und Organisationen zur Bekämpfung schwerer Menschenrechtsverletzungen vor. Des Weiteren wurden vonseiten des Amtes auch diverse Gremien und Konferenzen abgedeckt und die Arbeiten an einem multilateralen Vertrag betreffend Rechtshilfe zwecks Strafverfolgung der schlimmsten internationalen Verbrechen vorangetrieben.

Im Zentrum der Arbeiten in Bezug auf Umwelt und nachhaltige Entwicklung stand dieses Jahr die Vorbereitung und aktive Teilnahme an der UNO-Klimakonferenz in Glasgow (COP26). Im Rahmen des Projekts «youth. shaping.EUSALP» zur verstärkten Involvierung von Jugendlichen in der makroregionalen EU-Strategie für den Alpenraum konnte im Berichtsjahr der EUSALP Jugendrat erfolgreich lanciert werden. Als Mitglied in einer Stimmgruppe im Vorstand des Green Climate Fund (CGF) wurde Liechtenstein auch im Berichtsjahr vom Amt vertreten.

Entsprechend den epidemiologischen Entwicklungen war es dem Amt während der zweiten Hälfte des Berichtsjahres möglich, einige physische Veranstaltungen durchzuführen. Dabei ist insbesondere der gut besuchte Botschafterinformationstag zu erwähnen. Das Twitter-Konto @MFA_LI erfreut sich einer zunehmenden Gefolgschaft und wuchs um 15% auf über 7'000 Follower.

Bilaterale Zusammenarbeit

Im Gegensatz zum Vorjahr fanden bilaterale Treffen im Berichtsjahr wieder zum überwiegenden Teil physisch statt. Ein Schwerpunkt der bilateralen Zusammenarbeit im Berichtsjahr lag wiederum auf den Staaten in der Nachbarschaft, sprich Schweiz, Österreich und Deutschland. Im Zentrum standen dabei die Antrittsbesuche der Regierungsrätin bei den Aussenministern der Schweiz und Österreichs sowie das Treffen der Aussenministerinnen und Aussenminister der deutschsprachigen Staaten vom 16. April in Lugano, bei welchem die Schweiz der turnusgemässe Gastgeber war. Bestimmende Themen bei den genannten Treffen waren dabei die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit, europapolitische Themen sowie der Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu geopolitischen und multilateralen Themen. In Deutschland konnte das neue Honorarkonsulat Liechtensteins in Hamburg eröffnet werden. Als Gastgeber trat Liechtenstein im Berichtsjahr beim quadrilateralen Treffen der Staats- und Generalsekretäre Liechtensteins, Österreichs, der Schweiz und Sloweniens auf: Das Treffen fand auf Einladung von Botschafter Dr. Martin Frick am 18. Juni in Mauren statt.

Insbesondere mit der Schweiz fand ein beträchtlicher Teil der bilateralen Kontaktpflege auch auf Verwaltungsebene statt. So erfolgte unter anderem ein Austausch zur weiteren Ausgestaltung des LSVA-Vertrags oder zur Umsetzung der Vereinbarungen im Bereich Landwirtschaft. Beim geplanten Abkommen zur fürsorgerischen Unterbringung konnten die bisherigen Gespräche weitergeführt werden. Bei den genannten Prozessen war das Amt federführend tätig. Zusätzlich war das Amt bei einer Reihe von bilateralen Themen mit der

Schweiz, die von anderen Ämtern betreut werden, in unterstützender Funktion eingebunden.

Wie im Vorjahr bildete ein weiterer Schwerpunkt in der bilateralen Zusammenarbeit die Koordination und Betreuung der liechtensteinischen Staatenbeschwerde gegen die Tschechische Republik. Daneben eröffnete Liechtenstein ein Honorarkonsulat in der Tschechischen Republik (Brünn).

Nachdem die EU und das Vereinigte Königreich (UK) am 24. Dezember 2020 ein Handels- und Kooperationsabkommen abgeschlossen hatten, intensivierten sich auch die Verhandlungen zwischen den EWR/EFTA-Staaten und UK noch einmal merklich. Das Vorliegen des Abkommens EU-UK ermöglichte es, einen gleichwertigen Marktzugang sicherzustellen. Am 4. Juni konnte das Freihandelsabkommen zwischen den EWR/EFTA-Staaten und UK nach nur zehnmonatigen rein virtuell geführten Verhandlungen abgeschlossen und am 8. Juli von Regierungsrätin Dominique Hasler in London unterzeichnet werden. Das Abkommen verhindert Diskriminierung gegenüber Unternehmen aus der EU und bietet liechtensteinischen Wirtschaftsakteuren einen bevorzugten Marktzugang gegenüber Ländern, die kein Abkommen mit UK haben. Mit dem Freihandelsabkommen konnte der insgesamt mehr als fünf Jahre dauernde Brexit-Prozess erfolgreich abgeschlossen werden.

Der Brexit-Prozess hat auch zu einem engeren Austausch auf Ministerebene geführt. Als Ergebnis dieser Intensivierung der Beziehungen fand im Berichtsjahr erstmals ein Besuch eines britischen Ministers in Liechtenstein statt.

Auch die Pflege der Beziehungen zu weiteren Staaten war Teil der Arbeiten des Amtes im Berichtsjahr. Das Amt war zuständig für die inhaltliche Vorbereitung von zahlreichen bilateralen Gesprächen, welche physisch, per Telefon oder per Videokonferenz stattfanden. Die bilateralen Kontakte wurden gezielt dazu genutzt, um liechtensteinische Anliegen und Positionen zu deponieren und für die Unterstützung liechtensteinischer Initiativen zu werben. Hervorzuheben sind dabei die Beziehungen zu China und den USA. Einerseits fanden mit diesen Staaten diverse Gespräche statt, andererseits waren die Beziehungen zwischen den USA und China sowie die geopolitischen Implikationen der zunehmenden Konfrontation Thema bei vielen Gesprächen mit anderen bilateralen Partnern.

Der liechtensteinische Botschafterinformationstag konnte im Berichtsjahr wieder durchgeführt werden, wobei das Amt die Organisation übernahm. Es nahmen 73 Vertreterinnen und Vertreter der in Liechtenstein akkreditierten Botschaften teil.

Konsularische Angelegenheiten

Auch im zweiten Jahr der Covid-19-Pandemie wurde das Amt regelmässig mit Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zu weltweit bestehenden Reisebeschränkungen kontaktiert. Teilweise intervenierte das Amt bei Ländern, welche Liechtenstein hinsichtlich Reisebeschränkungen schlechter stellten als andere europäische Länder. Insgesamt blieben die Bestimmungen der verschiedenen Länder im internationalen Reiseverkehr unübersichtlich und uneinheitlich. Jedoch wurden dem Amt keine Fälle bekannt, die dazu geführt hätten, dass Personen aus Liechtenstein durch Reisebeschränkungen an der Heimreise nach Liechtenstein gehindert worden wären.

Daneben betreute das Amt auch in diesem Berichtsjahr diverse konsularische Fälle in anderen Angelegenheiten wie Spitalaufenthalt im Ausland, etc. Dabei konnte wie üblich auf die bewährte Zusammenarbeit mit der Schweiz zurückgegriffen werden.

Europäische Zusammenarbeit

Der etablierte Austausch auf Aussenministerebene mit der jeweiligen EU-Präsidentschaft – im Berichtsjahr waren dies Portugal und Slowenien – wurde fortgeführt. Mit der österreichischen Bundesministerin für EU und Verfassung fanden zwei Treffen statt.

Auch in diesem Berichtsjahr trug Liechtenstein die Sanktionspolitik der EU mit und leistete im Rahmen des EWR-Finanzierungsmechanismus einen Beitrag zur Reduktion der Ungleichheit innerhalb Europas.

Aussenwirtschafts- und Finanzpolitik

Im Berichtsjahr wurde das EFTA-Freihandelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich (UK) unterzeichnet und es traten das neue EFTA-Freihandelsabkommen mit Indonesien sowie das modernisierte Freihandelsabkommen mit der Türkei in Kraft. Das Amt nutzte erneut die hauptsächlich virtuell stattfindenden EFTA-Treffen, um an internen Besprechungen der EFTA-Staaten und an Freihandelsverhandlungen teilzunehmen.

Im Bereich der internationalen Bemühungen zur Korruptionsbekämpfung stand im Berichtsjahr die vierte Evaluationsrunde von Liechtenstein durch die Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO) im Mittelpunkt. Das Amt hat den Vorsitz in der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe Korruptionsprävention inne, leitet die liechtensteinische Delegation bei GRECO und koordiniert die Berichterstattung sowie die innerstaatliche Umsetzung der Empfehlungen von GRECO. Im Zuge der vierten GRECO-Evaluationsrunde ergingen 16 Empfehlungen betreffend Korruptionsprävention bei Abgeordneten, Richtern und Staatsanwälten. Die Regierung nahm diese Empfehlungen zur Kenntnis und erteilte entsprechende Umsetzungsaufträge für die Empfehlungen an die zuständigen Stellen. Der Landtag und die Gerichte wurden eingeladen, Umsetzungsmassnahmen zu prüfen. Das Amt begleitete und beriet die betroffenen Stellen im Berichtsjahr. Bis März 2022 muss Liechtenstein über den Umsetzungstand der Empfehlungen berichten. Ausserdem fungierte Liechtenstein,

vertreten durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten, in der vierten Evaluationsrunde von Österreich gemeinsam mit Russland als Berichterstatter.

Im Rahmen der UNO brachte sich Liechtenstein aktiv in die Verhandlungen zu einer umfassenden politischen Erklärung ein, die im Juni in einer Sondersession der UNO-Generalversammlung zu Korruption (UNGASS) in New York verabschiedet wurde. Das Amt koordinierte verwaltungsintern die Ausarbeitung einer detaillierten Positionierung Liechtensteins. Inhalt dieser Positionierung und Verhandlungsgrundlage sind innen- und aussenpolitische Themen wie Vermögensabschöpfung, illegale Finanzflüsse oder der Einfluss von Korruption auf Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung. Liechtenstein setzte sich dafür ein, dass möglichst keine Änderungen der internationalen Anti-Korruptionsagenda beschlossen wurden und setzte sich gegen eine Politisierung der Agenda ein.

Das Amt beteiligte sich an den Verhandlungen zum Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) mit Rumänien und der Ukraine, welche im Mai bzw. September stattfanden. Während die Verhandlungen mit der Ukraine bislang nicht abgeschlossen werden konnten, wurde mit Rumänien bereits nach einer Verhandlungsrunde eine Einigung erzielt. Es wird eine möglichst baldige Unterzeichnung angestrebt. Im Berichtsjahr traten zudem das DBA mit den Niederlanden sowie die DBA-Änderungsprotokolle mit Deutschland sowie der Schweiz in Kraft.

Weiter bereitete das Amt Hintergrundinformationen und Gesprächspunkte zu Liechtensteins Positionierung in der Aussenwirtschafts- und Finanzplatzpolitik für diverse politische Treffen auf bilateraler und multilateraler Ebene vor. Ziel dieser Gespräche war es, die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen als festen Bestandteil der aussenpolitischen Aktivitäten zu etablieren und insbesondere die Aufnahme von DBA-Verhandlungen zu fördern.

Im Berichtsjahr vertrat das Amt Liechtenstein zudem an Sitzungen des WTO-Ausschusses über das öffentliche Beschaffungswesen, im Gremium der Geberländer des OECD-Antikorruptionsnetzwerks für Osteuropa und Zentralasien sowie des International Center for Asset Recovery (ICAR).

Menschenrechte

Die Erarbeitung von Berichten, die Beantwortung von Fragen zu bestehenden Berichten sowie das Eintreten für den Schutz der Menschenrechte auf internationaler Ebene an Vertragsstaatenkonferenzen internationaler Menschenrechtsübereinkommen und an weiteren Konferenzen gehörten im Berichtsjahr zu den Hauptaufgaben in diesem Bereich. In internationalen Organisationen und insbesondere im Europarat war das Amt zudem in Expertenausschüssen aktiv. Weiter verfolgte das Amt aktuelle Entwicklungen im Menschenrechtsbereich und führte Vorprüfungen noch nicht unterzeichneter oder ratifizierter Abkommen durch.

Nach der Zustimmung des Landtages hat Liechtenstein im Juni die Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) beim Europarat in Strassburg hinterlegt. Mit dem Inkrafttreten des Übereinkommens am 1. Oktober ist Liechtenstein der 34. Vertragsstaat der Konvention, welche sich insbesondere auf die Prävention von Gewalt an Frauen, den Schutz von Opfern sowie die konsequente Verfolgung von Straftaten im Sinne der Konvention fokussiert. Im Zuge der Ratifikation wurde der Opfer- und Zeugenschutz durch eine Anpassung der Zivilprozessordnung und des Ausserstreitgesetzes in Anlehnung an die österreichische Rezeptionsvorlage erweitert.

Weiter wurde im Berichtsjahr auch der Ratifikationsprozess des Übereinkommens der UNO über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vorangetrieben. Das Amt unterbreitete der Regierung im Juni eine Stellungnahme zur weiteren Vorgehensweise. Im selben Monat fand ein offener Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft zur Behindertenrechtskonvention im Rahmen des jährlich stattfindenden Dialogs mit liechtensteinischen Nichtregierungsorganisationen im Menschenrechtsbereich statt. Im November beauftragte die Regierung das Amt, einen Vernehmlassungsbericht betreffend die für die Ratifikation zwingenden Gesetzesanpassungen vorzulegen.

Im Berichtsjahr kam Liechtenstein auch seinen Verpflichtungen als Vertragsstaat von internationalen Menschenrechtsübereinkommen nach. Im Mai veröffentlichte die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) ihre abschliessenden Bemerkungen zur Umsetzung der an Liechtenstein gerichteten dringlichen Empfehlungen. Die Kommission anerkannte darin insbesondere die Bemühungen um die Erstellung einer neuen Integrationsstrategie. Im Juni wurde der Zwischenbericht zur Umsetzung der dringlichen Empfehlungen des Ausschusses der UNO-Frauenrechtskonvention (CEDAW) eingereicht. Dabei standen insbesondere die Geschlechtergleichstellungspolitik und der Schutz von Gewalt an Frauen im Vordergrund. Im November wurde der Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen des Expertengremiums GRETA zum Europarat-Übereinkommen zur Bekämpfung des Menschenhandels eingereicht.

Bei der Vorbereitung und Koordination internationaler Berichterstattungen kann das Amt auf die Arbeit der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe Menschenrechte (AG) zurückgreifen. Die unter der Leitung des Amtes stehende AG umfasst Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Amtsstellen, die sich gemeinsam mit der Weiterverfolgung und Umsetzung von Empfehlungen internationaler Menschenrechtsgremien an Liechtenstein befassen. Im Berichtsjahr wurden besonders die

Empfehlungen der ECRI und des CEDAW-Ausschusses behandelt.

Im April veröffentlichte das Amt die elfte Ausgabe des jährlichen Statusberichts zur Situation der Menschenrechte in Liechtenstein, der in Papierform und digital verteilt wurde.

Besuche und Treffen fanden im Berichtsjahr meist im virtuellen oder hybriden Format statt. Im Juni organisierte das Amt einen Austausch mit der Weltorganisation gegen Folter. Daran beteiligt haben sich nicht nur verwaltungsinterne Experten, sondern auch Vertreter und Vertreterinnen von liechtensteinischen Finanzinstitutionen und der Philanthropie. Im Oktober trug Liechtenstein gemeinsam mit der quadrilateralen Gruppe (Österreich, Schweiz und Slowenien) das virtuell stattfindende Europäische Regionalforum des UN-Sonderberichterstatters über Minderheitenfragen mit. Im Zentrum standen dabei der Schutz der Menschenrechte und die Prävention von bewaffneten Konflikten.

Die Öffentlichkeitsarbeit war aufgrund der Covid-19-Pandemie erneut eingeschränkt. Am 27. Januar fand der Holocaustgedenktag in einem virtuellen Format statt. Im Rahmen des Gedenkens an die Befreiung des KZ Ausschwitz-Birkenau vor 75 Jahren wurde eine Ausstellung zu jüdischen Grabstätten im Landesmuseum eröffnet. Zum Anlass des Internationalen Tags der Menschenrechte am 10. Dezember nahmen Vertreter des Amtes an einem Wahlpflichtkurs des Liechtensteinischen Gymnasiums teil, um den Schülerinnen und Schülern Einblicke in die Aussen- und Menschenrechtspolitik zu gewähren.

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

Das Amt koordinierte im Berichtsjahr die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE). Neben der Budgetierung und der Vorbereitung von regelmässigen Koordinationstreffen mit dem Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) beinhaltet die Koordinierung auch den Bereich Öffentlichkeitsarbeit.

Das Amt war in den in seiner Zuständigkeit liegenden Kategorien der IHZE für die Zusammenarbeit mit den Projektpartnern, für die Vorbereitung und Auszahlung von Projektbeiträgen sowie für das Monitoring und die Evaluation der von Liechtenstein unterstützten Projekte zuständig. Im Rahmen der Not- und Wiederaufbauhilfe wurden Beiträge für humanitäre Krisen in verschiedenen Ländern und Regionen gesprochen. So wurden Hilfsprojekte in den von bewaffneten Konflikten gebeutelten Ländern Afghanistan, Äthiopien (Region Tigray), Irak, Jemen, der Demokratischen Republik Kongo, Libyen, Myanmar, Syrien, Somalia und Südsudan unterstützt. Als Reaktion auf humanitäre Krisen, die durch Natur- und Umweltkatastrophen ausgelöst wurden, wurden Hilfsprojekte nach Erdbeben auf der indonesischen Insel Sulawesi sowie auf Haiti, nach einem Wirbelsturm in Tschechien sowie nach Dürren und Überschwemmungen auf Madagaskar und in Nordkorea unterstützt. Im Rahmen einer sehr starken Welle der Covid-19-Pandemie wurde die Gesundheitsversorgung in Indien unterstützt. Themenbezogene Beiträge wurden vor allem im Rahmen der Hilfe von Minenopfern gesprochen. Zudem wurden allgemeine Beiträge an die Katastrophenfonds des Liechtensteinischen Roten Kreuzes, des IKRK, des Welternährungsprogramms und der UNO gesprochen, um im Krisenfall sehr rasche Nothilfe zu ermöglichen. Wie in den vergangenen Jahren wurde wieder ein besonderer Fokus auf die vergessenen humanitären Krisen gelegt. Dazu zählten im Berichtsjahr insbesondere die Hungersnöte in Jemen, Madagaskar und Nordkorea. Des Weiteren engagierte sich das Amt in der Staatengruppe für Good Humanitarian Donorship, die sich das Ziel gesetzt hat, die humanitäre Hilfe anhand von festgelegten Prinzipien und durch den gemeinsamen Austausch über Aktivitäten zu verbessern.

Im Berichtsjahr wurde im Bereich der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit das Engagement für die internationale Verbrechensbekämpfung sowie für den Klima- und Umweltschutz weiter gestärkt. Bei der «Liechtenstein Initiative for Finance Against Slavery and Trafficking» (FAST) lag der Fokus auf der internationalen Bekanntmachung. Im Oktober fand eine zweitätige Überprüfungskonferenz zu FAST in Vaduz statt, an welcher der Umsetzungsstand sowie die kommenden Schritte der Initiative diskutiert wurden. Im Rahmen der Konferenz fand auch eine öffentliche Veranstaltung statt, an welcher aufgezeigt wurde, welchen Beitrag der Finanzplatz zur Bekämpfung von Sklaverei und Menschenhandel haben kann. Des Weiteren wurde ein Fokus auf Anti-Korruptionsprojekte gelegt, die eine Verknüpfung zu anderen Verbrechen aufweisen. So wurde beispielsweise das «Green Corruption Program» des Basel Institute on Governance unterstützt. Darüber hinaus erstellte das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen im Auftrag Liechtensteins eine Studie, die den Zusammenhang zwischen Korruption und den verschiedenen Formen von moderner Sklaverei verdeutlicht. Im Rahmen der «Frauen, Frieden und Sicherheit»-Agenda konzentrierte sich Liechtenstein auf die Finanzierung von Projekten, die sich auf den Einbezug von Frauen in Friedensprozessen sowie die Verhinderung von geschlechterspezifischer Gewalt in Konflikten konzentriete. Neben den traditionellen Schwerpunkten engagierte sich Liechtenstein für die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie, indem es sich an der globalen Impfinitiative COVAX mit CHF 300'000 beteiligte. Damit konnten im Berichtsjahr rund 60'000 Impfdosen an Entwicklungsländer finanziert werden.

Im Rahmen der Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe wurden die Aktivitäten für die Unterstützung von Flüchtlingen vor Ort verstärkt, wobei der Fokus insbesondere auf Syrien und seine Nachbarstaaten gelegt wurde und das Engagement in Westafrika intensiviert wurde. Das Sprachlernprogramm für Flüchtlinge

in der Türkei gemeinsam mit dem Verein «Liechtenstein Languages» und «RET International», konnte im August erfolgreich gestartet werden. Weiterhin bildete das Engagement auf dem Westbalkan einen Schwerpunkt. Insbesondere im Kosovo sowie in Bosnien und Herzegowina wurden Projekte im Umfang von rund CHF 1.5 Millionen unterstützt. Im Zentrum dieser Projekte stehen die Verbesserung des Migrationsmanagements in der Region sowie die Linderung des Migrationsdrucks vor Ort durch die Verbesserung von Einkommensperspektiven und die Verbesserung des Zugangs zur Grundschulbildung für alle Gesellschaftsgruppen. Ebenfalls wurde im Berichtsjahr eine neue Partnerschaft mit der Stiftung «Right to Play» aufgebaut, welche in Mali den Zugang zu Bildung für vertriebene Kinder fördert.

Der ODA-Prozentsatz für das Jahr 2019 betrug 0.41 und nahm damit im Vergleich zum Vorjahr leicht zu. Die internationale Zielvorgabe für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit beträgt 0.7% des BNE.

Sicherheit und Verbrechensbekämpfung

Das Amt deckte im Bereich Sicherheit und Verbrechensbekämpfung im Berichtsjahr diverse internationale Gremien und Konferenzen im Rahmen des Europarats, der OSZE und der UNO ab, wobei diese teilweise im digitalen Format abgehalten wurden.

Das Amt war auch in diesem Berichtsjahr wieder intensiv in die Arbeiten rund um die fünfte Länderüberprüfung durch das Europarat-Gremium MONEYVAL hinsichtlich der Umsetzung der 40 FATF-Empfehlungen im Bereich der Bekämpfung von Geldwäsche sowie Terrorismus- und Proliferationsfinanzierung involviert. Im September weilten mehrere Experten von MONEYVAL in Liechtenstein und führten Gespräche mit involvierten Vertretern der Verwaltung (darunter des Amtes), der Aufsicht und der Privatwirtschaft. Die nachgelagerten Arbeiten dauern an und mit einem finalen Prüfbericht durch MONEYVAL wird im Mai 2022 gerechnet.

Mit dem vom Amt vorbereiteten Nachvollzug der EU-Sanktionen gegenüber bestimmten Personen und Organisationen zur Bekämpfung schwerer Menschenrechtsverletzungen und -verstösse und dem Erlass einer entsprechenden Verordnung ging Liechtenstein gegen Einzelpersonen und Organisationen vor, die für Menschenrechtsverletzungen und -verstösse weltweit verantwortlich oder an ihnen beteiligt sind oder mit ihnen in Verbindung gebracht werden. Der Nachvollzug steht im Einklang mit der bisherigen Politik im Bereich internationaler Sanktionen.

Das Amt nahm zudem am 14. UNO-Kongress zur Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege teil, wobei sich Liechtenstein besorgt über die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die internationale Kriminalität zeigte. In den Verhandlungen zur Deklaration zum UNO-Kongress setzte sich Liechtenstein für eine stringente Sprache im Bereich der Finanzkriminalität und eine stärkere Verankerung der Bekämpfung des Menschenhandels ein.

Im November startete Liechtensteins Überprüfung der Umsetzung des UNO-Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und seiner drei Protokolle, die von Finnland und Grenada durchgeführt wird.

Während des Berichtsjahres wurden zudem die Arbeiten an einem multilateralen Vertrag betreffend Rechtshilfe zwecks Strafverfolgung der schlimmsten internationalen Verbrechen (Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Aggression) weiter vorangetrieben. Das Amt nahm an zwei Verhandlungsrunden teil und setzte sich dabei insbesondere für die gleichwertige Aufnahme des Aggressionsverbrechens in den Vertragstext ein.

Im Berichtsjahr wurden die organisatorischen Vorbereitungen und die Ausarbeitung von Modalitäten für den Beginn eines zwischenstaatlichen Verhandlungsprozesses zur Ausarbeitung einer UNO-Konvention gegen Cyberkriminalität abgeschlossen, wobei sich das Amt aktiv beteiligte. Liechtenstein wird sich auch an den Verhandlungen beteiligen. Das Amt übernimmt dabei die Delegationsleitung.

Weiter erstellte das Amt den Bericht und Antrag für die Ratifikation einiger Änderungen des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC), die insbesondere Artikel 8 (Kriegsverbrechen) betreffen. Der Landtag stimmte den Änderungen des Römer Statuts in seiner Novembersitzung zu.

Umwelt und nachhaltige Entwicklung

Das Amt vertrat im Berichtsjahr die liechtensteinischen Interessen in der makroregionalen EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP), an der Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Slowenien sowie die Schweiz und Liechtenstein beteiligt sind. Im Rahmen des Projekts «youth.shaping.EUSALP», in welchem sich die Schweiz, das Bundesland Tirol und Liechtenstein engagieren, konnte der EUSALP Jugendrat erfolgreich lanciert werden. Dieser besteht aus 27 Jugendrätinnen und -räten und erarbeitet Projektvorschläge für den Alpenraum. Liechtenstein war im Berichtsjahr mit drei Mitgliedern im Jugendrat vertreten.

Im Bereich der Umweltaussenpolitik nahm die Vorbereitung und aktive Teilnahme an der UNO-Klimakonferenz in Glasgow (COP 26) eine zentrale Rolle in den Tätigkeiten des Amtes ein. Nachdem die COP 26 pandemiebedingt auf 2021 verschoben wurde, konnten die Verhandlungsziele der Regierung mit der Verabschiedung des Klimapaktes von Glasgow erfüllt werden. Mit der Teilnahme S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein am Treffen der Staats- und Regierungschefs zu Beginn der Klimakonferenz war Liechtenstein zum ersten Mal auf höchster politischer Ebene an einer Klimakonferenz vertreten.

Das Amt vertrat Liechtenstein auch im Berichtsjahr in einer Stimmgruppe im Vorstand des Green Climate Fund (GCF). Die Stimmgruppe wird abwechselnd von der Schweiz und Finnland geleitet. Ihr gehören ausserdem Monaco und Ungarn an. Der GCF ist der grösste Fonds, der Entwicklungsländer dabei unterstützt, ihre Klimaziele zu erreichen. Er wurde 2010 von der UNO-Klimarahmenkonvention gegründet. Liechtenstein beteiligt sich seit 2014 im Rahmen seiner Klimafinanzierung mit regelmässigen Beiträgen an den Projekten des GCF.

Öffentlichkeitsarbeit

Über das Twitter-Konto @MFA_LI wurden im Berichtsjahr knapp 350 Nachrichten zu Besuchen, Regierungs- und Landtagsgeschäften mit aussenpolitischem Bezug sowie zu aktuellen Ereignissen versendet. Im Laufe des Jahres wuchs die Follower-Anzahl um über 15% auf über 7'000 Follower. Die Tweets des Kontos wurden pro Monat durchschnittlich über 70'000 Twitter-NutzerInnen angezeigt und in einem Monat besuchten durchschnittlich über 6'000 Personen das Twitter-Profil.

Mitarbeitende des Amtes hielten im Verlauf des Berichtsjahres Vorträge an verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen zur Arbeit und zu aktuellen Initiativen der liechtensteinischen Aussenpolitik.

Der Austausch mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen war im Verlaufe des Berichtsjahres von grosser Bedeutung. Im Juni konnten sich junge Erwachsene im Rahmen der OSZE Jugendroadshow zu wichtigen Themen rund um eine sichere Zukunft Europas austauschen. Für den EUSALP Jugendrat wurden Anfang Juli drei junge Erwachsene aus Liechtenstein ernannt. Sie können sich während ihres einjährigen Mandats aktiv im Gremium einbringen und bei verschiedenen Veranstaltungen teilnehmen. Ende Jahr wurde die Stelle der Jugendvertreterin bzw. des Jugendvertreters bei der UNO erneut ausgeschrieben. Parallel dazu erschien auch ein Zeitungsartikel zur Rolle der liechtensteinischen Jugendvertretung.

Zum 25. Jubiläum des Inkrafttretens der UNO-Frauenrechtskonvention unterstützte das Amt die Produktion des Videos «CEDAW kurz erklärt – die UNO-Frauenrechtskonvention». Das öffentlich zugängliche Video wurde im Juni vorgestellt und ermöglicht einen illustrierten Einblick in die Funktionsweise des internationalen Menschenrechtsübereinkommens.

Mitarbeit in Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen

Der Amtsleiter und die Diplomatinnen und Diplomaten arbeiteten im Berichtsjahr aktiv in Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen sowohl auf bilateraler Ebene als auch innerhalb der Landesverwaltung mit.

Das Amt hatte den Vorsitz in der Arbeitsgruppe Korruptionsprävention, in der Arbeitsgruppe Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE), in der Arbeitsgruppe betreffend das geplante Abkommen zur fürsorgerischen Unterbringung von Personen aus Liechtenstein in Einrichtungen in der Schweiz, in der Arbeitsgruppe zur Vereinbarung mit der Schweiz zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik, in der Arbeitsgruppe zur Umsetzung der UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sowie in der Arbeitsgruppe Menschenrechte.

Das Amt arbeitete in folgenden Arbeitsgruppen und Kommissionen mit: in der Aussenpolitischen Kommission; in verschiedenen gemischten Kommissionen zu bilateralen Abkommen mit der Schweiz (Gemischte Kommissionen Rahmenvertrag, LSVA-Vertrag sowie in der Waffenplatzkommission); in der Koordinationsgruppe Staatenbeschwerde; in sicherheitspolitischen Themen in der Arbeitsgruppe PROTEGE (Geldwäscherei, Terrorismusfinanzierung und Non-Proliferation); in der Europapolitik in der Koordinationsgruppe Brexit; in den Bereichen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der der Arbeitsgruppe Doppelbesteuerungsabkommen (DBA), der Task Force «Beschränkungen von liechtensteinischen Unternehmen und Finanzplatzteilnehmern», in den Quartalsgesprächen mit der Finanzmarktaufsicht (FMA) und der Erfahrungsgruppe Finanzplatz (ERFAG); und auf dem Gebiet der Menschenrechte am Runden Tisch zur Bekämpfung des Menschenhandels, in der Arbeitsgruppe Integrationsstrategie, in der Vernetzungsgruppe Sichtwechsel für Menschen mit Behinderung und Unterstützungsbedarf und in der Gewaltschutzkommission (GSK).

Diplomatische und konsularische Beziehungen

Liechtenstein hatte am Ende des Berichtsjahres diplomatische Beziehungen mit 129 Staaten sowie der Delegation der Europäischen Union und dem Souveränen Malteser-Ritter-Orden. Im Berichtsjahr wurden direkte diplomatische Beziehungen mit der Republik Angola, der Republik Senegal, der Republik Namibia und dem Plurinationalen Staat Bolivien aufgenommen.

Von den 129 Staaten sind 79 mit einer nicht residierenden Botschafterin bzw. mit einem nicht residierenden Botschafter in Liechtenstein akkreditiert, 26 Botschafterposten waren per Ende Berichtsjahr vakant, 24 der Staaten haben noch keine Botschafterin/keinen Botschafter akkreditiert. Des Weiteren gab es per Ende Berichtsjahr 43 konsularische Vertretungen in Liechtenstein:

Berufskonsuln:	Generalkonsuln	8
	Konsuln	0
Honorarkonsuln:	Honorargeneralkonsuln	6
	Honorarkonsuln	27
	Vizehonorarkonsul	2
Vakant		0

Im Berichtsjahr konnten zwei liechtensteinische Honorarkonsulate in Hamburg und in Brünn eröffnet und besetzt werden. Aktuell verfügt Liechtenstein über 12 Honorarkonsulate (fünf in den USA, drei in Deutschland, eins im Vereinigten Königreich, eins in Singapur, eins in Hongkong und eins in der Tschechischen Republik).

Ausgewählte Termine im Berichtsjahr

EFTA

Treffen der EWR/EFTA Minister mit dem britischen Minister für Internationalen Handel Ranil Jayawardena: 25.2. virtuell
(Regierungsrätin Dr. Katrin Eggenberger, Esther Schindler, Ministerin)

Austausch mit NGOs zum «Recht auf Saatgut»: 1.3. virtuell
(Esther Schindler, Ministerin, Patrick Ritter, Minister, Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Kathrin Nescher-Stützel, Botschaftsrätin)

Treffen der Arbeitsgruppe zum Monitoring des Nachhaltigkeitskapitels von EFTA-Freihandelsabkommen: 15.3./23.4. virtuell
(Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Daniela Sele, Zweite Sekretärin)

Treffen mit EFTA-Generalsekretär Henri Gétaz und Stellvertretender EFTA-Generalsekretär Pascal Schafhauser: 10.5. virtuell
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Patrick Ritter, Minister)

10. Verhandlungsrunde EFTA-Malaysia für ein Freihandelsabkommen: 25.5.–28.5. virtuell
(Patrick Ritter, Minister, Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Daniela Sele, Zweite Sekretärin)

EFTA-Ministertreffen: 31.5. virtuell
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Kurt Jäger, Patrick Ritter, Minister)

Treffen der Arbeitsgruppe zum Monitoring des Nachhaltigkeitskapitels von EFTA-Freihandelsabkommen: 11.10. virtuell
(Daniela Sele, Zweite Sekretärin)

Europarat

Sitzung des Lanzarote-Komitees zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch an Kindern: 30.3.–1.4./21.9.–22.9. virtuell
(Claudio Nardi, Botschaftsrat)

6. Treffen des Europarat-Expertenkomitees gegen Terrorismus (CDCT): 18.5.–20.5. virtuell
(Karin Lingg, Ministerin)

131. Session des Ministerkomitees: 21.5. virtuell
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Domenik Wanger)

Direktionskomitee für Medien- und Informationsgesellschaft des Europarats (CDMSI): 19.5.–21.5/1.12.–3.12. virtuell
(Alina Brunhart, Zweite Sekretärin, Sarah Nigg, Zweite Sekretärin)

Treffen mit der Generalsekretärin des Europarats Marija Pejčinović Burić: 17.6. in Strassburg, Frankreich
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Domenik Wanger, Botschafter Dr. Martin Frick, Generalsekretär Michael Hasler, Nicole Maag, Mitarbeiterin der Regierung)

Besuch der Experten von MONEYVAL zur Prävention und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung: 6.9.–17.9. virtuell
(Karin Lingg, Ministerin, Andreas Foser, Zweiter Sekretär)

25. Treffen des Ausschusses des Übereinkommens des Europarats über Computerkriminalität (T-CY): 15.11. virtuell
(Dominic Sprenger, Erster Sekretär)

Expertenkonferenz des Übereinkommens des Europarats über Computerkriminalität: 16.11.–18.11. virtuell
(Dominic Sprenger, Erster Sekretär)

EWR/Europäische Integration/EU

5. Brüsselkonferenz zum Thema «Supporting the Future of Syria and the Region»: 30.3. virtuell
(Regierungsrätin Dominique Hasler)

EWR-Rat: 28.5. virtuell
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Esther Schindler, Ministerin)

EWR-Rat: 24.11. in Brüssel, Belgien
(Botschafter Pascal Schafhauser, Dr. Nuscha Wieczorek, Botschaftsrätin)

3. EUSALP Generalversammlung und Annual Forum: 14.12.–15.12. virtuell
(Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Andreas Foser, Zweiter Sekretär)

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Treffen der OSZE like-minded Gruppe zu Rüstungskontrolle: 4.3./14.9. virtuell
(Karin Lingg, Ministerin)

Informelle Arbeitsgruppe der OSZE zu Cybersecurity: 23.3./8.6. virtuell
(Dominic Sprenger, Erster Sekretär)

OSZE-Konferenz zu Cybersicherheit: 4.5. virtuell
(Dominic Sprenger, Erster Sekretär)

OSZE/Europarat Treffen der nationalen Koordinatoren zu Menschenhandel: 15.11.–16.11. virtuell
(Claudio Nardi, Botschaftsrat)

28. OSZE-Ministerrat: 2.12.–3.12. in Stockholm, Schweden
(I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Dominik Marxer, Botschaftsrat)

UNO
UNODC Verhandlungen zur Ausarbeitung einer politischen Deklaration zu Korruption: 11.1.–12.1/ 18.1.–19.1./24.1.–26.1./18.2–19.2./15.3.–19.3./ 22.3.–23.3./26.3./29.3.–31.3./19.4.–23.4./26.4.–29.4./3.5./4.5.–6.5. virtuell
(Claudio Nardi, Botschaftsrat)

Hochrangiges Segment der 46. Session des UNO-Menschenrechtsrats: 22.2.–24.2. virtuell
(Regierungsrätin Dr. Katrin Eggenberger, Botschafter Dr. Peter Matt, Daniel Batliner, Erster Sekretär)

14. UNO-Kongress zur Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege: 7.3.–12.3. virtuell
(Regierungsrätin Dr. Katrin Eggenberger, Dr. Georg Sparber, Botschaftsrat, Dr. Dominic Sprenger, Erster Sekretär, Dr. Myriam Oehri, Botschaftsrätin, Martin Karl Frick, Referent)

Commission on the Status of Women (CSW65): 15.3.–26.3. virtuell
(Regierungsrätin Dr. Katrin Eggenberger, Botschafter Christian Wenaweser, Karin Lingg, Ministerin, Dr. Georg Sparber, Botschaftsrat, Dr. Myriam Oehri, Botschaftsrätin, Daniela Sele, Zweite Sekretärin, Mission New York)

Generation Equality Forum 1. Teil: 15.3.–26.3. virtuell
(Dr. Myriam Oehri, Botschaftsrätin, Daniela Sele, Zweite Sekretärin)

Offene Arbeitsgruppe der UNO zu Cybercrime: 6.4.–8.4. virtuell
(Dominic Sprenger, Erster Sekretär)

25. Vertragsstaatenversammlung der OPCW Teil II: 20.4.–22.4. virtuell
(Alina Brunhart, Zweite Sekretärin)

Sondersession der UNCAC-Vertragsstaatenversammlung zur Verabschiedung der politischen Deklaration zu Korruption: 7.5. in Wien, Österreich
(Claudio Nardi, Botschaftsrat)

30. Session der UNO-Verbrechensverhütungskommission (CCPCJ): 17.5.–21.5. virtuell
(Dominic Sprenger, Erster Sekretär)

Generation Equality Fourm 2. Teil: 30.5.–1.6. virtuell
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Dr. Myriam Oehri, Botschaftsrätin, Daniela Sele, Zweite Sekretärin)

21. Hochrangige Konferenz zur Bekämpfung des Menschenhandels: 14.6.–16.6. virtuell
(Claudio Nardi, Botschaftsrat)

UNCAC Arbeitsgruppe zu «Asset Recovery»: 6.9.–8.9. in Wien, Österreich
(Claudio Nardi, Botschaftsrat)

UNO-Generalversammlung, Generaldebatte: 19.9.–26.9. in New York, USA
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Botschafter Christian Wenaweser, Dr. Myriam Oehri, Botschaftsrätin, Nicole Maag, Mitarbeiterin der Regierung)

IAEO Generalkonferenz: 20.9.–24.9. in Wien, Österreich
(Karin Lingg, Ministerin, Dominik Marxer, Minister, Andreas Foser, Zweiter Sekretär)

Treffen mit der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet: 8.10. in Genf, Schweiz
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Kurt Jäger, Nicole Maag, Mitarbeiterin der Regierung)

European Regional Forum on Minority Issues: 12.10.–13.10. virtuell
(Botschafter Dr. Martin Frick, Dr. Noah Oehri, Zweiter Sekretär, Matthew Edbrooke, Politischer Berater)

26. Vertragsstaatenversammlung der UNO-Klimarahmenkonvention (UNFCCC), 16. Konferenz der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls und 3. Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens von Paris: 31.10.–12.11. in Glasgow, Vereinigtes Königreich
(Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni, Stefan Hassler, Amtsleiter, Amt für Umwelt, Dr. Heike Summer, Amt für Umwelt, Dr. Miriam Marxer, Mitarbeiterin der Regierung, Andreas Foser, Zweiter Sekretär)

World Leaders Forum: 1.11.–2.11. in Glasgow, Vereinigtes Königreich
(S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein, Botschafter Dr. Martin Frick, Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat)

Intersessionales Treffen der CCPCJ – Umsetzung der Kyoto Deklaration: 10.11.–12.11. virtuell
(Dominic Sprenger, Erster Sekretär)

26. Vertragsstaatenversammlung der OPCW: 29.11.–3.12. virtuell
(Andreas Foser, Zweiter Sekretär)

UNCAC Vertragsstaatentreffen: 13.12.–17.12. virtuell
(Claudio Nardi, Botschaftsrat)

WTO
Treffen des WTO-Ausschusses über das öffentliche Beschaffungswesen: 3.3. virtuell
(Kathrin Nescher-Stützel, Botschaftsrätin)

Bilaterale Treffen mit Beteiligung des Amtes Austausch zwischen Uruguay und Liechtenstein über Token-Ökonomie: 27.1 virtuell
(Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Dr. Clara Billek, Stv. Stabsstellenleitung, Stabsstelle für Finanzplatzinnovation, Walter Sinn, Abteilung Unternehmensservice Finanzplatz, Stabsstelle für Finanzplatzinnovation, Dorothea Rohlfing, Finanzmarktaufsicht)

Treffen mit der britischen Europaministerin Wendy Morton: 1.3. virtuell
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Esther Schindler, Ministerin)

Antrittsbesuch bei Bundesrat Cassis: 15.4. in Lugano, Schweiz
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Botschafterin Dr. Doris Frick)

5er-Treffen der deutschsprachigen Aussenminister: 16.4. in Lugano, Schweiz
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Botschafterin Dr. Doris Frick)

Aussenministerinnentreffen zum Thema «On the Impact of the COVID-19 Pandemic on Women and Girls: A Focus on Human Trafficking», geleitet durch die spanische Aussenministerin, Arancha González, und australische Aussenministerin, Marise Payne: 28.4.virtuell
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Daniela Sele, Zweite Sekretärin)

Telefonat mit Philip Reeker, US Assistant Secretary for European and Eurasian Affairs: 28.4. telefonisch
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Kurt Jäger, Nicole Maag, Mitarbeiterin der Regierung)

Verhandlungen mit Rumänien zum Abschluss eines DBA: 18.5.–20.5. virtuell
(Bernhard Canete, Leiter Abteilung Internationales, Steuerverwaltung, DDr. Patrick Knörzer, Stv. Leiter Abteilung Internationales, Steuerverwaltung, Ricarda Schusterreiter, Abteilung Internationales, Steuerverwaltung, Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat)

Treffen mit norwegischer Aussenministerin Ine Marie Eriksen Søreide: 25.5. virtuell
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Esther Schindler, Ministerin)

Antrittsbesuch in Wien: Treffen mit Aussenminister Alexander Schellenberg, mit Karoline Edtstadler, Bundesministerin für EU und Verfassung, Heinz Fassmann, Bundesminister für Bildung Wissenschaft und Forschung, sowie Ghada Fathi Waly, Generaldirektorin des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC): 26.5.–27.5. in Wien, Österreich
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Michael Hasler, Generalsekretär, Nicole Maag, Mitarbeiterin der Regierung)

Treffen mit dem Aussenminister Anže Logar anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft Sloweniens: 2.6. virtuell
(Regierungsrätin Dominique Hasler)

Treffen mit der britischen Europaministerin Wendy Morton und dem britischen Minister für Internationalen Handel Ranil Jayawardena: 8.7. in London, Vereinigtes Königreich
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Kurt Jäger)

Eröffnung des liechtensteinischen Honorarkonsulats in Brno: 9.9.–10.9. in Brno, Tschechien
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafterin I.D. Maria Pia Kothbauer, Michael Hasler, Generalsekretär, Nicole Maag, Mitarbeiterin der Regierung, Dominic Sprenger, Erster Sekretär)

Zweite Verhandlungsrunde mit der Ukraine zum Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens: 14.9. virtuell
(Steuerverwaltung, Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat)

Bilaterales Treffen mit den USA zu Menschenrechtsfragen: 22.9. in Vaduz
(Karin Lingg, Ministerin, Claudio Nardi, Botschaftsrat)

Besuch des britischen Ministers für Internationalen Handel Ranil Jayawardena: 6.10.–7.10. in Vaduz
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Esther Schindler, Ministerin, Nicole Maag, Mitarbeiterin der Regierung, Dr. Noah Oehri, Zweiter Sekretär)

Antrittsbesuch beim Heiligen Stuhl, Treffen mit Erzbischof Paul Richard Gallagher, Sekretär für die Beziehungen mit Staaten, und mit Kardinal Michael Czerny, Untersekretär, Sektion Migranten und Flüchtlinge: 26.10.–28.10. in Rom, Italien
(Regierungsrätin Dominique Hasler, S.D. Botschafter Prinz Stefan von und zu Liechtenstein, Michael Hasler, Generalsekretär, Nicole Maag, Mitarbeiterin der Regierung)

Treffen mit dem Untersekretär des italienischen Aussenministeriums Benedetto Della Vedova: 27.10. in Rom, Italien
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Michael Hasler, Generalsekretär, Nicole Maag, Mitarbeiterin der Regierung)

Eröffnung des liechtensteinischen Honorarkonsulats in Hamburg: 12.11. in Hamburg, Deutschland
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Botschafterin Isabel Frommelt-Gottschald, Michael Hasler, Generalsekretär, Stephan Jäger, Generalsekretär-Stellvertreter)

Verschiedenes
Launch of the Declaration against Arbitrary Detention in State-to-State Relations: 15.2. virtuell
(Regierungsrätin Dr. Katrin Eggenberger, Claudio Nardi, Botschaftsrat)

OECD Globales Anti-Korruptionsforum: 23.3.–25.3. virtuell
(Claudio Nardi, Botschaftsrat)

Wilton Park Dialogue: Konferenz zur Risk-informed Early Action Partnership: 11.5. virtuell
(Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Andreas Foser, Zweiter Sekretär)

Informelle Konsultation zu einem multilateralen Vertrag zu Rechtshilfe zwecks Strafverfolgung von internationalen Verbrechen: 22.6.–23.6. virtuell
(Daniela Sele, Zweite Sekretärin)

Swiss Green Economy Symposium: 1.9. in Winterthur, Schweiz
(Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Andreas Foser, Zweiter Sekretär)

IACA-Vertragsparteientreffen: 7.10. virtuell
(Claudio Nardi, Botschaftsrat)

Treffen mit dem Präsidenten des IKRK Peter Maurer: 8.10. in Genf, Schweiz
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Kurt Jäger, Nicole Maag, Mitarbeiterin der Regierung)

Österreichische Task-Force Konferenz zu Menschenhandel: 13.10.–14.10. in Wien, Österreich
(Claudio Nardi, Botschaftsrat)

Leitungsgruppe des OECD Netzwerks zu Korruption in Osteuropa und Zentralasien: 29.10. virtuell
(Claudio Nardi, Botschaftsrat)

Event des Geberkomitees für Duale Berufsbildung: 10.11. virtuell
(Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat)

Treffen mit Anja Klug, Leiterin des UNHCR Büros für die Schweiz und Liechtenstein: 15.11. in Vaduz
(Botschafter Dr. Martin Frick, Michael Hasler Generalsekretär, Stephan Jäger, Generalsekretär-Stellvertreter)

OSZE/COE Treffen der nationalen Koordinatoren zu Menschenhandel: 15.11.–16.11. virtuell
(Claudio Nardi, Botschaftsrat)

Informelle Konsultation zu einem multilateralen Vertrag zu Rechtshilfe zwecks Strafverfolgung von internationalen Verbrechen: 29.11.–30.11. virtuell
(Dominic Sprenger, Erster Sekretär)

21. Vertragsstaatenversammlung des Römer Statuts (ICC-ASP): 6.12.–11.12. virtuell
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Christian Wenaweser)

Übereinkommen

Bilateral

- Unterzeichnung der Vereinbarung mit der Schweiz über die Förderung wissenschaftsbasierter Innovation: 26. Januar
- Ratifikation des Protokolls vom 14. Juli 2020 zur Änderung des am 10. Juli 2015 in Vaduz unterzeichneten Abkommens zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen: 5. Februar

– Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Schweizerischen Bundesrat über die Messung von Dosisleistungen zugunsten der Probenahme- und Messorganisation: 10. September
– Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Hilfeleistung der Eidgenössischen Zollverwaltung im Bereich des Immaterialgüterrechts: 5./21. Oktober
– Ratifikation des Protokolls vom 27. Oktober 2020 zur Änderung des Abkommens vom 17. November 2011 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern und vom Einkommen und vom Vermögen: 29. Oktober

Europarat
– Ratifikation des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention): 17. Juni

EU/EFTA/EWR
– Unterzeichnung des Freihandelsabkommens zwischen Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland: 8. Juli
– Ratifikation des Freihandelsabkommens zwischen Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland: 16. Dezember

UNO
– Ratifikation des Vertrages von Peking über den Schutz von audiovisuellen Darbietungen: 22. September
– Ratifikation des Vertrages von Marrakesch über die Erleichterung des Zugangs zu veröffentlichten Werken für blinde, sehbehinderte oder sonst lesebehinderte Menschen: 22. September

Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

Amtsleiter: Werner Kranz

Die laufende Weiterentwicklung der Berufsberatung und der Berufsbildung ist von zentraler Bedeutung, um den Bedürfnissen und Anforderungen der Gesellschaft und der Wirtschaft gerecht zu werden. Im Berichtsjahr konnten nebst dem operativen Tagesgeschäft wiederum zahlreiche Jahresziele realisiert werden. Schwerpunktmässig konnten folgende Projekte, Konzepte und Einzelmassnahmen umgesetzt bzw. eingeführt werden:
– *Gemeinsame Initiative von Staat und Wirtschaft next-step: Positionierung des next-step-Labels mit gezielten Kommunikationsmassnahmen, Organisation und Durchführung der siebten Berufs- und Bildungstage und Teilnahme als Messeaussteller, Durchführen des Tages «Karriere mit Lehre» mit Radio L, laufende Weiterentwicklung der Webplattform next-step.li in den Bereichen Lehrstellenregister sowie die Implementierung der digitalen next-step Berufs- und Bildungstage (Plattform als interaktives Informationstool für die Webbesucher)*
– *Weiterentwicklung des digitalen Berufsbildungsportals für die Lehrbetriebe auf next-step.li*
– *Einführung des internen Kontrollsystems (IKS) inklusive Risikokontrollmatrix in Abstimmung mit der Stabsstelle Finanzen*
– *Umsetzung der geplanten Massnahmen des Projektes «Energie- und Klimawerkstatt» von myclimate, um Lernende zu befähigen, aktiv an der Analyse und Bewertung von Entwicklungsprozessen mit ökologischer, ökonomischer und sozio-kultureller Bedeutung teilzuhaben, sich an Kriterien der Nachhaltigkeit im eigenen Leben zu orientieren und nachhaltige Entwicklungsprozesse gemeinsam mit anderen in Gang zu setzen*
– *Weiterentwicklung der Amtssoftware (Kompass 2) in den Bereichen Berufsberatung und Lehraufsicht*
– *Erarbeiten von Konzepten für die mögliche Einführung von Onlineberatungen der Abteilung Berufsberatung (Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung) für ein mögliches Coachingangebot für Berufsbildungsverantwortliche als Unterstützungsmassnahme, welche lernende Personen mit besonderen Bedürfnissen ausbilden sowie für das Berufsinformationszentrum (BIZ)*
– *Mitarbeit in verschiedenen ämterübergreifenden Projekten, länderübergreifenden Arbeitsgruppen und Kommissionen*

Beim Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (ABB) waren per Ende Berichtsjahr 14 Mitarbeitende tätig. Im Bereich Berufsberatung berät das Amt Jugendliche und junge Erwachsene bis zum vollendeten 25. Lebensjahr individuell in Berufs-, Studien-, Aus- und Weiterbildungsfragen. Zudem betreut und leitet das Amt das

Berufsinformationszentrum (BIZ). Im Bereich Berufsbildung berät und begleitet das Amt Lernende sowie berufsbildungsverantwortliche Personen aus den Lehrbetrieben in Fragen rund um die berufliche Grundbildung (Berufslehre). Betreffend die berufliche Mobilität ermöglicht das Amt lernenden Personen und Berufsleuten während eines Auslandpraktikums Berufserfahrung zu sammeln, fremde Länder und Kulturen zu erleben sowie gegebenenfalls Fremdsprachenkenntnisse zu vertiefen. Im Rahmen der Mobilität nutzen junge Berufsleute und lernende Personen die Möglichkeit, ein mehrmonatiges Berufspraktikum (MOJA) in Europa bzw. einen vierwöchigen Lernenden-Austausch (xchange) im benachbarten Ausland zu absolvieren.

Berufsberatung

Einzelberatung

Die Nachfrage von Berufs-, Studien- und Laufbahnberatungen, welche eine Einzelberatung in Anspruch nahmen, lag im selben Rahmen wie im Vorjahr 2020. Fernberatungen per E-Mail, Telefon oder Video wurden aufgrund der Rücknahme von Einschränkungen der Covid-19-Pandemie weniger häufig durchgeführt. Die Möglichkeit der Beratung vor Ort wurde wieder vermehrt genutzt.

Pro Klient wurden durchschnittlich zwei Einzelberatungstermine im Umfang von ca. 1.5 Stunden in Anspruch genommen. Bei rund 50 % der Klienten wurden psychologisch-diagnostische Testverfahren im Rahmen der Beratung durchgeführt.

Aufgeteilt nach Beratungsschwerpunkten stellte die erste Berufswahl für Jugendliche in Bezug auf die eingesetzten Beratungsaufwendungen die stärkste Klientengruppe dar, gefolgt von der Laufbahnberatung der 18- bis 25-Jährigen. An dritter Stelle stand die Studienberatung für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, dahinter folgte die Laufbahnberatung für die in Art. 55 des Berufsbildungsgesetzes aufgeführten Sondergruppen.

Begleitung von Jugendlichen im ersten Berufswahlentscheid

Der Übergang von der Pflichtschule in die Arbeitswelt, welcher auch als erste Berufswahl bezeichnet wird, ist ein erster wichtiger Veränderungsprozess im Leben eines jungen Menschen. Damit dieser Übergang möglichst optimal gelingt, bedarf es der Zusammenarbeit aller Beteiligten (Eltern, Schule, Wirtschaft, Berufsberatung und Berufsbildung). Trotz der Einschränkungen, die im Rahmen der Covid-19-Pandemie bestanden, konnte der Grossteil der Aktivitäten durchgeführt werden.

Die Berufswahlvorbereitung der 3. und 4. Klassen der Ober- und Realschulen, der Privatschulen Formatio und Waldorfschule, des Freiwilligen 10. Schuljahres sowie des Liechtensteinischen Gymnasiums wurde gemeinsam umgesetzt.

Dazu gehören unter anderem nachfolgende Aktivitäten:

- Einführung ins Berufsinformationszentrum (BIZ) für die 3. Klassen der Ober- und Realschulen sowie für die Formatio und Waldorfschule
- Eltern-/Schülerabende zum Thema «Berufswahlvorbereitung» für die 3. Klassen der Ober- und Realschulen, der Privatschule Formatio, der Waldorfschule und des Liechtensteinischen Gymnasiums
- Kurzberatungen an den Schulzentren für die 3. und 4. Klassen der Ober- und Realschulen, der Privatschule Formatio, der Waldorfschule sowie für die Klassen des Freiwilligen 10. Schuljahres
- Durchführung der Infoveranstaltung «Stipendien – Bin ich anspruchsberechtigt?»
- Durchführung von psychodiagnostischen Verfahren in den Bereichen Interessen, Persönlichkeit und Fähigkeiten in Einzel- und Gruppensettings
- Vertiefte und den Bedürfnissen angepasste Betreuung von schulleistungsschwachen Jugendlichen mit Sonderschul-Status, welche sich entweder in der Regelschule oder in einer Sonderschule befinden
- Klassenweise Informations- und Entscheidungsveranstaltungen zur «Profilwahl» in den 3. Klassen des Liechtensteinischen Gymnasiums sowie zum Thema «Umstieg in eine Lehre»
- Studienwahlworkshop für die 7. Klassen des Liechtensteinischen Gymnasiums
- Teilnahme an den 7. Berufs- und Bildungstagen nextstep
- Moderation «Studierende berichten» für die 7. Klassen des Liechtensteinischen Gymnasiums
- 10. Schuljahr: Neukonzipierung und Durchführung der Workshops zum Thema «Bewerbung» in Kooperation mit dem aha (Jugendinformationszentrum Liechtenstein)

Aufgrund der Covid-19-Pandemie ausgefallen ist das Projekt «Betriebslehrpraktikum» am Liechtensteinischen Gymnasium. Ebenso mussten die beiden Präsenzveranstaltungen im BIZ zu den Themen «Weiter zur Schule?» und «Brückenangebote/Zwischenjahr» abgesagt werden. Die BerufsCHECK-Woche wurde in abgeänderter Form ohne Workshops im BIZ durchführt.

Berufsinformationszentrum BIZ

Das Berufsinformationszentrum BIZ ist ein Selbstinformationszentrum für Fragen rund um die berufliche Aus- und Weiterbildung sowie Studienmöglichkeiten an Universitäten und Fachhochschulen.

Die Anzahl der Ratsuchenden legte nach der mehrwöchigen Schliessung im Vorjahr erfreulicherweise deutlich zu. 72 % der Ratsuchenden waren erwachsene Personen und 28 % waren Jugendliche. Zudem wurden die Eltern- und Schülerabende mit den beiden Schwerpunkten Informationen zum Berufswahlprozess sowie Beratungsdienstleistungen im BIZ abgehalten.

Rund 760 Personen haben an den BIZ-Einführungen und Info-Veranstaltungen im Berichtsjahr teilgenommen. Der Wert liegt aufgrund der Absagen bei den Infoveranstaltungen und Workshops auf Vorjahresniveau, in welchem die Covid-19-Pandemie ebenfalls Veranstaltungseinschränkungen zur Folge hatte.

Koordinationsstelle Spitzensport
Die Aufgabe der Koordinationsstelle Spitzensport besteht vor allem darin, Schülerinnen und Schüler und deren Eltern über die Vereinbarkeit von Lehre und Spitzensport aufzuklären, über vorhandene Angebote zu informieren sowie Herausforderungen dieses Modells zu kommunizieren.

Da die Trainingsbedingungen von Sportart zu Sportart sowie die beruflichen Interessen von Sportlerinnen und Sportlern unterschiedlich sind, stellt das individuelle Beratungsgespräch eine gute Möglichkeit dar, um geeignete Lösungen zu finden.

Zudem bietet die Koordinationsstelle Spitzensport eine Begleitung der Sportlerinnen und Sportler über die Ausbildungszeit hinweg an, so dass eventuelle Schwierigkeiten schon frühzeitig abgefangen und individuelle Lösungen zwischen Lernenden und Betrieben gefunden werden können.

Weitere Aktivitäten der Abteilung Berufsberatung
Die Berufsberatung arbeitet an der Schnittstelle zwischen Schule und Wirtschaft. Deshalb ist ein gutes Einvernehmen mit Institutionen, die ebenfalls in diesen Bereichen tätig sind, von zentraler Bedeutung. Im Berichtsjahr konnten diverse Aktivitäten in Zusammenarbeit mit folgenden Organisationen umgesetzt werden:

- Zusammenarbeit mit dem Schulamt sowie den Sekundarschulen bei der Planung der Aktivitäten im Bereich «Berufs- und Studienwahlvorbereitung». Das entsprechende Rahmenkonzept der Zusammenarbeit wurde erneuert
- Arbeitsmarktservice: Zusammenarbeit in Bezug auf die Reintegration von Stellensuchenden in den Arbeitsmarkt sowie im Speziellen in Bezug auf die Erstellung von Bewerbungsunterlagen bei Erwachsenen
- KBSB (Schweizerische Konferenz der Stellenleitenden der kantonalen Berufsberatungsstellen): Mitgliedschaft und aktive Teilnahme in der KBSB als schweizweite Organisation sowie ihrer ostschweizerischen Untergruppe
- Mitwirkung in dem von der Stiftung Erwachsenenbildung Liechtenstein initiierten Projekt «Information und Beratung neuer Lernergruppen» bei der Erarbeitung einer «Bildungslandkarte» für Liechtenstein
- Flüchtlingshilfe Liechtenstein: Zusammenarbeit in Fragen Berufsintegration von Asylsuchenden
- Freiwilliges Soziales Jahr in Liechtenstein: Workshop Soziale Berufe
- Teilnahme an fachlichen Weiterbildungsveranstaltungen des SDBB (Schweizerisches Dienstleistungszentrum Berufsbildung/Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung) und des Kantons St. Gallen

Berufswahlverhalten der Jugendlichen im Sommer des Berichtsjahres
Berufswahlverhalten der 317 erfassten Schulabgängerinnen und Schulabgänger (aus den Ober- und Realschulen, Privatschule Formatio, Waldorfschule, Freiwilliges 10. Schuljahr):

- 69% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger wählten den dualen Berufsbildungszweig (218)
- 15% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger wählten ein Brückenangebot, wie bspw. das 10. Schuljahr, das Sozial- oder Hauswirtschaftsjahr (49)
- 13% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger wählten den Weg über eine Mittelschule oder ein Gymnasium (41)
- 2% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger entschieden sich für eine Zwischenlösung, wie bspw. ein Praktikum oder den direkten Einstieg in die Arbeitswelt, oder eine andere Lösung (5)
- 1% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger verfügten anfangs August des Berichtsjahres noch über keine Anschlusslösung (4)

Covid-19-Pandemie
Im Zuge der Covid-19-Pandemie wurden nachfolgende Massnahmen initiiert und umgesetzt:

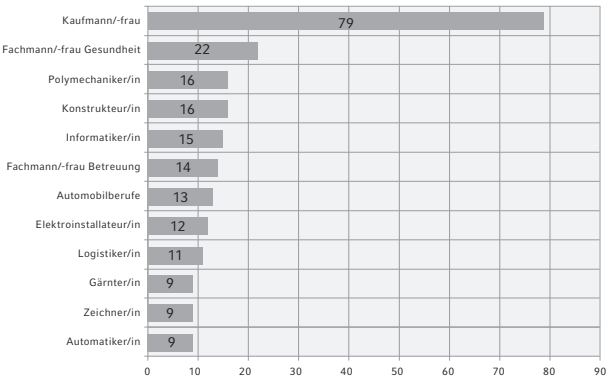
- Erstellung digitaler Info-Mappen für interessierte Eltern sowie Schülerinnen und Schüler als Alternative für die abgesagten berufskundlichen Informationsveranstaltungen
- E-Mail-Umfrage bei den Lehrbetrieben als Sondermassnahme zur Veröffentlichung ihrer Angebote betreffend Infonachmittage, Tagespraktika und Schnupperlehren im Rahmen der Berufswahl. Die Publizierung dieser Liste erfolgte auf der Webplattform next-step.li.
- Mitwirkung an der Inforeihe im August und September für die Eltern der 4. Klassen der Ober- und Realschulen zusammen mit Schulamt und den Wirtschaftsverbänden Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK), Wirtschaftskammer Liechtenstein, Liechtensteiner Bankenverband und Liechtensteinische Treuhandkammer betreffend Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Berufswahlfahrplan und die Berufswahl im Sommer 2022

Berufsbildung

Gesamtzahl der Lernenden
Die Gesamtzahl aller Lernenden per 31. Dezember 2021 betrug 1'094 in rund 100 verschiedenen Berufen. 39% der Lernenden sind Frauen und 61% Männer.

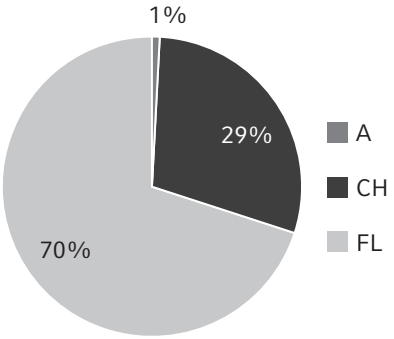
Lehrstellensituation per Sommer des Berichtsjahres
Bis zum 31. August sind insgesamt 399 Lehrverträge beim Amt für Berufsbildung und Berufsberatung zur Genehmigung eingegangen. Im Jahr 2020 waren es total 378 genehmigte Lehrverträge. Nach wie vor ist der kaufmännische Sektor mit 79 genehmigten Lehrverhältnissen der meistgewählte Lehrberuf. Die Berufswahl-Hitliste der zwölf meistgewählten Lehrberufe gleicht – mit geringfügigen Änderungen – in etwa derjenigen der vergangenen Jahre. Per 31. August waren 74 (Vorjahr: 75) von den Lehrbetrieben angebotenen Lehrstellen unbesetzt. Die Entwicklung der von der Wirtschaft zur Verfügung gestellten Anzahl Ausbildungsplätze in den vergangenen vier Jahren bewegt sich auf konstant hohem Niveau. Die Covid-19-Pandemie erforderte im Rahmen des Berufswahlprozesses von allen Beteiligten mehr Flexibilität und bestimmte Zusatzleistungen, hatte zusammenfassend jedoch keinen Einfluss auf die von der Wirtschaft vergebenen Ausbildungsplätze.

Berufswahl-Hitliste der 12 meistgewählten Lehrberufe
Lehrbeginn Sommer 2021 (Stand 31. August 2021)
Total genehmigte Lehrverträge = 399 (Vorjahr: 378)



Aufteilung der Gesamtzahl an Lernenden nach Wohnsitzland
Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Anteil an Lernenden – bezogen auf ihr Wohnsitzland (Liechtenstein, Schweiz oder Österreich) – minimal verändert.

Anzahl Lernende nach Wohnsitzland (Liechtenstein/Schweiz/Österreich)

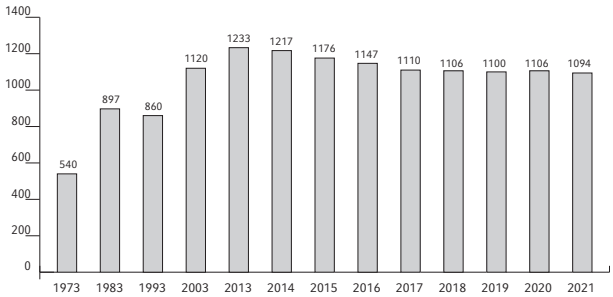


Aufteilung der Gesamtzahl an Lernenden nach Wirtschaftsbereich
Die Aufteilung nach Anzahl Lernende pro Wirtschaftsbereich zeigt, dass die beiden Bereiche «Gewerbe» und «Industrie» rund 70% der lernenden Personen in Liechtenstein ausbilden.

Anzahl Lernende je Wirtschaftsbereich

Wirtschaftsbereich	Lehrverhältnisse Anzahl	in %
Bank	56	5.1
Gastronomie	8	0.7
Gemeinden und Verwaltung	40	3.7
Gesundheit	102	9.3
Gewerbe	431	39.4
Haus- und Landwirtschaft	15	1.4
Industrie	336	30.7
Kindertagesstätten	27	2.5
Öffentlich-rechtliche Unternehmen	34	3.1
Treuhand	41	3.7
Versicherung	4	0.4
Total	**1'094**	**100**

Entwicklung Anzahl Lernende in der beruflichen Grundbildung 1973 bis 2021



Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil an Lernenden bzw. die beim Amt registrierte Anzahl an Lehrverhältnissen um 1% gesunken.

Lehrvertragsauflösungen
Im Berichtsjahr wurden insgesamt 91 Lehrverhältnisse vonseiten der Lernenden und der Lehrbetriebe aufgelöst. Dies entspricht einer Auflösungsquote von 8.3% (Vorjahr: 7.5%).

Nach der Lehrvertragsauflösung:
- haben 26 lernende Personen die Lehre in einem anderen Betrieb fortgesetzt
- haben acht lernende Personen den Lehrberuf gewechselt
- hat eine lernende Person ein Brückenangebot in Angriff genommen
- haben sich sechs Lernende entweder für ein Studium, eine weiterführende Schule oder ein Praktikum entschieden
- wählten fünf jugendliche Personen den direkten Einstieg in die Arbeitswelt
- nehmen sieben jugendliche Personen die Dienstleistungen der Abteilung Berufsberatung in Anspruch
- sind dem Amt von 38 lernenden Personen die Anschlusslösungen per Ende Berichtsjahr (Vorjahr 37) nicht bekannt bzw. nahmen diese keine weiteren Dienstleistungen des Amtes in Anspruch. Davon haben 18 Lernende ihren Wohnsitz in der Schweiz, welche gegebenenfalls weitere Dienstleistungen in ihrem jeweiligen Wohnsitzkanton in Anspruch genommen haben.

Abschlussprüfungen
Im Berichtsjahr haben gesamthaft 350 Lernende die Lehrabschlussprüfung absolviert. 316 Lernende haben die Lehrabschlussprüfung mit Erfolg bestanden, 34 Lernende haben nicht bestanden. 16 Lernende haben gleichzeitig die lehrbegleitende Berufsmittelschule abgeschlossen (sieben in kaufmännischen und neun in industriellen/gewerblichen Lehrberufen).

Die durchschnittliche Erfolgsquote bei beruflichen Qualifikationsverfahren beträgt in der Schweiz auch rund 90 Prozent.

In der Regel wiederholen alle Lernenden (diese sind beim ABB mit einem LV als Wiederholer/in registriert) bei nicht bestehen das Qualifikationsverfahren (Lehrabschlussprüfung).

Standortbestimmungen (Zwischenprüfungen)
Im Berichtsjahr wurden insgesamt 46 Standortbestimmungen abgenommen. 35 waren generell angeordnete Standortbestimmungen für bestimmte Lehrberufe (d.h. auf Antrag der Wirtschaft) und elf wurden infolge Erstausbildung durchgeführt.

Teilprüfungen
Im Berichtsjahr wurden 58 Teilprüfungen – Bestandteil des Qualifikationsverfahrens (Lehrabschlussprüfung) – abgenommen. Diese Teilprüfungen wurden in den Lehrberufen Automatiker/in FZ, Automatikmonteur/in FZ, Baumaschinenmechaniker/in FZ, Coiffeur/Coiffeuse FZ, Elektroniker/in FZ, Konstrukteur/in FZ, Landmaschinenmechaniker/in FZ, Motorgerätemechaniker/in FZ, Polymechaniker/in FZ, Produktionsmechaniker/in FZ, Physiklaborant/in FZ, Schreiner/in FZ, Tierpfleger/in FZ durchgeführt.

Eintragung ins «Goldene Buch» auf Schloss Vaduz
Die 48. Eintragung ins «Goldene Buch» auf Schloss Vaduz fand am 10. September statt. 45 junge Berufsleute (23 Frauen/22 Männer), welche ihre Ausbildung mit einem Gesamtnotendurchschnitt von ≥5.3 bzw. in Österreich mit Auszeichnung abgeschlossen haben, durften sich ins «Goldene Buch» eintragen.

Anzahl Lehrabsolventinnen/Lehrabsolventen nach Berufen, die sich ins Goldene Buch eintragen durften

Lehrberuf	w	m	Total
Anlagen- und Apparatebauer FZ		1	1
Automatiker FZ oder EFZ		2	2
Automobil-Fachmann FZ		1	1
Bekleidungsgestalterin EFZ	1		1
Boden-Parkettleger FZ		1	1
Buchhändlerin FZ	1		1
Detailhandelsfachfrau EFZ	1		1
Drogistin FZ	1		1
Fachfrau Betreuung FZ oder EFZ	4		4
Fachfrau Betriebsunterhalt FZ	1		1
Heizungsinstallateur FZ		1	1
Informatiker FZ		3	3
Kauffrau/Kaufmann FZ	5	3	8
Konstrukteur FZ		2	2
Laborantin FZ oder EFZ	2		2
Logistiker FZ		2	2
Maurer FZ		1	1
Medizinische Praxisassistentin EFZ	1		1
Metallbauer FZ		1	1
Physiklaborantin FZ	1		1
Polymechanikerin/Polymechaniker FZ oder EFZ	2	2	4
Printmedienverarbeiter FZ		1	1
Strassentransportfachfrau EFZ	1		1
Werkstofftechnikerin FZ	2		2
Zimmermann EFZ		1	1
Total	**23**	**22**	**45**

Lehrstellenumfrage
Für Lehrbeginn Sommer 2022 wurde im August des Berichtsjahres bei den Lehrbetrieben die erste Lehrstellenumfrage durchgeführt. Von den Lehrbetrieben wurden insgesamt 391 Lehrstellen als frei gemeldet, was im Vergleich zum Vorjahr (379) eine Erhöhung von rund 3% bedeutet.

Ausbildungsbewilligungen
Im Berichtsjahr wurden 50 Ausbildungsbewilligungen in verschiedenen Lehrberufen erteilt. Zudem konnten 16 neue Lehrbetriebe gewonnen werden. Aktuell sind beim Amt 542 Lehrbetriebe registriert, wovon derzeit 278 Betriebe aktiv lernende Personen in verschiedenen Lehrberufen ausbilden.

Amts-EDV
Liechtenstein ist seit 2007 Mitglied des Vereins Interessengemeinschaft Informatik im Berufsbildungswesen (IGIB/GRIF). Im Berichtsjahr wurden diverse technische Anpassungen vorgenommen sowie Verbesserungen an der Amtssoftware umgesetzt. Zudem erfolgte eine Weiterentwicklung zur Optimierung der Webplattform next-step.li.

Kommissionen und Konferenzen
Das Amt hat im Berichtsjahr an folgenden Anlässen teilgenommen:

- Am 25. Februar wurde die Plenarversammlung der Schweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz (SBBK) virtuell abgehalten. Besprechungsschwerpunkte bildeten: das Brückenangebot Integrationsvorlehre, der Austausch in Sachen Covid-19-Pandemie, die Leistungsvereinbarung SBBK-SwissSkills (2021 bis 2024), der Berufsabschluss für Erwachsene sowie die Evaluation der Studierfähigkeit von Berufsmaturitäts-Absolventinnen und -Absolventen an Fachhochschulen.
- Am 13. März wurde in Appenzell Innerrhoden die Tagung Lehraufsicht Ost abgehalten. Die Teilnehmenden tauschten sich über verschiedene Themen zur beruflichen Grundbildung aus.
- Die jährliche Mitgliederversammlung des Vereins Interessengemeinschaft Informatik im Berufsbildungswesen (IGIB/GRIF) erfolgte am 16. März aufgrund der aktuellen Entwicklung der Covid-19-Pandemie in Form einer virtuellen Besprechung. Zirkularbeschlüsse waren nebst der Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung die Beschlüsse der strategischen Handlungsfelder, die Kenntnisnahme der Finanzplanung 2022 bis 2026, die Festsetzung der Mitgliederbeiträge für das Budget 2022 sowie die erforderlichen Wahlen für die Besetzung des Vorstandes.
- Am 7. Mai wurde die Mitgliederversammlung der Schweizerischen Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Berufs -, Studien- und Laufbahnberatung KBSB virtuell abgehalten. Besprechungsschwerpunkte bildeten: Berufliche Standortbestimmung für Personen über 40 (Projekt viamia), nationale Strategie Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung, ethische Leitlinien, Berufswahlprozess und Lehrstellennachweis LENA.
- Am 27. Mai wurde die Mitgliederversammlung der Schweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz (SBBK) in Luzern abgehalten. Schwerpunktthemen waren die aktuelle Pandemiesituation und die dazugehörigen Entscheidungen, die Fristverlängerung für die Lehrvertragsgenehmigung mit Lehrbeginn Sommer 2021, die Handlungskompetenzorientierung der beruflichen Grundbildung, die Digitalisierung der Berufsbildung, der Berufsbildnerkurs sowie der aktuelle Stand der nationalen Strategie der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung.
- Am 17. September wurde die Plenarversammlung der Schweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz (SBBK) in Basel abgehalten. Themenschwerpunkten bildeten: Revisionen der Bildungsverordnungen der Lehrberufe im Detailhandel und Kaufleute, nationale Strategie der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung, Lehrstellen-Commitment, Allgemeinbildung 2030 sowie Datenförderung in der Berufsbildung.

– Die Herbsttagung der Prüfungsleiter erfolgte am 28. und 29. Oktober in Charmey FR. Neben Informationen aus der Subkommission Prüfungsleiter und dem Schweizerischen Dienstleistungszentrum Berufsbildung und Berufsberatung (SDBB) sowie der EHB wurden Erfahrungen im Bereich des Lehrabschlussprüfungswesens ausgetauscht. Innerhalb der Tagung fanden fünf Workshops statt zu den Themen Zusammenarbeit der Bildungssachverständigen mit den Prüfungsleitern, Vollzugsfragen im Qualifikationsverfahren, elektronisches Qualifikationsverfahren und Prüfungssoftware, Akteneinsicht und Beschwerden sowie Ausstellung von Nachteilsausgleichen.

Berufsbildungsbeirat
Der Berufsbildungsbeirat befasste sich im Berichtsjahr an vier Sitzungen mit Fragen zur Stärkung der Bildung, insbesondere der dualen Berufsbildung. Der Schwerpunkt lag dabei vor allem auf der Umsetzung der Teilprojekte Markenkommunikation next-step, Weiterentwicklung der Webplattform next-step.li sowie Organisation und Durchführung der 7. Berufs- und Bildungstage next-step im SAL in Schaan. Ausserdem tauschten sich die vertretenen Organisationen und Verbände über aktuelle Fragen rund um den Berufswahlprozess, das Bildungswesen sowie in Sachen von Covid-19 und daraus ableitend notwendige Sondermassnahmen, insbesondere was die Berufswahl von Jugendlichen, das Qualifikationsverfahren sowie die Lehrabschlussfeiern im Sommer anbelangte.

Covid-19-Pandemie
Mitte April wurden die Lehrbetriebe sowie die Lehrabsolventinnen und Lehrabsolventen in Liechtenstein über die Modalitäten der Qualifikationsverfahren 2021 informiert. Im Zusammenhang mit Covid-19-Pandemie wurde die Amtshomepage laufend mit aktuellen Informationen ergänzt und aktualisiert.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Lehrabschlussprüfungen im Sommer weitestgehend regulär und erfolgreich durchgeführt werden konnten. Die Modalitäten in Sachen Qualifikationsverfahren (Lehrabschlussprüfungen) wurden von der Schweiz übernommen und von der Regierung ins liechtensteinische Recht überführt, so dass für die Lernenden mit Lehrort Liechtenstein die gleichen Rahmenbedingungen und Vorgaben galten.

Die Lehrabschlussfeiern der beiden Wirtschaftsverbände Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK) und der Wirtschaftskammer Liechtenstein konnten unter Einhaltung der geltenden Covid-19-Bestimmungen durchgeführt werden. Ein Grossteil der Lehrabschlussfeiern musste aufgrund Covid-19-Pandemie abgesagt werden. Die Fähigkeitszeugnisse, Berufsatteste sowie Notenausweise wurden deshalb direkt an die Lehrbetriebe zur Übergabe an die Lehrabsolventen verteilt. Unter angepassten Rahmenbedingungen konnte den Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern am 13. September 2021 die Eintragung ins Goldene Buch ermöglicht werden.

Mobilitätsprojekte

MOJA
Drei Arbeitnehmende aus Liechtenstein haben ihr Berufspraktikum in Europa begonnen bzw. erfolgreich abgeschlossen. Die Dauer eines Praktikums liegt/lag bei sechs Monaten. Die Praktika wurden in Malta absolviert.

go to Europe
Der Gruppenaustausch während den Herbstschulferien konnte 2021 wieder durchgeführt werden. Neun Lernende aus fünf Liechtensteiner Ausbildungsbetrieben haben einen dreiwöchigen Austauschaufenthalt in Malta absolviert.

Akademie für Ausbilder – Internationale Bodensee Konferenz (IBK)
Ein Berufsbildner aus Liechtenstein hat den Weiterbildungspass der Akademie für Ausbilder IBK beantragt. Zudem hat ein Berufsbildner die erste Ausbildungsstufe erreicht und konnte das Zertifikat «IBK Ausbilder Stufe 1» entgegennehmen. Der Weiterbildungspass dient als Instrument, die Ausbildungskompetenz der Berufsbildner sichtbar zu machen.

Schulamt

Amtsleiterin: Rachel Guerra

Die Hauptaufgaben des Schulamtes sind die Planung, Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Bildungswesens im Kindergarten sowie im Schul- und Hochschulbereich. Dazu gehören die Aufsicht über die Schulen, die Verantwortung für das Lehrpersonal, das Schulleitungspersonal und das weitere Personal an den öffentlichen Schulen, die Erarbeitung von Rechts- und Planungsgrundlagen, die Verwaltung und der Betrieb von Schulen und schulnahen Betrieben (Hallenbad, Jugendhaus) sowie die damit zusammenhängende Vorbereitung der Regierungsgeschäfte und die Unterstützung der Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktionen im Hochschulbereich. Zentrale Aufgaben ergeben sich zudem im Zusammenhang mit den Schulübertritten, mit der Gewährleistung der Durchlässigkeit und der Anschlüsse an weiterführende Schulen und Hochschulen sowie bei der Zusammenarbeit auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene. Einen weiteren Aufgabenbereich bildet die Verwaltung des Stipendienwesens.

Das Schulamt war auch im Jahr 2021 in erster Linie gefordert, den Schulbetrieb während der Covid-19-Pandemie

aufrechtzuerhalten. Der Schulbetrieb wurde wie vorgesehen am 11. Januar nach den verlängerten Winterferien wieder aufgenommen. Dabei wurden die Schutzkonzepte an den öffentlichen Kindergärten, Primarschulen, Schulen der Sekundarstufe I und II und an den von der Regierung bewilligten Privatschulen strikt umgesetzt. Die Herausforderungen aufgrund der Covid-19-Pandemie waren auch im Berichtsjahr enorm. Das Schulamt verfolgte stets den Grundsatz, dass das Recht auf Bildung jeder Schülerin und jedem Schüler zusteht. Gleichzeitig sollten Kinder und Jugendliche im Alltag mit so wenig Einschränkungen konfrontiert werden wie möglich, gleichzeitig aber gut geschützt werden. Für das Schulamt bedeutete dies, den Schulbetrieb in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen und Lehrpersonen im Einklang mit Schutzmassnahmen zu organisieren und sich prioritär auf das Krisenmanagement zu konzentrieren. So war das Schulamt durch die Amtsleiterin seit Ausbruch der Pandemie im Corona-Stab und in der Task Force Schulen vertreten und führte weitere verantwortliche Arbeitsgruppen. Dies, um beispielsweise die Aufrechterhaltung des Schulbetriebs und Lageberichte sicherzustellen, Kindernotbetreuung zu organisieren, Unterstützung für hybriden oder Fernunterricht mit digitalen Hilfsmitteln für die Schulen zu erarbeiten, ein Frage-/Antwortglossar auf hebensorg.li zu führen, den Betrieb einer Hotline zum Thema «Corona und Schule» anzubieten, die übergeordnete schulische Kommunikation sicherzustellen und letztlich auch die Probleme oder gar Krisen, die durch Corona bei Kindern und Jugendlichen entstehen konnten, aufzufangen. Dazu wurde im Jahr 2020 eigens aufgrund der Pandemiesituation die Arbeitsgruppe «Psychische Gesundheit» an Schulen eingerichtet und auch im Berichtsjahr fortgeführt. Dort fand ein Austausch zwischen dem Schulbereich mit weiteren externen Fachstellen im Kinder- und Jugendbereich statt. Zudem wurde im Rechenschaftsberichtsjahr 2021 das Testsystem für die Schulen zusammen mit den Gesundheitsbehörden aufgebaut. Ziel war es, die Früherkennung von Infektionen in Form von freiwilligen Spucktests an den Schulen zu ermöglichen, um die Sicherheit an den Schulen für alle Personengruppen zu erhöhen und das Infektionsgeschehen nachverfolgen zu können.

Trotz der aufgrund von Corona erschwerten Situation konnte das Schulamt aber gleich mehrere grössere Projekte vorantreiben: Mit der in Kooperation zwischen dem Bildungsministerium, Schulamt, dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung sowie dem Liechtenstein-Institut erarbeiteten «Bildungsstrategie 2025plus» sowie «Bildungsbericht Liechtenstein – Pilotstudie» wurden im Berichtsjahr klare Perspektiven, in welche Richtung sich das Bildungswesen entwickeln soll, aufgezeigt. Ausserdem bietet die Bildungsstrategie einen fundierten Gesamtrückblick über die vergangenen Jahre im Bildungsbereich Liechtensteins.

Die Umsetzung des Liechtensteiner Lehrplans LiLe verlief nach Plan. Auf den Start der Umsetzung im August 2019 folgte die vierjährige Einführungsphase: Seitdem wird in Kindergärten, an Gemeindeschulen sowie auf der Sekundarstufe I der neue Lehrplan – ungehindert der Covid-19-Pandemie – schrittweise umgesetzt. Der LiLe, der auf den Grundlagen des Schweizer Lehrplans 21 aufbaut, stellt Kompetenzen ins Zentrum und legt damit fest, was Schülerinnen und Schüler am Ende von Unterrichtszyklen wissen und können sollten. Weiterbildungen und Arbeiten prägten die letzten beiden Jahre: Im Hinblick auf das Unterrichten steht das kompetenzorientierte Lehren sowie das Lernen und Beurteilen im Zentrum der Weiterbildungstätigkeiten von Schulen und Lehrpersonen. Bestehende Lehrmittel wurden in den vergangenen zwei Jahren auf Lehrplankompatibilität überprüft. Einige Fachlehrpersonen mussten speziell für neue Kompetenzbereiche aus- und weitergebildet werden, so z. B. für den Bereich «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt». Der Bereich «Natur, Mensch und Gesellschaft» wurde mit dem neuen Lehrplan intensiviert und auf Primarstufe mit Kompetenzen zum Bereich «Ethik und Religionen» ergänzt. Im Fach Französisch wurden konkrete Massnahmen zur Stützung des Französischunterrichts, unter anderem durch Sprachaustauschaktivitäten, eingeführt. Des Weiteren wurden das Modul «Medien und Informatik» ausgebaut sowie die fachübergreifenden Themen zur Leitidee «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» eingeführt. Gemeinsam mit den Schulleiterinnen und Schulleitern wird im letzten Einführungsjahr 2022/2023 reflektiert, inwiefern die Coronapandemie die Einführung verzögert hat und welche Massnahmen gegebenenfalls gesetzt werden können. In Bezug auf die Digitalisierung zeigt sich jedoch, dass die Coronapandemie auch als Treiber fungieren konnte und hier beispielsweise zu mehr digitalem Mut geführt hat, was sich positiv auf die Einführung des LiLe ausgewirkt hat. Während der LiLe-Einführungsphase wurde am Liechtensteiner Gymnasium (LG) zudem mit Erfolg der Oberstufenlehrplan überarbeitet und kompetenzorientiert ausgerichtet. Basale Kompetenzen für die allgemeine Studierfähigkeit wurden dabei im Speziellen gekennzeichnet. Zudem gehört an der LG-Oberstufe neu das Fach Informatik zum Unterricht.

Der LiLe stellt sicher, dass Kinder und Jugendliche in der Schule ausreichende Informatik- und Medienkompetenzen erwerben, um sich erfolgreich in einer zunehmend digitalisierten Welt bewegen zu können. Das Schul-ICT-Projekt schafft dabei die Grundlagen für den Kompetenzerwerb, indem es allen Schulen moderne IT-Mittel zur Verfügung stellt. Nachdem die nötige Infrastruktur an den Schulen aufgebaut und an Pilotschulen in Balzers und Triesenberg wichtige technische und organisatorische Erfahrungen gesammelt wurden, wurden im Berichtsjahr alle Gemeindeschulen und weiterführenden Schulen mit technischen Geräten ausgestattet. Somit kann das Projekt sogar ein Jahr früher abgeschlossen werden als vorgesehen. Derzeit liegt der Schwerpunkt auf der Unterstützung und Weiterbildung der Lehrpersonen für den Einsatz der digitalen Lehrmittel im Unterricht. Parallel dazu wurden verschiedene Sensibilisierungsschwerpunkte gesetzt, die den Datenschutz im Schulumfeld zum Ziel hatten. Die Weiterbildungsveranstaltungen zum Datenschutz sind in erster Linie auf die Führungspersonen an den Schulen ausgerichtet, aber auch

auf das Lehrpersonal. Die seit September neu eingesetzte Fachstelle Datenschutz am Schulamt stellt die interne Implementierung der Datenschutzanforderungen im Schulamt und den Schulen sicher.

Die Vorbereitungen für den Waldkindergarten in Eschen verliefen optimal: Ab dem Schuljahr 2022/2023 wird in Eschen – auch aufgrund der grossen Nachfrage von Eltern – neu ein Waldkindergarten eingeführt, der zunächst eine vierjährige Pilotphase durchlaufen wird. Das Waldkindergarten-Konzept sieht vor, dass der überwiegende Teil der Unterrichtszeit im Wald stattfinden wird. Während eines halben respektive ganzen Unterrichtstages oder bei schlechter Witterung wird der Gruppenraum des Kindergartens «Schönbühl» genutzt. Der Waldkindergarten wird als regulärer Bestandteil der Eschner Gemeindeschulen geführt. Der Unterricht erfolgt nach den Inhalten des Liechtensteiner Lehrplans.

Die schulischen Bauvorhaben schritten im Berichtsjahr weiter voran: Für die Erweiterung SZM I/II betragen die voraussichtlichen Kosten rund CHF 44 Millionen. Die Wettbewerbsphase ist bereits abgeschlossen: Sieger wurde das Projekt «Formensprache». Die Detailplanung ist nun im Gange. Beim Neubau SZU II sind Kosten in der Höhe von rund CHF 55 Millionen vorgesehen. Am 13. Dezember traf sich das Preisgericht zur Beratung über die überarbeiteten Projekte. Dabei wurde das Projekt «Fünf Freunde» von Cukrowicz Nachbaur Architekten ZT GmbH aus Bregenz als Sieger gewählt.

In Ergänzung zum Konzept «Betriebliches Gesundheitsmanagement an öffentlichen Schulen» (BGM), welches das Schulamt im Juli lancierte, wurde zwischen dem Schulamt und der Movis AG (www.movis.ch) ein Vertrag zur externen Mitarbeitendenberatung geschlossen. Schulleitungen, Lehrpersonen und weitere schulische Mitarbeitende können sich professionell und unabhängig in betrieblichen, persönlichen, gesundheitlichen, finanziellen und sozialen Fragestellungen unterstützen und beraten lassen.

Die pädagogische Arbeitsstelle des Schulamtes überarbeitete unter anderem alle Konzepte im Bereich der Förderdienstleitungen, was zu einem Gesamtkonzept «Schulische Fördermassnahmen» führte. Diese haben zum Ziel, die Kinder und Jugendlichen mit und ohne besonderen Bildungsbedarf bei der Entwicklung ihrer individuellen Potenziale bestmöglich zu unterstützen und zu fördern.

Der Start in das neue Schuljahr 2021/2022 erfolgte erstmals unter der Führung von Rachel Guerra, der neuen Leiterin des Schulamtes. Hubert Eberle wurde in die Funktion des Stellvertreters bestellt. Guerra folgte somit auf Arnold Kind, der nach 30 Jahren in verschiedenen Funktionen im Schulamt und zuletzt als Amtsleiter in Pension ging. Innerhalb des Schulamts lagen die Herausforderungen schwerpunktmässig insbesondere auch im Bereich von Digitalisierungsprojekten (beispielsweise die Digitale Aktenverwaltung «LiVE», Schulverwaltungslösung «LISA», Stipendienstelle «Kompass») sowie in der Kommunikation und Kollaboration mit sämtlichen relevanten Interessensgruppen.

Öffentliche Schulen

Im Berichtsjahr mussten schulbezogene Regelungen im Rahmen der Covid-19-Verordnung getroffen bzw. aufgrund der sich verändernden Coronasituation fortlaufend angepasst werden. In diesem Zusammenhang mussten auch die Vorgaben betreffend die schulspezifischen Umsetzungspläne (Schutzkonzepte) an den öffentlichen Kindergärten, Primarschulen, Schulen der Sekundarstufe I und II und an den von der Regierung bewilligten Privatschulen sowie die Richtlinien für Schulleitungen und Lehrpersonen entsprechend der epidemiologischen Lage verschiedentlich angepasst werden.

Änderungen erfuhren im Rahmen der gesetzlichen Regelung des Nachteilsausgleichs auch die Verordnung über die Aufnahme in die sowie die Promotion und den Übertritt auf der Sekundarstufe I (PromSV), die Verordnung über den Lehrplan, die Promotion und die Matura auf der Oberstufe des Liechtensteinischen Gymnasiums sowie die Verordnung über die Berufsmittelschule. In diesem Zusammenhang erliess das Schulamt zudem die Richtlinie über den Nachteilsausgleich.

Personal an den öffentlichen Schulen

Die Erweiterung des Schulzentrums «Mühleholz II» in Vaduz und der Neubau des Schulzentrums «Unterland II» in Ruggell haben aufgrund von verschiedenen Verschiebungen von Klassen oder ganzen Schulstandorten (bspw. Realschule Schaan mit Sportschule sowie das Freiwillige 10. Schuljahr) auch Auswirkungen auf das Personal. Das Schulamt begleitet die Planung der Bauten und setzt sich mit den personellen Konsequenzen auseinander. Anlässlich eines Informationsanlasses wurden allen Interessierten aktuelle Informationen zu den Bauprojekten vorgestellt, aber auch Fakten, Zahlen und Termine bezüglich der Personalplanung aufgezeigt: Beim Thema «Personalplanung» wurden zunächst die konkrete Anzahl Austritte von Lehrpersonen auf der Sekundarstufe I im Zeitraum von 2007 bis 2021 aufgezeigt sowie die Zahlen hinsichtlich anstehender Pensionierungen von 2022 bis 2026 verdeutlicht. Aufgrund der Erfahrungen des Schulamtes der letzten 15 Jahre sowie konkreten Ankündigungen wird von total 42 Lehrpersonen ausgegangen, die bis 2025 auf der Sekundarstufe I aus dem Schuldienst austreten werden (Kündigung, vorzeitiger Altersrücktritt, Frühpensionierungen, Pensionierungen). Ausgehend von dieser erwarteten natürlichen Fluktuation werden voraussichtlich mehr Lehrpersonen benötigt, als derzeit vorhanden sind. Es wurde an der Informationsveranstaltung aufgezeigt, dass das Schulamt gleich viel Lehrpersonen der Sekundarstufe I beschäftigen wird, selbst im kritischen Übergangsjahr der Zusammenlegung des Standortes St. Elisabeth mit dem Standort Mühleholz.

Hinsichtlich der betrieblichen Gesundheit wurde in Ergänzung zum Konzept «Betriebliches

Gesundheitsmanagement an öffentlichen Schulen» (BGM), welches das Schulamt im Juli lancierte, zwischen dem Schulamt und der Movis AG (www.movis.ch) ein Vertrag zur externen Mitarbeitendenberatung geschlossen. Schulleitungen, Lehrpersonen und weitere schulische Mitarbeitende können sich professionell und unabhängig in betrieblichen, persönlichen, gesundheitlichen, finanziellen und sozialen Fragestellungen unterstützen und beraten lassen.

Koordination und Zusammenarbeit
Für das Zusammenwirken und die Koordination der Aufgaben im Schulbereich organisiert das Schulamt neben den bilateralen Kontakten regelmässig Konferenzen mit den Schulleiterinnen und Schulleitern und auf Gemeindeebene zusätzlich die Konferenz der Gemeindeschulratsvorsitzenden.

Das Schulamt führt seit 2016 mit dem «Pädagogischen Dialog» eine Veranstaltung durch, die dazu dient, mit Lehrpersonen und Schulleitungen ein aktuelles Thema zu diskutieren. Der «5. Pädagogische Dialog» konnte am 24. Februar 2021 zum Thema «Fakt oder Fake» mit Prof. Dr. Bernhard Pörksen von der Universität Tübingen online durchgeführt werden.

Für die Eltern hat das Schulamt im Berichtsjahr wiederum sieben Ausgaben des Newsletters «schule heute» herausgegeben, um über aktuelle Themen des Schul- und Bildungswesens zu informieren. Zudem steht das Schulamt in regelmässigem Austausch mit dem Dachverband der Elternvereinigungen (DEV) und mit einzelnen unabhängigen Elternorganisationen. Derzeit gibt es zwölf Elternorganisationen im Verband und fünf unabhängige Organisationen.

Die Sitzung mit den Lehrpersonenvereinen wurde auf Grund der Coronamassnahmen verschoben und im Januar 2022 abgehalten.

Liechtensteiner Lehrplan «LiLe»
Mit Beginn des Schuljahres 2021/2022 befand sich der neue Liechtensteiner Lehrplan «LiLe» in der Halbzeit der Einführungsphase. Mit dem Schuljahr 2023/24 gilt der «LiLe» als eingeführt. Eine vorgängige Zwischenbilanz Ende des Schuljahres 2021/2022 soll aufzeigen, wo die einzelnen Schulen in der Einführung stehen und ob es für den einen oder anderen Bereich noch Anpassungen oder weitere Massnahmen braucht. Dies insbesondere unter dem Blickwinkel der Covid-19-Pandemie, welche Anlässe und die überschulische Zusammenarbeit teils verunmöglichte. Im Berichtsjahr wurden ergänzende Richtlinien erstellt und Konzepte erarbeitet bzw. angepasst, v.a. das Förderkonzept mit diversen Unterkonzepten und das Beurteilungskonzept. Ausserdem wurden aufgrund der Einführung des neuen Lehrplans auch die Lehrpläne für die Oberstufe des Gymnasiums sowie für das Freiwillige 10. Schuljahr überarbeitet.

Projekt «Schul-ICT»
Das Ziel des Projekts «Schul-ICT» ist es, allen Lehrpersonen sowie den Schülerinnen und Schülern ein persönliches, mobiles Arbeitsgerät zur Verfügung zu stellen; dies in einem sicheren Umfeld, welches organisatorisch, technisch und rechtlich optimale Rahmenbedingungen bietet.

Im Berichtsjahr wurden aus Projektsicht folgende Ziele umgesetzt:
- Infrastruktur/Vernetzung: In den Sommerferien wurden noch in den letzten Gemeindeschulen die notwendige Netzwerkinfrastruktur in den Gebäuden erneuert, die WLAN-Sender installiert und die Aufschaltung des flächendeckenden WLAN realisiert. Im 2. Halbjahr fanden zudem Bereinigungsarbeiten im alten Schulnetzwerk statt, bevor es 2022 zurückgebaut wird.
- Backend-Server: Der Aufbau der zentralen Backend-Infrastruktur mit der notwendigen Software wurde realisiert. Insbesondere wurde 2021 die gesamte Serverinfrastruktur für die Endgeräte im Primarschulumfeld aufgebaut. Mit der Einführung der Endgeräte wechselte die betriebliche Verantwortung der Infrastruktur zum Amt für Informatik.
- Client-Endgeräte: Im Berichtsjahr wurden die restlichen Convertibles (Laptops) ausgeliefert und anschliessend die Lehrpersonen der Primarstufe mit Convertibles ausgestattet. Ebenfalls fand der Rollout der iPads auf der Primarstufe statt. Zusätzlich zu den Einführungsschulungen fanden im Rahmen des Weiterbildungsprogramms vom Schulamt sowie anlässlich von schulinternen Fortbildungen weitere Kurse zum Einsatz digitaler Medien statt. Die Ausschreibung für neue Drucker und Multifunktionsgeräte wurde durchgeführt. Der erste Rollout wird 2022 stattfinden.

Die durch das Projekt zur Verfügung gestellte technische Umgebung schafft nun die Voraussetzung für die Erfüllung des neuen Lehrplans LiLe und kann als Start für die eigentliche Digitalisierung der liechtensteinischen Schulen gesehen werden. Diese Generalüberholung der Schulinformatik eröffnet den Schulen neue Möglichkeiten des methodisch-didaktischen Vorgehens im Unterricht sowie des individualisierten und selbstständigen Lernens.

Das Betriebskonzept (inkl. deren Beilagen) wurde in einer ersten Version erarbeitet. Es soll eine kontinuierliche Überführung der Aufgaben von der Projektleitung und den Projektgremien hin zu einem handlungsfähigen Betriebsausschuss erfolgen. Neben einer ersten Etablierung der neuen Betriebsorganisation wurde im 4. Quartal die Ausgliederung von historisch gewachsenen Spezialfällen aus dem Schulnetz (z.B. Schulsozialarbeiter, Hausdienste, …) vorgenommen. Weitere Migrationen aus dem alten Schulnetzwerk werden noch bis zum

Jahresende und im ersten Quartal 2022 folgen. Diese Ausgliederung ist eine wesentliche Voraussetzung für den Rückbau der alten Infrastruktur.

Dem Datenschutz wird im Projekt und Betrieb eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. So wurde im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit der Datenschutzstelle das «Merkblatt zum Datenschutz» überarbeitet sowie die «Richtlinie über die Nutzung der Schulinformatik» gemeinsam mit dem Amt für Informatik erneuert.

Die Schulleitungen wurden beauftragt, die Datenschutzerklärungen auf ihren Webseiten zu aktualisieren bzw. zu veröffentlichen. An verschiedenen Anlässen fanden weitere Sensibilisierungskampagnen für Schulleitungen und Lehrpersonen statt. Die Kampagnen dienen dazu, den Anwesenden die geltenden Datenschutzbestimmungen näherzubringen, die Auswirkungen für den Schulbetrieb aufzuzeigen sowie auf allfällige Massnahmen im Informatikeinsatz hinzuweisen.

Aufgrund der aktuellen Covid-19-Pandemie konnten nicht alle zur Einführung der Geräte geplanten Elterninformationsabende stattfinden. Diese werden 2022 nachgeholt und zukünftig an diversen Elternanlässen seitens Schulen und Schulamt institutionalisiert.

Frühe Förderung

Die «Frühe Förderung» hat zum Ziel, Kinder von der Geburt bis zum Kindergarteneintritt gezielt zu fördern, die persönlichen Ressourcen zu stärken und damit zur Chancengerechtigkeit beizutragen. Das Schulamt legt dabei den Fokus auf den Kindergarteneintritt und ermöglicht schulische Angebote, welche Kinder im Jahr vor dem Kindergarteneintritt gemeinsam mit ihren Bezugspersonen auf diesen wichtigen Schritt vorbereiten. Dabei werden vor allem die sprachlichen Kompetenzen gefördert. Dazu bietet das Schulamt geeignete Weiterbildungen an, welche auch Fachpersonen aus anderen Institutionen der Frühen Förderung (z. B. Spielgruppen, Kindertagesstätten etc.) besuchen. Das Schulamt steht in ständigem Austausch mit der Koordinations- und Beratungsstelle «Frühe Förderung» beim Eltern Kind Forum. Die Angebote zur Frühen Förderung an den Gemeindeschulen Balzers, Triesen, Vaduz, Schaan, Planken, Mauren-Schaanwald und Eschen-Nendeln konnten gemäss der schulischen Schutzkonzepte und – je nach Infektionsgeschehen – an den Schulen mit Einschränkungen stattfinden. Trotz einiger Ausfälle konnten im Schuljahr 2021/2022 total 99 Veranstaltungen mit insgesamt 480 Kindern und 356 erwachsenen Begleitpersonen durchgeführt werden. Zwei Drittel der Teilnehmenden waren nichtdeutscher Muttersprache.

Berufliches Gesundheitsmanagement für Schulen

Das 2020 verfasste Konzept für das Betriebliche Gesundheitsmanagement für Schulen (BGM Schulen) wurde im Berichtsjahr der Regierung vorgelegt und bewilligt. Seit Juni verfügen nun neben der liechtensteinischen Landesverwaltung auch die öffentlichen Schulen in Liechtenstein über ein Gesundheitsmanagement, welches die besonderen Rahmenbedingungen des Schulbetriebs berücksichtigt. Die Gesundheit und das Wohlbefinden von Lehrpersonen beeinflussen massgeblich das Schulklima sowie die Qualität des Unterrichts und damit auch die Gesundheit, die Leistungsmotivation und schlussendlich den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler. Aus diesem Grund umfasst das Konzept BGM Schulen das gesamte an einer Schule tätige Personal und schliesst zudem die Ebene des Schulamtes als übergeordnete Behörde mit ein. Darüber hinaus wurde der seit 2005 bestehende Beratungsvertrag mit der Pädagogischen Hochschule Zürich erneut verlängert und in Ergänzung dazu mit der Firma Movis ein Vertrag zur externen Mitarbeitendenberatung geschlossen.

Qualitätssicherung

Landesweite Leistungsdaten dokumentieren die Leistungsentwicklung über die Jahre hinweg und bilden eine wichtige Grundlage für den Bildungsbericht, der im Frühjahr 2021 als Pilotbericht zum ersten Mal erschien. Der Pilotbericht, verfasst vom Liechtenstein-Institut, beinhaltet nicht nur eine Sammlung bestehender Daten, Berichte und Unterlagen, sondern auch eine detaillierte Darstellung des Bildungssystems Liechtensteins und seiner Rahmenbedingungen. Ein regulärer Bildungsbericht erscheint 2023 und soll im Vier-Jahres-Rhythmus veröffentlicht werden.

Daten sind ein wertvolles Reflexionssystem auf allen Ebenen und tragen zu einem lebendigen Bildungsdiskurs bei. Im Berichtsjahr wurde ebenfalls die Neukonzeption der standardisierten Leistungstests vorbereitet, welche in Zusammenarbeit mit dem Institut für Bildungsevaluation in Zürich im Jahr 2022 an ausgewählten Schulen pilotiert werden sollen.

Evaluationen sind ein Bestandteil des Bildungscontrollings. Sie tragen zur Wissensgewinnung bei, unterstützen die Schulentwicklung und fliessen in die Rechenschaftslegung der einzelnen Schulen ein. Im Berichtsjahr konnten drei Evaluationen durch das Schulamt beauftragt oder selbständig durchgeführt werden, welche alle das Thema «Bewegung und schulische Bewegungskultur» beurteilten. Das schulische Angebot «Back Academy» (Haltungsturnen) wurde im Berichtsjahr durch das Schulamt umfassend evaluiert. Im September wurde die Evaluation der schulischen Bewegungskultur durch die Pädagogische Hochschule Schwyz durchgeführt. Ein ausführlicher Bericht wird Ende Februar 2022 erwartet. Das Liechtenstein-Institut hat im Oktober einen umfassenden Bericht zu einer Umfrage veröffentlicht, welche die Befindlichkeit der Jugendlichen während der Covid-19-Pandemie erfasste. Diese Umfrage war Teil einer grösseren Befragung zum Sport- und Bewegungsverhalten. Der Bericht dazu wird Anfang 2022 erscheinen.

Statistik

Im Schuljahr 2021/2022 waren insgesamt 665 Lehrpersonen an den öffentlichen Schulen beschäftigt. Davon waren 22 Lehrpersonen mit Schulleitungsaufgaben betraut. Im Berichtsjahr traten 44 Personen aus dem Schuldienst aus, 22 davon aus Altersgründen (Pensionierungen, Frühpensionierungen sowie vorzeitige Altersrücktritte). 51 Neuanstellungen, davon vier Klassenhilfen, wurden vorgenommen, wovon 41 aus Liechtenstein stammen. Im Kalenderjahr 2021 wurden 116 Leistungsmeilensteine durchgeführt. Mit den Schulleitungspersonen wurden die jährlichen Personalgespräche abgehalten.

Schülerinnen/Schüler und Lehrpersonen an öffentlichen Schulen, Schuljahr 2021/2022

Stufe	Anzahl Schulen	Anzahl Klassen	Anzahl Schüler [1] männlich	weiblich	Gesamt	Schüler pro Klasse ø	Lehrpersonen VZÄ [2] (Vollzeitstellen)
Gemeindeschulen	**14**	**151**	**1'381**	**1'214**	**2'595**	**17.1**	**273.98**
Kindergarten		41	394	341	735	17.9	67.44
Primarschule		110	987	873	1860	16.9	206.54
Oberschulen	**3**	**32**	**225**	**179**	**404**	**13**	**69.72**
Triesen	1	12	85	54	139	12	
Vaduz	1	8	60	42	102	13	
Eschen	1	12	80	83	163	14	
Realschulen [3]	**5**	**41**	**352**	**318**	**670**	**16**	**73.63**
Balzers	1	7	53	51	104	15	
Triesen	1	8	60	62	122	15	
Vaduz	1	8	71	65	136	17	
Schaan	1	6	55	27	82	14	
Eschen	1	12	113	113	226	19	
Gymnasium [3]	**1**	**41**	**348**	**364**	**712**	**16**	**70.08**
1. bis 4. Klasse		21	211	188	399	17	
5. bis 7. Klasse		20	137	176	313	11	
Freiwilliges 10. Schuljahr	**1**	**4**	**21**	**24**	**45**	**11**	**9.69**
Berufsmaturitätsschule [3]	**1**	**8**	**71**	**43**	**114**	**16**	**12.83**
Zwischentotal	**24**	**277**	**2'398**	**2'142**	**4'540**		**509.93**
Intensivkurs DaZ	2	2	6	7	13	7	2.43
Timeout Schule							1.15
Gesamttotal	**25**	**279**	**2'404**	**2'149**	**4'553**		**513.5**

[1] Schülerstatistik per 1. September

[2] Effektive Beschäftigung mit Stichtag 31. Dezember (Lehrpersonal: Klassen- und Fachlehrpersonen, Sprachassistentinnen, Klassenhilfen, naturwissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ohne Schulleitungspersonal)

[3] inkl. Sportschule Schaan

Übertrittsverfahren 2021 – Schülerzuteilung von den Primar- in die Sekundarschulen

		Oberschule 30.2%			Realschule 46.2%			Gymnasium 23.6%	Total
m	**w**	**Gesamt**	**m**	**w**	**Gesamt**	**m**	**w**	**Gesamt**	
56	56	112	87	93	180	48	39	87	**379**

Übertritte (aufsteigend) innerhalb der Sekundarstufe I (auf Beginn Schuljahr 2021/2022)

	1. OS–1. RS	1. OS–2. RS	2. OS–2. RS	4. OS–4.RS	1. RS–2. LG	2. RS–3. LG	3. RS–4. LG	4. RS–4. LG
ohne Prüfung	6	–	1	–	8	2	10	16
mit Prüfung	–	–	3	–	1	–	–	3
Gesamt	**6**	**–**	**4**	**–**	**9**	**2**	**10**	**19**

Repetitionen und Umteilungen in eine andere Schulart auf der Sekundarstufe I (während/nach Schuljahr 2021/2022)

	1. RS – 1./2. OS	2. RS – 2./3. OS	3. RS – 3./4. OS	1. LG – 1./2. RS	2. LG – 2./3. RS	3. LG – 3./4. RS
Freiwilliger Wechsel	1	–	–	–	2	2
Umteilung	2	–	–	–	–	–
Gesamt Schulwechsel	**4**	**–**	**–**	**–**	**–**	**–**
Repetitionen	–	–	–	–	–	–

Kindergarten und Primarschule

Auch 2021 war die Arbeit der Schulaufsicht Kindergarten und Primarschulen sehr stark von den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Schulbetrieb geprägt. Während in den Sommermonaten ein fast normaler Betrieb möglich war und das neue Schuljahr mit wenig Einschränkungen starten konnte, mussten gegen Ende Jahr wieder verschärfte Massnahmen eingeführt werden. Eine erneute Schulschliessung konnte verhindert werden, aber die Verantwortlichen an den Schulen und das Schulamt waren insgesamt stark gefordert. Die Covid-19-Verordnung, Richtlinien und Vorgaben mussten teils unter grossem zeitlichem Druck angepasst, kommuniziert und eingeführt werden. Die Schulleitungen wurden dabei sehr engmaschig informiert und bei der Umsetzung der Vorgaben an den Schulen unterstützt. Im Dezember beschloss die Regierung, den Ferienbeginn aufgrund der stark steigenden Ansteckungszahlen vorzuziehen. Das Schulamt organisierte daraufhin in Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziale Dienste und den Schulleitungen erneut eine Notbetreuung, die von knapp 70 Kindern genutzt wurde.

Schwerpunktmässig wurde trotz der erschwerten Rahmenbedingungen die Einführung des neuen Lehrplans weitergeführt und soweit möglich die Einführung der neuen Konzepte angegangen (Förderkonzept, Konzept zum Ergänzungsunterricht, Konzept für die Einführung der Schulsozialarbeit in den Gemeindeschulen, Konzept für den Bereich Deutsch als Zweitsprache, 1. Teil Beurteilungskonzept).

Der Einsatz von Klassenhilfen an den Schulen hat sich bewährt. Inzwischen sind 32 Klassenhilfen an 11 verschiedenen Gemeindeschulen angestellt und unterstützen das Lehrpersonal. Die Schulen profitieren ausserdem von der Arbeit der Schulsozialarbeit, die an weiteren Standorten zur Verfügung steht.

Darüber hinaus wurden alle Lehrpersonenbeurteilungen durchgeführt und nachgeholt, die Stellenplanung und -besetzung sichergestellt sowie die Leistungsdialoge mit den Schulleitungen geführt.

Oberschule

Die methodische Vielfalt und die didaktischen Arrangements an den Oberschulen mussten unter den Restriktionen des Corona-Alltags angepasst werden. Die Lehrpersonen sorgten dafür, die Umsetzung des neuen Lehrplans trotzdem lerntypengerecht und so individuell wie möglich zu gestalten. Mit der Einführung der digitalen Medien wurde die Konnektivität von herkömmlichem zum hybriden Unterricht deutlich erhöht. Schülerinnen und Schüler wie auch Lehrpersonen zeigen sich

vertrauter im Umgang mit digitalen Medien und nutzen diese adäquat im Unterricht und im Remote Work.

Trotz vieler Einschränkungen konnten aber etliche Anlässe wie z. B. der MINT Award, die Berufs- und Bildungsmesse next-step, der Zukunftstag und vieles mehr durchgeführt werden. Gerade in diesen Anlässen können die Schülerinnen und Schüler ihr ganzes praktisches Können in der Öffentlichkeit unter Beweis stellen. So wurden im MINT Award zwei von drei Podestplätzen von Oberschülerinnen und -schülern belegt. Lager und Abschlussreisen mit Übernachtungen konnten mehrheitlich aufgrund der Covid-19-Pandemie nicht durchgeführt werden.

Die stabilen, tendenziell höheren Zuweisungsquoten in die Oberschule zeigen die gute Arbeit der Schulen und die stetige Aufklärung der Eltern über die breiten Laufbahnmöglichkeiten in unserem Bildungssystem. Für die Beibehaltung dieses Status lancieren die Oberschulen immer wieder neue Kampagnen und implementieren modernste Unterrichtsmethoden.

Auch das wichtige übergeordnete Thema der Inklusion hält weiter Einzug in den Oberschulen. Von zentraler Bedeutung ist die gelebte Willkommenskultur. Die grosse Bandbreite in einer Klasse fordert jedoch auch viele Lehrpersonen. Dies wird mit gezielten Massnahmen, welche Lehrpersonen und Schulleitungen der Oberschule befähigen mit herausfordernden Situationen umzugehen, unterstützt. So wurden im Berichtsjahr unter anderem Weiterbildungen zu Verhaltensauffälligkeiten durchgeführt oder ein Schwerpunkt des Inspektorats bei den Unterrichtsbesuchen hierauf gelegt. Dies wird auch künftig von grosser Bedeutung sein, damit die Oberschule ihre Stärken der Individualisierung und ihren Umgang mit Heterogenität beibehalten.

Realschule

Die Einführungsphase des Liechtensteiner Lehrplans LiLe beschäftigt die Realschulen im Berichtsjahr weiterhin. Nachdem alle Schülerinnen und Schüler und Lehrpersonen mit Laptops ausgestatten wurden, dienen diese als Arbeitsinstrumente im Schulalltag. Die Lehrerteams haben sich damit auseinandergesetzt, in welchen Situationen ein einheitlicher Einsatz hilfreich ist, dazu gehören zum Beispiel Arbeitsorganisation und Kommunikation.

Die Covid-19-Pandemie hat weiterhin dazu geführt, dass einige Anlässe abgesagt wurden. Dennoch wurde im Rahmen der Möglichkeiten nach guten Alternativlösungen gesucht. Die beiden SCHILF-Tage vor Ostern wurden mit dem Schwerpunkt LiLe und Digitalisierung in zwei Teilen durchgeführt. Am ersten Tag führten alle Realschulen ein virtuelles Barcamp durch, an dem rund 100 Personen teilnahmen. Der zweite Tag wurde in den einzelnen Schulhausteams vor Ort durchgeführt.

Die Schulanlässe für die Schülerinnen und Schüler waren ebenfalls von den Einschränkungen betroffen. Hier wurde ein besonderer Effort geleistet, damit z. B. Veranstaltungen zur Berufswahl in angepasstem Rahmen durchgeführt werden konnten.

Die fünf Realschulstandorte haben sich auf Themen spezialisiert, welche sie jeweils besonders intensiv bearbeiten. Die Themen sind je nach Standort unterschiedlich gewichtet und gehen vom Betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM), über Lernatelier und Coaching, Digitale Medien im Unterricht, Classroomwalktrough (CWT), Individuelle Differenzierung im Unterricht, bis hin zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).

Die Realschulen sind gut vernetzt und arbeiten mit vielen Institutionen und Organisationen zusammen: Die Gemeinden, LIHK, AGIL, Bankenverband, TAK, aha, Kunstschule, Musikschule, PepperMINT. Die Relevanz der funktionierenden Elternarbeit hat sich gerade in der Zeit der Covid-19-Pandemie gezeigt.

Freiwilliges 10. Schuljahr

Zu Schuljahresbeginn 2021/2022 starteten 51 Schülerinnen und Schüler im Freiwilligen 10. Schuljahr. Neben der Pro lingua und zwei Klassen im Profil Cyberclass wird mit der Zukunftsbrücke auch eine Kleinklasse geführt.

Im Lauf des ersten Semesters wurden nachträglich drei Jugendliche nach Lehrabbrüchen im 1. Lehrjahr für eine Neuorientierung aufgenommen, gleichzeitig hatten auch vier Lernende die Schule verlassen, um in ein Praktikum (1), eine Berufslehre (1) oder eine weiterführende Schule (2) einzutreten.

Die Lehrpersonen engagieren sich stark bei der Lehrstellensuche ihrer Schülerinnen und Schüler und sind auch mit der Wirtschaft gut vernetzt. Die Quote der erfolgreichen Anschlusslösungen liegt konstant bei über 90%. Ende Kalenderjahr verfügten ca. 50% der Schülerinnen und Schüler über eine Lehrstellenzusage oder die Zusage für die Aufnahme in eine weiterführende Schule. Bei einem Teil der Jugendlichen erschweren verschiedene Umstände (Lernschwierigkeiten, physische und psychische Beeinträchtigungen, soziales Umfeld) die Arbeit erheblich. Dies macht zum Teil grosse Anstrengungen in Verbindung mit individueller Betreuung erforderlich, um bis zum Ende des Schuljahres 2021/2022 für alle Schülerinnen und Schüler eine gute Anschlusslösung zu realisieren.

In Anlehnung an die Einführung des Lehrplans LiLe im Pflichtschulbereich überarbeitet auch das Freiwillige 10. Schuljahr sein Konzept entsprechend. Ziel dieser Arbeiten ist es, Anschluss- und Aufbaumöglichkeiten zu den neuen Fachbereichen und Kompetenzen der Pflichtschule zu formulieren. Gleichzeitig wird die Lektionentafel des Freiwilligen 10. Schuljahrs überprüft und angepasst. Der Abschluss der Konzeptarbeit erfolgt im ersten Halbjahr 2022, die Einführung/Umsetzung auf Beginn des Schuljahrs 2022/2023.

Liechtensteinisches Gymnasium (LG)
Die Covid-19-Pandemie hat auch im Berichtsjahr den Unterricht und das Schulleben am Liechtensteinischen Gymnasium stark geprägt. Im Gegensatz zum letzten Schuljahr mussten die Schulen im Land dank der Schutzkonzepte nicht geschlossen werden, was am Liechtensteinischen Gymnasium sehr begrüsst wurde.

Die Covid-19-Pandemie brachte vor allem grosse Einschränkungen für gemeinsame Anlässe, beispielsweise die Maturafeier, Exkursionen, Projekte mit externen Organisationen, Lager und die Sprachaufenthalte mit sich. Vieles musste abgesagt werden und wichtige persönlichkeitsbildende Erfahrungen wurden durch Corona verunmöglicht.

Die geplanten Gesamtkonferenzen und Weiterbildungsveranstaltungen konnten am Anfang des Schuljahres wie geplant durchgeführt werden, danach mussten sie entweder in Kleinstgruppen oder online organisiert werden.

Einen Arbeitsschwerpunkt in der Umsetzung der neuen Lehrpläne (Unter- und Oberstufe) bildete die Beschäftigung mit dem Medien- und Informatikkonzept, das eine interne Arbeitsgruppe vorbereitet hatte. Am SCHILF-Tag im April setzte sich das Kollegium mit dem kompetenzorientierten Prüfen auseinander. Die persönliche Weiterbildung der Lehrpersonen im Bereich der ICT-Kompetenzen bildete einen weiteren Schwerpunkt. Die Workshops, welche durch Kolleginnen und Kollegen geleitet wurden, sind als sehr gewinnbringend bewertet worden. Schliesslich konnten im Berichtsjahr alle Vorarbeiten zur Einführung des Faches Informatik auf der Oberstufe des Gymnasiums abgeschlossen werden. Im kommenden Schuljahr wird in allen Klassen der 4. Stufe zwei Lektionen Informatik unterrichtet werden.

Als besonderes Projekt im Berichtsjahr bleibt die Aufwertung des Innenhofs in Erinnerung. Die Klasse 5Na erstellte im Rahmen des Unterrichts Projektmappen zur Gestaltung des Geländes im Innenhof. Die vielen Ideen der Klasse wurden ausgewertet und schliesslich ist ein erstes Projekt umgesetzt worden.

Sportschule Liechtenstein an der Realschule Schaan und am Gymnasium
Im Berichtsjahr besuchten 82 Schülerinnen und Schüler aus 9 verschiedenen Sportfachverbänden die Sportschule Liechtenstein. 46 Talente nutzten die schulische Sportförderung auf der Sekundarstufe I (Realschule Schaan) und 36 auf der Sekundarstufe II (Liechtensteinisches Gymnasium). Insgesamt sind 10 verschiedene Sportarten an der Sportschule vertreten, wie die nachfolgende Tabelle zeigt.

Übersicht der Sportschüler 2021

Verband	LFV	LVB	LRV	LEV	LSV		LTV	Swiss Swimming	LSCHV	JVL	
	Fussball	Volleyball	Radsport	Eislaufen	Skisport Alpin	Skisport Nordic	Tennis	Artistic Schwimming	Schwimmen	Judo	**Gesamt**
Sportschule Schaan	15		1	1	13	3	3	1	3	6	**46**
Gymnasium Oberstufe	14	10	1		2	1	1		5	2	**36**

Berufsmaturitätsschule Liechtenstein (BMS)
Im Schuljahr 2021/2022 werden vier Vollzeitlehrgänge sowie zwei berufsbegleitende Tageslehrgänge geführt. 76 Studierende haben die Ausbildung im Vollzeitlehrgang in den Schwerpunkten «Gestaltung und Kunst», «Gesundheit und Soziales», «Technik, Architektur, Life Sciences» sowie «Wirtschaft und Dienstleistungen, Typ Wirtschaft und Typ Dienstleistungen» gestartet. 25 Studierende begannen im berufsbegleitenden Tageslehrgang («Schwerpunkt Wirtschaft und Dienstleistungen, Typ Wirtschaft», sowie «Technik, Architektur, Life Sciences»). Der Schwerpunkt «Gesundheit und Soziales» konnte aufgrund zu geringer Anmeldezahlen sowie der Tatsache, dass für St. Galler Interessenten keine Kostengutsprache mehr gewährt wird, nicht eröffnet werden. Zusätzlich zu den neuen Studierenden werden 21 Studierende im 3. Semester des berufsbegleitenden Tageslehrgangs («Gesundheit und Soziales» sowie «Technik, Architektur, Life Sciences») unterrichtet.

Der am 23. Oktober organisierte und unter strikter Einhaltung der Schutzmassnahmen durchgeführte Informationstag belegte das anhaltende Interesse an der BMS Liechtenstein. Junge Erwachsene aus Liechtenstein, aus dem Kanton St. Gallen und aus Vorarlberg haben anlässlich des Informationstages ihr Interesse an einem Schulbesuch bekundet.

Koordination Fachbereich Sprachen
Der Fachbereich Sprachen umfasst die Teilbereiche Deutsch als Erstsprache, Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und die Fremdsprachen. Über das Schulamtskontingent werden Koordinationsaufgaben im Bereich Fremdsprachen einer Lehrperson übertragen. Sie organisiert Weiterbildungen, klärt verschiedene Fragen zu Lehrmitteln und übernimmt Kommunikations- und Vernetzungsaufgaben gegenüber dem Schulamt und den Lehrpersonen der verschiedenen Schularten. Zudem finden regelmässig pädagogisch-didaktische Treffen mit den Sprachassistentinnen statt. Die Steuergruppe Sprachen koordiniert Themen im Bereich des Sprachlernens auf Schulamtsebene, bereitet Lehrmittelentscheide vor und bearbeitet Aufgaben und Fragen aus Gremien der Schweizerischen Erziehungsdirektoren-Konferenz (EDK) oder der Europäischen Kommission. Ebenfalls wird der Austausch über die aktuellen Arbeiten im Rat für deutsche Rechtschreibung in dieser Gruppe gepflegt. Das Schulamt vertritt Liechtenstein zudem am Europäischen Fremdsprachenzentrum in Graz (EFZM).

Im Berichtsjahr konnten zur Umsetzung der Massnahmen zur Förderung des Faches Französisch auf Sekundarstufe I – vor allem zum Aufbau der Sprachaustauschaktivitäten – verschiedene Aktivitäten und Unterstützungsstrukturen entwickelt werden. Für Englisch (schulartenübergreifend) und Deutsch (Realschulen) wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, welche sich einerseits den verbindlichen Zielen im Übergang zur Sekundarstufe I im Fach Englisch widmen und andererseits die Stoffverteilungspläne in Verbindung mit den Kompetenzen des Lehrplans im Fach Deutsch in den Fokus nehmen.

Koordination Fachbereich Religion
Im Fachbereich Religion werden Fragen im Zusammenhang mit dem Religionsunterricht sowie der Religion im Kontext der Schule bearbeitet. Weitere wichtige Tätigkeitsbereiche beziehen sich auf organisatorische Belange, die Weiterbildung für Lehrpersonen sowie Kommunikation und Information.

An den Pflichtschulen werden sowohl katholischer oder evangelischer als auch konfessionsloser, religionskundlicher Unterricht angeboten. Im Schuljahr 2021/2022 erteilen insgesamt 27 Lehrpersonen konfessionellen Religionsunterricht und 54 Lehrpersonen Unterricht in «Ethik und Religionen» (religionskundliche Ausrichtung).

Der Teilbereich «Ethik und Religionen» des Faches «Natur, Mensch, Gesellschaft» (NMG) an der Primarschule befindet sich im Berichtsjahr im dritten Jahr der Einführung. Die Weiterbildungsangebote für Lehrpersonen der Primarschule, welche noch keine Ausbildung in Ethik und Religionskunde aufweisen, werden im Frühjahr 2022 abgeschlossen.

Im Schuljahr 2021/2022 besuchen auf der Primarstufe 1'281 Schülerinnen und Schüler den katholischen Religionsunterricht (70%) und 534 Schülerinnen und Schüler (29%) besuchen das Teilfach «Ethik und Religionen». 23 Schülerinnen und Schüler (1.3%) besuchen den evangelischen Religionsunterricht (Stand: September 2021). Der evangelische Religionsunterricht findet in zwei Gemeinden statt und wird von zwei Lehrpersonen unterrichtet. Auf der Sekundarstufe gibt es keinen evangelischen Unterricht, weil dieser aufgrund der zu geringen Schülerzahl von mindestens acht respektive sechs Schülerinnen und Schülern nicht zustande kommt. Die evangelische Kirche bietet aber für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I einen ausserschulischen Vorkonfirmandenunterricht (Präparandenunterricht) an, welcher vom Land Liechtenstein finanziell unterstützt wird.

34 Schülerinnen und Schüler der Primarschule besuchen im Schuljahr 2021/2022 zusätzlich zum Pflichtbereich (katholischer oder evangelischer Religionsunterricht oder «Ethik und Religionen») einen islamischen Religionsunterricht, der als Wahlfach in Nendeln, Vaduz und Triesen für altersdurchmischte Gruppen erteilt wird. Das Wahlfach «Islamischer Religionsunterricht» konnte im Berichtsjahr aufgrund der Vorgaben zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie an den Schulen teilweise in Präsenz und teilweise in hybrider Form durchgeführt werden. Letzteres war vor allem bei Gruppen mit grosser Durchmischung, sowohl klassen- als auch schulstandortübergreifend, der Fall.

Auf der Sekundarstufe I wählen die Schülerinnen und Schüler zwischen dem konfessionellen

Religionsunterricht und dem religionskundlichen Unterricht (Wahlpflichtfach). 219 Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen (1. bis 3. Klasse) besuchen den katholischen Religionsunterricht; dieser wird von zwei Lehrpersonen erteilt. Auf der Sekundarstufe I unterrichten insgesamt 19 Lehrpersonen das religionskundlich ausgerichtete Fach «Ethik und Religionen». Fragen der Zusammenarbeit werden in der Paritätischen Kommission, bestehend aus drei von der Regierung bestellten Mitgliedern und Vertretern des Erzbistums Vaduz unter der Leitung des Schulamts einmal jährlich besprochen.

Die Weiterbildungsveranstaltungen für Lehrpersonen im Fachbereich «Ethik und Religionen» auf den Sekundarschulstufen mussten im Berichtsjahr coronabedingt verschoben werden.

Koordination Fachbereich Sport

Die Aufgaben des Fachbereichs Schulsport sind die Qualitätssicherung und -entwicklung des Schulsports, die Koordination des Fachbereichs Schulsports und die Leitung der Arbeitsgruppe Schulsport.

Im Berichtsjahr konnten 17 Kurse im Freiwilligen Schulsport mit 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf der Primarstufe durchgeführt werden. Auf der Sekundarstufe I wurden landesweit vier Kurse mit 50 Schülerinnen und Schülern angeboten. Dieses fakultative Angebot ergänzt den obligatorischen Schulsport und wird von den Schülerinnen und Schülern in ihrer Freizeit besucht. Es bietet eine gute Grundlage, um koordinative und konditionelle Fertigkeiten optimal zu entwickeln und das Bewegungsrepertoire zu erweitern.

Es kam coronabedingt immer wieder zu Kursunterbrüchen. Die Kursleiterinnen und Kursleiter übernahmen in dieser Zeit im Rahmen ihrer Beschäftigungsprozente andere Aufgaben im Schulhaus.

Die beliebten nationalen Schulsportmeisterschaften in den verschiedensten Disziplinen konnten wegen der Covid-19-Pandemie nicht durchgeführt werden. Aus diesem Grund hat die Arbeitsgruppe Schulsport Liechtenstein in den beiden Sportarten Basketball und Unihockey für die Sekundarstufe I einen landesweiten Vergleichswettkampf organisiert, der coronakonform im eigenen Schulhaus durchgeführt wurde. Es nahmen 40 Sportgruppen und 500 Schülerinnen und Schüler daran teil.

Der schweizerische Schulsporttag konnte aufgrund der nationalen Coronamassnahmen im Frühjahr 2021 nicht stattfinden.

Koordination Fachbereich Gestalten und Haushaltskunde

Die Koordinatorin für Gestalten und Wirtschaft, Arbeit und Haushalt (WAH) koordiniert den Austausch in den Fachbereichen über die Stufen hinweg, leitet gemeinsame Projekte und organisiert und begleitet fachrelevante Weiterbildungsangebote. Für die allenfalls nötige Nachqualifikation in den einzelnen Fachbereichen Gestalten ist die Koordinatorin zusammen mit dem Schulamt mit der Planung betraut.

Im Weiteren klärt sie verschiedene Fragen zu Lehrmitteln. In diesem Zusammenhang konnte die Koordinatorin die 4. Fachtagung WAH an der FHNW in Brugg besuchen und an einem Kaderkurs für ein Lehrmittel im Bereich Gestalten teilnehmen. Ein weiteres Aufgabenfeld der Koordinatorin besteht darin, dass sie Ansprechperson und Anlaufstelle bei fachlichen Fragen ist und bei der Auswahl von Weiterbildungen der einzelnen Lehrpersonen hilft.

Die Koordinatorin leitet die Arbeitsgruppe «handgmacht». In dieser Gruppe arbeiten sechs Lehrpersonen aus den Bereichen des textilen, bildnerischen und technischen Gestaltens und WAH mit. Die Arbeitsgruppe bespricht und bearbeitet wichtige Entwicklungen für den Fachbereich. Im Berichtsjahr konnte die Gruppe «handgmacht» wieder als Gast am Kunsthandwerkmarkt in Schaan dabei sein. Die vier angebotenen Workshops gaben Einblicke in das gestalterische Arbeiten und dessen Wichtigkeit in der Schule und Freizeit.

Im Berichtsjahr konnte die freiwillige Reflexionsgruppe WAH weitergeführt werden. Das Angebot, welches im Rahmen der Lehrerweiterbildung ausgeschrieben war, wird von der Koordinatorin organisiert und geleitet. Drei Treffen à drei Stunden finden verteilt auf das ganze Schuljahr statt. Neun Lehrpersonen des Fachbereiches WAH nutzen dieses Angebot.

Gesundheitskoordination

Die Gesundheitskoordinatorin unterstützt Schulen und Lehrpersonen bei der Umsetzung von Gesundheitsprojekten. Im laufenden Schuljahr wurde wieder das Projekt «Mein Körper gehört mir» für die Primarschulen angeboten, 17 Primarschulklassen mit insgesamt 280 Kindern nahmen an diesem Parcours teil.

Im Berichtsjahr fanden zwei Tages-Workshops des Gesundheitsförderungsprogramms «Gorilla» statt, welche zum Ziel haben, das Bewegungs- und Essverhalten positiv zu beeinflussen.

Der Wettbewerb «WALK'N'BIKE TO SCHOOL» wurde in diesem Schuljahr sowohl im Frühjahr als auch im Herbst für die Primar- und weiterführenden Schulen veranstaltet. Im Frühjahr legten über einen Zeitraum von neun Wochen insgesamt 745 Schülerinnen und Schüler den Schulweg entweder zu Fuss oder mit dem Velo zurück. Im Herbst machten insgesamt 520 Schülerinnen und Schüler bei der Veranstaltung mit.

Eine weitere Tätigkeit war die Organisation und die Vorbereitung des Schulprojekts «Trialog». Betroffene einer psychischen Störung, Angehörige von Betroffenen und eine Psychologin arbeiteten mit Schulklassen der weiterführenden und höheren Schulen. Ziel dieses Schulprojekts ist die Entstigmatisierung psychischer Störungen. Im Schuljahr 2021/2022 wurden fünf Trialoge durchgeführt.

Eine Aufgabe der Koordinatorin Gesundheitsförderung ist die Betreuung, die Qualitätssicherung und der Ausbau des regionalen Netzwerks gesundheitsfördernder Schulen in Liechtenstein. Dazu gehört die Teilnahme an den Netzwerktreffen der Koordinatoren in Bern und Luzern.

Für die Lehrpersonen wurden zudem verschiedene Weiterbildungsangebote zum Thema Gesundheit und BNE (Bildung für nachhaltige Entwicklung) organisiert und durchgeführt.

Die Gesundheitskoordinatorin leitet die Arbeitsgruppe «Gesundheitsförderung an Schulen». In diesem Gremium sitzen Vertreterinnen und Vertreter des Amts für Gesundheit, des Dachverbands der Elternvereinigungen und Lehrpersonen verschiedener Schulstufen. Die Arbeitsgruppe entwickelt Ideen für verschiedene Projekte. Aufgrund der Coronasituation wurden die Sitzungen im letzten Schuljahr abgesagt.

Die Gesundheitskoordinatorin hatte im Kalenderjahr 2021 auch die Projektleitung der «Freiwilligen Schulspucktests» inne. Die freiwilligen Schulspucktests starteten nach den Osterferien an allen Schulen.

MINT-Förderung

Die Zusammenarbeit zwischen dem pepperMINT Experimentierlabors und den Schulen funktioniert weiterhin ausgezeichnet. Durch das Schutzkonzept im Rahmen der Pandemiebewältigung war pepperMINT auch in dem Berichtsjahr geöffnet und voll ausgelastet. Anhand der guten Raumbedingungen konnten grosse Gruppen getrennt und betreut werden. Ein weiterer Meilenstein war die Lehrerfortbildung im und von pepperMINT, die durch die Didaktische Medienstelle ausgeschrieben und durchgeführt wurde. Die Rückmeldungen waren allesamt sehr positiv.

Das ausserschulische Angebot fiel pandemiebedingt kleiner aus, konnte aber mit der Primarschule Gamprin organisatorisch gut durchgeführt werden. Leider wurden die Ausseneinsätze von pepperMINT in den Skilagern aus bekannten Gründen nicht durchgeführt.

Eine weitere Intensivierung war das Coaching Programm: «Gross (Sekundarschule) coacht Klein (Primarschule & Kindergarten)» und «Lernende aus den Lehrbetrieben coachen Gross & Klein».

Private Schulen

Das Schulamt nimmt nach Massgabe der Gesetze die Aufsicht über die privaten Schulen in Liechtenstein wahr. Diese müssen von der Regierung bewilligt werden und demselben Lehrplan folgen wie die öffentlichen Schulen. Das Schulamt prüft und genehmigt die Anstellung von Lehrpersonen und macht Unterrichtsbesuche. Das Handbuch «Aufsicht der Privatschulen im Fürstentum Liechtenstein» vom 1. Juli 2015 präzisiert diese Aufgaben. Des Weiteren koordiniert das Schulamt die Entrichtung der Subventionen für Schülerinnen und Schüler im Pflichtschulalter und beaufsichtigt die Einhaltung der Leistungsvereinbarungen mit Schulen, die im Auftrag der Regierung besondere Aufgaben übernehmen.

Stiftung für Heilpädagogische Hilfe in Liechtenstein

Auf der Basis von Leistungsvereinbarungen wurden die Aufgaben im Sonderschulbereich sowie im Bereich der pädagogisch-therapeutischen Massnahmen der Stiftung für Heilpädagogische Hilfe in Liechtenstein übertragen. Die Vereinbarungen regeln die Leistungserbringung des Heilpädagogischen Zentrums des Fürstentums Liechtenstein (hpz).

Die Sonderpädagogische Tagesschule des hpz bietet Kindern und Jugendlichen in den Förderklassen sonderpädagogischen Unterricht mit individueller Förderung und Vorbereitung auf die Berufsbildung. Kinder mit einer erheblichen Sprach- bzw. Sprechproblematik im normalen Begabungsbereich werden in den Sprachförderklassen unterrichtet. Die Förderung der Schülerinnen und Schüler wird durch verschiedene Therapieformen ergänzt.

Schülerzahlen der Sonderpädagogischen Tagesschule in Schaan im Schuljahr 2021/2022

Abteilung	Total	aus FL	aus CH
Sprachförderklassen	51	20	31
Förderklassen	53	53	–
Total	**104**	**73**	**31**

Der Bereich «Therapie» des hpz besteht aus den pädagogisch-therapeutischen Massnahmen (PTM) Logopädie, Psychomotorik und heilpädagogische Früherziehung sowie – jedoch ausserhalb der Leistungsvereinbarung – den medizinischen Therapien Physiotherapie und Ergotherapie. Für einen grossen Teil der Kinder war es notwendig, mehr als eine Therapiemethode in Anspruch zu nehmen. Der regelmässige Kontakt zum Schulamt und zu den verschiedenen Ämtern und Ärzten sowie die intensiven Besprechungen und «Runden Tische» in Schulen und Kindergärten gewährleisteten auch im Berichtsjahr eine sehr gute Zusammenarbeit. Die Covid-19-Pandemie erschwerte oder verunmöglichte gar die Arbeit vor allem im Arbeiten mit Kleingruppen aus verschiedenen Klassen.

Pädagogisch-therapeutische Massnahmen im Jahr 2021 (Lektionen)

	Abklärungen	PTM-Förderung für Kinder am hpz FL	PTM-Förderung für Kinder am hpz CH	PTM-Förderung ambulant
Früherziehung	14	–	–	2'008
Logopädie	200 + 75 Screenings	2'970	1'642	8'140
Psychomotorik	60	612	296	2'100
Gesamt	**349**	**3'582**	**1'938**	**12'248**

Waldorfschule
Im Schuljahr 2021/2022 sind 87 Kinder in neun Klassen und zwei Kindergärten an der Waldorfschule eingeschrieben. Das Personal setzt sich aus sechs vollzeitlichen und sechs teilzeitbeschäftigten Lehrpersonen sowie zwei Kindergärtnerinnen zusammen. Die Waldorfschule bietet ausserdem eine KiTa (Spielgruppe, Mittagstisch, Nachmittagsbetreuung) an. Die pädagogische Arbeit basiert auf der Menschenkunde Rudolf Steiners mit Fokus auf der künstlerischen Unterrichtsgestaltung. Österreich setzt das Abschlusszeugnis der Waldorfschülerinnen und -schüler nach dem 9. Schuljahr dem Hauptschulabschluss gleich. Die Liechtensteinische Waldorfschule arbeitet im Projekt «Wege zur Qualität» mit der Arbeitsgemeinschaft der Rudolf-Steiner-Schulen der Schweiz zusammen.

formatio Privatschule
Die Privatschule formatio ist eine Schule mit Öffentlichkeitsrecht. Sie wird als Ganztagesschule geführt und besteht aus einer Primar- und Sekundarschule sowie einem Oberstufengymnasium, das nach dem Profil «Lingua» mehrsprachig geführt wird. Im aktuellen Schuljahr 2021/2022 besuchen 108 Schülerinnen und Schüler die formatio Privatschule, welche von insgesamt 27 Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet und begleitet werden. Während in der Primarschule bilingual in Englisch und Deutsch unterrichtet wird, steht in den höheren Klassen auch die Mehrsprachigkeit im Fokus. Das Oberstufengymnasium der formatio Privatschule schliesst als österreichische Auslandsschule mit der standardisierten österreichischen Reifeprüfung ab. Alle 9 Maturantinnen und Maturanten absolvierten die Prüfungen erfolgreich.

Hochschulen und hochschulähnliche Einrichtungen

Das Schulamt unterstützt die Regierung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Hochschulbereich gemäss Hochschulgesetz. Im Auftrag der Regierung nimmt eine Vertreterin oder ein Vertreter des Schulamtes beratend an den Sitzungen der Leitungsorgane der Hochschulen und Trägerhochschulen teil und vertritt Liechtenstein in regionalen und internationalen Gremien wie beispielsweise der Ostschweizer Fachhochschule, der Kommission für Bildung, Wissenschaft und Forschung der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK), der Bologna-Follow-Up-Group und entsprechenden EWR-Konferenzen. Zudem ist das Schulamt Kontaktstelle für das In- und Ausland bei Fragen betreffend die Anerkennung akademischer Diplome und Abschlüsse.

Alle in Liechtenstein und von Liechtenstein aus tätigen Hochschulinstitutionen, die akademische Titel verleihen, müssen von der Regierung bewilligt werden und sind zu jährlicher Berichterstattung verpflichtet. Der Hochschulbereich Liechtensteins umfasst aktuell zwei anerkannte Hochschulen und das Liechtenstein-Institut als hochschulähnliche Einrichtung. Daneben zählt Liechtenstein gemeinsam mit verschiedenen Schweizer Kantonen zu den Trägern der Ostschweizer Fachhochschule (Ost) sowie der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich (HfH).

Ein besonderes Ereignis ist die alljährliche Vergabe der Liechtenstein-Preise zur Förderung von Forschungsleistungen in Innsbruck und Liechtenstein. Der Liechtenstein-Preis, der seit 1983 an den beiden Innsbrucker Universitäten, der Universität Innsbruck und der Medizinischen Universität Innsbruck, verliehen wird, gilt als eine der renommiertesten Auszeichnungen für wissenschaftliche Forschung in Innsbruck. Der mit gesamthaft EUR 14'000 dotierte Preis für das Jahr 2020 wurde im Rahmen der Vergabefeier im Berichtsjahr zu gleichen Teilen verliehen an Univ. Prof. Dr. Magauer Thomas, Institut für Organische Chemie der Universität Innsbruck, Ass. Prof. PD Dr. Laffleur Flavia, Institut für Pharmazie, Abt. Pharmazeutische Technologie der Universität Innsbruck, Ass. Prof. Dr. Ortner Heike, Institut für Germanistik der Universität Innsbruck und Dipl. Ing. Sladky Valentina PhD, Institut für Entwicklungsimmunologie der Medizinischen Universität Innsbruck.

Der Liechtenstein-Preis für Nachwuchsforschende an der Universität Liechtenstein wird seit 2010 verliehen. Dieser ist mit einer Gesamtsumme von CHF 10'000 dotiert und erging an Dr. Michael Weigerding, Dr. Wolfgang Hora, Dr. Jurij-Andrei Reichenecker Dr. Janine Hacker und Joshua Handali.

Universität Liechtenstein
Mit Finanzbeschluss vom 5. September 2019 für die Jahre 2020 bis 2022 entrichtet das Land Liechtenstein

an die Universität Liechtenstein für die konsekutiven Studiengänge (Bachelor-, Master- und Doktoratsstufe), die Weiterbildungsstudiengänge, zur Basisfinanzierung der Forschung sowie für Mieten, Betrieb und Unterhalt für das Jahr 2020 einen Staatsbeitrag von CHF 14.3 Mio. und für die Jahre 2021 und 2022 je CHF 14.8 Mio. Zusätzlich erhält die Universität jährlich CHF 1 Mio. zur Äufnung des Forschungsförderungsfonds sowie CHF 0.5 Mio. zur Erneuerung der informationstechnologischen Infrastruktur.

Die Covid-19-Pandemie und ihre Auswirkungen hatten auch einen starken Einfluss auf die Lehre. Die Durchführung der Lehre fand bis zum Sommer für alle konsekutiven Bachelor- und Masterstudiengänge in Wirtschaftswissenschaften und Architektur grundsätzlich vollständig virtualisiert statt. Die Präsenzlehre beschränkte sich auf ausgewählte Lehrveranstaltungen und studentische Arbeiten, die auf die Infrastruktur oder andere spezifische Gegebenheiten vor Ort angewiesen sind – vor allem im Bereich Architektur – sowie auf einige Weiterbildungsprogramme. Das Wintersemester begann mit Präsenzunterricht, wurde allerdings Ende November wieder auf ein virtuelles Angebot umgestellt.

Weitere Einschränkungen im Betrieb der Universität ergaben sich durch den Ransomware-Angriff, deren Opfer die Universität im August wurde. Zur unmittelbaren Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen wurde mit dem belgischen Unternehmen «Secutec» zusammengearbeitet, welches auf solche Fälle spezialisiert ist. Parallel dazu wurde die Auslagerung der IT-Infrastruktur an das Amt für Informatik vorbereitet. Dieser Prozess zur Stabilisierung erfolgte in zwei Phasen: Phase eins adressierte die Wiederherstellung des universitären Basisbetriebs auf neuer, durch das Amt für Informatik betriebener IT-Infrastruktur bis zum 11. Oktober. Die zweite Phase hat als Ziel, die Wiederherstellung des universitären Normalbetriebs mit Abschluss im ersten Quartal 2022 zu erreichen.

Mit der neuen Finanzierungsperiode trat auch die erneuerte Eignerstrategie in Kraft. Darin werden Akzente gesetzt betreffend die Fortführung der Fokussierungs- und Qualitätsstrategie, die Erbringung eines Beitrags zur digitalen Agenda und die Aufnahme des Wirtschaftsrechts als zusätzliche Fachrichtung. Ein weiterer Fokus liegt auf der Weiterentwicklung der Governance, der Rechnungslegung, dem Aufbau und der Strukturierung von Eigenkapital und dem Ausbau des internen Kontrollsystems und Risk-Managements.

Infolge des Beitritts Liechtensteins zur revidierten Interkantonalen Universitätsvereinbarung IUV-2019, die vom Landtag im Jahr 2020 beschlossen wurde, ist eine institutionelle Akkreditierung der Universität Liechtenstein durch die Schweizerische Agentur für Akkreditierung und Qualitätssicherung AAQ erforderlich. Diese wurde im Berichtsjahr gestartet und wird im kommenden Jahr abgeschlossen.

Mit Regierungsbeschluss vom 14. Dezember 2021 wurde der neue Doktorats-Studiengang «Recht der Finanzdienstleistungen» genehmigt. Nach einem erfolgreich durchlaufenen Akkreditierungsverfahren mit der deutschen Agentur EVALAG erhielt die Universität Liechtenstein damit das Recht zur Verleihung des akademischen Titels «Dr. iur.».

Ostschweizer Fachhochschule (OST)

Nachdem der Landtag im Jahr 2019 dem Beitritt zur Vereinbarung über die «OST - Ostschweizer Fachhochschule» vom 15. Februar 2019 und der Aufhebung der «Vereinbarung über die Hochschule für Technik Buchs» vom 20. Juni 1968 zugestimmt hat, ist die Vereinbarung über die «OST - Ostschweizer Fachhochschule» seit 1. Januar 2020 in Kraft. Liechtenstein ist einer von sieben Trägern der neuen Fachhochschule und ist in deren strategischen Organen, der Trägerkonferenz und dem Hochschulrat, vertreten. In der Trägerkonferenz nimmt die Bildungsministerin zusammen mit ihren kantonalen Amtskolleginnen und Kollegen teil. Die Trägerkonferenz tagte am 28. Mai und am 21. November 2021.

Internationale Akademie für Philosophie (IAP)

Die Internationale Akademie für Philosophie im Fürstentum Liechtenstein (IAP) wurde 1986 als staatlich anerkannte liechtensteinische Hochschule gegründet. Basierend auf der Feststellung, dass die Voraussetzungen zur Führung einer Hochschule gemäss Hochschulgesetz nicht mehr erfüllt sind sowie einem Gutachten der österreichischen Qualitätssicherungsagentur AQ Austria, wurde der IAP am 28. Januar 2020 die Bewilligung zur Führung einer Hochschule entzogen. Die IAP ist befugt, Studierende, die am 31. Dezember 2019 an der IAP immatrikuliert waren, im Rahmen der Regelstudiendauer bis spätestens am 31. Dezember 2022 zum Doktorat zu führen. Nach diesem Zeitpunkt erlischt das Recht zur Verleihung von Titeln und Graden. Weiterhin möglich ist jedoch die Durchführung von Forschungstätigkeiten im Sinne einer hochschulähnlichen Institution gemäss Hochschulgesetz.

Private Universität im Fürstentum Liechtenstein (UFL)

Die Private Universität im Fürstentum Liechtenstein UFL ist eine von der Regierung gemäss Hochschulgesetz bewilligte private Hochschule. Sie bietet Doktoratsstudiengänge in medizinischer Wissenschaft und in Rechtswissenschaften an.

Laut Art. 38 des Hochschulgesetzes ist die Qualität der Hochschule mindestens alle sechs Jahre zu überprüfen, in der Regel durch eine staatlich zugelassene Akkreditierungsstelle. Als solche gelten gemäss Art. 13 der Hochschulverordnung die im Europäischen Register der Qualitätssicherungsagenturen angeführten Akkreditierungsstellen.

Die letztmalige Überprüfung der UFL erfolgte im Jahr 2016 und 2017 mit der deutschen Akkreditierungsagentur ACQUIN. Im Berichtsjahr wurde eine erneute Prüfung mit der Agentur ACQUIN begonnen.

Liechtenstein-Institut
Gemäss Hochschulgesetz gilt das Liechtenstein-Institut als Forschungsinstitut als hochschulähnliche Einrichtung. Gemäss Finanzbeschluss vom 22. Oktober 2019 erhält das Liechtenstein-Institut für die Jahre 2020 bis 2023 einen Staatsbeitrag von CHF 1.25 Mio. jährlich. Zusätzlich erhält es jährlich CHF 80'000 für die Erstellung des Bildungsberichts sowie CHF 98'000 für die Angewandte Wirtschaftsanalyse im Auftrag des Landes.

Im Frühjahr 2021 wurde die Pilotstudie zum Bildungsbericht präsentiert. Im Rahmen der angewandten Wirtschaftsanalyse lag der Fokus auf der Analyse der Auswirkungen der Coronapandemie auf die liechtensteinische Volkswirtschaft. Unter anderem wurde im März erstmals eine Schätzung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) nach dem neu entwickelten Schätzmodell erstellt. Im Wachstumsmonitor wurden Status und Trend der Wachstumsentwicklung Liechtensteins basierend auf einem Set von 71 Indikatoren bewertet.

Im Berichtsjahr führte das Liechtenstein-Institut diverse Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Jubiläum «100 Jahre liechtensteinische Verfassung» durch und es erfolgten rund 130 Publikationen von Forschenden des Liechtenstein-Instituts.

Internationale Bodensee-Hochschule IBH
Die Internationale Bodensee-Hochschule IBH ist ein Verbund von Hochschulen (Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen) aus dem Gebiet der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK). Der aktuelle Leistungsauftrag sowie die Finanzierung sind in der 5. Leistungsvereinbarung mit der IBK-Kommission Bildung, Wissenschaft und Forschung 2018 bis 2022 festgelegt. Im Rahmen des Interreg-Programms «Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein» fördert die IBH gemeinsame Forschung und den studentischen Austausch zwischen den Mitgliedsinstitutionen. Die Universität Liechtenstein und die Ostschweizer Fachhochschule (OST) sind Mitglieder der IBH. Im Jahr 2021 wurde die Rechtsform der IBH geändert. Sie ist nun ein Regionaler Verbund Territorialer Zusammenarbeit RVTZ nach EU-Recht.

Lindauer Nobelpreisträgertagung
Liechtenstein beteiligt sich seit 2008 durch eine Zustiftung des Landes und führender privater Unternehmen an den Lindauer Nobelpreisträgertagungen. Dadurch wird die Teilnahme talentierter Nachwuchsforscherinnen und -forscher aus Liechtenstein an den Veranstaltungen ermöglicht. 30 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit liechtensteinischen Wurzeln haben seither teilgenommen. Zwischenzeitlich wurde ein «Liechtenstein Lindau Alumni-Netzwerk» initiiert. Die Regierung hat die Universität Liechtenstein mit dem Aufbau und der weiteren Pflege betraut. Aufgrund der Covid-19-Pandemie wurde die interdisziplinäre 70. Nobelpreisträgertagung im Berichtsjahr vom 27. Juni bis 2. Juli als Online-Tagung durchgeführt. Für Liechtenstein hat Dr. Christian Hänsel (ETH Zürich) teilgenommen. Für die Teilnahme an der nächsten Tagung vom 26. Juni bis 1. Juli 2022 im Fach Chemie hat Liechtenstein zwei Bewerberinnen und Bewerber nominiert. Für die wirtschaftswissenschaftliche Tagung im August 2022 läuft das Bewerbungsverfahren noch bis Ende Januar 2022.

Dienste

Schulsozialarbeit
Die Schulsozialarbeit betreute im Schuljahr 2021/2022 neben den bisherigen sieben Schulstandorten (3 Oberschulen, 5 Realschulen, je ein Gymnasium und Freiwilliges 10. Schuljahr) zwei Gemeindeschulen, nämlich Triesen und Vaduz. Insgesamt wurden 312 Einzelberatungen bei Schülerinnen und Schülern durchgeführt, davon 270 an den Sekundar- und 42 an den Gemeindeschulen. Nebst den Einzelberatungen fanden zusätzlich 109 Gruppenberatungen statt.

Themen waren: Konflikte 223, Freundschaft 187, Familie 183, Klassenklima 154, Soziales Verhalten 125, Lernen 105, Druck 88, Freizeit 85, Psychische Auffälligkeiten 82, Gewalt 74, Gesundheit 72, Mobbing 68 (davon Cybermobbing 16), Stress 57, Unstimmigkeiten 48, Scheidung 27, Unorganisiert sein 27, Gamen 25, Suizidalität 25, Schulabsentismus 23, Berufswahl 21, Tabak 18, Corona 17, Sexualität 17, Cannabis 16, Trauer 15, Soziale Medien 14, Alkohol 12, Essstörungen 11, ADHS 9, Ritzen 9 sowie weitere in tiefer Anzahl. Corona und damit verbundene Lebensumstände schlagen sich auch in dieser Statistik nieder. Die Fallarbeit war komplexer als vor Corona. Insbesondere innerhalb der Themen, welche am meisten bearbeitet wurden.

Lehrpersonen wurden 56 beraten, Eltern und Erziehungsberechtigte 22.

Die Schulsozialarbeit machte bedingt durch die Corona-Schutzmassnahmen reduzierte Angebote in den Bereichen Früherkennung, Prävention und Partizipation. Workshop-Themen waren Digitale Medien, Sucht, Klassenregeln und Klassenstärke. Die Schulsozialarbeit agiert nahe bei den Jugendlichen und beobachtet relevante Entwicklungen, beispielsweise zu den Themen «Suchtmittel» sowie «Corona».

Mit Beginn des neuen Schuljahres 2021/2022 wurden an den Gemeindeschulen Gamprin und Mauren-Schaanwald 80-Stellenprozente geschaffen, welche mit einer Fachperson besetzt wurden. Im Verlauf der folgenden Jahre soll der Ausbau der Schulsozialarbeit an den Gemeindeschulen abgeschlossen werden.

Besondere Schulbereiche

Zu den Besonderen Schulbereichen, welche der Pädagogischen Arbeitsstelle angegliedert sind, zählen die Schulischen Fördermassnahmen und die Begabtenförderung. Die Schulischen Fördermassnahmen umfassen die Besonderen schulischen Massnahmen (BSM), die Pädagogisch-therapeutischen Massnahmen (PTM), die Sozialpädagogischen Massnahmen sowie die Sonderschulung (ausserhalb der Regelschule).

Die Rechenschaftslegung für Sonderschulungen in der Sonderpädagogischen Tagesschule und jene der pädagogisch-therapeutischen Massnahmen für Kinder und Jugendliche vor und während der obligatorischen Schulzeit (Ambulatorium für den Regelschulbereich) erfolgt auf der Basis von Leistungsvereinbarungen zwischen der Regierung und der Stiftung für heilpädagogische Hilfe in Liechtenstein (siehe separater Jahresbericht der hpz-Sonderschule).

Im Kalenderjahr 2021 wurde das zukunftsweisende «Förderkonzept der öffentlichen Kindergärten und Pflichtschulen» verabschiedet. Zusammen mit den Feinkonzepten zu den Schulischen Fördermassnahmen (Dokumentenmappe zum Förderkonzept) wurde das Förderkonzept mit einem einheitlichen Layout versehen und via Schulnetz bzw. SharePoint zur Verfügung gestellt. Fragen der Lehr- und Fachpersonen zum Förderkonzept resp. dem Konzept zum Ergänzungsunterricht wurde mit FAQ-Antwortbögen nachhaltig Rechnung getragen. Damit ist ein etwas theorielastiger Schritt in Richtung «Willkommenskultur», die als Slogan für eine gute Schule für alle fungiert, getan. Dieser führt nahtlos zur Orientierung an inklusiven Ansprüchen, beispielsweise der Entfaltung individueller Potenziale auf jedem Leistungsniveau. Die intensive Auseinandersetzung mit integrativen und inklusiven Haltungs- und Umsetzungsfragen wurde dadurch lanciert.

Die im Schuljahr 2020/2021 erweiterte Kontingentierung der Gemeinde- und Oberschulen schliesst auch die Ressourcen für Lernende mit hohem Förder- und Unterstützungsbedarf – im Sinne der vormaligen Sonderschulungen in der Regelschule (SiR) – ein. Die Aufgabe und Herausforderung für die Schulleitungen der Gemeinde- und Oberschulen bestand darin, sich am Richtwert von 1.5 bis 1.7 Prozent (vormalige Quote für SiR) zu orientieren. Die Förderstatistik im Regelschulbereich berücksichtigt ab Schuljahr 2021/2022 die Anzahl der Lernenden mit einer Beeinträchtigung (Behinderung). Hierzu zählen Regelschülerinnen und Regelschüler mit einem hohen Förder- und Unterstützungsbedarf (Förderstufe resp. Lehrplanstatus 3) sowie Lernende mit individueller Klassenhilfe der Förderstufen 1 und 2.

Die Weiterbildung für Lehrpersonen umfasste im Bereich der Sonderpädagogik und Inklusion insbesondere Kurse wie «Sonderpädagogische Förderplanung mit dem LiLe», «Klassenhilfen unterstützen die Lehrpersonen», «Schulalltag mit herausfordernden Lernenden» und «Zielführende Kooperation mit Eltern» in erschwerten Situationen. Im Kalenderjahr 2021 trafen sich die BSM-Lehrpersonen, also Lehrpersonen für Ergänzungsunterricht, Deutsch als Zusatzsprache und Begabtenförderung, dreimal zum Austausch resp. zur Weiterbildung. Festgelegt wurde, dass sich die Planung der BSM-Treffen 2022 auf die vertiefte Auseinandersetzung mit dem Förderkonzept und der Dokumentenmappe mit den Konzepten zu den einzelnen Fördermassnahmen konzentrieren wird.

Sonderschulungen von Kindern und Jugendlichen 2021 im Vergleich zu 2020

Bereich/Ort	**2021**	2020
Sonderschulungen in der Regelschule (SiR)	**99**	[1]
Sonderschulungen in einer Sonderschule (SiS)	**73**	69
Sonderpädagogische Tagesschule Schaan (HPZ)	**9**	10
Schweiz	**4**	5
Österreich	**173**	84
Total	**99**	[1]

SiR werden nicht mehr erfasst (vgl. oben)

[1] nicht erfasst

Schulpsychologischer Dienst (SPD)

Beim Schulpsychologischen Dienst gingen im Berichtsjahr insgesamt 241 Anmeldungen ein. Sie verteilen sich auf folgende Schularten:

Kindergarten	24	10. Schuljahr	0
Primarschulen	86	Heilpädagogisches Zentrum	62
Oberschulen	16	Privatschule formatio	2
Realschulen	13	Waldorfschule	3
Gymnasium	8	Berufslehre	3
Timeout Schule	1	Kleinkinder, Spielgruppen	13
		Internat und Privatschulen im Ausland	10
		Total	**241**

Die Gründe zur Anmeldung bei den meisten Kindern und Jugendlichen waren Lern- und Verhaltensprobleme. Andere Anmeldegründe waren Fragen zur psychischen Gesundheit und Fragen zur Schullaufbahn.

Zusätzlich zu den erwähnten Abklärungen und Beratungen nahm der Schulpsychologische Dienst im Berichtsjahr folgende Aufgaben wahr: Praxisberatung von Lehrpersonen bei der Berufseinführung, Praxisberatung von Lehrpersonen in schwierigen schulischen Situationen, Gruppenbeobachtungen, Auskünfte an Medien zu Fragen der Kinder- und Jugendpsychologie. Vertreterinnen und Vertreter des Schulpsychologischen Dienstes nahmen an Weiterbildungen (u. a. zum Thema Inklusion) teil, waren Mitglied in der Arbeitsgruppe «Psychische Gesundheit», in der Arbeitsgruppe «herausforderndes Verhalten in der Schule» und in der Arbeitsgruppe

«Fördermassnahmen». Sie wirkten bei der Erarbeitung des Konzeptes für den Nachteilausgleich und bei der Zusammenarbeitsvereinbarung mit der Schulsozialarbeit mit. In der Zeit der Covid-19-Pandemie wurde der Regelbetrieb unter Einhaltung der Schutzmassnahmen aufrechterhalten.

Timeout Schule (TOS)

Jugendliche der Sekundarstufe I, die in der Regelschule nicht mehr tragbar sind, werden auf Antrag der Schule aus der Stammklasse herausgenommen und besuchen für eine bestimmte Zeit, in der Regel für drei Monate, die Timeout Schule FL (TOS) in Gamprin.

Der Besuch der Timeout Schule ist als schulische Variante zu sehen, welche Kindern und Jugendlichen die Chance eröffnen soll, durch erweiterte Betreuungs- und Beratungsstrukturen aufgefangen, geführt und stabilisiert zu werden. Es handelt sich dabei um eine Interventionsmöglichkeit bei Problemsituationen, welche sozial- bzw. sonderpädagogische Massnahmen umfasst, die letztendlich eine Wiedereingliederung eines Kindes oder eines Jugendlichen in die Stammklasse ermöglichen soll.

Im Berichtsjahr konnten insgesamt 19 Jugendliche betreut werden, im Jahr davor waren es 16 Jugendliche. Davon waren sechs Mädchen und 13 Jungen. In diesem Jahr kamen Jugendliche aus allen drei Schulstufen. Aus der Oberschule wurden acht, aus der Realschule sechs und aus dem Gymnasium 5 Schülerinnen und Schüler in die Timeout Schule überwiesen.

Im Berichtsjahr wurden 85% der Schülerinnen und Schüler durch Therapeutinnen und Therapeuten psychologisch und/oder psychiatrisch begleitet.

Von Januar bis Juli hatte die Timeout Schule durchgehend eine Auslastung von über 100%.

Die Timeout Schule wird von sehr vielen Betrieben und Firmen des Landes unterstützt. Die Jugendlichen können dort einen Teil ihres Timeouts als Arbeitseinsätze ausserhalb der Schule absolvieren und dabei im Arbeitsprozess mit Erwachsenen eine andere Rolle einnehmen. Die Eltern- bzw. Familienarbeit ist ein wesentlicher Teil der Timeout Schule. Wöchentlich treffen sich alle Jugendlichen und jeweils mindestens ein Elternteil. Ein wichtiges Ziel ist es, dass die Erziehungskompetenz der Eltern (wieder) gestärkt wird.

Die Timeout Schule wird von einer Steuergruppe begleitet, welche sich aus Vertreterinnen und Vertretern des Schulamtes (Inspektorat, Pädagogische Arbeitsstelle, Schulsozialarbeit) zusammensetzt. Auch im Berichtsjahr fand eine Klausurtagung statt, in welcher das vergangene Jahr reflektiert wurde und Massnahmen zur Verbesserung des Schulbetriebes beschlossen und umgesetzt werden konnten.

Zentrum für Schulmedien

Zum «Zentrum für Schulmedien» gehören die «Didaktische Medienstelle» und der «Amtliche Lehrmittelverlag». Die Bibliothek der Didaktischen Medienstelle wurde auch in Zeiten der Covid-19-Pandemie von den Lehrpersonen gut genutzt, jedoch war dieses Jahr ein leichter Rückgang der Besuche zu verzeichnen. Das Zentrum für Schulmedien ist überzeugt, dass die Zahl der Besucherinnen und Besucher im kommenden Jahr wieder ansteigen wird. Während des letzten Schuljahres wurden von den gut 15'000 Medien rund 4'000 Medien physisch ausgeliehen. Zusätzlich können die Lehrpersonen online über das Schulintranet auf mehr als 5'000 Medientitel zugreifen. Gesamthaft wurden im letzten Schuljahr rund 4'000 Medien online abgerufen.

Im Berichtsjahr wurden etwa 40% der Medien ausgemustert. Das sind vor allem viele ältere oder seit mehreren Jahren nicht mehr benutzte Titel, aber auch veraltete Medienformate wie Dias oder Kassetten. Diese Räumaktion hat die Mediensammlung wieder um einiges übersichtlicher und attraktiver gemacht.

Ebenfalls zu den Aufgaben des «Zentrums für Schulmedien» gehören die Begleitung von diversen Projekten sowie die Beratung und die Weiterbildung der Lehrpersonen im Umgang mit digitalen Medien. In den Jahren 2020/2021 wurden sämtliche Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler mit persönlichen Geräten ausgestattet. Bei allen Rollouts waren Mitarbeitende des «Zentrums für Schulmedien» sowohl bei der Planung als auch bei der Einführung involviert, damit die Inbetriebnahme der Geräte möglichst problemlos funktionierte. Deswegen war auch im Betriebsjahr 2021 die fachkundige Beratung und die Projektbegleitung eine zentrale Aufgabe. Der «Amtliche Lehrmittelverlag» ist für den termingerechten Ankauf, die Bereitstellung sowie Organisation der Lieferung der analogen als auch digitalen Lehrmittel für alle Schulstufen zuständig.

Beim «Zentrum für Schulmedien» liegt ausserdem die Hauptverantwortung für das Weiterbildungsprogramm für die Lehrpersonen (WFL). Im Berichtsjahr wurden im Jahresprogramm über 100 Kurse aus den verschiedensten Fachbereichen publiziert. Im Schuljahr 2021/2022 konnten 70% der angebotenen Kurse durchgeführt werden. Leider mussten wiederum einige Kurse aufgrund der Covid-19-Pandemie abgesagt oder verschoben werden. Das Planen und Durchführen von Kursen war im vergangenen Jahr eine anspruchsvolle Herausforderung.

Zum Thema Medienprävention konnte die Live-Performance «angek(l)ickt» im Berichtsjahr leider nur vier Mal aufgeführt werden. Die Aufführung, die von den Lehrpersonen für ihre Schulklassen zur Sensibilisierung von realer und virtueller Welt gebucht werden kann, bietet eine sehr gute Ausgangslage um das Thema sowohl im ersten als im zweiten Zyklus erlebbar zu machen. Einige Termine mussten auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden, andere wurden ganz abgesagt. Auch dies war der Covid-19-Situation geschuldet. Es wird gehofft, im kommenden Jahr wieder öfter im Bereich der Medienprävention tätig zu sein, da gerade die Pandemie

aufzeigte, wie wichtig der kompetente und kritische Umgang in der modernen Medienwelt ist.

Verein Liechtenstein Languages (LieLa)

Der Verein Liechtenstein Languages (LieLa) hat eine Leistungsvereinbarung mit der Regierung. Auftrag von LieLa ist eine effektive Sprachvermittlung, die interaktiv, ermutigend und lustvoll ist. Als kleine Organisation setzt LieLa auf ein Kaskadenmodell. LieLa produziert die Lehrmittel und trainiert Lehrpersonen und Kursleitende. Bei grossen Projekten bildet es Trainerinnen und Trainer aus, die ihrerseits Kursleitende ausbilden und begleiten.

Im Auftrag des Amts für Auswärtige Angelegenheiten und in Zusammenarbeit mit RET INTERNATIONAL wird sehr erfolgreich in einem Projekt in der Türkei mit Sprachkursen in Englisch und Türkisch für Flüchtlinge gearbeitet. Evaluationen zeigen, dass die gewählte Methode den sozialen Zusammenhalt in aussergewöhnlicher Weise fördert und stärkt.

Die Covid-19-Pandemie hatte die Kurse und Präsentationen nicht nur beim Verein Liechtenstein Languages, sondern auch bei deren Partnern, im vergangenen Jahr stark eingeschränkt. Im Schulbereich konnten die Workshops für Lehrpersonen durchgeführt werden und das Live-the-Language-Angebot erfolgreich gestartet werden. Für Tschechien wurde ein zweiter Kurs für Englischlehrpersonen durchgeführt und weitere Schulen mit Unterrichtsmaterial ausgerüstet. Die Arbeit im Atelier konzentrierte sich auf Verbesserungen und die Entwicklung von neuen Kursen mit dem zugehörigen Kursmaterial.

Die Finanzierung des Vereins erfolgt über Beiträge des Landes, des Fürstenhauses, gemeinnütziger Stiftungen sowie über Aufträge.

Produkt	Beschreibung	Sprachen	Auftraggeber/Kunden
Wir spielen Deutsch - QUAKI	Erleichtert den Kindern den Eintritt in den Kindergarten und bereitet die Eltern auf das ihnen fremde Schulsystem vor.	D	Schulen FL Quartierschulen SG The Connection Wien, Vorarlberg
English for Kids	Das umfangreiche Lehr- und Lernmaterial für die ersten sechs Schulstufen ermöglicht einen spielerischen und kommunikativen Einstieg in die neue Sprache.	E	Schulen FL Schulen SG SCIO Schulen CZ
Survival Kit	Das auf praktische Alltagssituationen ausgerichtete Unterrichtsmaterial zielt darauf, dass die leistungsschwächeren Schülerinnen/Schüler sich zutrauen, bei Bedarf Englisch zu sprechen.	E	Oberschulen FL SCIO Schulen CZ
Live the Language Vivre la langue	Schulklassen tauchen halbtageweise in spannende Themen aus aller Welt in Englisch oder Französisch ein.	E, F	Primarschulen und Sekundarschulen FL
BASIS, PLUS ALPHA	In den zwei Intensivkursen lernen Migrantinnen/Migranten und Geflüchtete sich in Alltagssituationen zu verständigen. Das Zusatzmodul ALPHA ist für Personen, die unsere Schrift nicht beherrschen oder überhaupt lesen lernen wollen.	D	Flüchtlingshilfe FL Quartierschulen SG The Connection Wien Rotes Kreuz, Bern Arnsberg NRW, Berufsschulen
WORKS	In Intensivkursen (ganztägig möglich) lernen Arbeitsmigrantinnen/-migranten, in Arbeitssituationen in Industrie (Produktion, Logistik), Gastgewerbe, Baugewerbe, Pflegeberufe zu kommunizieren.	D CZ E TU	The Connection, Wien Partner noch offen RET Türkei, AAA RET Türkei
GOLD	LieLa Sprachkurse speziell für Senioren, die geistig fit bleiben wollen, um bei guter Lebensqualität zu altern.	E	

Schülertransport
Die LIEmobil erbringt den Schülerzubringerdienst im Sinne von Art. 124 des Schulgesetzes. Der Schülerzubringerdienst stellt eine Zusatzleistung zum Grundangebot der LIEmobil dar. Im Einvernehmen mit dem Schulamt organisiert die LIEmobil alljährlich für Schulen, deren Träger der Staat ist, die Schülerzubringerdienste. Für die der Schulpflicht unterstehenden Schülerinnen und Schüler trägt der Staat die Kosten des Zubringerdienstes. Zur Nutzung des Angebots des Schülerzubringerdienstes der LIEmobil erhalten die Schülerinnen und Schüler ein auf die Schultage beschränktes Abonnement. Das Land Liechtenstein vergütet dieses mit CHF 200. Die Schülerinnen und Schüler können für einen Aufpreis von CHF 80 ein in der Gültigkeit unbeschränktes Jahresabonnement der LIEmobil erwerben. Der Gesamtaufwand für ermässigte Schülerabonnemente betrug im Berichtsjahr CHF 429'800.

Der Schulbusverkehr ab dem 13. Dezember 2021 wurde durch LIEmobil im Auftrag des Schulamtes neu ausgeschrieben. Vorgaben bezüglich der Anzahl Sitzplätze führten zur Anpassung der Schulbusflotte mit 10% mehr Sitzplätzen zu den Spitzenzeiten.

Schulbauten
Im Jahr 2018 genehmigte der Landtag die Schulbautenstrategie und in der Folge den Verpflichtungskredit für den Neubau eines Schulzentrums Unterland II in Ruggell. Mit einem Finanzbeschluss über CHF 56.1 Mio. soll in erster Linie Schulraum geschaffen werden, welcher den Schülerinnen und Schülern der Ober- und Realschule aus den Gemeinden Ruggell, Gamprin und Schellenberg Platz bietet. Im Weiteren ist die Schulanlage so zu konzipieren und zu realisieren, dass darin Platz für die Berufsmaturitätsschule (BMS) entsteht. Damit können der Vollzeitlehrgang und der Teilzeitlehrgang der BMS an einem Standort vereinigt und eine sach- und erwachsenengerechte Infrastruktur geschaffen werden. Durch die Nutzung der verschiedenen Räumlichkeiten durch die beiden Schulen werden Synergieeffekte erwartet. Im Berichtsjahr konnte mit der Projektwettbewerb abgeschlossen und das Projekt «Fünf Freunde» zum Siegerprojekt erkoren werden.

Mit einem Finanzbeschluss über CHF 44 Mio. soll ein Ersatzbau des ehemaligen Internatstrakts (Trakt G) beim Schulzentrum Mühleholz I (SZM I) und einer Erweiterung des SZM II umgesetzt werden. Damit soll der Raumbedarf am SZM I und am SZM II, welcher durch die Aufnahme der Schülerinnen und Schüler der Realschule Schaan (St. Elisabeth) inkl. der Sportklassen der Sekundarstufe I entsteht, gedeckt werden. Das Bauvorhaben am Standort Mühleholz wird den nötigen Raum bieten, der im Zusammenhang mit der Umsetzung der Schulbautenstrategie benötigt wird. Durch ein etappenweises Vorgehen bei der Umsetzung des Bauvorhabens am Standort Mühleholz ist der Bau eines Schulraumprovisoriums nicht mehr notwendig. Im März 2021 konnte die Überarbeitung des Siegerprojekts abgeschlossen werden.

Das Schulamt ist zusammen mit den betroffenen Schulleitungen und Fachbereichen an der Überarbeitung beteiligt und brachte vor allem die nutzerseitigen Erwartungen und pädagogischen Kriterien ein.

Hallenbad Schulzentrum Unterland
Im Berichtsjahr besuchten 64'614 Besucherinnen und Besucher das Hallenbad Schulzentrum Unterland. Das sind 7'656 Besucher mehr als im vergangenen Jahr. Diese Eintritte verteilten sich auf 28'695 Erwachsene, 27'071 Kinder und 8'848 Kinder unter sechs Jahren. In den Kindereintritten enthalten sind 12'449 Eintritte im Rahmen des Schulschwimmunterrichts. Die Eintritte von Vereinssportlerinnen und -sportlern des In- und Auslands beliefen sich auf 6'829. Der stärkste Monat im Jahr war der November mit 6'938 Besuchern, gefolgt vom September mit 6'456 Besuchern. Im April konnte der drittmillionste Gast im Hallenbad begrüsst werden. Wegen coronabedingten Schutzmassnahmen war das Hallenbad teils reduziert zugänglich: Der Badbetrieb war während zehn Wochen vom 20. Dezember 2020 bis 5. März 2021 geschlossen. Bis zu den Sommerferien war der Zutritt nur über ein elektronisches Zutrittsystem mit Vorbuchung möglich. Seit dem 15. September erfolgen gemäss der Coronaverordnung 3G-Zutrittskontrollen und seit Mitte Dezember gilt die 2G-Regel.

Die gesetzlich vorgeschriebenen Selbstkontrollen von Abklatsch- und Wasserproben gaben zu keinerlei Beanstandungen Anlass.

Jugendhaus Malbun
Das Berichtsjahr war für das Jugendhaus von der Covid-19-Pandemie geprägt. Sämtliche geplanten Skilager wurden bis Ende März auf Grund der Pandemie gestrichen. Auch die Idee von Skitagen mit gestaffelter Mittagsverpflegung im Jugendhaus mussten bald aufgegeben werden. Gegen Ende des Winters stellte sich heraus, dass die Wanderlager im Mai/Juni ebenfalls gestrichen werden. Ein Teil des Personals hat in diesen freien Lagerwochen notwendige Sanierungsmassnahmen und Unterhaltsarbeiten im Haus durchgeführt oder konnte in der Liegenschaftsverwaltung eingesetzt werden. Das Lagerjahr 2021 startete somit erst am 28. Mai. Bei den Sommerbelegungswochen wurde die Teilnehmerzahl begrenzt. Die geplanten Herbstlagerwochen im September und Oktober wurden aufgrund der zunehmenden Fallzahlen nicht alle durchgeführt. Auch in der letzten Woche des Jahres fand auf Grund der Pandemie kein Lager statt.

Das Jugendhaus Malbun wurde im Berichtsjahr von 9 verschiedenen Gruppen aus dem In- und Ausland besucht (drei Gruppen aus liechtensteinischen Schulen, drei Gruppen aus Liechtenstein und 3 Gruppen aus dem

Ausland). Für diese rund 330 Gäste wurden 2'738 Mahlzeiten zubereitet. Hinzu kamen 1'344 Übernachtungen mit Frühstück.

Unabhängig von der Auslastung des Betriebes muss der jährliche Gebäudeunterhalt und die Pflege der Aussenanlage durchgeführt werden. Als Folge der ausgefallenen Lagerwochen konnten die Einnahmen bei den Verpflegungstaxen bei weitem nicht erreicht werden. Folglich blieben auch die Ausgaben unter den budgetierten Vorgaben.

Stipendienstelle

Anträge im Jahr 2021

neue Anträge	Anzahl Personen
561	543

Entscheide im Jahr 2021

Anträge	Ablehnungen	zugesagte Stipendien in CHF	zugesagte Darlehen in CHF
589	159	2'921'339	2'392'870

Ausgaben und Darlehensrückzahlungen für das Jahr 2021

	Anzahl	Veränderung in % zum Vorjahr	in CHF	Veränderung in % zum Vorjahr
Stipendien	411	–1.21%	2'811'374	–5.16
Darlehen	275	–1.08%	1'563'915	–11.13
In Rechnung gestellte Rückzahlungsraten für Studiendarlehen	604	–8.77%	2'094'743	–4.67

Stipendien und Darlehen setzten sich im Jahr 2021 wie folgt zusammen:

		Stipendien in CHF	Darlehen in CHF
Hochschulen	Doktorat	36'303	11'056
	Bachelor, Master	2'382'504	1'326'886
Höhere Fachschulen		141'352	131'175
Berufsbildung Sek II	Fachschulen	68'465	32'282
	Berufslehren	97'533	7'484
Allgemeinbildung Sek II	Gymnasium, BMS, DMS	34'916	13'236
Weiterbildung		50'301	41'796
Total		**2'811'374**	**1'563'915**

Gemäss Art. 30 des Stipendiengesetzes kann gegen Entscheidungen und Verfügungen der Stipendienstelle Beschwerde bei der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten erhoben werden. Im Berichtsjahr wurde keine Beschwerde eingereicht.

Neben der Bearbeitung und Verwaltung der Stipendienanträge beschäftigt sich die Stipendienstelle nach wie vor mit Verbesserungen des elektronischen Antragssystems und der Schnittstellen-Problematik zwischen Landeskasse und der Fachapplikation der Stipendienstelle. Das EDV-Projekt, mit dem Ziel, eine neue Fachapplikation zu entwickeln, steht kurz vor der Einführung.

Eurydice
Liechtenstein beteiligt sich seit 1994 am europäischen Bildungsinformationsnetzwerk Eurydice. Die Teilnahme am Eurydice-Arbeitsprogramm wird von der Europäischen Kommission über Zuschüsse im Rahmen der EU-Bildungsprogramme (Erasmus+) finanziell unterstützt. Wesentliche Aufgaben des Netzwerks sind die Erstellung und Aktualisierung von umfassenden Beschreibungen der Bildungssysteme, die regelmässige Aktualisierung von Schlüsselzahlenberichten (z. B. Löhne von Lehrpersonal und Schulleitungen, Ferienkalender, Unterrichtszeiten) sowie die Teilnahme an vergleichenden Studien zu aktuellen bildungspolitischen Themen.

Für die Programmlaufzeit von April 2021 bis März 2023 wurden der Eurydice Informationsstelle Liechtenstein Finanzzuschüsse von gesamthaft EUR 81'855 zugesprochen. Mit diesen Mitteln wird die Erfüllung eines Teilauftrags für die Betreuung der Länderinformationen auf der Eurypedia-Bildungsinformationsplattform durch das Liechtenstein-Institut finanziert. Im Berichtsjahr wurden eine vertiefende Studie zur allgemeinen und beruflichen Bildung für Erwachsene in Europa sowie der Bericht «Lehrer in Europa: Karriere, Entwicklung und Wohlbefinden» veröffentlicht.

Diplomanerkennung
Als zuständige Behörde für die berufliche Anerkennung des Lehrberufs sowie als Informationsstelle für akademische Anerkennungsfragen (NARIC) beantwortet das Schulamt Fragen von Einzelpersonen, Hochschulen, Behörden sowie Unternehmen im In- und Ausland, arbeitet Empfehlungen aus und entscheidet über die Lehrbefugnis von Lehrpersonen an den öffentlichen sowie privaten Schulen. Anfragen zu beruflicher Anerkennung in anderen Berufsbereichen werden an die zuständigen Stellen weitergeleitet (Amt für Gesundheit, Amt für Volkswirtschaft, Finanzmarktaufsicht oder Rechtsanwaltskammer).

Insgesamt wurden im Berichtsjahr rund 25 Anfragen im Bereich der beruflichen Anerkennung eines Lehrberufs sowie 20 Anfragen im Bereich der akademischen Anerkennung beantwortet.

Kommissionen/Verbände

Übertrittskommission
Bei einer fehlenden Übertrittsempfehlung kann durch eine Prüfung der Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler festgestellt werden. Die Übertrittsprüfungen werden von einer Übertrittskommission vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet. Die Übertrittskommission setzt sich aus mindestens je einer Vertreterin oder einem Vertreter der Primar-, der Ober-, der Realschule und des Gymnasiums zusammen. Sie wird von der Regierung bestellt. Den Vorsitz haben eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Schulamtes. Im Berichtsjahr traten 28 Schülerinnen und Schüler der Primarstufe sowie 24 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe (Oberschule-Realschule: 17/Realschule-Gymnasium: 7) zu den Prüfungen an.

Kommission Sportschule
Im Berichtsjahr hat die Kommission Sportschule drei Sitzungen abgehalten. Schwerpunktthemen waren die Überprüfung der Aufnahmegesuche sowie der sportlichen Verbleibkriterien. In einer der Sitzungen wurde ein Zeitplan für die konzeptionelle Umsetzung der Sportschule 2.0 erstellt.

Im Rahmen des Aufnahmeprozesses wurden im Berichtsjahr 28 Schülerinnen und Schüler an die Sportschule Liechtenstein aufgenommen.

Übersicht der aufgenommenen Sportschüler im Berichtsjahr

Klassenstufe	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse	5. Klasse	6. Klasse	**Gesamt**
Sportschule Schaan	16	5	1	0	–	–	**22**
Gymnasium Oberstufe	–	–	–	6	0	0	**6**

Unterrichtskommission Liechtensteinisches Gymnasium (LG)
Die Unterrichtskommission für das Liechtensteinische Gymnasium übt im Auftrag der Regierung Beratungs- und Kontrollbefugnisse aus. Die Fachexperten besuchen regelmässig den Unterricht am LG und wirken auch in der schulinternen Weiterbildung der Lehrpersonen mit. Überdies liegt auch die Überprüfung der Unterrichtsqualität und der Einhaltung des Lehrplans am Oberstufengymnasium der Privatschule formatio in der Zuständigkeit der Unterrichtskommission.

Nebst Unterrichtsbesuchen, Treffen mit den Fachschaften und Beurteilungen als Teil der Meilensteingespräche im Rahmen des leistungsabhängigen Lohnsystems waren einige Kommissionsmitglieder auch in diesem Jahr wieder als Experten bei den Maturaprüfungen tätig. An der Jahresversammlung vom 4. September wurden unter anderem die Durchführung von Unterrichtsbesuchen und Feedbackgesprächen unter den Restriktionen der Covid-19-Pandemie reflektiert. Mit dieser Art der Durchführung konnten die Kommissionsmitglieder ihre Aufgabe trotz Einschränkungen der Präsenz vor Ort weiterhin gut wahrnehmen.

Unterrichtskommissionen Berufsmaturitätsschule (BMS)

Im Auftrag der Regierung übt die Unterrichtskommission der BMS Beratungs- und Kontrollbefugnisse an der BMS aus. Sie leistet dadurch einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung und -entwicklung. Neben Unterrichtsbesuchen umfasst die Tätigkeit der Kommission die Zusammenarbeit mit den Fachschaften in Fragen gemeinsamer Maturaaufgaben und Beurteilungskriterien. Die Fachexperten der Kommission wirken unterstützend bei der Evaluation und Weiterentwicklung des Prüfungs- und Ausbildungsniveaus der BMS mit.

Nebst Unterrichtsbesuchen, Treffen mit den Fachschaften, Beurteilungen als Teil der Meilensteingespräche im Rahmen des leistungsabhängigen Lohnsystems waren auch in diesem Jahr einige Kommissionsmitglieder wieder als Experten bei den Maturaprüfungen tätig. Die Jahresversammlung fand am 22. September statt.

Maturakommission

Die Maturakommission trägt gemeinsam mit dem Rektorat die Verantwortung für die Durchführung der Maturaprüfungen am Liechtensteinischen Gymnasium. Nachdem im Vorjahr aufgrund der Covid-19-Pandemie nur schriftliche Prüfungen durchgeführt werden konnten, konnten in diesem Jahr wieder schriftliche und mündliche Prüfungen durchgeführt werden, wenn auch im Rahmen eines strengen Schutzkonzeptes. Die schriftlichen Prüfungen absolvierten die 51 Schülerinnen und 53 Schüler im Juni im SAL in Schaan, die mündlichen fanden an der Schule statt.

Die Verteilung auf die Profile sah in diesem Jahr wie folgt aus: 37 im Profil «Wirtschaft und Recht» (davon elf Sportschülerinnen bzw. -schüler), 24 im Profil «Neue Sprachen», 17 im Profil «Kunst, Musik und Pädagogik», 16 im Profil «Mathematik und Naturwissenschaften» sowie zehn im Profil «Lingua». 13 Schülerinnen und Schüler aus den beiden Sprachprofilen besuchten den bilingualen Unterricht.

Wie im Vorjahr wurde aufgrund der Covid-19-Pandemie auf eine Maturafeier im gewohnten Rahmen der Vor-Corona-Zeit verzichtet. An zwei gesonderten Anlässen mit den Maturantinnen und Maturanten von jeweils drei Klassen konnten die Maturazeugnisse dennoch in einem sehr würdigen Rahmen übergeben werden.

Berufsmaturakommission

Die Berufsmaturakommission leitet und beaufsichtigt zusammen mit dem Rektorat das Verfahren zur Erlangung der Berufsmaturität. Zu ihren wichtigsten Aufgaben zählen die Expertentätigkeit bei den mündlichen Abschlussprüfungen, das Genehmigen und Festsetzen der Prüfungs- und Abschlussnoten, der Entscheid über die Erlangung der Berufsmaturität und Entscheide über besondere Anträge von Kandidatinnen und Kandidaten.

An der Prüfungssession im Juni 2021 traten insgesamt 100 Studierende zu den Maturitätsprüfungen an: 65 im Vollzeitlehrgang (davon 17 im Schwerpunkt «Gesundheit und Soziales», zehn im Schwerpunkt «Gestaltung und Kunst», zwölf im Schwerpunkt «Technik, Architektur, Life Sciences», 15 im Schwerpunkt «Wirtschaft und Dienstleistungen, Typ Dienstleistungen» und zwölf im Schwerpunkt «Wirtschaft und Dienstleistungen, Typ Wirtschaft»). 25 Studierende der berufsbegleitenden Lehrgänge «Gesundheit und Soziales», «Technik, Architektur, Life Sciences» sowie «Wirtschaft und Dienstleistungen, Typ Wirtschaft» absolvierten die Maturitätsprüfungen in Englisch und im Schwerpunkt. Schliesslich traten zwölf Repetenten in einzelnen Fächern zur Maturitätsprüfung an. Unter Einhaltung eines strikten Schutzkonzepts wurden die Maturitätsprüfungen sowohl schriftlich als auch mündlich durchgeführt.

87 der 100 Maturandinnen und Maturanden erhielten ein Berufsmaturazeugnis; acht Studierende erhielten mindestens ein Zertifikat für den Abschluss in einzelnen Fächern. Für zwei Studierende ist eine Wiederholung der Maturitätsprüfungen nicht mehr möglich. Sie haben in einem Fach zweimal nicht bestanden.

Kommission zur Prüfung von provisorisch angestellten Lehrpersonen

Im Februar traf sich die Lehrerprüfungskommission im Schulamt, um eine aus dem Vorjahr 2020 noch ausstehende mündliche Prüfung in Staatskunde abzunehmen. Infolge der im Frühjahr 2020 herrschenden Covid-19-Pandemie konnten weder Kurs noch Prüfung in Liechtensteinischer Geschichte durchgeführt werden und mussten auf 2021 verschoben werden.

Im April 2021 fand nun der Kurs in Liechtensteinischer Geschichte statt, auch in diesem Jahr coronabedingt in mehreren kleineren Gruppen. Kursleiter waren wie bisher Dr. Peter Geiger und der Historiker lic. phil. Klaus Biedermann. Die Prüfungen fanden Ende April ebenfalls in kleineren Gruppen statt.

Von August bis September erteilte Dr. Jürg Dinkelmann, Jurist im Schulamt, den Kurs Liechtensteinisches Schulrecht und nahm zusammen mit lic. phil. Norbert W. Hasler, Vorsitzender der Lehrerprüfungskommission, Ende September die schriftliche Prüfung ab. Dr. Jürg Dinkelmann ist Ende September 2021 infolge Pensionierung auch aus der Prüfungskommission zurückgetreten.

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 9. November für die verbleibende Mandatsperiode bis 31. Januar 2023 Robert Stecher, Jurist im Schulamt, als Ersatzmitglied in die Prüfungskommission bestellt. In der Prüfungskommission weiterhin tätig sind der Vorsitzende lic. phil. Norbert W. Hasler, die stellvertretende Vorsitzende Dr. Marie-Theres Frick, Norbert Bürzle und Dr. Peter Geiger.

Im Oktober erteilte Norbert Bürzle den Kurs in Liechtensteinischer Staatskunde. Die schriftliche Prüfung fand Ende Oktober statt. An der Prüfung nahmen insgesamt 25 Lehrpersonen teil, wovon alle bestanden haben.

Zwei im November sowie im Dezember angesetzte mündliche Prüfungen mussten infolge Krankheit auf Anfang 2022 verschoben werden.

Aussenkontakte und Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit in diversen Gremien, Kommissionen und Arbeitsgruppen auf nationaler, regionaler und europäischer Ebene verfolgt das Ziel, die Qualität und die Anschlussfähigkeit des liechtensteinischen Bildungswesens zu gewährleisten und relevante Entwicklungen mitzugestalten. Sie bildet ein wichtiger Tätigkeitsbereich des Schulamts.

Auf nationaler Ebene sind insbesondere die folgenden Ebenen der Zusammenarbeit von grosser Wichtigkeit:
- Elternvereinigungen
- Lehrpersonenvereine
- Gemeinden bzw. Gemeindeschulräte als Träger der Primarschulen und Kindergärten (u.a. Genehmigung Stellenplan)
- Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (Anschlussfragen und Laufbahnberatung), dem Amt für Soziale Dienste (Schulschwierigkeiten und familiäre Probleme, Frühförderung und Elternarbeit) und dem Amt für Bau und Infrastruktur (Neubauprojekte)
- Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden
- Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschafts-, Industrie- und Technikbetriebe

Im Bereich der regionalen Zusammenarbeit ist die Einsitznahme in den Gremien und die Mitarbeit in den Fachgruppen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) sowie in der Interkantonalen Lehrmittelkonferenz (ilz) und der Arbeitsgemeinschaft Schulevaluation (ARGEV), beides Gremien der Deutschschweizer Regionalkonferenzen, zu erwähnen. Durch die direkte Beteiligung an Bildungseinrichtungen wie der OST - Ostschweizer Fachhochschule, der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich (HfH), der Interstaatlichen Maturitätsschule für Erwachsene St. Gallen/Sargans (ISME) und über Vereinbarungen wie dem Regionalen Schulabkommen und der Interkantonalen Fachhochschul- und Universitätsvereinbarung wird zudem der Zugang zu Ausbildungsstätten in der Schweiz sichergestellt. Weitere Abkommen und Netzwerkaktivitäten fördern die Anerkennung der liechtensteinischen Abschlüsse in Europa.

Schulamtsmitarbeitende nehmen zudem Vertretungsaufgaben in diversen bildungspolitischen Gremien des Europarates und der Europäischen Kommission wahr:
- EFTA Working Group for Education Training and Youth
- Steering Committee for Educational Policy and Practice (CDPPE)
- EFTA Working Group on Mutual Recognition of Professional Qualifications
- GRP Working Group on Equality and Values in Education and Training
- GRP Working Group on Schools – Pathways to School Success
- EEA Strategic Framework Working Group on Digital Education: Learning, Teaching, Assessment
- European Commission: National advisory Services for digital education
- European Network of Information Centres in the European Region (ENIC)/National Academic Recognition Information Centres in the European Union (NARIC); Netzwerk der Nationalagenturen für Diplomanerkennung
- 5-Länderkonferenz der deutschsprachigen ENIC/NARICs
- Europäisches Register der Qualitätssicherungsagenturen EQAR
- Bologna-Follow-Up Group (Der Delegierte Liechtensteins in der Bologna Follow-Up Group fungierte als Mitglied einer Arbeitsgruppe, welche die Aufnahme der Republik San Marino in die Gemeinschaft der Bologna Staaten begleitet)
- Lenkungsausschuss des Europäischen Sprachenzentrums in Graz
- Eurydice-Bildungsinformationsnetzwerk

Stabsstelle für Sport

Stabsstellenleiter: Jürgen Tömördy

Die Aufgaben der Stabsstelle für Sport umfassen die Unterstützung der Regierung in sämtlichen Fragen betreffend den Sport, die Ausrichtung von Förderbeiträgen, die Durchführung von Jugend und Sport, die Förderung einer gesundheitswirksamen Bewegung und aktiven Freizeitgestaltung in allen Bevölkerungsgruppen, die Unterstützung der Bereitstellung bedürfnisgerechter Sportinfrastruktur und Raumnutzung sowie die Koordination von Sport- und Bewegungsförderungsprogrammen und -projekten des Landes, der Gemeinden und der Dachorganisation der liechtensteinischen Sportverbände. Die Stabsstelle für Sport ist mit 230 Stellenprozent besetzt. Im Berichtsjahr konnte zusätzlich ein Sportstudent als Praktikant für einen Monat bei der Stabsstelle für Sport beschäftigt werden.

Jugend und Sport (J+S)

Jugend und Sport ist das staatliche Sportförderungsprogramm in Liechtenstein für den Breitensport. Es umfasst die Jugendausbildung für Kinder und Jugendliche im Alter von fünf bis 20 Jahren und die Kaderbildung (Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramm). Das Sportförderprogramm unterstützt ein regelmässiges, nachhaltiges und qualitativ gutes Angebot für Kinder und Jugendliche.

Kinder- und Jugendsport
Jugend und Sport unterscheidet Kurse für Fünf- bis Zehnjährige (Kindersport) und Zehn- bis 20-Jährige (Jugendsport). Kindersportangebote sind Kurse mit der Philosophie der kindergerechten und vielseitigen Gestaltung. Jugendsportkurse werden in den spezifischen Sportarten angeboten. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 672 Kurse mit 5'030 Teilnahmen registriert.

	2021	2020	2019	2018	2017
Organisationen, Vereine und Verbände	**53**	51	51	51	51
Sportarten	**22**	24	22	23	21
Kurse/Lager	**672**	673	503	561	480
Leitende	**1'027**	1'034	820	923	786
Knaben (Teilnahmen)	**3'124**	3'179	2'790	3'247	2'917
Mädchen (Teilnahmen)	**1'906**	2'128	1'738	1'754	1'557
Total (Teilnahmen)	**5'030**	5'307	4'528	5'001	4'474

Kaderbildung
Die Kaderbildung umfasst die Aus- und Weiterbildung von Leiterpersonen, Expertinnen und Experten sowie Coaches. Die Stabsstelle für Sport organisierte im Berichtsjahr diverse Kaderbildungskurse in Liechtenstein, welche in der nachfolgenden Auflistung dargestellt sind. Erstmalig konnte auch eine Weiterbildung Sport und Handicap angeboten werden.

Kursart	**Sportart**	**Anzahl Kurse**	**Anzahl Frauen**	**Anzahl Männer**	**Total**
Grundausbildung	Fussball	1	4	23	27
Weiterbildung 1	Coach	1	8	11	19
	Sport und Handicap	1	11	7	18
	Fussball	1	2	24	26
	Lagersport/Trekking	1	12	9	21
	Bewegungsgrundformen Kindersport	1	11	8	19
Kindersport	Einführungskurs für Leiter	1	6	11	17
	Fussball	1	5	12	17
Total		**8**	**59**	**105**	**164**

Aus- und Weiterbildung
Im Berichtsjahr besuchten 143 in Liechtenstein wohnhafte Leiterpersonen ein Aus- oder Weiterbildungsangebot in Liechtenstein, eines der kantonalen Sportämter der Schweiz oder des Bundesamtes für Sport in Magglingen. An Jugend und Sport Leiterkursen werden pädagogische, methodische und sportartspezifische Grundkenntnisse vermittelt. Vereine, die das Jugend und Sportprogramm umsetzen, benötigen einen Coach. Dieser betreut das eingesetzte Leiterteam, sichert die Weiterbildung und den Leiternachwuchs, pflegt den Kontakt mit den Eltern und dem Vereinsvorstand und sorgt für Nachhaltigkeit und Qualität. Der Coach ist das Bindeglied zwischen seinem Verein und der Stabsstelle für Sport. Die geplante 1418 Coach Ausbildung für Jugendliche musste aufgrund der Covid-19-Pandemie abgesagt werden.

Finanzielle Aufwendungen
Für das Förderwerk «Jugend und Sport in Liechtenstein» wurde ein Betrag in Höhe von CHF 804'000 aufgewendet. Darunter fallen der Grundbeitrag an das Bundesamt für Sport, die Kaderbildung (Leiteraus- und Fortbildungskurse) und die Jugendausbildung (Trainings, Lager etc.). Ebenfalls konnte wie im Jahr 2020 auch in diesem Jahr im Rahmen des Budgets ein Sonderbeitrag für Organisationen ausbezahlt werden, die aufgrund der Pandemie geringere Jugend und Sport Beiträge erhalten haben.

Prämien und Auszeichnungen

Julia Hassler, Michael Lampert und das Synchronschwimmteam Lara Mechnig und Marluce Schierscher wurden im Berichtsjahr als Sportlerin, Sportler und Mannschaft des Jahres ausgezeichnet und erhielten eine Prämie. Michael Lampert erhielt für seinen 2. Rang an der Weltmeisterschaft Kickboxen ebenfalls eine Prämie. Birgit Heeb-Batliner wurde mit dem Goldenen Lorbeerblatt für ihre Verdienste im Sport geehrt.

Förderung Breitensport

Sportlager und Sportwoche
Das Winter- und Sommersportlager konnte im Berichtsjahr aufgrund der Covid-19-Pandemie nicht durchgeführt werden. Bei der Sportwoche, welche in der Region Sarganserland, Werdenberg, Fürstentum Liechtenstein und Bündner Herrschaft durchgeführt wird, haben 128 Kinder aus Liechtenstein teilgenommen. Neben der organisatorischen Hilfestellung unterstützt die Stabsstelle für Sport die Sportwoche finanziell mit CHF 2'000.

Sportveranstaltungen
Die Stabsstelle für Sport unterstützte im Berichtsjahr verschiedene Organisationen für die Organisation und Durchführung von Sportveranstaltungen. Der Landtag hat in seiner Sitzung im November bei der Beratung des Landesvorschlages den Betrag für die Unterstützung des Sports insbesondere von Sportveranstaltungen in Liechtenstein durch die Stabsstelle für Sport für das Jahr 2022 um CHF 100'000 erhöht.

Behindertensport
Die Special Olympics Stiftung konnte im Berichtsjahr mit CHF 225'000 zur Förderung und Weiterentwicklung des Sports für Menschen mit einer geistigen und/oder mehrfachen Behinderung unterstützt werden. Die Leistungsvereinbarung zwischen der Regierung und der Special Olympics Stiftung konnte für die nächsten Jahre neu aufgesetzt werden. Der Behindertenverband erhielt den jährlichen Beitrag in Höhe von CHF 17'500. Des Weiteren konnte das Paralympic Skirennen im Malbun mit CHF 2'000 unterstützt werden.

Infrastruktur und Unterhalt
Der Liechtensteinische Skiverband erhält für die Kosten der Infrastruktur im Berggebiet Malbun insbesondere der Bergbahnen und für die Aufwände der Transportkosten einen jährlichen Beitrag gemäss Leistungsvereinbarung. Ebenso bekommt die Gemeinde Schaan eine Unterstützung für die Bereitstellung und den Unterhalt der Leichtathletikanlage. Des Weiteren verwaltet die Stabsstelle für Sport die fünf Landesturnhallen beim Mühleholz I und II, dem Schulzentrum Unterland, der weiterführenden Schule in Triesen und der Schulanlage Giessen ausserhalb der Schulsportzeiten über ein Online Reservationssystem. Die reguläre Auslastung der Turnhallen beträgt während der Woche im Sommer 78% und im Winter 90%.

Weitere Förderbereiche
In der Erlebniszone «Sportcampus Malbun» wurde über den Sommer ein Pumptrack zur Verfügung gestellt. Der Pumptrack wurde im August offiziell beim Gemeinschaftszentrum Resch eröffnet und wird zukünftig über die Stabsstelle für Sport an Schulen und Gemeinden ausgeliehen werden. Das Konditionstraining für alle Interessierten konnte erstmalig neben den regulären Trainings auch über die Sommerferien auf der Freizeitanlage Grossabünt angeboten werden. Bei der Ehrenamtskampagne «I säg danke» hat die Stabsstelle für Sport das Liechtenstein Olympic Committee unterstützt. Zur Vernetzung der Gesundheits- und Sportkommissionen der Gemeinden wurde im Berichtsjahr die zweite offizielle Sport- und Gesundheitskonferenz unter dem Titel «Liechtenstein, das Radland» durchgeführt.

Jahresbericht Schulsport 2021

Schulsportinspektor: Christian Fischer
Die Aufgaben des Fachbereichs Schulsports sind die Qualitätssicherung und -entwicklung des Schulsports, die Koordination des Fachbereichs Schulsport, die Leitung der Arbeitsgruppe Schulsport sowie die Mitarbeit in der Kommission Sportschule.

Freiwilliger Schulsport
Im Berichtsjahr konnten 21 Kurse mit 210 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt werden. Dieses fakultative Angebot ergänzt den obligatorischen Schulsport und wird von den Schülerinnen und Schülern in ihrer Freizeit besucht. Es bietet eine gute Grundlage, um koordinative Fertigkeiten optimal zu entwickeln und das Bewegungsrepertoire zu erweitern.

Schulsportwettkämpfe und Veranstaltungen
Der Olympic Day wurde aufgrund der Covid-19-Pandemie in einem neuen Format angeboten. Mehr als 580 Schülerinnen und Schüler konnten 27 verschiedene Stationen an unterschiedlichen Standorten entdecken und erleben. Auch für die Schulsportmeisterschaften gab es im Berichtsjahr ein Alternativprogramm. So wurde für Basketball und Unihockey ein Parcours zusammengestellt, bei dem Geschicklichkeit, Schnelligkeit und Treffsicherheit gefragt waren. Rund 500 Schülerinnen und Schüler in etwa 40 Teams haben daran teilgenommen.

Liechtenstein Olympic Committee (LOC)

Jahresbeitrag an den LOC
Das Liechtenstein Olympic Committee (LOC) erhielt gemäss Leistungsvereinbarung mit der Regierung einen Jahresbeitrag von CHF 920'000 aus der Sportförderung, welcher für Personal- und Betriebsaufwand, Funktionärs- und Trainerausbildung, Kommunikation und Marketing sowie die Initiierung, Organisation, Koordination und Durchführung von Veranstaltungen eingesetzt wird. Anstatt der Nacht des Sports wurde aufgrund der Covid-19-Pandemie der LLB Sport Award 2021 durchgeführt und im Rahmen einer kleinen Zeremonie die Ehrungen vorgenommen. Das LOC hat sich im Berichtsjahr im Rahmen einer Ehrenamtskampagne «I säg Danke» bei mehr als 200 Ehrenamtlichen im Sport bedankt.

Breitensportförderung
Für die verbandsorganisierte Breitensportförderung wurde dem LOC ein Beitrag in Höhe von CHF 300'000 zur Verfügung gestellt. Dieser Beitrag wurde gemäss Leistungsvereinbarung mit der Regierung als Basisbeitrag für die Grundsicherung der Verbandsstrukturen und Verbandsentwicklung, die Kostenbeteiligung für Mitgliederbeiträge an Internationale Sportfachverbände sowie die Unterstützungsbeiträge für Breitensportprojekte und Dienstleistungen im Breitensport eingesetzt.

Leistungssportförderung
Für die verbandsorganisierte Leistungssportförderung erhält das LOC einen jährlichen Beitrag in Höhe von CHF 1.29 Mio. Dieser Beitrag wurde für die Leistungssportförderung der Verbände und der Athleten eingesetzt. Die Leistungssportförderung der Verbände beinhaltet insbesondere den Trainingsbetrieb, den Wettkampfbetrieb und die Vorbereitungsprojekte auf Olympische Events der Verbände. Im Weiteren unterhält das LOC den grundlegenden Medical Support. Die Leistungssportförderung der Athleten umfasst Beiträge für die Direktzahlungen an die Athleten, Beiträge für Trainings und Material sowie einen Athletensupport in Form von Sportuntersuchungen, Leistungstests, Mentaltraining, Sporternährung, Athletiktraining und Ausbildungsprogrammen.

Olympische Missionen
Für die Förderung der Olympischen Missionen wurde dem LOC ein Beitrag in Höhe von CHF 200'000 zur Verfügung gestellt. Liechtenstein war mit den fünf Athletinnen und Athleten Julia Hassler (Schwimmen), Lara Mechnig und Marluce Schierscher (Artistic Swimming), Christoph Meier (Schwimmen) und Raphael Schwendinger (Judo) an den Olympischen Sommerspielen in Tokio vertreten. Das Berichtsjahr war geprägt von Verschiebungen. Die Winter European Youth Olympic Festival (EYOF) im finnischen Vuokatti wurden auf März 2022, die Kleinstaatenspiele in Andorra auf Mai/Juni 2025 und die Sommer-EYOF im slowakischen Banská Bystrica auf Juli 2022 verschoben.

Dopingprävention/Dopingkontrollen
Das LOC und die Regierung arbeiten bei der Bekämpfung des Dopings im Sport zusammen. Gemäss Sportgesetz ist das LOC verpflichtet, für die notwendigen Dopingkontrollen zu sorgen. Ein Vertrag zwischen Antidoping Schweiz und dem LOC regelt die Durchführung von Dopingkontrollen und die Sanktionierung von Dopingvergehen. Die anfallenden Kosten für die Dopingkontrollen und Prävention wurden aus der Sportförderung mit CHF 52'000 finanziert. Der Landesbeitrag an die WADA – World Anti-Doping Agency – belief sich auf CHF 11'124.

Liechtensteinische Botschaft in Bern

Leiterin: Botschafterin Dr. Doris Frick

Hauptaufgabe der Botschaft ist die Vertretung der Interessen Liechtensteins in der Schweiz und damit verbunden die Pflege der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen sowie gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Mit Besuchen auf höchster Ebene wurde die Partnerschaft mit der Schweiz weiter gefestigt. Aufgrund der über 100 vertraglichen Verbindungen zwischen den beiden Nachbarstaaten und der engen Verflechtung ihrer Wirtschaftsräume fand eine rege Zusammenarbeit auch auf Amtsebene statt. Regelmässig tauscht sich die Botschaft mit den für Liechtenstein zuständigen rund 80 Botschaften anderer Staaten mit Sitz in Bern aus.

Aufgrund der Situation sowie der Massnahmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie wurden viele Treffen auf allen Ebenen abgesagt, verschoben oder fanden in einem anderen Format als ursprünglich geplant statt. Liechtensteinische und Schweizer Regierungsmitglieder erörterten in ihren Gesprächen u. a. die Entwicklungen und Fragestellungen rund um das Coronavirus. Da das Schweizer Epidemiengesetz über den Zollvertrag auch für Liechtenstein gilt, erstreckte sich der entsprechende Austausch ebenfalls auf Beamtenebene.

Die Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz

Die bilateralen Beziehungen Liechtensteins zur Schweiz wurden im Berichtsjahr auf allen Ebenen der Politik und Verwaltung gepflegt. Das Berichtsjahr war geprägt von Antrittsbesuchen und damit verbundenen Arbeitstreffen der neuen liechtensteinischen Regierung. Auch im Rahmen der traditionellen Treffen der deutschsprachigen Länder tauschten sich die Staatsoberhäupter und Regierungsmitglieder aus. Die Covid-19-Pandemie und damit zusammenhängende Themen wie auch der Schweizer Abbruch der Verhandlungen mit der EU zu einem institutionellen Rahmenabkommen standen im Fokus der Gespräche. Da Veränderungen im Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU auch Auswirkungen auf Liechtenstein haben können, wurden die diesbezüglichen Entwicklungen von der Botschaft intensiv verfolgt. Weitere Schwerpunkte im Austausch zwischen Liechtenstein und der Schweiz bildeten u. a. die Nachbarschaftspolitik, internationale Steuerfragen, die Nachhaltigkeit insbesondere auch des Finanzplatzes, die Bekämpfung der Cyber-Kriminalität, Casino-Sperrlisten, die Hochspannungsleitungen in Balzers sowie die verschiedenen Kooperationen im Polizeiwesen, beim Bevölkerungsschutz, mit Innosuisse, im Entwicklungsbereich sowie in internationalen Gremien. Diskussionsthemen waren ebenfalls die Beteiligung Liechtensteins an den Abgaben zum Tabakpräventionsfonds, die Mobilität, der konsularische Schutz, die Migration, die Digitalisierung, die Bildung und Kultur.

Auf Regierungsebene wurde eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit bei der Messung von Radioaktivität unterzeichnet. Ausserdem wurde das Protokoll vom 14. Juli 2020 zur Abänderung des Abkommens zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen notifiziert. Ein Notenaustausch zwischen Liechtenstein und der Schweiz hinsichtlich der ab 2021 auch für Liechtenstein geltenden Verordnung des Eidgenössischen Departements des Inneren über das Förderungskonzept zum Programm «Jugend und Musik» erfolgte am 29. Januar. Zudem wurde in einem Notenaustausch im Juli 2021 die strategische Neuausrichtung der Strafverfolgung der Eidgenössischen Zollverwaltung festgehalten. Diese führt dazu, dass schweizerische Zollfahnder und Zollfahnderinnen im Dienst auch in Liechtenstein eine Waffe sowie andere Selbstverteidigungs- und Zwangsmittel einsetzen können.

Der Austausch mit der Schweiz fand nicht nur bilateral, sondern ebenso im Rahmen multilateraler Organisationen und internationaler Gremien statt.

Kontakte auf den Ebenen Staatsoberhaupt, Regierung und Landtag

Am 7. Februar gratulierte Regierungschef Adrian Hasler in einer Videobotschaft den Schweizerinnen und Schweizern zum 50-jährigen Jubiläum der Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts auf eidgenössischer Ebene.

Am 2. März tauschten sich Regierungschef Adrian Hasler und Bundesrat Ueli Maurer in Bern aus.

Am 15. April traf sich Regierungsrätin Dominique Hasler anlässlich ihres ersten offiziellen Auslandsbesuchs als Aussenministerin mit Bundesrat Ignazio Cassis in Lugano.

Am 16. April nahm Regierungsrätin Dominique Hasler zusammen mit ihren Counterparts aus Deutschland, Luxemburg, Österreich und der Schweiz am Fünfertreffen der deutschsprachigen Aussenminister in Lugano teil.

Am 22. April traf Regierungschef Dr. Daniel Risch anlässlich seines ersten offiziellen Auslandsbesuchs in seiner neuen Funktion Bundespräsident Guy Parmelin und Bundesrat Ueli Maurer in Bern.

Am 27. Mai statteten Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Regierungsrätin Dr. Graziella Marok-Wachter Antrittsbesuche in Bern ab. Die Ministerinnen trafen sich mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Ausserdem erfolgte ein Treffen zwischen Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Bundesrätin Viola Amherd. In Verbindung mit den Visiten tauschten sich Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Regierungsrätin Dr. Graziella Marok-Wachter

auch mit der Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch aus.

Am 31. Mai fand ein Videogespräch zwischen Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Bundesrätin Simonetta Sommaruga statt.

Am 18. Juni besuchte Staatssekretärin Livia Leu Regierungsrätin Dominique Hasler in Vaduz.

Am 22. Juni traf Regierungsrat Manuel Frick anlässlich seines Antrittsbesuchs Bundesrat Alain Berset in Bern.

Am 10. September fand ein bilaterales Treffen zwischen Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Bundesrätin Viola Amherd in Bern statt.

Am 28. Oktober besuchten Nationalratspräsident Andreas Aebi sowie Ständeratspräsident Alex Kuprecht Landtagspräsident Albert Frick in Vaduz und statteten S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein einen Höflichkeitsbesuch ab.

Am 10. November hielt S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein am Europa Institut der Universität Zürich einen Vortrag zum Thema «Herausforderungen und Chancen von Kleinstaaten». Die Universität Zürich und die Universität Liechtenstein haben am Rande der Veranstaltung vereinbart, ein «Liechtenstein Institut» an der Universität Zürich zu gründen.

Am 22. November weilte Bundesrätin Karin Keller-Sutter für ein Arbeitstreffen mit Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Regierungsrätin Dr. Graziella Marok-Wachter in Liechtenstein. Im Rahmen von Höflichkeitsbesuchen traf sie ebenfalls S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein sowie Regierungschef Dr. Daniel Risch.

Kontakte auf Amts- und Expertenebene

Am 26. Januar unterzeichneten Botschafterin Dr. Doris Frick und die Staatssekretärin für Bildung, Forschung und Innovation, Dr. Martina Hirayama, in Bern die Vereinbarung über die Förderung wissenschaftsbasierter Innovation, mit der die bisherige Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und der Schweiz in diesem Bereich erneuert sowie erweitert wurde.

Am 16. März besprach Botschafterin Dr. Doris Frick mit Ständeratspräsident Alex Kuprecht, der auch der Präsident der Delegation für die Beziehungen zum Landtag des Fürstentums Liechtenstein ist, und mit deren Vizepräsident Nationalrat Thomas Rechsteiner den Wahlausgang in Liechtenstein sowie das schweizerische und liechtensteinische AHV-System.

Am 18. März fand virtuell die fünfte Sitzung der Gemischten Kommission des Rahmenvertrags zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die Zusammenarbeit im Bereich des Visumsverfahrens, der Einreise und des Aufenthalts sowie über die polizeiliche Zusammenarbeit im Grenzraum statt.

Am 18. März erläuterten ausserdem Schweizer Vertreter des EDA an der Botschaft die China-Strategie der Schweiz.

Am 2. Juni diskutierten Botschafterin Dr. Doris Frick, Ständeratspräsident Alex Kuprecht und Ständerat Beni Würth in Bern über einen möglichen Austausch der nationalen Casino-Sperrlisten.

Am 4. Juni erörterten Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Silvia Jost, Sektionschefin Internationales vom Bundesamt für Raumentwicklung, anlässlich der Hauseinweihung der «Netzwerkstatt Alpen» in Schaan Kooperationsmöglichkeiten bei Projekten in Zusammenhang mit der Alpenkonvention.

Am 18. Juni empfing Amtsleiter Botschafter Dr. Martin Frick die Staats- und Generalsekretäre aus Österreich, der Schweiz, Slowenien und Liechtenstein zum jährlich stattfindenden Quadrilateralen Treffen in Liechtenstein.

Am 30. Juni erfolgte das jährlich stattfindende Arbeitstreffen zwischen Liechtenstein und der Humanitären Hilfe der DEZA in Triesen.

Am 8. Juli fand an der Botschaft in Bern eine Sitzung mit Vertretern und Vertreterinnen des Amts für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen, der Botschaft Bern sowie des Bundesamts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen zur in der Schweiz lancierten Motion «Deklaration des Produktionslandes von Brot und Backwaren» statt.

Am 16. September führte der jährlich vom Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen organisierte Ausflug für Agrarvertreterinnen und -vertreter in Bern und Genf u.a. zur Genbank der Forschungsanstalt Agroscope in Changins.

Am 1. und 2. September trafen sich rund 800 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft, darunter auch viele Vertreterinnen und Vertreter der liechtensteinischen Wirtschaft, am 9. «Swiss Green Economy Symposium» unter dem Motto «Nachhaltigkeit braucht geniale Köpfe» in Winterthur. Im Rahmen des Symposiums fand ein spezielles Innovationsforum zum Thema «Liechtenstein: Wie kann ein ganzer Wirtschaftsraum nachhaltig werden» statt.

Am 28. und 29. September vertraten das Ministerium für Infrastruktur und Justiz sowie die Botschaft in Bern Liechtenstein an der 15. Generalversammlung der Zwischenstaatlichen Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF).

Am 6. Oktober konnte Liechtenstein als Beobachter am Treffen der trinationalen Arbeitsgruppe Deutschland-Österreich-Schweiz in Ermatingen teilnehmen.

Am 21. Oktober hielt Botschafterin Dr. Doris Frick für Kantons-, Stadt- und Gemeinderätinnen sowie -räte einen Vortrag zu den Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz sowie zur liechtensteinischen Wirtschaft.

Am 26. Oktober tauschte sich Regierungsrätin Dr. Graziella Marok-Wachter mit Vertretern des Bundesamts für Strassenverkehr über Schweizer Strategien im Hinblick auf die Strassenfinanzierung und «Mobility Pricing» aus.

Am 28. Oktober fand das jährliche Treffen der Expertengruppen aus Liechtenstein und der Schweiz in Zusammenhang mit den Vereinbarungen zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik sowie zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an den Einnahmen aus der Versteigerung von Zollkontingenten in Bern statt.

Vom 29. bis zum 31. Oktober präsentierte sich Liechtenstein am Fernwehfestival in Bern mit einem Kulturauftritt im «Nüni»-Tram. Regierungsrat Manuel Frick nutzte diesen Anlass, um sich am 30. Oktober mit Isabelle Chassot, der Direktorin des Bundesamts für Kultur, im Rahmen eines Arbeitstreffens auszutauschen.

Am 3. November wurde in Zusammenhang mit der Ausstellung der liechtensteinischen Künstlerin Martina Morger, die den Manor Preis 2021 gewonnen hat, am Kunstmuseum St. Gallen ein Anlass veranstaltet, an dem Botschafterin Dr. Doris Frick die Eröffnungsansprache hielt.

Am 19. November vertrat Botschafterin Dr. Doris Frick Liechtenstein an der Wahl der Mitglieder der Internationalen humanitären Ermittlungskommission (IHEK) in Bern.

Am 2. Dezember fand virtuell eine erste Verhandlungsrunde zum bilateralen Abkommen zwischen Liechtenstein und der Schweiz betreffend die fürsorgerische Unterbringung in der Schweiz von Erwachsenen und Minderjährigen mit Wohnsitz in Liechtenstein statt.

Kontakte mit Botschaften in Bern

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Botschaft ist die Pflege der Kontakte zu in Liechtenstein akkreditierten Vertreterinnen und Vertretern von Botschaften von Drittstaaten mit Sitz in Bern. Dazu gehören das Einstehen für liechtensteinische Interessen, die Entgegennahme und Bearbeitung von Demarchen sowie Positionspapieren und die Unterstützung bei der Organisation von Besuchen in Liechtenstein wie auch bei Visiten hoher liechtensteinischer Delegationen im Ausland.

Im Berichtsjahr erfolgten bei Aufenthalten von ausländischen Repräsentantinnen und Repräsentanten in Liechtenstein auch Treffen mit S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein sowie Regierungsmitgliedern.

Im Rahmen mehrerer Vorträge konnten die Botschaften von Drittstaaten in Bern u. a. über den Ausgang der liechtensteinischen Wahlen, die wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie und mögliche Auswirkungen des Abbruchs der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU zu einem institutionellen Rahmenabkommen auf Liechtenstein informiert werden. Im Rahmen der Treffen der «Women Ambassadors» organisierte die Botschaft in Bern einen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Politik und Wirtschaft von Neuchâtel.

Konsularische Tätigkeit

Die Botschaft in Bern betreut die über 1'700 in der Schweiz und über 1'100 in Drittländern gemeldeten liechtensteinischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu konsularischen Themen. Sämtliche Geschäfte aus der ganzen Welt, die über das konsularische Netzwerk der Schweiz eingehen und einen Bezug zu Liechtenstein haben, werden vom EDA an die liechtensteinische Botschaft in Bern weitergeleitet. Dies betrifft in der Regel Angelegenheiten liechtensteinischer Staatsangehöriger in Drittländern – insbesondere, wenn diese in Notsituationen geraten – und Rechtshilfefälle sowie Beglaubigungen. Vereinzelt unterstützt die Botschaft in Bern auch liechtensteinische Unternehmen bei der Lösungsfindung zu Problemen in Verbindung mit ihren internationalen Tätigkeiten.

Im Berichtsjahr setzte sich die Botschaft u. a. für Personen mit liechtensteinischer Nationalität in Gefängnissen im Ausland ein und war bei Abklärungen in Zusammenhang mit Todesfällen oder Aufenthaltsbewilligungen behilflich. Die Botschaft unterstützte Einwohnerinnen und Einwohner Liechtensteins bei Fragen und Problemen betreffend die Rückreise nach Liechtenstein und half dabei, die Einreise in Staaten zu ermöglichen, die aufgrund der Covid-19-Pandemie Beschränkungen eingeführt hatten.

Liechtensteinische Botschaft in Berlin

Leiterin: Isabel Frommelt-Gottschald

Das Berichtsjahr war einerseits von der Covid-19-Pandemie geprägt und andererseits vom Ende der Ära Merkel und den Bundestagswahlen in Deutschland. Auch 2021 wurden die sonst turnusmässigen Messen und Konferenzen (u. a. Grüne Woche, ITB, Leipziger Buchmesse, Münchner Sicherheitskonferenz) sowie Veranstaltungen, die für Liechtenstein wichtige Präsentations- und Netzwerkplattformen in Deutschland sind, erneut abgesagt. Als eine der wenigen Ausnahmen war es Ende der ersten Jahreshälfte möglich, das Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter in Potsdam durchzuführen, an dem das Erbprinzenpaar teilnahm. Auch der Besuch der deutschsprachigen Finanzminister Ende August in Liechtenstein war eines der seltenen physischen Treffen. In der zweiten Jahreshälfte blieb der Aktionsradius und der Gestaltungsspielraum für die Aktivitäten der Botschaft durch die von der Bundesregierung beschlossenen Eindämmungsmassnahmen weiterhin stark eingeschränkt und erschwerten so physische Treffen auf Regierungs-, Beamten- oder Botschafterebene. Dennoch war es möglich, die wenigen Begegnungen zwischen

deutschen und liechtensteinischen Amtsträgern hochkarätig zu gestalten. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang der Besuch der deutschen Justizministerin Lambrecht bei Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter im August in Liechtenstein, der Besuch von Regierungschef Daniel Risch in Berlin und von Regierungsrätin Dominique Hasler in Hamburg im Oktober. Eine der Kernaufgaben der Botschaft war es 2021 denn auch, die bilateralen Beziehungen durch Videokonferenzen zu pflegen. Gleichzeitig verlagerten sich die Themenschwerpunkte auf politische Einschätzungen und Lagebeurteilungen der Covid-19-Pandemie, konsularische Anfragen im Zusammenhang mit Einreise und Aufenthalt in Liechtenstein und den daraus folgenden Quarantänebestimmungen sowie auf die Berichterstattung über das neue Kabinett unter Kanzler Scholz, seine Regierungsmitglieder und den neuen Bundestag. Auch die Rolle der Union, die seit 16 Jahren zum ersten Mal in der Oppositionsrolle steht, wurde ausführlich beleuchtet. Positiv zu bewerten sind weiterhin der konstruktive und unkomplizierte Austausch zwischen den liechtensteinischen und deutschen Behörden sowie das gemeinsame Verständnis für pragmatische Lösungen. Dass in diesem schwierigen Umfeld im Oktober ein liechtensteinisches Honorarkonsulat in Hamburg im Beisein von Regierungsrätin Hasler eröffnet werden konnte, und der Regierungschef die Möglichkeit hatte, sich als einer der Ersten mit dem neuen Bundeskanzler und der neuen Aussenministerin auszutauschen, ist besonders hervorzuheben.

Das Jahr 2021 in den Beziehungen Liechtenstein – Deutschland

Kontakte auf Regierungs- und Landesebene

Am 4. Februar fand ein virtuelles Treffen zwischen dem damaligen Regierungschef Adrian Hasler in seiner Funktion als Finanzminister und dem damaligen Finanzminister und späteren Bundeskanzler Olaf Scholz statt. Schwerpunkt des Gesprächs waren die laufende Diskussion zur Einführung einer globalen Digitalsteuer, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf nationaler und europäischer Ebene sowie die Chancen der Blockchain-Technologie für Europa.

Am 28./29. Juni fand das Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter in Potsdam statt. Sie tauschten sich über die aktuellen politischen Entwicklungen in den jeweiligen Staaten aus. Dabei standen insbesondere die gesellschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie im Mittelpunkt der Diskussion. Ein weiteres Schwerpunktthema waren die Herausforderungen einer sozialverträglichen und nachhaltigen Klimapolitik. Nach einem Vortrag des Direktors des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung diskutierten die Gäste über die soziale Akzeptanz und Umsetzung der für die kommenden Jahrzehnte angestrebten Klimaneutralität. S.D. Erbprinz Alois informierte über die aktuellen politischen Entwicklungen in Liechtenstein. Ausserdem verwies er auf die Klimavision und Energievision 2050 Liechtensteins sowie auf die dazugehörige Strategie zur Umsetzung der Ziele bis Ende dieses Jahrzehnts.

Am 9./10. August weilte die deutsche Justizministerin Lambrecht auf Einladung ihrer Amtskollegin, Regierungsrätin Marok-Wachter in Liechtenstein zu einem Arbeitsbesuch. Dabei standen strafrechtliche Themen wie das Staatsanwaltschaft-Modell im strafprozessualen Vorverfahren sowie die aktuellen Entwicklungen und Reformen im Strafrecht im Vordergrund. Darüber hinaus wurde die Digitalisierung der Justiz thematisiert und die Erfahrungen und Entwicklungen dazu in Deutschland und Liechtenstein ausgetauscht. Ebenfalls Gastgeber war Liechtenstein beim Treffen der deutschsprachigen Finanzminister am 24. August in Malbun. Auch dieses stand im Zeichen der Covid-19-Pandemie und fokussierte auf deren Auswirkungen auf die Staatshaushalte. Ein weiterer Schwerpunkt waren die nächsten Schritte und Ziele in Bezug auf das BEPS Inclusive Framework der OECD und die gerechte Besteuerung der digitalen Wirtschaft.

Im Herbst des Berichtsjahres besuchte Regierungsrätin Dominique Hasler die Städte Wolfsburg und Hamburg. Der Besuch begann am 11. November mit der Teilnahme am WM-Qualifikationsspiel Liechtenstein gegen Deutschland in Wolfsburg. Dabei konnte die Regierungsrätin die wirtschaftlichen und aussenpolitischen Interessen des Landes im Beisein hochrangiger Persönlichkeiten des Bundeslandes Niedersachsen – Landtagspräsidentin Adretta und Oberbürgermeister Dennis Weilmann – vertiefen. Am 12. November eröffnete Regierungsrätin Hasler in Hamburg das dritte liechtensteinische Honorarkonsulat in Deutschland. In Hamburg tauschte sie sich auch zu aktuellen politischen Themen mit Regierungsvertretern aus. Ausserdem folgte sie einer Einladung des traditionsreichen Übersee-Clubs und hielt dort einen Vortrag über die Aussenpolitik Liechtensteins.

Regierungschef Daniel Risch nahm vom 15. bis 17. November auf Einladung der Süddeutschen Zeitung SZ an deren Wirtschaftsgipfel in Berlin teil. Auf dem Panel «Europa und die Welt» hielt er einen Impulsvortrag. Dabei präsentierte er den Finanzplatz und Wirtschaftsstandort Liechtenstein im Europäischen Umfeld und diskutierte mit EU-Kommissarin Mairead McGuinness, Mathieu Klein, Bürgermeister von Nancy, sowie dem österreichischen Bundesminister für Arbeit, Martin Kocher, über die Herausforderungen Europas und die Erwartungen an die neue Regierung Deutschlands. Trotz der heissen Phase der Koalitionsgespräche war es dem Regierungschef möglich, sich mit dem neuen Bundeskanzler Olaf Scholz sowie der Co-Vorsitzenden der Grünen und Aussenministerin, Annalena Baerbock, sowie weiteren Spitzenvertretern aus Wirtschaft und Politik auszutauschen. Zu Arbeitsgesprächen traf er des Weiteren den Generalsekretär der FDP, Volker Wissing, (FDP) und den Bundestagsfraktionsvorsitzenden der CDU, Ralph Brinkhaus. Dabei wurden der Kurs der neuen

deutschen Bundesregierung und der damit einhergehende Wandel bei den wichtigen Themenbereichen Nachhaltigkeit, Digitalisierung, CO2-Neutralität und Klimawandel sowie Migration und Wirtschaft besprochen. Auf Einladung der Botschaft fand ausserdem ein Mittagessen mit Staatssekretären, Mitgliedern des neu gewählten Bundestages sowie Spitzenvertretern der deutschen Industrie und Wissenschaft statt. Bei den Besuchen in Berlin wurde in den verschiedenen Gesprächen über die von Liechtenstein initiierte FAST-Initiative informiert.

Am 29. Oktober tauschte die Botschafterin für Liechtenstein die Ratifikationsurkunden zum Revisionsprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zwischen Liechtenstein und Deutschland aus. Durch die Revision wurde das DBA an die Mindeststandards aus dem BEPS-Projekt der OECD/G20 angepasst.

Weitere deutsch-liechtensteinische Kontakte

Am 26./27. Oktober nahm die Botschafterin an einer Veranstaltung des liechtensteinischen Bankenverbands, Fondsverbands und Vereins unabhängiger Vermögensverwalter in Düsseldorf teil und hielt dort einen Impulsvortrag. Zudem fanden Treffen der Botschaft mit dem Bundesverband Deutscher Startups e.V. statt, um sich gegenseitig über die Startup-Szene beider Länder zu informieren.

Am 4. Dezember nahm die Botschafterin an der Eröffnung der Ausstellung «Märchen, Sagen und Symbole» im Winckelmann-Museum in Stendal (Sachen-Anhalt) teil. Dabei handelt es sich um eine Kooperation mit dem Liechtensteinischen Landesmuseums Vaduz. Zu Gast waren u.a. Prof. Dr. Rainer Vollkommer, Oberbürgermeister Klaus Schmotz, die Direktorin des Winckelmann-Museums und der Präsident der Winckelmann-Gesellschaft Prof. Dr. Max Kunze.

Teilnahme an virtuellen Konferenzen

Im Berichtsjahr nahm die liechtensteinische Botschaft ausserdem an zahlreichen virtuellen Konferenzen teil. Darunter an Briefings des Aussen-, Wirtschafts- und Innenministeriums zu Themen der Aussenpolitik, Wirtschaftsentwicklung Deutschlands und der deutschen Innen- und Nachhaltigkeitspolitik, an Informationsveranstaltungen von Think Tanks und Stiftungen wie der DGAP, SWP, Aspen Institut, Konrad-Adenauer-Stiftung, Körber Stiftung und schliesslich auch an virtuellen Veranstaltungen und Jahrestagungen deutscher Wirtschaftsverbände.

Liechtensteinische Honorarkonsulate

Die Honorarkonsulate in Frankfurt am Main (Honorarkonsul Christian Ratjen) und in München (Honorarkonsul Dr. Christian Waigel) unterstützten auch im Jahr 2021 die Arbeit der Botschaft. Am 12. November wurde das neue liechtensteinische Honorarkonsulat in Hamburg eröffnet und dabei die neue Honorarkonsulin Gianna le Claire feierlich in ihr Amt eingeführt. Sie ist in der Kunst- und Kulturszene der Hansestadt gut verankert und vernetzt. Die Neueröffnung in Hamburg soll dazu beitragen, die vielschichtigen Beziehungen Liechtensteins zu Deutschland auch im Kunst- und Kulturbereich zu vertiefen.

Liechtensteinisches Künstleratelier

Trotz der Covid-19-Pandemie nutzten auch im Berichtsjahr fünf Kunstschaffende (Adam Vogt und Eliane Schädler, Nancy Barouk Hasler, Christiani Wetter und Giulia Haas) die Gelegenheit, sich im Künstleratelier in Berlin mit einem Tapetenwechsel von der Vielfalt und Atmosphäre der Stadt inspirieren zu lassen. Das Künstleratelier am Mariendorfer Damm war auch im zweiten Pandemiejahr ein Ort der Inspiration und des Rückzugs für liechtensteinische Kulturschaffende. Darüber hinaus wurde mit dem Projekt «Kronkorken» der Schaaner Künstlerin Ursula Wolf am Breidscheitplatz Kunst aus Liechtenstein präsentiert, die das soziokulturelle Spannungsfeld von Armut in Grossstädten beleuchtet.

Mission bei der Europäischen Union in Brüssel

Leiter: Botschafter Pascal Schafhauser (seit 1. September 2021)

Hauptaufgabe der Mission ist die Wahrnehmung der liechtensteinischen Interessen bei der Europäischen Union, insbesondere im Rahmen der Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sowie der Assoziation mit Schengen/Dublin. Die Mission dient dabei auch als Bindeglied für Amtsstellen ausserhalb des Aussenministeriums, darunter die Stabsstelle EWR, das Ministerium für Inneres (Schengen/Dublin) sowie das Präsidium (Finanzthemen, Steuern).

Das Berichtsjahr stand wiederum mehrheitlich im Zeichen der Covid-19-Pandemie und der virtuellen Treffen, mit Ausnahme von physischen Aktivitäten im Brüsseler Herbstfenster der Pandemie. Die EWR/EFTA-Staaten wurden eng in das Krisenmanagement der EU einbezogen und übernahmen zahlreiche Covid-19-Rechtsakte in das EWR-Abkommen. Für das Berichtsjahr wurde die Zahl der in den EWR übernommenen Rechtsakte wieder deutlich gesteigert. Im Bereich Schengen standen, abgesehen von der Pandemie und die durch diese verursachten Reisebeschränkungen, neue Gesetzesvorschläge zur Reform des Schengen-Raums im Zentrum. Über den EWR-Finanzierungsmechanismus, in dessen Leitungsgremium die Mission Einsitz nimmt, wurden im Berichtsjahr weiterhin Projekte in 14 von 15 Empfängerstaaten umgesetzt. Dies, nachdem im Juli beschlossen wurde, dass Ungarn keine Gelder (+/–100 Mio. Euro) ausbezahlt erhält.

Übernahme von EU-Rechtsakten in den EWR (Binnenmarkt)
Die Mission vertritt Liechtenstein in den rechtssetzenden Organen des EWR. Im Berichtsjahr fasste der Gemeinsame EWR-Ausschuss 364 Beschlüsse, mit denen 662 EU-Rechtsakte in das EWR-Abkommen übernommen wurden (darunter u.a. die Teilnahme an diversen EU-Programmen und das digitale Covid-19-Zertifikat). Dies ist eine deutliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr. Der Rückstau an Rechtsakten, die noch nicht Bestandteil des EWR sind aber bereits in der EU gelten (sog. Backlog), bleibt weiterhin beträchtlich (589 EU-Rechtsakte; Stichtag am 17. November 2021). Dieses Regelungsgefälle widerspricht dem Homogenitätsziel des EWR. Vereinzelte Irritationen im Binnenmarkt konnten im Berichtsjahr durch eine koordinierte Intervention der EWR/EFTA-Staaten rasch ausgeräumt werden. So waren die EWR/EFTA-Staaten kurzfristig von EU-Exportkontrollen für medizinische Schutzausrüstung und Coronaimpfstoffe betroffen.

Sonstige Vertretung in EWR-relevanten Organen
Das höchste politische Gremium des EWR, der EWR-Rat, tagte im Berichtsjahr zweimal (28. Mai bzw. 24. November). Liechtenstein wurde dabei durch Regierungsrätin Dominique Hasler und im November pandemiebedingt durch Botschafter Pascal Schafhauser vertreten. Beim EWR-Rat treffen die zuständigen Minister Islands, Liechtensteins und Norwegens auf die jeweilige EU-Präsidentschaft (Portugal in der ersten Jahreshälfte, Slowenien in der zweiten), um das Funktionieren des EWR zu diskutieren. Wichtigste Themen dieser Sitzungen im Berichtsjahr waren die strategische Autonomie und die Industriestrategie der EU sowie die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Binnenmarkt. Der EWR-Rat nimmt jeweils auch gemeinsame Schlussfolgerungen an. Von dieser Annahme musste im November abgesehen werden. Ungarn, welches in der aktuellen EEA-Grants Periode keine Kohäsionszahlungen der EWR/EFTA-Staaten erhält (s.u.), versagte der Verabschiedung der Schlussfolgerungen, welche auf EU-Seite im Konsens erfolgen muss, seine Zustimmung.

Im Rahmen der EWR-Mitgliedschaft unterhalten Island, Liechtenstein und Norwegen zudem politische Dialoge mit der EU zu aussenpolitischen Themen (z.B. Afrika, Osteuropa und Zentralasien, Westlicher Balkan, OSZE/Europarat). Diese Gespräche finden zweimal jährlich auf Ministerebene statt (am Rande des EWR-Rats) und werden ansonsten von der Mission abgedeckt. Zudem lädt die EU Liechtenstein regelmässig ein, Erklärungen zu aussenpolitischen Themen mitzutragen (z.B. zum Militärputsch in Myanmar/Burma, zur Verhaftung des russischen Oppositionspolitikers Nawalny, Sanktionen gegen Weissrussland bzw. Syrien). Die Mission koordiniert Liechtensteins Position zu diesen Erklärungen, welche in der Regel mitgetragen werden (83 von 92 Erklärungen im Jahr 2021). Zudem informiert die Mission die zuständigen Amtsstellen über neue EU-Sanktionen, damit deren innerstaatlicher Nachvollzug autonom geprüft werden kann. Bemerkenswert im Berichtsjahr war insbesondere die nationale Umsetzung des neuen horizontalen Menschenrechtssanktionsregimes der EU.

Die Mission vertritt Liechtenstein in den Sitzungen jenes Gremiums, welches über Finanz-, Budget- und Personalfragen des EFTA-Gerichtshofs sowie der EFTA-Überwachungsbehörde entscheidet (ESA/Court Committee). Der Ausschuss beschloss die Budgets der beiden Institutionen für 2021. Das Budget des Gerichtshofs erhöht sich teuerungsbedingt um 5.2%, und jenes der ESA um 4%. Es wurde beschlossen, dass 2022 bei der ESA ein Performance Review durchgeführt werden soll, um eine externe Einschätzung der Ressourcennutzung und des Personalbedarfes zu erhalten.

EWR-Finanzierungsmechanismus

Der EWR-Finanzierungsmechanismus ist das Pendant zum EU-Kohäsionsfonds und stellt den gemeinsamen Beitrag Islands, Liechtensteins und Norwegens zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb des EWR dar. Für die nominelle Periode 2014 bis 2021 (wobei Projektgelder noch bis 2024 ausbezahlt werden) beträgt Liechtensteins Beitrag voraussichtlich EUR 2.4 Mio. pro Jahr, was rund 1.33% der Gesamtkosten entspricht. Die Mission vertritt Liechtensteins Interessen in den Leitungsgremien dieses auch als EEA-Grants bekannten Programms (www.eeagrants.org).

Im Berichtsjahr traten alle 97 Programme in 14 der 15 Empfängerstaaten in die Umsetzungsphase. Es fanden Ausschreibungen für Projektfördermittel statt, bei denen sich auch liechtensteinische Partner mitbewerben konnten. Die Halbzeitüberprüfung in den Empfängerstaaten und damit verbundene Umschichtungen von Geldern zwischen Programmen konnte 2021 mit Ausnahme von Slowenien abgeschlossen werden. Obwohl mit Ungarn als letztem Empfängerstaat am 21. Dezember 2020 ein Memorandumg of Understanding (MoU) unterzeichnet wurde, werden in der aktuellen Periode keine Gelder an Ungarn fliessen. Die EWR/EFTA-Staaten konnten sich bis zuletzt nicht auf eine staatlich unabhängige Organisation einigen, die die Gelder an die Zivilgesellschaft verteilt (Ungarn wollte diesen Prozess kontrollieren). Aber auch polnische Provinzen und Gemeinden bereiteten den Geberstaaten weiterhin besondere Schwierigkeiten, da diese mittels politischen Erklärungen LGBTI-Personen diskriminieren. Es wurde beschlossen, die Auszahlung von EEA-Grants an diese Verwaltungseinheiten einzustellen, solange diese Erklärungen nicht widerrufen wurden.

Die nominelle Periode des Finanzierungsmechanismus 2014 bis 2021 ist im Mai ausgelaufen. Die Vorbereitungen auf EWR/EFTA-Seite für die Verhandlungen mit der EU über einen sechsten Finanzierungsmechanismus

haben begonnen und die EU-Seite hat im Berichtsjahr zwar ein (internes) Verhandlungsmandat erlassen, aber noch keine Verhandlungsdelegation bestimmt.

Schengen- und Dublin-Assoziierung
Die Mission Brüssel nimmt im Bereich Schengen/Dublin an Sitzungen einschlägiger EU-Gremien teil, die sich mit dem Funktionieren und der Weiterentwicklung dieses Rechtsbereichs befassen. Der Schengen-Raum garantiert neben der Reisefreiheit auch das praktische Funktionieren des Binnenmarktes durch den Wegfall der Grenzkontrollen. Im Berichtsjahr nahm die Mission weiterhin an den Sitzungen des IPCR-Roundtable teil, einem Krisenschutzgremium, welches die einzelstaatlichen Coronamassnahmen beim Grenz- bzw. Gesundheitsschutz koordiniert. Ein weiterer Schwerpunkt waren die laufenden Verhandlungen neuer Schengen-relevanter Gesetzesvorschläge der Kommission, wie der revidierte Schengen-Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus, der Schengener Grenzkodex und ein Paket für die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit sowie den Informationsaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden. Zudem nahm die Mission an ersten informellen Gesprächen mit der Kommission über die Teilnahme Liechtensteins an der künftigen EU-Asylagentur (EUAA) teil. Liechtenstein beteiligt sich seit 2016 an der Vorgängerinstitution, dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO).

Als Schengen/Dublin-assoziierter Staat wird Liechtenstein regelmässig zu den Treffen der EU-Innenminister eingeladen. Zwei dieser Sitzungen wurden im Berichtsjahr auf Ministerebene abgedeckt, die weiteren von der Mission Brüssel. Bemerkenswert waren insbesondere der informelle IPCR-Ministerial Roundtable zur Migrationskrise an der Schengen-Aussengrenze zu Belarus und der aussergewöhnliche Innenministerrat zur Lage in Afghanistan nach der Machtübernahme durch die Taliban. Zusätzlich fand am 17. Mai das zweite Schengen-Forum statt. In Anbetracht umfangreicher Reformen des Schengen-Systems und des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems sollen die Foren die politische Einbindung der Schengen-Staaten auf höchster politischer Ebene verbessern.

Im Berichtsjahr hat die EU 103 Rechtsakte beschlossen, die den Schengen/Dublin-Besitzstand weiterentwickeln und auch von Liechtenstein umzusetzen sind (rechtlich unverbindliche coronabezogene Rechtsakte sind dabei nicht mitgezählt).

Finanzthemen und Steuerkooperation

Am 9. November nahm Regierungschef Daniel Risch in seiner Rolle als Finanzminister am EFTA-ECOFIN-Treffen teil. Der ECOFIN-Rat tauscht sich traditionell einmal jährlich mit den Regierungskollegen der EFTA-Staaten aus. Das Thema des Treffens war die «Erholung nach der Pandemie – Herausforderungen und Möglichkeiten». Der Regierungschef nutzte die Gelegenheit zudem für bilaterale Treffen mit dem belgischen Finanzminister sowie mit dem für den Binnenmarkt zuständige EU-Kommissar Thierry Breton. Nebst der Vorbereitung und Begleitung solcher Treffen verfolgt die Mission die Entwicklungen auf europäischer Ebene in Sachen Steuerkooperation und erstattet entsprechend Bericht.

Liechtensteinische Botschaft bei der Belgischen Krone

Leiter: Botschafter Pascal Schafhauser

Die Botschaft verfolgte aktuelle Entwicklungen in Belgien und berichtete darüber an die Regierung. Belgien war nach wie vor recht stark von der Covid-19-Pandemie betroffen. Zudem führten nicht zuletzt die doch massiven Impfquoten-Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen zu teils strengeren Massnahmen, auf regionaler aber auch föderaler Ebene. Trotz der sich fortsetzenden Pandemie konnte die Akkreditierung des neuen Botschafters dazu genutzt werden, Kontakte und Beziehungen zu reaktivieren bzw. etablieren. Zudem wurden im Herbst zwei Besuche auf Ministerebene organisiert, wobei einer aufgrund der Covid-19-Pandemie kurzfristig abgesagt werden musste. Betreffend konsularische Angelegenheiten gab es im Berichtsjahr keine nennenswerten Aktivitäten.

Liechtensteinische Botschaft beim Heiligen Stuhl

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Stefan von und zu Liechtenstein

Das Berichtsjahr war weiterhin durch die Einschränkungen aufgrund der Covid-19-Pandemie geprägt. Eine Intensivierung der persönlichen Kontakte zum Heiligen Stuhl war der Antrittsbesuch von Regierungsrätin Dominique Hasler in ihrer Funktion als Aussenministerin Ende Oktober.

Aus Anlass des Antrittsbesuchs von Aussenministerin Dominique Hasler am 27. Oktober wurde der Delegation die Teilnahme an der Generalaudienz von Papst Franziskus ermöglicht, was auch einen kurzen Austausch mit dem Heiligen Vater beinhaltete. Im Anschluss traf die Aussenministerin den Sekretär für die Beziehungen mit Staaten, Erzbischof Paul Richard Gallagher, für einen längeren Gedankenaustausch. Der auch oft als «Aussenminister des Heiligen Stuhls» bezeichnete Erzbischof Gallagher erläuterte u. a. die von Papst Franziskus

Mitte Oktober lancierte Weltsynode (Synodaler Prozess), zu dem alle Diözesen weltweit eingeladen wurden. Der Aufenthalt in Rom wurde auch genutzt, um mit dem für Migration und Flüchtlinge zuständigen Kardinal Michael Czerny über die aktuellen Einschätzungen zu diesem globalen Thema zu sprechen. Ebenso erfolgte ein Austausch mit Staatssekretär Benedetto Della Vedova beim italienischen Aussenministerium. Grosse Feierlichkeiten, wie z. B. die Karfreitags- und Osterliturgien sowie die Liturgien in der Weihnachtszeit, waren weiterhin aufgrund der Coronamassnahmen sehr stark eingeschränkt. Im Vatikan selbst galten durchgehend strenge Zutrittsregeln, einschliesslich ab Sommer der Pflicht zur Vorlage eines EU-gültigen Impfzertifikats.

Liechtensteinische Botschaft in Washington

Leiter: Botschafter Georg Sparber

Die Covid-19-Pandemie dominierte das Berichtsjahr auf allen Ebenen. Die Botschaft stellte im Verlauf des Jahres, in Abstimmung mit den Vorgaben der Landesverwaltung und nach der breiten Verfügbarkeit von Impfungen, von weitgehender Heimarbeit auf stärkere Präsenzarbeit um. Veranstaltungen und Reisetätigkeit waren nach wie vor nur in eingeschränktem Masse möglich. Mit der Versetzung von Botschafter Kurt Jäger nach Genf wurde ein Botschafterwechsel eingeleitet, der mit der Ernennung von Georg Sparber als neuer Botschafter per 1. September seinen Abschluss fand. Im Zentrum der Arbeit der Botschaft standen der Besuch von Regierungsrätin Dominique Hasler in Washington DC und Chicago, diverse liechtensteinische Veranstaltungen sowie Antrittsbesuche und der Aufbau bzw. die Pflege des diplomatischen Netzwerkes. Innenpolitisch begann das Berichtsjahr mit der Erstürmung des Kapitols, als Kulmination des letztlich erfolglosen Versuchs, eine friedliche Machtübergabe an Präsident Biden zu verhindern. Das erste Jahr der Biden-Präsidentschaft brachte die Verabschiedung eines Covid-19-Wirtschaftspakets, eines substantiellen Infrastrukturpakets, sowie eines Ausgabenbeschlusses. Die Verabschiedung eines Sozial- und Klimapakets scheiterte vorerst an innerdemokratischen Widerständen. Die USA verzeichneten eine historisch hohe Inflationsrate von 7 % per Ende 2021 und erhebliche Lieferkettenprobleme, die sich negativ auf die Umfragewerte des Präsidenten auswirkten und ein Handicap für die Kongresswahlen vom kommenden Herbst 2022 darstellen. Die in den USA tätigen liechtensteinischen Firmen betrachten die US-Marktlage grundsätzlich positiv. Vereinbarte, bzw. abgeschlossene Akquisitionen durch Hilti, respektive Neutrik trugen zur Erhöhung liechtensteinischer Direktinvestitionen in die US-Wirtschaft bei. Aussenpolitisch standen die geopolitischen Spannungen mit China, der Abzug der US-Truppen aus Afghanistan sowie die Bedrohung der Ukraine durch Russland im Zentrum der Aufmerksamkeit. Ein Demokratiegipfel von Präsident Biden entfaltete zunächst nicht die erhoffte Wirkung, lancierte aber einen Folgeprozess, den es für Liechtenstein zu beobachten gilt.

Liechtenstein-Spezifisches

Covid-19-Pandemie

Die Einschränkungen von Corona auf die Arbeit der Botschaft waren im Berichtsjahr weiterhin erheblich. Während physische Treffen und Veranstaltungen bis in den Sommer die Ausnahme waren, konnte nach der Sommerpause aufgrund der Entspannung der lokalen Lage ein Mindestmass an physischen Treffen mit den notwendigen Sicherheitsvorkehrungen durchgeführt werden. So konnte die Botschaft eine Reihe kleinerer Empfänge, Diskussionsrunden und Abendessen durchführen. Die Antrittsbesuche in der Administration und bei anderen Botschaften fanden in der Regel physisch statt. Die Botschaft stellte auf weitgehende, wenn auch nicht ausschliessliche Präsenzarbeit um. Die Akkreditierung des liechtensteinischen Botschafters durch das Weisse Haus fand im Dezember auf schriftlichem Weg statt.

Die USA hoben im Zuge der Verbesserung der Covid-19-Zahlen im Herbst nach langem Zögern die Reisebeschränkungen für die Schengenstaaten auf, darunter auch Liechtenstein. Die schnelle Verbreitung der Omikron-Variante führte in der Folge zu keiner Neubewertung der Lage. Die Administration nahm dies jedoch zum Anlass, um erneut weitgehend auf Heimarbeit umzustellen und zuvor physisch geplante Treffen im virtuellen Modus abzuhalten. Die Schulen blieben geöffnet.

Besuche, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit

Regierungsrätin Dominique Hasler stattete der Botschaft im September einen Besuch ab. Sie traf sich mit den vier Co-Vorsitzenden der liechtensteinischen Freundesgruppe im Kongress sowie mit dem Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten. Der Think Tank Women in International Security (WIIS) führte eine hybride Veranstaltung zu wachsenden Einschränkungen für Frauen aufgrund von Konflikten, Repression und Covid-19 durch, an der die Aussenministerin die Keynote-Rede hielt. Zudem traf sie in New York mit der im Kabinettsrang stehenden US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen zusammen. Weitere Gespräche fanden mit Vertretern von Think Tanks und Universitäten statt. Die Aussenministerin nutzte ihren ersten Besuch bei der Botschaft auch, um den liechtensteinischen Medien die Arbeit der Botschaft und den neuen Botschafter vorzustellen. Die anschliessende Reise nach Chicago bot Gelegenheit, um der bereits ernannten Honorarkonsulin Julie Danis im Rahmen einer offiziellen Feier die Urkunde zu überreichen. Die Aussenministerin traf zudem

mit dem Vize-Bürgermeister Chicagos zusammen und hielt einen Vortrag an der DePaul Universität zu den Grundzügen der liechtensteinischen Aussenpolitik.

Die Botschaft nutzte die temporäre Entspannung der Covid-19-Situation im Herbst für eine Reihe von Veranstaltungen zu prioritären Themen. So konnten kleine Gesprächsrunden zu Liechtensteins FAST Initiative (Finance Against Slavery and Trafficking) und zur Arbeit der liechtensteinischen NGO All Survivors Project durchgeführt werden. Hybride Veranstaltungen mit dem Think Tank WIIS zur Situation der Frauen in Afghanistan bzw. sexueller Gewalt gegen Männer und Buben erreichten zwischen 100 und 250 Teilnehmende. Die Botschaft führte zudem die Zusammenarbeit mit den Think Tanks Wilson Center und dessen Global Europe Program sowie dem Peterson Institute for International Economics weiter. Ein erster physischer Austausch seit Beginn der Pandemie konnte auch mit einer Anzahl Mitarbeitender von Kongressabgeordneten organisiert werden.

Honorarkonsulate

Sämtliche fünf Honorarkonsulate in den USA waren im Berichtsjahr besetzt. Honorarkonsul Dennis Houston, zuständig für Texas und die Bundesstaaten des zentralen Südens, wurde für weitere zwei Jahre ernannt. Im Zuge der Chicago-Reise der Aussenministerin fand ein Koordinationstreffen der liechtensteinischen Honorarkonsuln statt. Dabei wurden die Honorarkonsuln über die Prioritäten der liechtensteinischen Regierung gemäss Regierungsprogramm informiert. Die Arbeit der Honorarkonsuln unterlag im Berichtsjahr weiterhin erheblichen Einschränkungen durch Covid-19.

Erwähnung Liechtensteins in Berichten der US-Administration

Im Bericht des US-Aussenministeriums zu Menschenhandel wurden die Bemühungen von US-Finanzintermediären zur Bekämpfung der Finanzierung von Menschenhandel hervorgehoben, einschliesslich jener, die sich an der Arbeit im Rahmen FAST Initiative beteiligt hatten. Der Bericht gab auch einen kurzen Überblick über den FAST-Massnahmenkatalog für den globalen Finanzsektor zur Bekämpfung moderner Sklaverei und Menschenhandel.

Das US-Aussenministerium veröffentlichte seinen jährlichen Bericht zur weltweiten Lage der Menschenrechte. Darin wurde die Situation der Menschenrechte in beinahe 200 Ländern und Hoheitsgebieten analysiert und bewertet. In Liechtenstein wurden erneut keine schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte festgestellt, jedoch wurden Bereiche mit Verbesserungspotential erwähnt. Das US-Aussenministerium stützt sich bei seiner Berichterstattung jeweils auf Informationen von internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen oder Think Tanks sowie auf Daten von offiziellen Stellen. Gleiches gilt für den «International Religious Freedom Report», in dem Liechtenstein erneut in Bezug auf den Zugang zum Religionsunterricht, insbesondere von Muslimen, und den Aufbau religiöser Infrastrukturen wie einer Moschee oder muslimischer Grabstätten Erwähnung fand.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Liechtensteinische Firmen in den USA

Die Marktlage für liechtensteinische Firmen in den USA wurde generell von diesen als positiv eingeschätzt. Liechtensteinische Direktinvestitionen erhielten einen deutlichen Schub mit der Akquisitionsvereinbarung von über USD 300 Mio. zwischen Hilti und dem US-Softwarehersteller Fieldwire sowie der Akquisition des US-Kabelherstellers Major Custom Cable durch Neutrik Americas. Liechtensteinische Exporte in die USA erreichten im Berichtsjahr noch nicht das Vor-Covid-Niveau, zeigten sich aber insgesamt krisenresistenter als in anderen Märkten. Die USA blieben im Berichtsjahr der zweiwichtigste Exportmarkt nach Deutschland (ohne Schweiz).

Handelsbeziehungen USA-Europa

Die US-EU Handelsbeziehungen verbesserten sich unter der Biden-Administration. Der Stahl und Aluminium-Streit konnte durch ein Quotensystem entschärft werden. Strafzölle im Kontext des Boeing-Airbus Handelsstreits wurden ausgesetzt. Mit dem Trade and Technology Council (TTC) wurde ein neues Gesprächsformat geschaffen, das US-EU Massnahmen in Bereichen wie nicht-Markt-basierte Einflüsse, Handelsverzerrungen, Lieferketten, Investitionsscreening koordinieren soll. Das TTC dient gleichzeitig zur handelspolitischen Détente zwischen den USA und der EU, wie auch zur transatlantischen Koordination gegen China. Am ersten handelspolitischen Dialog seit der Pandemie zwischen den USA und den EFTA-Staaten baten letztere um enge Einbindung zu diesen Themen.

Für die massiven Investitionen in den USA durch das Infrastruktur- und ein allfälliges Konjunkturpaket wurde von der Biden-Administration eine strikte Anwendung des «Buy American»-Prinzips angekündigt. Weitere potentiell diskriminierende Massnahmen für liechtensteinische Firmen sind im Bereich der Elektromobilität möglich, in welcher die Biden-Administration die gezielte Förderung von gewerkschaftlich organisierten US-Marktteilnehmern beabsichtigt.

Steuern

Die Biden-Administration unterstützte die Einigung innerhalb der OECD zu einer Digitalsteuer und einem globalen, effektiven Minimalsteuersatz von 15% und trug damit massgeblich zu deren Verabschiedung bei. Im Berichtsjahr gelang es allerdings nicht, die notwendigen innerstaatlichen Schritte in den USA zur Umsetzung der OECD-Vereinbarung zu setzen. Stimmen aus beiden

Parteien stellen sich gegen Teile der OECD-Vereinbarung. Eine geplante innerstaatliche Steuerreform, die den OECD-Minimalsteuersatz de facto umgesetzt hätte, scheiterte zunächst.

Die Botschaft beobachtete zudem diverse Entwicklungen in US-Bundesstaaten, die für Liechtenstein, bzw. liechtensteinische Firmen steuerlich relevant werden könnten, u. a. in Kalifornien, Pennsylvania, Massachusetts und Maine.

Relevante innen- und aussenpolitische Entwicklungen

Das erste Jahr der Biden-Administration stand im Zeichen der Innenpolitik. Das ist dem Umstand geschuldet, dass die schmalen Mehrheiten der Demokratischen Partei im Kongress bei den Mid-term-Wahlen im Herbst 2022 drehen und damit die Möglichkeiten zur gesetzgeberischen Gestaltung deutlich abnehmen könnten. Im Berichtsjahr gelangen einige Prestigevorhaben, darunter wirtschaftliche Unterstützungsmassnahmen als Antwort auf die Covid-19-Pandemie und ein USD 1.2 Billionen schweres Infrastrukturpaket, das auch mit einigen republikanischen Stimmen verabschiedet wurde. Innerdemokratische Konflikte begleiteten diesen Prozess und brachten ein ebenfalls geplantes Wirtschafts- und Sozialpaket vorerst zum Scheitern. Dies wirkte sich negativ auf die öffentliche Meinung zur Arbeit der Biden-Administration aus, die durch hohe Inflation (7% für 2021) und Lieferengpässe weiter getrübt wurde.

Nach der gewaltsamen Erstürmung des Kapitols am 6. Januar versprach Präsident Biden die Überwindung der politischen Gräben. Die Polarisierung der politischen Landschaft konnte allerdings nicht überwunden werden. Die Republikanische Partei betrieb Fundamentalopposition und Präsident Biden grenzte sich rhetorisch als Verteidiger der Demokratie und Bekämpfer der Korruption gezielt von seinem Vorgänger und von der Republikanischen Partei ab. Der Demokratiegipfel für einen limitierten Kreis eingeladener Staaten entfaltete nicht die erhoffte Wirkung, wird aber zu Folgeaktivitäten führen, die für Liechtenstein im Hinblick auf ein mögliches zukünftiges Engagement grundsätzlich von Interesse sind.

Aussenpolitisch stellte der Kampf um die globale Vormachtstellung mit China eine Konstante zur Vorgängeradministration dar. In handelspolitischer, wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer und menschenrechtlicher Hinsicht blieb China der Hauptantagonist der USA, die sich als Folge auch um eine kohärentere und schlagkräftigere China-Politik Europas bemühten. Der von chaotischen Ereignissen begleitete Truppenabzug der USA aus Afghanistan führte in der amerikanischen Öffentlichkeit sowie bei Alliierten zu Kritik und Unverständnis, blieb aber insgesamt nur kurz im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit in den USA. Zum Ende des Berichtsjahres führte die Bedrohung der Ukraine durch Russland zu intensiven Koordinationsbemühungen der USA mit den europäischen Partnern.

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

Liechtenstein ist seit 2014 Beobachterstaat in der OAS und nimmt in dieser Funktion an Treffen und Aktivitäten der Organisation teil. Im Zuge der Akkreditierung des liechtensteinischen Botschafters als neuer Ständigen Beobachter fand ein bilaterales Gespräch mit Generalsekretär Luis Almagro statt, infolgedessen Liechtenstein zur schriftlichen Teilnahme am Austausch der OAS-Mitglieder anlässlich der diesjährigen Vollversammlung eingeladen wurde, welche vom 10. bis 12. November stattfand. Liechtenstein definierte darin die Themen Menschenhandel, Demokratieförderung, Ende der Straflosigkeit, Selbstbestimmungsrecht in Zeiten des Klimawandels und Kleinstaaten in der internationalen Entscheidungsfindung als mögliche Bereiche für zukünftige Kooperationen mit der OAS.

Liechtenstein unterstützte erneut die OAS-Aktivitäten im Rahmen zweier Projekte mit freiwilligen Beiträgen. Mit CHF 50'000 wurde ein Projekt zur Ausarbeitung von Instrumenten zur Umsetzung der «Women, Peace & Security» Agenda im Kontext von Konflikten und geschlechterspezifischer Gewalt bei Wahlen unterstützt. CHF 20'000 wurden erstmals für die Verbesserung des Schutzes von venezolanischen Frauen, Mädchen und jugendlichen Opfern von Menschenhandel in Transit- und Zielländern gesprochen.

Im Zentrum der erneut vollständig virtuell abgehaltenen Vollversammlung standen der Umgang der Region mit der Covid-19-Pandemie sowie mit den Ursachen und Folgen der Migration. Gegen die Scheinwahlen in Nicaragua wurde eine Resolution verabschiedet. Nicaragua gab darauf seinen Austritt aus der OAS bekannt, welcher innert zwei Jahren in Kraft tritt. Da Kuba formell noch Mitglied der OAS ist und für Venezuela ein Vertreter Juan Guaidòs Einsitz nimmt, wäre Nicaragua dann der einzige Staat der Region, der nicht Mitglied der OAS ist.

Liechtensteinische Botschaft in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Der Schwerpunkt der liechtensteinischen Aussenpolitik liegt auf der Pflege der Beziehungen zu den Nachbarstaaten und in der Region. Im Berichtsjahr konnte die enge Zusammenarbeit mit Österreich durch zahlreiche Besuche auf politischer und Verwaltungsebene weitergeführt werden. Dazu gehörten Antrittsbesuche sämtlicher Mitglieder der Regierung bei ihren Gegenübern in Wien. Im Vordergrund standen Themen in den Bereichen, Wirtschaft, Äusseres, Europa, Justiz, Kultur, Soziales, Gesundheit, Inneres, Bildung, Umwelt sowie Infrastruktur und Verkehr. Die Botschaft diente als Anlaufstelle für Politik, Verwaltung und liechtensteinische Staatsangehörige. In beiden Nachbarstaaten war die Bewältigung der Pandemie weiterhin ein sehr bestimmendes Thema.

Die Beziehungen Liechtenstein – Österreich

Im Berichtsjahr konnten die exzellenten Beziehungen zu Österreich weitergeführt werden und die engen Beziehungen zu Österreich blieben auch während mehrerer Wechsel in der österreichischen Bundesregierung stets stabil. Trotz der Covid-19-Pandemie fanden wieder vermehrt bilaterale Treffen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene statt. Ein regelmässiger Austausch zu bilateralen und regionalen Themen sowie zur Verstärkung der Zusammenarbeit auf europäischer und multilateraler Ebene wurde gepflegt. Nach den Landtagswahlen in Liechtenstein folgten Antrittsbesuche aller Mitglieder der neuen Regierung in Wien.

Ende April stattete Regierungschef Dr. Daniel Risch dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz und Finanzminister Gernot Blümel einen Antrittsbesuch ab. Dabei kam es zu einem regen Austausch zur Covid-19-Pandemie sowie zu europäischen und wirtschaftlichen Fragen. Der Regierungschef informierte zudem über die Vorhaben der Regierung für die Weiterentwicklung des liechtensteinischen Finanzplatzes in den kommenden Jahren. Im Juni hielt der Regierungschef einen virtuellen Vortrag vor der Österreichisch-Liechtensteinischen Gesellschaft (ÖLI) und gab einen Überblick über das Regierungsprogramm sowie die Ziele der Regierung.

Im Mai folgte der Besuch von Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni bei Innenminister Karl Nehammer, bei Umweltministerin Leonore Gewessler und bei Arbeitsminister Dr. Martin Kocher. Der Schwerpunkt der Gespräche lag auf den Bereichen Innenpolitik, Umwelt und Arbeit, in denen Österreich und Liechtenstein eng zusammenarbeiten. Ein weiteres Treffen fand im September zwischen Regierungschef-Stellvertreterin Monauni und Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger in Wien statt. Zentrale Gesprächsthemen waren der Klimaschutz, Biodiversität und biologische Produkte sowie die hohe Bedeutung eines intakten Schutzwaldes.

Beim Antrittsbesuch von Regierungsrätin Dominique Hasler bei Aussenminister Alexander Schallenberg, bei Europaministerin Karoline Edtstadler und bei Bildungsminister Dr. Heinz Fassmann Ende Mai, wurden unter anderem die Zusammenarbeit im EWR und im Bildungsbereich und andere europapolitische und multilaterale Themen besprochen.

Im Juni reiste Regierungsrätin Dr. Marok-Wachter für einen Besuch bei Justizministerin Alma Zadic und Infrastrukturministerin Leonore Gewessler nach Wien. In den Arbeitsgesprächen standen zum einen die in Österreich geplante Reform des Strafvollzugs und das Staatsanwaltschaftsmodell im strafprozessualen Vorverfahren und zum anderen die Verkehrsverbindung im Dreiländereck im Mittelpunkt.

Regierungsrat Manuel Frick absolvierte seinen Antrittsbesuch bei Gesundheits- und Sozialminister Dr. Wolfgang Mückstein im Juli. Im Fokus stand dabei der Austausch zum Umgang mit der Covid-19-Pandemie. Weiters nahm Regierungsrat Frick an der Eröffnungsveranstaltung der «Sommer Rhapsodie im Garten» im Gartenpalais Liechtenstein teil. Im Rahmen der Eröffnung der Bregenzer Festspiele am 21. Juli traf er mehrere Mitglieder der österreichischen Bundesregierung. Mit Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer führte er einen Austausch über aktuelle Themen im Kulturbereich und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Im Berichtsjahr gab es auch Besuche österreichischer Regierungsmitglieder in Liechtenstein. Arbeitsminister Dr. Martin Kocher kam im März zu seinem Antrittsbesuch nach Liechtenstein, wobei unter anderem die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf dem Arbeitsmarkt diskutiert wurden. Nach einem Postenwechsel in der österreichischen Bundesregierung stattete Bundeskanzler Alexander Schallenberg Regierungschef Dr. Daniel Risch im November einen Antrittsbesuch ab. Die Hauptthemen des Arbeitsgesprächs waren Covid-19, die UNO-Klimakonferenz in Glasgow und die Schwerpunkte der regionalen Zusammenarbeit. Ende November folgte zudem ein Besuch von Europa- und Verfassungsministerin Karoline Edtstadler in Liechtenstein bei Regierungsrätin Dominique Hasler und Regierungsrätin Dr. Marok-Wachter. Dabei wurde über Europapolitik, die gemeinsame Mitgliedschaft im EWR, Fragen der Sozialversicherung von Grenzgängern, Rechtsstaatlichkeit, Migration und «Hass im Netz» diskutiert.

Im Berichtsjahr wurden auch die wertvollen deutschsprachigen Formate auf verschiedenen Ebenen zur Pflege der Beziehungen zwischen Österreich und Liechtenstein genutzt. S.D. Erbprinz Alois und I.K.H. Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein nahmen Ende Juni auf Einladung des deutschen Bundespräsidenten am jährlichen Treffen der deutschsprachigen

Staatsoberhäupter in Potsdam teil, welches sich mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt nach der Pandemie befasste. Österreich war durch Bundespräsident Dr. Alexander Van der Bellen vertreten.

Auf Einladung des deutschen Bundeswirtschaftsministers nahmen seine Gegenüber aus Liechtenstein, der Schweiz und Österreich am virtuellen Treffen der deutschsprachigen Wirtschaftsminister im März teil. Im Zentrum des Austauschs standen die Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft. Im April trafen sich die Aussenminister aus Österreich, Deutschland, Liechtenstein und der Schweiz in Lugano. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Nachbarschaftspolitik, die grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit sowie die Covid-19-Pandemie. Im Mai lud die österreichische Umweltministerin ihre deutschsprachigen Amtskolleginnen zu einem informellen virtuellen Treffen zu Themen wie «Green Recovery», Klimaschutz und Biodiversität ein. Im August trafen sich die Finanzminister aus Österreich, Luxemburg, Deutschland und der Schweiz auf Einladung von Regierungschef Dr. Risch in Liechtenstein. Inhaltlich standen neben den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auch Themen im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik im Fokus.

Das jährliche Arbeitsgespräch der Regierung mit der Vorarlberger Landesregierung fand im Juni im Rahmen einer Online-Konferenz statt. Zentrale Gesprächsthemen waren der Umgang mit Covid-19 sowie die regionale Zusammenarbeit und gemeinsame Projekte im Kulturbereich. Im Zusammenhang mit der Pandemie standen besonders die Reisebeschränkungen und deren Auswirkungen auf die GrenzgängerInnen im Fokus.

Bei der parlamentarischen Zusammenarbeit gab es ebenfalls positive Entwicklungen. Im Landtag wurde eine Delegation für die Beziehungen zum österreichischen Parlament gewählt. Zuvor war bereits 2020 eine parlamentarische bilaterale Gruppe Österreich-Liechtenstein im österreichischen Nationalrat eingerichtet worden. Ausserdem fand im September in Wien die 5. Weltkonferenz der Parlamentspräsidenten mit Teilnahme von Landtagspräsident Albert Frick statt.

Zur Bekämpfung des Menschenhandels konnte eine konkrete Projektkooperation mit Österreich umgesetzt werden. Bei der Jahreskonferenz der österreichischen «Task Force Menschenhandel» im Oktober in der Diplomatischen Akademie in Wien fungierte Liechtenstein erstmals als Partner bei der Durchführung dieser Konferenz. Die Veranstaltung mit ca. 500 Teilnehmenden widmete sich den finanziellen Aspekten des Menschenhandels und bot eine sehr gute Plattform für das liechtensteinische Engagement im Zusammenhang mit der «FAST-Initiative».

Im Bereich der Kultur fand im April ein virtueller Austausch über digitales Arbeiten im Kulturbereich zwischen Österreich und Liechtenstein auf Verwaltungsebene statt. Aus dem Gespräch ergaben sich neue Möglichkeiten zur bilateralen Zusammenarbeit im Kulturbereich auch auf digitaler Ebene. Im Oktober wurde der jährliche Kulturpolitische Dialog in Liechtenstein abgehalten. Das Treffen diente dem Austausch zu den zahlreichen gemeinsamen Projekten sowie über aktuelle Themen im Kulturbereich.

Auch im Berichtsjahr fand das Poolbar-Festival in Feldkirch im August unter Beteiligung und Mitgestaltung liechtensteinischer KünstlerInnen wie Moritz Schädler, Larry Woodley und Roman Staub statt. Im September trat die liechtensteinische Band «Kids in Cages» beim internationalen Musikfestival «WAVES Vienna» auf. Mit Anna Hilti wurde im Oktober zum ersten Mal eine liechtensteinische Künstlerin mit dem Internationalen Kunstpreis des Landes Vorarlberg ausgezeichnet. Die Buchmesse «BUCH Wien» im November wurde erneut mit der «Langen Nacht der Bücher» und einem «Poetry Slam der deutschsprachigen Länder» eröffnet. Liechtenstein war durch Manuel Beck vertreten. Ebenfalls im November richtete die Botschaft einen Empfang für die LeiterInnen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen der Österreich-Bibliotheken im Ausland aus.

Anlässlich ihres 100-jährigen Bestehens organisierte die Handelskammer Schweiz-Österreich-Liechtenstein (HKSÖL) am 23. September ein Jubiläumsevent im Stadtpalais Liechtenstein in Wien.

Liechtensteinische Botschaft in Tschechien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Das Fürstentum Liechtenstein und die Tschechische Republik nahmen 2009 diplomatische Beziehungen wieder auf. Seit 2011 unterhält Liechtenstein eine nicht-residierende Botschaft in der Tschechischen Republik. Im Berichtsjahr wurde in Brno/Brünn das erste Liechtensteinische Honorarkonsulat in Tschechien eröffnet. Die liechtensteinisch-tschechische Historikerkommission führte ihre Tätigkeit fort. Seit über 70 Jahren bestehen offene Fragen mit der Tschechischen Republik. Diese konnten auf bilateralem Weg nicht geklärt werden. Eine der Folgen ist die von Liechtensteinstein im August 2020 beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eingereichte Staatenbeschwerde gegen die Tschechische Republik. Das Verfahren läuft nach wie vor.

Die Beziehungen zwischen Liechtenstein und Tschechien

Das Berichtsjahr war weiterhin durch die Covid-19-Pandemie und die dadurch verminderten Besuchs- und Veranstaltungstätigkeiten geprägt. Dies und die Parlamentswahlen in Tschechien im Oktober erschwerten

die Kontaktpflege. Dennoch konnten die Beziehungen zwischen Liechtenstein und Tschechien weiter gepflegt und gemeinsame Projekte weiterverfolgt werden.

Am 5. Mai errichtete Liechtenstein in der südmährischen Stadt Brno/Brünn sein erstes Honorarkonsulat in der Tschechischen Republik. Der ehemalige Kulturminister Tschechiens, Daniel Herman, wurde zum Honorarkonsul ernannt. Die Eröffnung des Honorarkonsulats fand am 9. September unter Anwesenheit von Regierungsrätin Dominique Hasler statt. Die Aktivitäten des Honorarkonsulats in Brünn sollen sich in erster Linie auf den östlichen Teil der Tschechischen Republik, Mähren und Schlesien und insbesondere den Südmährischen Kreis, fokussieren. Brünn ist Verwaltungssitz der südmährischen Region, in welcher die historischen Beziehungen der Familie Liechtenstein zur Tschechischen Republik besonders eng sind. Brünn ist die zweitgrösste Stadt Tschechiens und wichtiges Zentrum für Justiz, Wirtschaft und Bildung. Alle Organe der höchsten tschechischen Gerichtsbarkeit sind in Brünn angesiedelt, Südmähren gehört zu den tschechischen Regionen mit besonders starkem Wirtschaftspotential und mit seinen sechs öffentlichen Universitäten ist Brünn nach Prag die wichtigste Universitätsstadt Tschechiens. Zu den Aufgaben des Honorarkonsulats zählt es, die Verbindungen zwischen den beiden Ländern, insbesondere in Südmähren im Bereich der Kultur, der Bildung und der Öffentlichkeitsarbeit zu stärken und eine Basis für eine zukünftige vertiefte Zusammenarbeit, welche auch geeignet ist, historische Belastungen zu überwinden, zu schaffen.

Regierungsrätin Dominique Hasler traf sich in Brünn auch mit dem Kreishauptmann von Südmähren, Jan Grolich. Dabei standen die Beziehungen zwischen der für Liechtenstein historisch bedeutsamen Region und Liechtenstein im Vordergrund. Projekte wie der Schüleraustausch zwischen dem Matyáš-Lerch Gymnasium in Brünn und dem Liechtensteinischen Gymnasium in Vaduz (der im Berichtsjahr pandemiebedingt nicht stattfinden konnte) oder die liechtensteinische Unterstützung für die Mendel Universität in Brünn sind Belege der historischen Verbindungen mit der Region Südmähren. Im Gespräch wurden auch die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie erörtert sowie das Katastrophenereignis vom 24. Juni, als ein Tornado mehrere Dörfer in Südmähren verwüstete und sechs Menschenleben forderte. Liechtenstein hatte als Reaktion darauf eine Hilfsaktion initiiert. Über die Caritas Brünn wurden für die betroffene Gemeinde Moravská Nová Ves CHF 20'000 für die Renovierung der beschädigten Pfarrkirche bereitgestellt.

Seit über 70 Jahren bestehen zwischen den beiden Staaten offene Fragen. Für diese konnten auf bilateralem Weg keine Fortschritte erzielt werden. Im August 2020 reichte Liechtenstein schliesslich eine Staatenbeschwerde gegen die Tschechische Republik beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ein. Die liechtensteinische Regierung geht mit der Staatenbeschwerde gegen die Verletzung von Grundrechten durch die tschechischen Behörden vor, insbesondere jene auf ein faires Verfahren, auf Achtung des Privat- und Familienlebens (einschliesslich des individuellen Rechts auf die Bestimmung der eigenen ethnischen Zugehörigkeit), den Schutz vor Diskriminierung und den Schutz des Eigentums vor. Im Berichtsjahr reichte die Tschechische Republik ihre Klageantwort am 23. Juli beim EGMR ein.

Ein wichtiges Instrument in den Beziehungen zwischen Liechtenstein und Tschechien stellt die unabhängige und paritätisch besetzte liechtensteinisch-tschechische Historikerkommission dar. Die Kommission widmete sich im Rahmen ihrer Sitzungen im Berichtsjahr insbesondere der Verbesserung der Nutzbarkeit und Bekanntheit der gemeinsamen Webseite der Kommission, der Verbreitung des Syntheseberichtes, der Edition von Rechtsgutachten, Publikationen sowie der Popularisierung der Forschungsergebnisse und der Anregung und Förderung wissenschaftlicher Forschungen mittels einer Preisauszeichnung und eines Stipendiums/Forschungsfonds.

Bei der Wahl zum tschechischen Abgeordnetenhaus vom 8./9. Oktober ging das Wahlbündnis Spolu von Christ- und Bürgerdemokraten als Sieger hervor. Zusammen mit dem zweiten Wahlbündnis von Piratenpartei und Bürgermeisterliste erreichte Spolu eine Mandatsmehrheit, die anschliessend zur Bildung einer Regierungskoalition führte. Erstmals in der Geschichte der Tschechischen Republik schieden die Linksparteien aus dem Parlament aus: Weder die Sozialdemokraten noch die Kommunisten schafften den Sprung über die Fünfprozenthürde. Am 17. Dezember wurde die neue Mitte-Rechts-Regierung unter der Führung von Premier Petr Fiala ernannt. Sie strebt eine pro europäische Ausrichtung an.

Im Laufe des Berichtsjahres nahm I.D. Botschafterin Kothbauer eine Reihe von weiteren Terminen und Anlässen in Prag und Brünn wahr. Dazu zählten ein Antrittsbesuch beim Kreishauptmann Südmährens, Treffen mit Mitgliedern des Senats, des Abgeordnetenhauses sowie mit der Verwaltung.

Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Die Arbeiten in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) standen im Berichtsjahr im Zeichen der zunehmenden sicherheitspolitischen Spannungen im OSZE-Raum. Dies bezog sich insbesondere auf den Ukraine-Konflikt, den Bergkarabach-Konflikt und die Krise in Belarus. Auch die Entwicklungen in Afghanistan und ihre Implikationen für den OSZE-Raum waren von aktueller Relevanz. Inhaltlich und organisatorisch waren die Arbeiten der Organisation weiterhin von der Covid-19-Pandemie mitbeeinflusst, da die Auswirkungen der Pandemie die Konflikte und Krisen verschärften.

In diesem Umfeld gestaltete sich die Suche nach konsensfähigen Lösungen als besonders schwierig. Stark in den Vordergrund rückten erneut die institutionellen Herausforderungen, denen sich die OSZE gegenübersieht. Dies zeigte sich vor allem in den schwierigen Verhandlungen zum OSZE-Jahresbudget und der Abhaltung einiger Hauptveranstaltungen im Rahmen der Organisation. Der mangelnde Konsens zu einer Reihe von substanziellen politischen Fragen und die abnehmende Kompromissbereitschaft führten auch dazu, dass beim OSZE-Ministerrat in Stockholm im Dezember nur sehr wenige substanzielle Beschlüsse gefasst werden konnten.

Liechtensteins Mitarbeit erstreckte sich auf das gesamte Spektrum der OSZE, die im Berichtsjahr unter schwedischem Vorsitz stand. Inhaltliche Akzente wurden von Liechtenstein unter anderem in den Bereichen Bekämpfung von Menschenhandel sowie Jugend und Sicherheit gesetzt. In der politisch-militärischen Dimension wurde der «Strukturierte Dialog» zu Sicherheitsherausforderungen und -risiken im OSZE-Raum fortgesetzt. Wirtschaft und Umwelt erwiesen sich weiterhin als Bereiche mit Kooperationspotenzial, denen bei der Bewältigung der Krisenfolgen erhöhte Aufmerksamkeit zukommt. Die Arbeiten in der dritten (menschlichen) Dimension waren stark geprägt von der Diskussion über die Durchführung des Implementierungstreffens der menschlichen Dimension (HDIM), das schlussendlich abgesagt werden musste.

Liechtensteinische Aktivitäten

Liechtenstein engagierte sich inhaltlich wie finanziell in allen drei OSZE-Dimensionen für die Sicherheit und Zusammenarbeit im Rahmen der Organisation.

Erstmals wurde im Berichtsjahr eine «Jugend-Roadshow» in Liechtenstein durchgeführt. Am 23. Juni tauschten sich junge Erwachsene aus Liechtenstein in einer Online-Veranstaltung zu wichtigen Themen rund um eine sichere Zukunft Europas aus. Diese Roadshow, an der auch Mitglieder der Landtagsdelegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE teilnahmen, wurde vom OSZE-Sekretariat gemeinsam mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten und der Ständigen Vertretung in Wien organisiert.

Die liechtensteinische «FAST-Initiative» zur Rolle des Finanzsektors bei der Bekämpfung von moderner Sklaverei und Menschenhandel konnte in den Arbeiten der OSZE weiter verankert werden. Bei der Konferenz der Allianz gegen Menschenhandel (ca. 800 Teilnehmende) im Juli wurde im Rahmen eines Panels zur Bekämpfung der Nachfrage, die den Menschenhandel für Zwangsarbeit fördert, auf die Initiative aufmerksam gemacht. Ende November fand ein Runder Tisch zum Thema Menschenhandel und Finanzsektor in London statt, der vom Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels in Zusammenarbeit mit der «United Kingdom Independent Anti-Slavery Commissioner» und FAST organisiert wurde.

Informeller Outreach in der OSZE erfolgte auch zu dem von Liechtenstein in Zusammenarbeit mit dem Liechtenstein Institute on Self-Determination (LISD) an der Universität Princeton erarbeiteten Handbuch zum Selbstbestimmungsrecht, auf das insbesondere im Rahmen des OSZE-Konfliktzyklus-Seminars im Mai hingewiesen wurde.

Mitte Oktober fand in Wien ein Rüstungskontrollworkshop im Zusammenhang mit dem «E-Learning-Programm» des Forums für Sicherheitskooperation der OSZE statt. Liechtenstein war Mitorganisator dieser Veranstaltung.

Der Cybersicherheit kam im Berichtsjahr weiter zunehmende Bedeutung zu. Liechtenstein verfolgte die OSZE-Arbeiten dazu vor allem in der informellen Arbeitsgruppe der OSZE zu Cybersicherheit.

Zudem beteiligte sich Liechtenstein an den Arbeiten der Organisation in den Bereichen Terrorismusbekämpfung, Wasserdiplomatie sowie zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit.

Liechtenstein nahm weiterhin an den Treffen der Berliner Freundesgruppe zur Rüstungskontrolle teil, in der jeweils auch der in der OSZE geführte «Strukturierte Dialog» besprochen wurde. Dieser Dialog widmet sich den Sicherheitsherausforderungen und -risiken im OSZE-Raum. Im Berichtsjahr standen neben den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Sicherheit auch die Themen hybride Bedrohungen und die Sicherheitsimplikationen des Klimawandels im Vordergrund.

Die Verhandlungen zu einem neuen Berechnungssystem der Beiträge zum regulären OSZE-Budget sowie die Arbeiten zur Rechtspersönlichkeit der OSZE wurden ebenfalls weiterverfolgt.

Zunehmend schwierig gestalteten sich die Diskussionen über die Abhaltung wichtiger OSZE-Treffen wie der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC) und dem Implementierungstreffen der menschlichen Dimension (HDIM). Mangels Konsens zur Agenda konnte das HDIM erstmals aus inhaltlichen Gründen

nicht stattfinden (nach pandemiebedingter Absage 2020). Teilweise wurde die Jubiläumskonferenz zu 30 Jahren OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) im Oktober, an der Liechtenstein vertreten war, als Ersatz genutzt.

Eine liechtensteinische Delegation nahm an der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung (PV) der OSZE in Wien (hybrides Format) sowie an der virtuell durchgeführten Herbsttagung teil.

Finanziell unterstützte Liechtenstein im Rahmen der OSZE neben den Pflichtbeiträgen den langjährigen und bewährten ODIHR-Fonds zur Überprüfung von Gesetzesbestimmungen. Weitere Projekte wurden unter anderem zu den Themen Rüstungskontrolle (inkl. im Westbalkan), «Strukturierter Dialog», Jugend/Sicherheit sowie Wasserdiplomatie und Klimawandel/Sicherheit gefördert.

Schwedischer OSZE-Vorsitz und Ministerrat in Stockholm

Der OSZE-Ministerrat fand am 2./3. Dezember unter schwedischem Vorsitz in Stockholm statt. Er zeichnete sich durch eine hochrangige Beteiligung aus und war geprägt von den grossen sicherheitspolitischen Herausforderungen im OSZE-Raum. Im Mittelpunkt stand der Konflikt in der Ukraine und die Befürchtung eines neuerlichen russischen Angriffs in der Ukraine. Darüber hinaus befassten sich die MinisterInnen mit den Konflikten in Bergkarabach, Moldau/Transnistrien und der besorgniserregenden Lage in Belarus. Zudem sprach die Aussenministerin von Bosnien und Herzegowina ein «early warning» in Bezug die bedrohte Einheit und Stabilität in ihrem Land aus.

Ein wichtiges Element des politischen Austausches waren auch die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Sicherheit. Erstmals bei einem Ministerrat fanden institutionelle Fragen – wie die rechtzeitige Verabschiedung des OSZE-Budgets sowie bei der planmässigen Durchführung wichtiger OSZE-Veranstaltungen – die Beachtung der MinisterInnen. Die Auswirkungen der Afghanistan-Krise auf den OSZE-Raum wurden ebenfalls thematisiert.

Die Zahl der formellen Ergebnisse des Ministerrats fiel angesichts der angespannten Lage und der sehr schwierigen Konsensfindung gering aus. Inhaltlich konnten in Stockholm lediglich eine Erklärung zu den Verhandlungen über den transnistrischen Siedlungsprozess und ein Beschluss zur Stärkung der Zusammenarbeit zur Bewältigung der durch den Klimawandel verursachten Herausforderungen verabschiedet werden. Zudem wurde kurz vor dem Ministerrat beschlossen, dass Finnland den OSZE-Vorsitz 2025 (50-Jahr-Jubiläum der Schlussakte von Helsinki) übernehmen wird. Die Kandidatur Estlands für 2024 fand keinen Konsens.

Die liechtensteinische Delegation beim Ministerrat wurde von der Ständigen Vertreterin bei der OSZE, I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, angeführt. Die liechtensteinische Rede ging angesichts des 100-Jahr-Jubiläums der liechtensteinischen Verfassung von 1921 auf die Verantwortung des Staates ein, das allgemeine Wohl des Volkes zu fördern. Das ständige Ringen der Politik um die besten Lösungen gilt nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch in den internationalen Beziehungen und der OSZE. Der Achtung und Förderung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. In Bezug auf die Konflikte und Krisen im OSZE-Raum hob Liechtenstein die humanitären Aspekte und die Notwendigkeit hervor, die Lage der Zivilbevölkerung in den Vordergrund zu rücken. Zudem wurde auf den wertvollen Beitrag zu einem effektiven Multilateralismus hingewiesen, den die OSZE mit ihrem umfassenden Sicherheitskonzept leistet.

In den Verhandlungen zu den Ministerratsdokumenten brachte sich Liechtenstein vor allem bei der Bekämpfung des Menschenhandels und zum OSZE-Budgetzyklus ein.

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Im Berichtsjahr nahm Liechtenstein am 14. «UNO-Verbrechenskongress» sowie an den jährlichen Sessionen der Kommission für Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege (CCPCJ) und der Suchtmittelkommission (CND) sowie dem CND-Jugendforum teil. Regierungsrätin Dominique Hasler traf sich in Wien zu einem Austausch mit der Exekutivdirektorin des UNO-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), Ghada Fati Waly. Des Weiteren trug Liechtenstein zu den Arbeiten des UNODC, der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO), der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Atomtests (CTBTO) sowie zum UNO-Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UNTOC) und der UNO-Konvention gegen Korruption (UNCAC) bei. Die Ständige Vertretung unterstützte dabei die jeweiligen Fachpersonen aus Liechtenstein.

UNO-Verbrechenskongress und Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege

Vom 7. bis 12. März fand in Kyoto (Japan) der 14. UNO-Kongress zur Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege statt. Liechtenstein war im hochrangigen Segment des Kongresses (virtuell) durch Regierungsrätin Dr. Katrin Eggenberger vertreten. Die Veranstaltung war ursprünglich für 2020 geplant gewesen,

musste coronabedingt aber verschoben werden. Die liechtensteinische Rede äusserte Besorgnis über die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die internationale Kriminalität. Herzstück des Kongresses war die «Kyoto-Deklaration», welche die Prioritäten der Mitgliedsstaaten im Bereich der Verbrechensbekämpfung für die kommenden fünf Jahre festlegt. Liechtenstein setzte sich in den Verhandlungen zu dieser Erklärung für eine stringente Sprache im Bereich der Finanzkriminalität und eine stärkere Verankerung der Bekämpfung des Menschenhandels ein.

Die 30. Session der UNO-Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (CCPCJ) fand vom 17. bis 21. Mai in Wien (hybrides Format) statt. Liechtenstein wurde durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten und die Ständige Vertretung in Wien vertreten. Insgesamt wurden sieben Resolutionen zu einer breiten Palette von Themen verabschiedet: Menschenhandel, Migrantenschmuggel, Umweltverbrechen, Wiedereingliederung von Straftätern, Sport als Verbrechensprävention und Auswirkung der Covid-19-Pandemie auf das Strafjustizsystem. Liechtenstein nahm aktiv an den Verhandlungen zu zwei Resolutionen teil (zu Menschenhandel und zu Umweltverbrechen). In der Generaldebatte ging Liechtenstein in seinem Statement auf den 14. UNO-Kongress zur Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege, die Sondersitzung der Konferenz der Vertragsstaaten des UNO-Übereinkommens gegen Korruption (UNGASS), Cybercrime sowie die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Verbrechensbekämpfung ein. Überschattet wurde die CCPCJ-Session von einem offen ausgetragenen Disput zwischen Armenien und Aserbaidschan, der die Agenda der Tagung stark beeinträchtigte. Der Disput führte auch zur ersten Abstimmung innerhalb der CCPCJ – einem klaren Bruch des Konsens, der an der UNO in Wien stets hochgehalten wird.

Suchmittelkommission

Die 64. Session der UNO-Suchtmittelkommission (CND) fand vom 12. bis 16. April statt. Die liechtensteinische Delegation unter Leitung des Amtes für Soziale Dienste nahm wie viele andere Delegationen aufgrund der Covid-19-Situation virtuell teil. Auch die liechtensteinische Teilnahme am CND-Jugendforum durch Nicolas Marxer in der Vorwoche erfolgte virtuell. Inhaltlich wurden bei der CND-Session auf Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) acht Substanzen unter die Kontrolle der internationalen Drogenkonventionen von 1961 (Einheitsabkommen) und 1971 (Psychoaktive Substanzen) gestellt. Die im Rahmen der Session eingebrachten fünf Resolutionen wurden angenommen. Sie betrafen etwa den Umgang mit der Drogensituation im Kontext der Covid-19-Pandemie, die Förderung einer wissenschaftsbasierten Präventionsarbeit oder die besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Randgruppen bei Suchtthematiken.

Austausch mit UNODC-Exekutivdirektorin

Im Zuge ihres Besuchs in Wien im Mai führte Regierungsrätin Dominique Hasler einen Austausch mit der Exekutivdirektorin des UNO-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), Ghada Fati Waly. Im Mittelpunkt standen die UNO-Arbeiten zur Bekämpfung von Korruption (UNGASS) und die liechtensteinische Initiative zur Rolle des Finanzsektors bei der Bekämpfung von moderner Sklaverei und Menschenhandel (FAST). Exekutivdirektorin Waly brachte die Unterstützung von UNODC für FAST zum Ausdruck.

Internationale Atomenergie-Organisation

Die 65. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) fand vom 20. bis 24. September in Wien statt. Liechtenstein war durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten und die Ständige Vertretung vertreten. Den geopolitischen Rahmen für die Konferenz bildeten erneut vor allem Diskussionen über die Entwicklungen im Iran und in Nordkorea.

Liechtenstein schloss sich im Plenum der Wortmeldung der Schweiz an und war wie im Vorjahr Co-sponsor der Resolutionen zu (i) Nordkorea, (ii) nuklearer Sicherheit sowie (iii) zu nuklearer und Strahlungssicherung. Erstmals wurde auch die Resolution zu den Sicherungsmassnahmen (safeguards) miteingebracht.

Die Westeuropa-Gruppe, der Liechtenstein angehört, konnte sich erneut auf kein neues mehrjähriges Rotationsschema für die Mitgliedschaft im IAEO-Gouverneursrat für die Periode ab 2019 bis 2020 einigen. Dennoch konnten Finnland und Irland ohne Abstimmung für 2021 bis 2023 gewählt werden. Im Anschluss an die Generalkonferenz übernahm Liechtenstein zusammen mit Deutschland für ein Jahr den Co-Vorsitz in der Westeuropa-Gruppe.

Weitere Aktivitäten mit liechtensteinischer Beteiligung

Im Berichtsjahr beteiligte sich Liechtenstein, vertreten durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten, an den Arbeiten im Rahmen des Überprüfungsmechanismus zum UNO-Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UNTOC).

Liechtenstein nahm an den zusätzlichen Runden der Wahl des Exekutivsekretärs der Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO) teil. Im Mai konnte der bereits im Vorjahr gestartete langwierige Prozess mit der Wahl des australischen Kandidaten Dr. Robert Floyd abgeschlossen werden, der sich schlussendlich gegen Amtsinhaber Dr. Lassina Zerbo (Burkina Faso) durchsetzte.

Die Ständige Vertretung in Wien unterstützte im Berichtsjahr weiterhin das Amt für Auswärtige Angelegenheiten bei der Vorbereitung der Sondersession der UNO-Generalversammlung (UNGASS) zum Thema Korruption. Die Sondersession fand im Juni in New York statt. Zudem war Liechtenstein im Dezember bei der

9. Vertragsstaatenversammlung der UNO-Konvention gegen Korruption (UNCAC) im ägyptischen Sharm el Sheikh, die im hybriden Format stattfand, durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten vertreten.

Europarat in Strassburg

Leiter: Botschafter Domenik Wanger

Die Ständige Vertretung in Strassburg setzt sich dafür ein, die liechtensteinische Politik voranzutreiben und die Interessen Liechtensteins gegenüber den anderen Mitglieds- und Beobachterstaaten in den Kernbereichen des Europarates zu vertreten: Demokratie, Schutz der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Diese Interessen werden im Ministerkomitee, dem höchsten Entscheidungsgremium im Rat, vom Botschafter verteidigt, der die Aussenministerin vor Ort vertritt. Die Aussenministerinnen und Aussenminister aller Mitgliedstaaten versammeln sich einmal jährlich, um politische Fragen und die europäische Zusammenarbeit zu eruieren sowie notwendige politische Impulse zu geben. Der Botschafter nimmt zudem Einsitz in den Organen der Entwicklungsbank des Europarats (CEB) und verfolgt die Arbeit der Organisation, der Parlamentarischen Versammlung (PACE), des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) sowie des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR).

Die Covid-19-Pandemie und deren Einschränkungen beeinträchtigten die Arbeit im Europarat 2021 insofern, als dass die Teilnahme an Sitzungen auch im Berichtsjahr teilweise nur online möglich war. Abgesehen von einigen gesellschaftlichen Veranstaltungen konnten 2021 aber grundsätzlich alle geplanten Termine in physischer, hybrider oder digitaler Form durchgeführt werden.

Für das Berichtsjahr hervorzuheben sind im Besonderen die liechtensteinische Ratifikation der Istanbul-Konvention sowie die Vorbereitungen auf den Vorsitz Liechtensteins im Ministerkomitee 2023/2024. Aktiv engagiert hat sich Liechtenstein ebenfalls in den EU-Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Der Berg-Karabach Konflikt sowie die aktuellen Situationen in der Türkei, Russland, Georgien und der Ukraine waren weitere Themen auf der Agenda des Ministerkomitees.

Ministersession der Europaratsstaaten

Das jährliche Treffen der Aussenministerinnen und Aussenminister des Europarats fand am 21. Mai unter deutschem Vorsitz in Hamburg statt. Die physische Teilnahme vor Ort wurde situationsbedingt auf die deutsche und ungarische Delegation, die Generalsekretärin des Europarates, Marija Pejčinović Burić, sowie die Präsidenten der anderen Organe der Organisation begrenzt. Alle anderen Delegationen waren online vertreten. Die wichtigste verabschiedete Entscheidung der 131. Ministersession war die Vereinbarung des Strategierahmens für die kommenden vier Jahre. Zudem wurde der Jahresbericht der Generalsekretärin, die Rolle der Organisation beim Lösen von Konflikten und Krisen in Europa, die Sicherung der langfristigen Wirksamkeit des Systems der Europäischen Menschenrechtskonvention, die künftige Kooperation mit der Europäischen Union sowie die Herausforderungen hinsichtlich künstlicher Intelligenz und den Menschenrechten besprochen.

Vorsitz im Ministerkomitee

Am Ende der Ministersession in Hamburg übergab Deutschland den Vorsitz im Ministerkomitee an Ungarn. Am 17. November wurde der Vorsitz von Italien übernommen. Ungarn legte folgende Schwerpunkte für die Dauer seines Vorsitzes fest: Schutz von nationalen Minderheiten, Interreligiöser Dialog, Kinderrechte und Jugendbeteiligung, Umwelt sowie Umgang mit technologischen Herausforderungen wie Gerechtigkeit im digitalen Zeitalter, künstliche Intelligenz, Kampf gegen Cyberkriminalität. Im Mittelpunkt des italienischen Vorsitzes standen folgende drei Hauptthemen: Die Erneuerung der Verpflichtung gegenüber den gemeinsamen Grundsätzen und Werten, die Stärkung der Rolle der Frau und die Rechte von Kindern und der Aufbau einer Zukunft, die auf den Menschen ausgerichtet ist. Im Speziellen hob Italien die Bedeutung des Gerichtshofes und der Sicherstellung der Umsetzung seiner Urteile, sowie ebenfalls die Verhandlungen zum Beitritt der EU zur EMRK hervor.

Liechtenstein wird den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates von November 2023 bis Mai 2024 übernehmen.

Neuer Stellvertretender Generalsekretär

Bjørn Berge (Norwegen) hat das Amt als stellvertretender Generalsekretär des Europarates am 1. März übernommen. Er wurde am 26. Januar von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) mit 185 gegen 112 Stimmen gewählt. Seine Amtszeit beträgt fünf Jahre.

Istanbul-Konvention

Türkei kündigt Austritt aus der Istanbul-Konvention an

Am 20. März gab die Türkei ihren Rücktritt aus der Istanbul-Konvention bekannt. Im Ministerkomitee am 31. März meldeten sich mehr als 30 Staaten – darunter auch Liechtenstein – zu Wort und drückten ihr grosses Bedauern über diese Entscheidung aus.

Ratifikation durch Liechtenstein

Anlässlich ihres Arbeitsbesuches in Strassburg hinterlegte Aussenministerin Dominique Hasler am 17. Juni die Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt

gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die sogenannte Istanbul-Konvention, beim Europarat. Das Übereinkommen ist für Liechtenstein am 1. Oktober in Kraft getreten. Durch die zeitliche Nähe des Rückzuges der Türkei aus der Istanbul-Konvention erreichte die Ratifizierung durch Liechtenstein zusätzliche Beachtung.

Vizepräsidium des Büros des Komitees der Vertragsparteien der Istanbul-Konvention
Seit Inkrafttreten am 1. Oktober ist Liechtenstein als 34 Vollmitglied im «Komitee der Vertragsparteien» vertreten. Das Komitee hat sich seit der ersten Sitzung 2015 in der Regel zwei Mal jährlich getroffen. Bei der 11. Sitzung am 7. Dezember wurde Botschafter Domenik Wanger zum ersten Vizepräsidenten des Komitee-Büros gewählt, neben der französischen Botschafterin als Präsidentin und des slowenischen Botschafters, welcher als zweiter Vizepräsident fungiert. Das neue Präsidium nimmt seine Aufgabe ab 1. Februar 2022 wahr. Die Amtsdauer beträgt ein Jahr, sie kann um ein Jahr verlängert werden.

Besuch der Aussenpolitischen Kommission in Strassburg
Vom 8. bis 10. November weilte die Aussenpolitische Kommission des Landtages (APK) in Strassburg, um die Arbeit des Europarates sowie die Arbeit der Ständigen Vertretung näher kennen zu lernen. In Begleitung von Botschafter Domenik Wanger und seiner Stellvertreterin Helen Lorez fanden offizielle Treffen mit der Generalsekretärin des Europarates sowie der Generalsekretärin der Parlamentarischen Versammlung statt. Zudem fand in der liechtensteinischen Residenz ein Empfang mit Personen aus Leitungsfunktionen des Europarates statt, an welchem ebenfalls die Botschafterinnen und Botschafter der Schweiz, Österreichs, Deutschlands, Luxemburgs und des aktuellen Vorsitzlandes Ungarns anwesend waren, sowie der liechtensteinische Richter beim EGMR, Carlo Ranzoni. Mit Richter Ranzoni traf sich die APK zusätzlich zu einem separaten Austausch.

Zweites Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen (ERHÜ)
Am 1. Januar ist das Zweite Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über Rechtshilfe in Strafsachen für Liechtenstein in Kraft getreten, nachdem es am 17. Juni 2020 durch Botschafter Domenik Wanger unterzeichnet wurde.

Protokoll Nr. 15 zur Änderung der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
Am. 1. August ist das Protokoll 15 zur Änderung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten in allen 47 Mitgliedstaaten des Europarates in Kraft getreten. Die Änderungen sollen sicherstellen, dass der EGMR in Zukunft noch effizienter arbeiten kann. Die wichtigsten Änderungen sind die Verkürzung der Einreichfrist von Beschwerden sowie die neue Regelung zur Sicherstellung der neunjährigen Mandatsperiode der EGMR-Richter. Der liechtensteinische Landtag hat dem Protokoll bereits 2013 zugestimmt.

Eine wichtige Neuerung durch Protokoll 15 ist die Fristverkürzung für die Einreichung von Beschwerden an den EGMR. Bisher hatten Bürgerinnen und Bürger, die sich in ihren Menschenrechten und Grundfreiheiten verletzt fühlten, sechs Monate Zeit, um mit einer sogenannten Individualbeschwerde an den EGMR in Strassburg zu gelangen, nachdem gegen sie ein letztinstanzliches Urteil ergangen war. Neu müssen diese Individualbeschwerden innerhalb einer viermonatigen Frist beim EGMR eingereicht werden.

Neues liechtensteinisches CPT-Mitglied gewählt
Das Ministerkomitee hat am 16. Juni Frau Judith Oehri zum neuen liechtensteinischen Mitglied im Europäischen Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) gewählt. Eine Neubestellung wurde nötig, nachdem das bisherige Mitglied im CPT, Frau Esther Marogg, zurückgetreten ist.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Am Ende des Berichtsjahres waren 70'150 Fälle beim EGMR hängig – im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Anstieg von rund 13%. Fast die Hälfte der Urteile betrafen drei der 47 Mitgliedsstaaten, nämlich Russland, Türkei und Ukraine. Von der Gesamtzahl der im Berichtsjahr ergangenen Urteile stellte der EGMR in 87% der Fälle mindestens eine Verletzung der Konvention durch den beklagten Staat fest.

Darüber hinaus wurden rund 33'000 Fälle vom EGMR für unzulässig erklärt oder gestrichen, was verglichen zum Vorjahr einem Rückgang von 13% entspricht. Rund 44'000 Beschwerden bzw. 6% weniger als im Vorjahr waren einer richterlichen Instanz zugewiesen worden und für 3'131 Fälle wurde ein Urteil gefällt, was einer Reduktion von rund 13% verglichen zum Vorjahr entspricht. Trotz der Covid-19-Pandemie konnte der Gerichtshof für Menschenrechte im Berichtsjahr 31% mehr Kammerurteile erlassen.

Russland vs. Nawalny
Die Inhaftierung des russischen Menschenrechtsaktivisten Alexej Nawalny wurde im Berichtsjahr in mehreren Sitzungen des Ministerkomitees aufgenommen, da gemäss dem Urteil des EGMR vom 17. Oktober 2017 seine Inhaftierung willkürlich und offenkundig unangemessen war und Russland damit Artikel 6 und 7 der EMRK verletzte. Russland wurde daher in mehreren Wortmeldungen aufgefordert, ihre internationalen Verpflichtungen im Rahmen der EMRK einzuhalten. Den diesbezüglichen Wortmeldungen der EU-Delegation in den Sitzungen des Ministerkomitees schloss sich Liechtenstein jeweils an.

Türkei vs. Kavala
Urteile des EGMR müssen umgesetzt werden. Die Überwachung dieser Umsetzung ist eine der Hauptaufgaben des Ministerkomitees. So auch jenes betreffend den sich in Haft befindenden türkischen Menschenrechtsaktivisten Osman Kavala. Da sich die Türkei nach wie vor weigerte, das entsprechende EGMR-Urteil umzusetzen bzw. den vom Ministerkomitee auferlegten Forderungen seiner Freilassung nachzukommen, haben sich immer mehr Europaratsstaaten in dieser Angelegenheit engagiert und die Stimme erhoben, so auch Liechtenstein. Schliesslich hat das Ministerkomitee in seiner Sitzung vom 7. Dezember das Verfahren nach Art. 46 Abs. 4 der EMRK zur Anwendung gebracht. Gemäss diesem Artikel kann das Ministerkomitee den Gerichtshof mit der Frage befassen, ob der beschuldigte Mitgliedsstaat der Verpflichtung der Umsetzung nicht nachgekommen ist. Wird dies bejaht, kann bei weiter andauernder Nicht-Umsetzung des Urteils dem Mitgliedsstaat mit dem Entzug von Mitgliedsrechten gedroht werden. Am Ende des Berichtsjahres stand dieser Prozess noch ganz am Anfang, die Überweisung der Frage an den Gerichtshof war in Vorbereitung.

Staatenbeschwerde Liechtenstein vs. Tschechische Republik
Die tschechische Stellungnahme auf die von Liechtenstein im August 2020 eingereichte Staatenbeschwerde traf am 23. Juli ein. Einige der angehängten Dokumente, welche mit dieser Stellungnahme eingereicht wurden, waren nicht oder nur teilweise übersetzt. Um die Frage zu klären, welche dieser Anhänge übersetzt werden müssen, hat der EGMR beide Parteien dazu aufgefordert, sich in dieser Angelegenheit bilateral zu einigen. In diesem Sinne fand am 25. November ein erstes bilaterales physisches Treffen der beiden Parteien in der liechtensteinischen Residenz statt.

Parlamentarische Versammlung (PACE)
Despina Chatzivassiliou-Tsovilis (Griechenland) hat das Amt als Generalsekretärin der Parlamentarischen Versammlung am 1. März übernommen. Sie wurde am 26. Januar von der Parlamentarischen Versammlung mit 240 zu 60 Stimmen gewählt. Ihre Amtszeit endet im Jahr 2026.

Nach coronabedingter einjähriger Pause wurde die Winter-Session der Parlamentarischen Versammlung vom 25. bis 28. Januar hybrid abgehalten. Aufgrund der strikten Voraussetzungen für eine physische Teilnahme, war eine physische Teilnahme für die liechtensteinische Delegation der Parlamentarischen Versammlung nicht möglich. Nachdem auch die Frühjahrssession der Parlamentarischen Versammlung pandemiebedingt virtuell stattfinden musste, reisten die neu gewählten Abgeordneten der Landtagsdelegation, nämlich Delegationsleiterin Franziska Hoop, Peter Frick, Thomas Hasler und Hubert Büchel in Begleitung von Sandra Gerber-Leuenberger vom Parlamentsdienst erstmals für die Juni Session der PACE nach Strassburg. Zu den inhaltlichen Aspekten und Themen der Parlamentarischen Versammlung wird auf den Jahresbericht der PACE-Delegation verwiesen. An der Herbstsession der Parlamentarischen Versammlung nahmen Franziska Hoop sowie Hubert Büchel teil. Es fanden jeweils virtuelle Vorbereitungstreffen mit der Vertretung in Strassburg statt. Zudem wurden die Abgeordneten während ihrer physischen Teilnahme in Strassburg jeweils von Botschafter Wanger empfangen.

Kongress der Gemeinden und Regionen (KGRE)
Liechtenstein wirkt seit Anfang März 2021 in den drei Ausschüssen (Monitoring, Governance und Current Affairs Committee) des Kongresses der Gemeinden und Regionen mit. Delegationsleiter Johannes Hasler und Maria Kaiser-Eberle vertreten Liechtenstein im Monitoring Committee (rechtlicher Ausschuss), Maria Kaiser-Eberle und Rainer Beck im Current Affairs Committee (praktischer Ausschuss), Johannes Hasler und Silvia Pedrazzini sind im Governance Committee (technischer Ausschuss) aktiv. An der 40. Session des Kongresses, die vom 23. bis 24. März durchgeführt wurde, hatten die liechtensteinischen Abgeordneten Maria Kaiser-Eberle und Sylvia Pedrazzini via Videokonferenz teilgenommen. Zum neuen Präsidenten des Kongresses wurde Herr Leendert Verbeek (Holland) für eine Mandatsdauer von zweieinhalb Jahren gewählt. Auch der zweite Teil der 40. Sitzung des KGRE, welcher vom 15. bis 17. Juni stattfand, musste erneut per Videokonferenz abgehalten werden.

Entwicklungsbank des Europarats (CEB)
An der virtuellen Sitzung des Gouverneursrates der CEB vom 16. April unterbreitete Gouverneur Rolf Wenzel den Mitgliedsstaaten seinen Vorschlag zur Ernennung des Vize-Gouverneurs für Zielgruppenländer (Vice Gouverneur for Target Group Countries). Der aktuelle Stelleninhaber, Tomáš Boček (CZ), wurde wiedergewählt.

Während der Juni-Sitzung wurde Herr Carlo Monticelli (Italien) zum neuen Gouverneur der CEB für eine Amtszeit von fünf Jahren ernannt. Am 18. Dezember wurde Rolf Wenzel (Deutschland) somit nach zehn Jahren als Gouverneur abgelöst. Herr Monticelli übte das Amt als Vize-Gouverneur bereits seit November 2015 aus und war vor allem für die Finanzstrategie der Institution verantwortlich.

Group of Friends on the Safety of Journalist
Liechtenstein ist Mitglied der Freundesgruppe zur Sicherheit von Journalisten. Die Gruppe äusserte sich im Berichtsjahr verschiedentlich zu Verhaftungen sowie Behinderungen und Angriffen auf Journalisten und Medienschaffende. Vereinzelt wurden diese Erklärungen der Freundesgruppe auch zur Unterstützung (Alignment) der anderen Mitgliedsstaaten des Europarats geöffnet.

In einem Fall koordinierte Liechtenstein die Unterstützungsanfragen und setzte sich in der Freundesgruppe insbesondere auch dafür ein, dass die Wortmeldungen objektiv und ausgewogen sowie nicht auf ein paar wenige Staaten beschränkt sind, sondern Missstände in allen Europaratsstaaten angesprochen werden.

Freiwillige Beiträge für Projekte des Europarats
Besondere Schwerpunkte der liechtensteinischen Aussenpolitik sind die Stärkung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte. Deshalb unterstützte Liechtenstein im Berichtsjahr folgende Projekte des Europarats mit finanziellen Beiträgen aus der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) mit insgesamt CHF 80'000: CHF 20'000 für den Aktionsplan des Europarats in Georgien; CHF 20'000 für den Aktionsplan des Europarats in Armenien; CHF 20'000 für den Aktionsplan des Europarats für die Ukraine; CHF 20'000 für die Plattform zum Schutz von Journalisten. Über die freiwilligen Beiträge der Ständigen Vertretung wurden CHF 15'000 für den Schutz von Kindern vor Gewalt einschliesslich sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch und CHF 10'000 für das Projekt zum verbesserten Schutz der Menschenrechte und zur Bekämpfung der Diskriminierung von LGBTI+ Personen in Europaratsstaaten, ausgezahlt. Dem Sonderkonto des EGMR wurden EUR 10'000 gewährt.

Vorbereitungen auf den liechtensteinischen Vorsitz 2023/2024
Turnusgemäss wird Liechtenstein von Mitte November 2023 bis Mitte Mai 2024 den Vorsitz im Ministerkomitee innehaben. Damit bereitet Liechtenstein die jährliche Ministersession im Mai 2024 vor, an deren Ende traditionellerweise der Vorsitz an das nächste Land, in diesem Fall Litauen, übergeben wird. Bislang hatte Liechtenstein zweimal, in den Jahren 1987 und 2001, den Vorsitz im Europarat inne. Organisatorische und inhaltliche Vorbereitungen für den Vorsitz 2023 wurden im Berichtsjahr fortgeführt und intensiviert. In diesem Sinne gab Botschafter Domenik Wanger am 6. September einen Empfang in der Residenz zu Ehren von Regierungsrätin Dominique Hasler für sämtliche Botschafterinnen und Botschafter sowie Leitungspersonen aus dem Europarat.

Teilnahme an Sitzungen
Neben der 131. virtuellen Ministersession in Hamburg fanden 31 formelle und acht informelle Sitzungen des Ministerkomitees auf Botschafterebene einschliesslich der sogenannten DH-Sitzungen zur Umsetzung der Urteile des EGMR statt. Zudem nahm die Ständige Vertretung an diversen Berichterstatter-Gruppen des Ministerkomitees sowie an den Videokonferenzen des Verwaltungsrats und des Aufsichtsratsrats der CEB teil, wobei die letzte Sitzung des Aufsichtsrats im Dezember physisch durchgeführt werden konnte.

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York

Leiter: Botschafter Christian Wenaweser

Wie im Vorjahr beeinflussten die Covid-19-Pandemie und die dadurch notwendigen Anpassungen die Arbeiten der Ständigen Vertretung und auch der Vereinten Nationen. Die Ständige Vertretung setzte Massnahmen zum Schutz des Teams fort, u. a. die zeitweise Ermöglichung von Homeoffice sowie ein Sicherheits- und Hygieneprotokoll in den Büroräumlichkeiten, in Einklang mit den Bestimmungen der lokalen Behörden. Kontinuität in den Arbeiten der Vereinten Nationen konnte garantiert werden, ein Grossteil der Aktivitäten verlagerte sich jedoch auf Onlineplattformen, und vereinzelt wurden weniger dringliche Prozesse und Veranstaltungen verschoben oder abgesagt. Die Ständige Vertretung engagierte sich in den traditionellen prioritären Bereichen, mit besonderem Augenmerk auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Völkerrecht (Internationaler Strafgerichtshof, ICC), Abrüstung, Reformthemen, finanzplatzrelevante Fragen und nachhaltige Entwicklung. Im Anschluss an den Militärcoup in Myanmar im Februar fazilitierte Liechtenstein mit der Unterstützung einer Kerngruppe gleichgesinnter Staaten eine Resolution der Generalversammlung, welche u. a. die illegale Machtübernahme und Gewaltanwendung der Militärjunta verurteilt und den Waffenhandel nach Myanmar verbietet. Die Resolution wurde mit einer grossen Mehrheit verabschiedet (einzig Belarus stimmte gegen den Text). Als Büromitglied im Vierten Hauptausschuss der Generalversammlung (u. a. Selbstbestimmungsrecht) kam Liechtenstein eine besondere Rolle in der Planung der Arbeiten unter Coronabedingungen zu. Zudem war Liechtenstein Mitglied des Büros der Vertragsstaaten des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC). Die Generaldebatte der 76. Session der Generalversammlung wurde mit physischer Hauptstadtbeteiligung bzw. im Voraus aufgezeichneten Reden abgehalten, die meisten Veranstaltungen am Rande wurden virtuell durchgeführt. Regierungsrätin Dominique Hasler führte die liechtensteinische Delegation an und sprach im Rahmen der Generaldebatte.

Prioritär behandelte Themen

Hochrangige Woche – Generaldebatte
Die Generaldebatte stand unter dem Motto «Building resilience through hope – to recover from COVID-19, rebuild sustainably, respond to the needs of the planet, respect the rights of people, and revitalize the United Nations» – auch im Einklang mit dem Motto der GV-Präsidentschaft des maledivischen Aussenministers Abdulla Shahid «A Presidency of Hope». In der GV-Halle herrschten Impfpflicht und Kapazitätsbeschränkungen, und auf Druck des Gaststaats fanden alle hochrangigen sowie alle Nebenveranstaltungen virtuell statt, mit

Ausnahme des GV-Treffens anlässlich des 20-Jahre Jubiläums der Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban. Im Zentrum der Generaldebatte standen der Klimawandel und die Covid-19-Pandemie, ebenso wurde die Krise in Afghanistan häufig thematisiert.

In ihrer ersten Rede vor der UN-Generalversammlung zeigte sich auch Regierungsrätin Dominique Hasler besorgt über die Lage in Afghanistan, und insbesondere über die prekäre Situation von Frauen und Mädchen. Sie unterstrich zudem die Wichtigkeit des Multilateralismus, der Rechtsstaatlichkeit und der Solidarität vor allem in Zeiten der Covid-19-Pandemie. Die liechtensteinische Initiative «Financing Against Slavery and Trafficking» (FAST) präsentierte sie als wichtigen Beitrag in der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele. Zudem rief sie zum Klimaschutz und ambitiösen COP26-Verhandlungen auf.

Finance Against Slavery and Trafficking Initiative (FAST)

Liechtenstein intensivierte sein Engagement für die «Finance Against Slavery and Trafficking» (FAST) Initiative («Liechtenstein Initiative»). Bei dieser wird die Expertise des liechtensteinischen Finanzplatzes für eines der zentralen Menschenrechtsprobleme der heutigen Zeit und das Erreichen der UNO-Nachhaltigkeitsziele genutzt. In 2021 fand der Übergang zu Phase 2.0 statt, welche auch Neurekrutierungen mit sich brachte. Mit Daniel Thelesklaf, ehemaliger Leiter der liechtensteinischen FIU, konnte FAST die Stelle des Direktors mit einem ausgewiesenen Experten nachbesetzen. Die Ständige Vertretung arbeitete eng mit dem FAST-Sekretariat zusammen und veranstaltete die erste Überprüfungskonferenz (Implementation Review Conference) in Liechtenstein im Oktober sowie zahlreiche Nebenveranstaltungen an der UNO in New York und in Genf. Mit der norwegischen Entwicklungsorganisation (NORAD) sowie Luxemburg konnten zwei weitere exzellente Partner gewonnen werden, neben den bisherigen Partnern Australien und den Niederlanden. Es gelang Liechtenstein zudem, die im Vorab verhandelte politische Erklärung des hochrangigen Treffens zum Kampf gegen Menschenhandel im Sinne der Arbeiten der FAST-Initiative zu stärken.

Nachhaltige Entwicklung und finanzplatzrelevante Themen

Ein Hauptaugenmerk galt der sog. FACTI (Financial Accountability, Transparency, Integrity) Initiative, welche ohne offizielles UN-Mandat in 2020 ins Leben gerufen wurde und kontroverse Ziele, u. a. die Etablierung eines globalen Besteuerungssystem und die Bekämpfung von Steueroasen und illegalen Finanzflüssen, verfolgt. Liechtenstein äusserte sich wie zahlreiche gleichgesinnte Staaten erneut kritisch zur Initiative und gegen deren Einbettung in formelle UNO-Prozesse, so auch in der politischen Erklärung zur GV-Sondersession zu Korruption, in welcher Regierungsrätin Dominique Hasler die liechtensteinische Rede hielt.

Liechtenstein organisierte Ende 2021 gemeinsam mit dem International Peace Institute (IPI) eine Veranstaltung zu «rechtlichen Wegen im Kampf gegen den Klimawandel.» Diskutiert wurden die Möglichkeit eines Gutachtens «advisory opinion» des Internationalen Gerichtshofs oder des Internationalen Seegerichtshofs, Ökozid als ein mögliches neues Verbrechen im Rahmen des Römer Statuts sowie die Arbeit der Völkerrechtskommission zum Meeresspiegelanstieg. Die Veranstaltung war Beginn einer Veranstaltungsreihe in 2022, welche die einzelnen Initiativen eingehender beleuchtet.

Rechtsstaatlichkeit, Syrien-Mechanismus, Internationaler Strafgerichtshof (ICC)

Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit gehörte weiterhin zu den liechtensteinischen Prioritäten, u. a. im Kontext der Arbeiten zu Nachhaltigkeitsziel 16, wobei die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, unabhängiger Justiz sowie die Bekämpfung der Korruption im Zentrum standen. Liechtenstein führte seine Zusammenarbeit im Rahmen der Freundesgruppe «Pathfinders» fort.

Liechtenstein setzte sich in verschiedenen UNO-Foren für rechtsstaatliche Prinzipien ein und koordinierte im Sechsten Ausschuss der Generalversammlung (Völkerrecht) zusammen mit Mexiko erneut die Resolution zu diesem Thema. Zudem nahm die prinzipielle Verteidigung der internationalen Rechtsordnung, insbesondere das Gewaltverbot gemäss UNO-Charta eine zentrale Rolle ein.

Liechtenstein setzte seine Führungsrolle zur Frage der Verantwortlichkeit für die in Syrien begangenen Verbrechen fort und koordinierte die informelle Freundesgruppe zum Thema. Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums des Syrien Konfliktes veranstaltete die Ständige Vertretung gemeinsam u. a. mit Deutschland, Katar, den USA, Grossbritannien und Frankreich eine virtuelle Nebenveranstaltung, welche die unterschiedlichen Dimensionen des Konflikts und dessen verheerende Auswirkungen beleuchtete (politisch, rechtlich, humanitär, sozial, wirtschaftlich), mit dem Einbezug von relevanten (internationalen) zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Liechtenstein setzte sich weiter aktiv für die Belange des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) ein, der unter verstärkten politischen Druck seiner Gegner, aber auch von Seiten gewisser Vertragsparteien kam. Unter der Biden-Administration machten die USA ihre Strafmassnahmen gegen den ICC, darunter auch gezielte Massnahmen gegen die Chefanklägerin, rückgängig.

Liechtenstein war ein Jahr lang im Büro der Vertragsstaatenversammlung tätig, die Amtszeit wurde mit Deutschland aufgeteilt. Während seiner Mitgliedschaft trug Liechtenstein zu einem Prozess der «lessons learned» für die Wahl des/r Chefanklägers/in bei. Die laufenden Arbeiten im Rahmen der liechtensteinischen

Kampagne für die Statuts-Zusätze zum Verbrechen der Aggression wurden fortgesetzt und durch die Erhöhung der Anzahl Ratifizierungen auf 41 belohnt (mit Mongolei als die neueste Ratifizierung). Liechtenstein lancierte den Bericht des Expertenrats, der sich mit der Anwendung des Römer Statuts auf Cyberkriegsführung und den sich daraus ergebenden völkerrechtlichen Fragen befasst. Die Ständige Vertretung wird die Erkenntnisse des Berichts in Veranstaltungen mit relevanten Partnern in 2022 weiter verbreiten.

Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung

Aufgrund der Covid-19-Pandemie wurde die Kommission zur Rechtstellung der Frau in hybridem Format und ohne physische Hauptstadtbeteiligung abgehalten. Das Hauptprodukt der CSW war eine politische Erklärung zum Schwerpunktthema «Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen und am öffentlichen Leben sowie die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen». Liechtenstein gelang es, Bestimmungen u. a. zum gleichberechtigten Zugang zu qualitativer Bildung und zum Justizsystem zu stärken. Regierungsrätin Dr. Katrin Eggenberger leitete die liechtensteinische Delegation und nahm an der Generaldiskussion und am Runden Tisch teil und präsentierte u. a. die Ergebnisse der liechtensteinischen Landtagswahlen als wichtigen Fortschritt für die Gleichstellung der Frau.

In den Arbeiten des Dritten Ausschuss der Generalversammlung (Menschenrechte) priorisierte Liechtenstein u. a. die Situationen in Myanmar und in Syrien sowie die Resolutionen zu Kinderrechten und MenschenrechtsverteidigerInnen. In Verhandlungen setzte sich Liechtenstein erfolgreich für stärkere Bestimmungen u. a. zum Kampf gegen Menschenhandel, Zugang zum Justizsystem und strafrechtlicher Verantwortlichkeit ein und verteidigte langjährige Konsenssprache u. a. zum ICC und Geschlechtergleichheit. Liechtenstein schloss sich überregionalen Statements gegen Menschenrechtsverletzungen in China sowie gegen die Instrumentalisierung von MigrantInnen durch die belarussischen Behörden an den EU-Aussengrenzen an, welche von 43 bzw. 46 Staaten mitgetragen wurden.

Abrüstung

Im Kontext hoher geopolitischer Spannungen und einer sich beschleunigenden Aufrüstungsspirale priorisierte Liechtenstein die Teilnahme an den Abrüstungsdiskussionen. Im Rahmen des Ersten Ausschusses der Generalversammlung (Abrüstung) bedauerte Liechtenstein die Erosion bzw. den Verlust von zentralen Pfeilern der internationalen sowie europäischen Sicherheit und rief zu einer Verlängerung des New START Vertrags sowie zu einer konstruktiven Haltung in Vorbereitung der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags (NPT) von 2022 auf. Zudem setzte sich Liechtenstein für eine angemessene völkerrechtliche Regulierung eines immer stärker militarisierten Cyberspace und technologischer Fortschritte im Bereich der automatisierten Waffensysteme ein.

Liechtenstein machte seine Unterstützung für den Vertrag zum Verbot von Nuklearwaffen (TPNW) deutlich, der Nuklearwaffen als letzte Kategorie von Massenvernichtungswaffen einem umfassenden Verbot unterwirft.

Liechtenstein nahm erneut an den Beratungen der Arbeitsgruppe über Cybersicherheit teil und unterstützte die Rechtsmeinung, dass das geltende Völkerrecht vollumfänglich im Cyberspace anwendbar ist, insbesondere die UNO-Charta, das humanitäre Völkerrecht sowie die internationalen Menschenrechtsinstrumente.

Sicherheit und Konfliktprävention

Liechtenstein verfolgte die Tätigkeit des Sicherheitsrats in Schwerpunktbereichen, vor allem in den thematischen Arbeiten des Rates. Konflikte, bei welchen Zivilisten schwersten Verbrechen ausgesetzt sind (z. B. Syrien, Myanmar, Äthiopien/Tigray, Jemen), und Konflikte in Europa (insbesondere die Ukraine) standen dabei im Zentrum. Im Kontext der Covid-19-Pandemie rief Liechtenstein den Sicherheitsrat wiederholt dazu auf, sein enges, auf militärische Aspekte eingeschränktes Sicherheitskonzept zu erweitern. Die Klimaresolution, welche von insgesamt 113 Staaten miteingebracht, aber durch ein russisches Veto blockiert wurde, ist Ausdruck eines solchen umfassenden Sicherheitsverständnisses. Liechtenstein beteiligte sich an 17 offenen Debatten u. a. zum internationalen Recht, zum Schutz von Zivilisten, Frauen und Kindern in bewaffneten Konflikten, zu Konflikten in Europa und im Nahen Osten sowie zu Arbeitsmethoden des Rates. Zudem nahm Liechtenstein aktiv an neun «Arria Formel» Treffen sowie zahlreichen informellen Debatten des Sicherheitsrates und den Nachbereitungstreffen am Ende einer Präsidentschaft teil.

Liechtenstein führte seine Unterstützung für die thematischen Agenden des Sicherheitsrates fort, insbesondere Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS), Kinder in bewaffneten Konflikten (CAAC) und Schutz von Zivilisten. Im Rahmen seines Engagements gegen sexuelle und geschlechterbasierte Gewalt legte Liechtenstein besonderes Augenmerk auf die stark tabuisierte, jedoch weitverbreitete Problematik der sexuellen Gewalt gegen Männer und Jungen in Konflikten und organisierte mit der liechtensteinischen NGO All Survivors Project (ASP) Veranstaltungen und Briefings zum Thema. Liechtenstein veranstaltete gemeinsam mit dem Georgetown Institute on Women, Peace and Security (GIWPS) einen Event zur Präsentation der Studienergebnisse zum Zusammenhang zwischen weiblichen Streitkräften und dem Respekt für humanitäres Völkerrecht.

Recht auf Selbstbestimmung

Die Ständige Vertretung führte mit dem Liechtenstein Institute on Self-Determination (LISD) in Princeton die

Arbeiten zum Selbstbestimmungsrecht als Instrument zur Konfliktprävention weiter. Im März wurde das Handbuch über das Selbstbestimmungsrecht bei der Prävention und Lösung von Konflikten veröffentlicht und anschliessend u.a. Staaten, UNO-Sonderbeauftragten und MediatorInnen, auch auf dem Europäischen Regionalforum für Minderheitenfragen, präsentiert. Der Fokus der Aktivitäten in 2022 liegt auf der Umsetzung der Empfehlungen des Handbuchs und deren Anwendung in der Praxis.

Im Rahmen seiner Arbeiten zu Selbstbestimmung legte Liechtenstein einen stärkeren Fokus auf die Frage, wie sich der Klimawandel und insbesondere der Meeresspiegelanstieg auf das Selbstbestimmungsrecht der Staaten auswirkt. Liechtenstein veröffentliche zusammen mit dem LISD ein Policy Paper zum Thema Selbstbestimmung und Meeresspiegelanstieg. Ebenso machte es eine Eingabe an die Studiengruppe der Völkerrechtskommission zur Verbindung zwischen dem Meeresspiegelanstieg und Völkerrecht. Im Mittelpunkt der Eingabe steht das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Staaten.

UNO-Reform

Liechtenstein setzte sich weiterhin für die Stärkung der Generalversammlung, insbesondere im Verhältnis zum Sicherheitsrat, ein. Es fanden vielversprechende Vorkonsultationen statt zur Initiative, die Generalversammlung automatisch zu befassen, wenn der Sicherheitsrat durch ein Veto blockiert ist. Insbesondere das Veto gegen die Klimaresolution im Sicherheitsrat, welche von einer breiten Mehrheit unterstützt wurde, unterstreicht die Relevanz der Initiative.

Als Mitglied der ACT-Gruppe erhielt Liechtenstein regelmässigen privilegierten Zugang zu den Agenden zukünftiger Sicherheitsratspräsidentschaften und unterhielt einen Dialog mit den gewählten zehn Sicherheitsratsmitgliedern zu Reformen der Arbeitsmethoden des Rates, u.a. zu rechtsstaatlichen Standards im Sanktionsbereich.

Der von Liechtenstein initiierte ACT-Verhaltenskodex betreffend Handeln des UNO-Sicherheitsrats gegen Massenverbrechen erfuhr mit mittlerweile 122 Unterzeichnerstaaten erneut wachsende Unterstützung. Bei den weiteren Arbeiten der ACT-Gruppe stand das Auswahlverfahren für den UNO-Generalsekretär im Zentrum.

Zum Thema Sicherheitsratsreform wurden keinerlei Fortschritte verzeichnet. Aufgrund der Covid-19-Pandemie wurden die Diskussionen deutlich abgekürzt.

Die Arbeit der UNO wurde auch während der Covid-19-Pandemie durch kritische Engpässe in der Liquidität eingeschränkt, verursacht durch schlechte Zahlungsmoral der Mitgliedsstaaten. Liechtenstein gehört weiterhin zu den wenigen Beitragszahlern, welche pünktlich und komplett einzahlen.

Ständige Mission in Genf

Leiter: Botschafter Kurt Jäger
Botschafter Dr. Peter Matt sel. bis 8. März 2021

Die Ständige Mission in Genf nimmt die liechtensteinischen Interessen in den Beziehungen zu den internationalen Organisationen mit Sitz in Genf wahr. Mit Priorität werden dabei die Agenden der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und der Welthandelsorganisation (WTO) sowie die Aktivitäten des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UNO) betreut.

Im Berichtsjahr waren die Mitarbeitenden der Ständigen Mission stark betroffen vom plötzlichen Hinschied von Botschafter Peter Matt am 8. März. Zu seinem Andenken hielt die Mission Statements im UNO-Menschenrechtsrat und im WTO-Generalrat. Zudem führte sie am 30. März eine virtuelle Gedenkveranstaltung durch. Im EFTA-Rat wurde Peter Matt ebenfalls ausdrücklich gewürdigt. Die anschliessenden Wochen waren geprägt von der Bearbeitung der zahlreichen Beileidskundgebungen und der Wahrnehmung der vielen administrativen und logistischen Aufgaben, die direkt oder indirekt im Zusammenhang mit dem Ableben von Botschafter Peter Matt anfielen. Botschafter Kurt Jäger wurde von der Regierung im März als neuer Botschafter in Genf ernannt. Bis Ende August blieb er auch weiterhin für die Botschaft in Washington zuständig. Der Botschafterwechsel und die damit einhergehenden Anpassungen sowie die Akkreditierungen bei der EFTA (7.4.), UNO Genf (26.5.) und WTO (26.4.) prägten die Arbeiten der Mission im Frühsommer des Berichtsjahres.

Gleichzeitig blieb die Ständige Mission zusammen mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten hautverantwortlich für die Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen zwischen den EWR/EFTA-Staaten und dem Vereinigten Königreich, die schliesslich im Juni erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Das Abkommen wurde am 8. Juli 2021 in London unterzeichnet. Für Liechtenstein unterzeichnete Regierungsrätin Dominique Hasler.

In Bezug auf die EFTA konzentrierte sich die Tätigkeit der Mission auf die von Genf aus koordinierten Drittlandaktivitäten. Im Berichtsjahr konnten die Arbeiten zu einem EFTA-Modellkapitel über den digitalen Handel (E-Commerce) abgeschlossen und ein Überwachungsmechanismus im Bereich Handel und nachhaltige Entwicklung erarbeitet werden. Weitere horizontale Themen, wie Transparenz/Kommunikation oder Nutzungsraten von Freihandelsabkommen, standen vermehrt im Zentrum der EFTA-internen Diskussionen.

In der WTO wurden die Verhandlungen im Hinblick auf die 12. Ministerkonferenz, die im Dezember in Genf hätte stattfinden sollen, intensiviert. Die Konferenz wurde aufgrund der pandemiebedingten Situation (Omicron) und den damit einhergehenden Reiserestriktionen kurzfristig abgesagt resp. bis auf Weiteres vertagt. Einzelne Fortschritte gab es dennoch zu verzeichnen. So konnte

Anfang Dezember eine Erklärung, mit der die plurilateralen Verhandlungen über Regeln für Zulassungsverfahren im Dienstleistungsbereich abgeschlossen wurden (Joint Statement Initiative on Services Domestic Regulation), von den 67 teilnehmenden WTO-Mitgliedern, darunter Liechtenstein, verabschiedet werden.

In Bezug auf die UNO richtete die Ständige Mission ihr Engagement hauptsächlich auf die Mitarbeit im Rahmen des Menschenrechtsrats. Die Mitarbeitenden der Ständigen Mission nahmen aktiv an den Sessionen des Rates sowie an der Überprüfung der Menschenrechtssituation anderer Staaten im Rahmen der «Universal Periodic Review (UPR)» teil. Die meisten Sessionen und Treffen fanden wegen der Pandemie weiterhin virtuell statt. Liechtenstein hatte im Berichtsjahr zudem den Vorsitz in der Regionalgruppe der westeuropäischen und anderen Staaten (WEOG) inne, was mit einem grossen Aufwand verbunden war, aber Liechtenstein eine grosse Sichtbarkeit einbrachte.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Auch in diesem Berichtsjahr wurden aufgrund der verhängten lokalen und weltweiten Restriktionen und Lockdowns im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie die meisten Treffen und Verhandlungen der EFTA wiederum per Videokonferenz durchgeführt. Trotz schwieriger Gegebenheiten und neuer Arbeitsmethoden und -techniken konnten in einzelnen Dossiers Fortschritte erzielt werden. In anderen stiessen die Verhandlungen der EFTA jedoch mit der virtuellen Arbeitsweise auch an Grenzen.

Aktivitäten im Drittlandbereich – Freihandelsabkommen

Die Mitarbeitenden der Ständigen Mission nahmen im Berichtsjahr an den Treffen des EFTA-Rats auf Botschafterebene (8) und der Stellvertreter und Stellvertreterinnen (8) sowie an den Treffen des Drittlandkomitees (3) und Budgetkomitees (2) teil. Zudem fanden zwei per Videokonferenz durchgeführte «Plattform-Treffen» zur Strategieplanung der EFTA in Freihandelsbeziehungen zu Drittstaaten statt. Am 31. Mai wurde das EFTA-Ministertreffen bereits zum zweiten Mal in Folge per Videokonferenz durchgeführt. Die EFTA-Minister und -Ministerinnen trafen sich gleichentags auch mit dem Parlamentarier- und Konsultativkomitee. An beiden virtuellen Treffen war Liechtenstein durch Regierungsrätin Dominique Hasler vertreten. Das offizielle Ministertreffen stand auch im Berichtsjahr im Zeichen der Covid-19-Pandemie, einer erhöhten Transparenz bei den Freihandelsverhandlungen und der nachhaltigen Entwicklung. Im Weiteren wurden die laufenden Freihandelsverhandlungen und das Modellkapitel über den digitalen Handel diskutiert. Die Ministerinnen und Minister verabschiedeten zudem eine Erklärung zu einer vertieften EFTA-Kooperation bei Handelsthemen in Krisensituationen (wie zuletzt bei Covid-19-Massnahmen – Exportrestriktionen für Gesundheitsgüter durch die EU). Der isländische Aussenminister lud ausserdem zu einem informellen Treffen der EFTA-Minister und Ministerinnen zu Beginn des isländischen EFTA-Vorsitzes am 6. Juli in Siglufjördur in Island ein. Regierungsrätin Dominique Hasler nahm an diesem physisch durchgeführten Treffen ebenfalls teil.

Im Berichtsjahr traten das revidierte Freihandelsabkommen EFTA-Türkei (1. Oktober) und das Freihandelsabkommen EFTA-Indonesien (1. November) in Kraft. Hinsichtlich der Ratifikation des Beitrittsprotokolls zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den zentralamerikanischen Staaten hat Guatemala das Beitrittsprotokoll ratifiziert, der Beitritt konnte aber noch nicht vollzogen werden, weil die Ratifikation der beiden anderen zentralamerikanischen Staaten – Panama und Costa Rica – noch nicht erfolgt ist. Nach der grundsätzlichen Einigung vom Vorjahr auf den Abschluss der Freihandelsverhandlungen mit MERCOSUR, bestehend aus Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, trafen sich die Delegationsleiter und Delegationsleiterinnen im März zu einem Austausch über alle noch offenen technischen und politischen Fragen. Auf technischer Ebene und bei der rechtlichen Überprüfung der Verhandlungstexte konnten im Berichtsjahr Fortschritte erzielt werden. In politischer Hinsicht bleibt ein definitiver Abschluss des Abkommens stark beeinflusst von den Entwicklungen hinsichtlich des Freihandelsabkommens, das die EU mit MERCOSUR ausgehandelt, aber noch nicht ratifiziert hat. In diesem Zusammenhang führten die EFTA-Staaten mit MERCOSUR auch erste Gespräche über eine mögliche zusätzliche Vereinbarung zum Freihandelsabkommen über Klima- und Umweltfragen (Abholzung des Regenwaldes im Amazonasgebiet), analog zur EU. Mit Moldawien konnten im Berichtsjahr Freihandelsverhandlungen aufgenommen werden. Es fanden zwei virtuelle Verhandlungsrunden und diverse Expertengespräche statt. Die Gespräche sind weit fortgeschritten. Grösserer Verhandlungsbedarf besteht hingegen weiterhin bei den Verhandlungen mit Indien, Vietnam und Malaysia. Im Mai gab es ein virtuelles Treffen zwischen der indischen Verhandlungsleiterin und der EFTA-Verhandlungsleiterin, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Weitere Treffen auf Expertenebene im Bereich Dienstleistungen und hinsichtlich Marktzugangsangebot im Warenbereich wurden abgehalten. Indien zeigte sich zwar Willens, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, bestand jedoch weiterhin auf seiner Forderung nach einem verbesserten Angebot der EFTA-Staaten für die grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung durch den vorübergehenden Aufenthalt von natürlichen Personen. Mit Vietnam fanden diverse Expertengespräche sowie im September ein Treffen auf Ebene der Delegationsleitenden zu den noch offenen Fragen zum Geistigen Eigentum und öffentlichen Beschaffungswesen statt. Im Nachgang zum Staatsbesuch des vietnamesischen Präsidenten in der Schweiz im Herbst wurden die Verhandlungen intensiviert. Die

Verhandlungen mit Malaysia wurden durch zwei Regierungswechsel in Malaysia innerhalb von kurzer Zeit erschwert. Die 10. Verhandlungsrunde fand virtuell im Mai statt, eine weitere Verhandlungsrunde folgte Anfang September. Da im Vorfeld der virtuellen 11. Verhandlungsrunde vom September wiederum ein Regierungswechsel erfolgt war und das Verhandlungsmandat seitens Malaysias noch nicht vorlag, konnten in dieser Runde weniger Fortschritte als erwartet erzielt werden. Im Herbst fand dennoch ein weiteres Treffen auf Expertenebene (zu Investitionen) statt. Auch die umfangreichen, von Malaysia gewünschten Kooperationsaktivitäten (technische Hilfe) wurden im Berichtsjahr weiter erörtert. Malaysia wurde die benötigte Zeit eingeräumt, um über das weitere Vorgehen in den Verhandlungen mit den EFTA-Staaten zu entscheiden und das entsprechende Mandat zu verabschieden. Nachdem es eine Machbarkeitsstudie fertiggestellt hatte, fand mit Thailand im Berichtsjahr ein Austausch über die «Terms of Reference» (Mandat) für die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der EFTA statt. Es wird mit einer Aufnahme der Verhandlungen im ersten Halbjahr 2022 gerechnet.

Die Modernisierung und Erweiterung von bestehenden Freihandelsabkommen sind weiterhin wichtig. Mit den SACU-Staaten, bestehend aus Botswana, Lesotho, Namibia, Südafrika und Swasiland (neu Königreich Eswatini), gab es diesbezüglich im Berichtsjahr jedoch weiterhin wenig Fortschritte, vor allem was die Aufnahme eines Kapitels über Handel und nachhaltige Entwicklung anbelangt, welches für die EFTA von grosser Bedeutung ist. Ein diesbezügliches Verhandlungsmandat für die SACU-Staaten steht noch aus. Mit Chile führten die EFTA-Staaten Anfang Jahr ein Treffen auf Ebene der Verhandlungsleiter mit Einbezug einiger Expertinnen und Experten durch. Anfang März wurde die dritte, volle Verhandlungsrunde zur Modernisierung des bestehenden Abkommens per Videokonferenz abgehalten, und es fanden zudem im Berichtsjahr mehrere Treffen der Expertinnen und Experten in den Bereichen Finanzdienstleistungen, Dienstleistungen, Waren und geografische Herkunftsangaben statt. Obwohl während des Jahres gute Fortschritte erzielt werden konnten, hat Chile die für November geplante nächste Verhandlungsrunde aufgrund der dortigen Präsidentschaftswahlen und den Unsicherheiten in Bezug auf den Abschluss der Verhandlungen mit der EU abgesagt. In die Verhandlungen mit Mexiko kam schliesslich nach langem Unterbruch erstmals wieder Bewegung: Mexiko hat seine bisherige Verhandlungsposition Mitte des Berichtsjahres geändert und interne Konsultationen mit dem Privatsektor durchgeführt. Anschliessend wurden den EFTA-Staaten überarbeitete Forderungslisten für Landwirtschaftsprodukte übermittelt (aufgrund des Zollvertrags gibt es für die Schweiz und Liechtenstein nur eine Liste). Diese wurden von den EFTA-Staaten analysiert und ein Treffen auf Verhandlungsleiterebene ist für das neue Jahr geplant, um das weitere Vorgehen zu diskutieren. Bei weiteren bestehenden Abkommen wurden die aktuellen Entwicklungen und mögliche Modernisierungsprozesse im Berichtsjahr diskutiert, so z. B. hinsichtlich Singapur und Südkorea. Am 15. November fand in Seoul eine hybride Veranstaltung zur Feier des 15-jährigen Jubiläums des Inkrafttretens des Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und Südkorea statt. Im Verhältnis zum Golfkooperationsrat (GCC) gab es im Berichtsjahr zahlreiche Bemühungen um ein Treffen des Gemischten Ausschusses sowie des Unterausschusses für Zollfragen, um pendente Themen, die vor allem auch für die Wirtschaftsakteure von Bedeutung sind (Anwendungsdatum, Einführung von Sicherungsmassnahmen etc.), zu besprechen. Ein Treffen des Unterausschusses für Zollfragen (Aktualisierung von Zolltarifen) fand schliesslich Ende Jahr statt. Das Treffen des Gemischten Ausschusses wurde hingegen erst auf Anfang 2022 festgelegt. Auch mit Ägypten fanden Gespräche und ein Treffen der Landwirtschaftsexperten und -expertinnen statt. Die nach Ablauf der Gültigkeit von Protokoll A zum Freihandelsabkommen unilateral gewährten Konzessionen für verarbeitete Landwirtschaftsprodukte (PAPs) wurden im Berichtsjahr von den EFTA-Staaten nicht mehr verlängert (fehlende rechtliche Grundlage). Diesbezügliche Verhandlungen (Protokoll A) sollen möglichst rasch aufgenommen werden. Mit Tunesien fand im November ein Expertentreffen über die Aktualisierung der Ursprungskumulierung im Freihandelsabkommen statt, und Tunesien äusserte dabei auch den Wunsch, das Freihandelsabkommen aus dem Jahr 2004 zu modernisieren. Das weitere Vorgehen soll in einem Treffen des Gemischten Ausschusses unter dem Abkommen diskutiert werden. Die Gesamtleitung der Verhandlungen auf EFTA-Seite würde in diesem Fall Liechtenstein innehaben. Im Berichtsjahr fand unter den bestehenden Freihandelsabkommen ausserdem ein Treffen (per Videokonferenz) des Gemischten Ausschusses mit Ecuador statt. Die EFTA-Staaten nutzten das Treffen, um den neu entwickelten Mechanismus zur Überprüfung der Umsetzung von Bestimmungen über Handel und nachhaltige Entwicklung erstmals anzuwenden.

Im Berichtsjahr wurde die Übernahme der revidierten Konvention über die Paneuropa-Mittelmeer-Kumulierung (PEM) in die betroffenen 13 Freihandelsabkommen durch entsprechende Beschlüsse der entsprechenden Gemischten Ausschüsse mit den PEM-Partnern vorbereitet. Bis Ende Jahr konnten trotz intensiver Bemühungen des EFTA-Sekretariats bisher erst die notwendigen Beschlüsse mit Serbien und Albanien sowie mit Montenegro und Nord Mazedonien gefasst werden. Bei den restlichen Partnern werden weitere Bemühungen unternommen, um eine zügige Übernahme der Regelungen anzustreben.

Im Berichtsjahr unternahmen die EFTA-Staaten weitere Schritte zur Aufnahme von Verhandlungen mit neuen Partnerländern. Erste Textentwürfe für die

Aufnahme der Verhandlungen mit dem Kosovo wurden ausgearbeitet, konnten wegen der besonderen völkerrechtlichen Stellung des Kosovo aber noch nicht finalisiert werden. Die ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) zeigte sich nach mehreren Jahren bereit, mit den EFTA-Staaten eine Zusammenarbeitserklärung abzuschliessen. Im Berichtsjahr wurde der Entwurf der Zusammenarbeitserklärung ausgearbeitet.

Im November führten die EFTA-Staaten nach einem pandemiebedingten Unterbruch im Vorjahr zum 7. Mal einen handelspolitischen Dialog mit dem Büro des US-Handelsbeauftragten (USTR) in Washington D.C. durch. Australien erstellte im Berichtsjahr eine Machbarkeitsstudie für ein eventuelles Freihandelsabkommen mit den EFTA-Staaten. Dessen Ergebnisse wurden jedoch nicht veröffentlicht.

E-Commerce

Die EFTA-Arbeitsgruppe zum digitalen Handel (E-Commerce) konnte die Arbeiten zur Erarbeitung von Modellbestimmungen abschliessen. Die Gruppe traf sich nach ihrer Etablierung am 25. Juni 2019 in Malbun bis im September des Berichtsjahres insgesamt fünfzehn Mal. Zu lange umstrittenen Themen wie dem grenzüberschreitenden Datenfluss konnten schliesslich Lösungen gefunden und das Modellkapitel für künftige Freihandelsabkommen fertiggestellt werden. Das EFTA-Parlamentarier- und das Konsultativkomitee wurde in die Konsultationen miteinbezogen.

Horizontale Themen

In einzelnen EFTA-Staaten sind Freihandelsverhandlungen zu einem festen Gegenstand der nationalen politischen Diskussionen geworden und unterliegen nicht zuletzt im Hinblick auf das Thema Handel und nachhaltige Entwicklung einer eingehenderen innenpolitischen Debatte. Eine EFTA-Arbeitsgruppe zur Transparenz hatte vor diesem Hintergrund im Jahr 2020 Vorschläge für zusätzliche Massnahmen ausgearbeitet. Diese wurden anschliessend von den Ministerinnen und Ministern genehmigt. Die Massnahmen sollen die Information der Öffentlichkeit und den Austausch mit dem EFTA-Parlamentarier- und dem Konsultativkomitee stärken. Sämtliche beschlossenen Massnahmen wurden im Berichtsjahr umgesetzt und werden laufend neu beurteilt und bei Bedarf angepasst. Die Zusammenarbeit mit den beiden Beratenden Ausschüssen der EFTA wurde zu diesem Zweck intensiviert. Eine weitere Arbeitsgruppe erarbeitete einen Mechanismus zur Überprüfung der Umsetzung von Bestimmungen über Handel und nachhaltige Entwicklung und wandte ihn im Berichtsjahr erstmals an. Auch hier werden die Beratenden Ausschüsse in den Vorbereitungen jeweils konsultiert.

Die horizontalen Themen nahmen im Berichtsjahr einen wichtigen Platz ein. Dazu gehört auch eine Studie zur Nutzungsrate von EFTA-Freihandelsabkommen durch die Wirtschaftsakteure in den EFTA-Staaten. In insgesamt sechs Treffen konnten im Berichtsjahr gute Fortschritte erzielt werden. Alle Daten der EFTA-Mitgliedsstaaten konnten in der Zwischenzeit zusammengetragen werden, und der Austausch mit den Partnerstaaten funktionierte gut. Ein erster Bericht der Arbeitsgruppe über die Erkenntnisse soll Anfang 2022 vorliegen. Es ist wichtig, dass Freihandelsabkommen «quantifizierbar» gemacht werden und konkrete Zahlen vorliegen, um künftige strategische Entscheide fällen zu können und eine wissenschaftliche Grundlage für die öffentliche Diskussion über den Nutzen von Freihandelsabkommen zu haben. Ein weiteres horizontales Thema sind Nachhaltigkeits-Folgeabschätzungen (sustainability impact assessments, SIAs; ex-post- sowie ex-ante-Untersuchungen). Im Februar fand die erste Sitzung der neuen Arbeitsgruppe zu diesem Thema statt. Nach dem Abschluss einer von der der Schweiz bei der OECD in Auftrag gegebenen Studie werden die Arbeiten EFTA-intern weitergeführt. Die EFTA leistet auch technische Hilfe an Drittstaaten. Eine neuer «Werkzeugkasten für technische Hilfe» wurde ausgearbeitet und konnte im Berichtsjahr genehmigt und teilweise bereits umgesetzt und angewandt werden. Dies ermöglicht neue Wege und Instrumente hinsichtlich der technischen Zusammenarbeit mit Drittstaaten (Webinare, neue Inhalte, stärkerer Fokus auf EFTA-Interessen, aktivere Rolle des Sekretariats etc.).

Im Berichtsjahr konnte auch der Umzug des EFTA-Sekretariats (zusammen mit FMO und ESA) ins neu erstellte «EFTA House» in Brüssel vollzogen werden. Zudem konnten die Beratungen zur vom «EFTA Board of Auditors (EBOA)» angeregten Erweiterung seines Mandats abgeschlossen werden. Das neue Mandat wurde schliesslich durch Ratsbeschluss an international gültige Standards angepasst (Inkraftsetzung 2022). Es ermöglicht EBOA, neu auch sogenannte Compliance- und Leistungsüberprüfungen durchzuführen. Das EFTA-Sekretariat hat im Berichtsjahr schrittweise auf eine neue IT-Plattform – Microsoft Teams/Sharepoint – umgestellt und arbeitet vorerst im Drittlandbereich hauptsächlich damit. Einzelne Mitgliedsstaaten bekunden noch Mühe mit der Umstellung (insbesondere wegen nationaler Archivierungsbestimmungen) und es wird nach geeigneten Lösungen gesucht.

Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich (UK)

Nachdem sich die EU und UK Ende Dezember 2020 auf ein Handels- und Kooperationsabkommen geeinigt hatten, wurden die Verhandlungen zwischen den drei EWR/EFTA-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen) und UK im ersten Halbjahr intensiviert. Diese Verhandlungen haben die Ständige Mission in Genf über Monate stark beschäftigt und konnten dank der im Berichtsjahr etwas reduzierten Intensität der EFTA-Drittlandaktivitäten bewältigt werden. Parallel zu den Gesprächen mit UK führten die EWR/EFTA-Staaten jeweils in

zahlreichen Expertentreffen die internen Vorbereitungen zu den verschiedenen Verhandlungskapiteln weiter. Ein zusätzlicher Aufwand ergab sich auch aus der internen Vorbereitung mit involvierten Regierungs- und Amtsstellen sowie den Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern in Liechtenstein. Es fanden auch mehrere Treffen der Chefunterhändler statt. Für Liechtenstein wurde nach dem Tod von Botschafter Peter Matt Herr Botschafter Kurt Jäger von der Regierung als Chefunterhändler für die Verhandlungen mit UK ernannt. Im Juni konnten die Verhandlungen, die ausschliesslich virtuell geführt worden waren, nach weniger als einem Jahr erfolgreich abgeschlossen werden. Für Liechtenstein wurde das Abkommen am 8. Juli von Regierungsrätin Dominique Hasler in London unterzeichnet.

Personelles

Per 1. Oktober trat Frank Büchel die Nachfolge von Pascal Schafhauser als Stellvertretender EFTA-Generalsekretär in Genf an.

Welthandelsorganisation (WTO)

Am 15. Februar wurde Frau Ngozi Okonjo-Iweala (Nigeria) an einer Sondersitzung des Allgemeinen Rates als neue Generaldirektorin der WTO (ab 1. März 2021) ernannt. Sie ist die erste Frau und die erste Afrikanerin an der Spitze der Organisation. Über das ganze Jahr liefen die Vorbereitungen im Hinblick auf die für Dezember in Genf geplante 12. Ministerkonferenz auf Hochtouren. Kurz vor dem geplanten Konferenzbeginn musste die Ministerkonferenz jedoch wegen neuer coronabedingter Reiserestriktionen erneut verschoben werden. Ursprünglich hätte die Konferenz im Juni 2020 in Kasachstan stattfinden sollen. Die Mission konzentrierte ihre Aktivitäten im Berichtsjahr weiterhin auf Verhandlungen unter WTO-Mitgliedern, die sich der Erarbeitung und Aktualisierung von Standards zu aktuellen Handelsthemen widmeten. Zu diesen plurilateralen Initiativen gehören insbesondere die Verhandlungen über internationale Standards für die innerstaatliche Regulierung des Handels mit Dienstleistungen (Joint Statement Initiative on Services Domestic Regulation) und die Verhandlungen über den digitalen Handel (E-Commerce). Am 2. Dezember konnten 67 WTO-Mitglieder, darunter Liechtenstein, eine Erklärung verabschieden, mit der die plurilateralen Verhandlungen über Regeln für Zulassungsverfahren im Dienstleistungsbereich abgeschlossen wurden. Die Standards sollen sicherstellen, dass die nationalen Regulierungsverfahren für den Handel mit Dienstleistungen klar, vorhersehbar und transparent sind und den Handel nicht unnötig behindern. Im Hinblick auf die WTO-Ministerkonferenz wurden Gespräche und Verhandlungen auch in anderen Gruppen intensiviert, so z. B. im Bereich Landwirtschaft. So kam es zu einer Zunahme an formellen und informellen Treffen, um über mögliche Ergebnisse im Landwirtschaftsbereich an der Konferenz zu diskutieren. Liechtenstein nahm im Rahmen der G10-Gruppe (Nettoimporteure von Agrarprodukten), die aktuell neben Liechtenstein die Schweiz, Norwegen, Island, Japan, Südkorea, Taiwan und Israel umfasst, zu den unterschiedlichen Vorschlägen Stellung. Die Konsultationen werden auch nach Verschiebung des Ministertreffens weitergeführt. Liechtenstein hat dabei vor allem mit Bezug auf «Domestic Support» ein Interesse, dass die Landwirtschaftssubventionen nicht weiterer eingeschränkt werden müssen. Trotz zahlreicher Konsultationen war bis zum Schluss nicht klar, ob eine Einigung an der Ministerkonferenz im Landwirtschaftsbereich hätte erzielt werden können.

Bei den Verhandlungen über den elektronischen Handel (E-Commerce) konnten ebenfalls gute Fortschritte erzielt werden. Es besteht eine vorläufige Einigung zu einzelnen Artikeln, wie insbesondere über den elektronischen Geschäftsverkehr, den Schutz von Online-Konsumenten oder die Verwendung von elektronischen Handelsformularen. Bei den umstritteneren Themen wie dem grenzüberschreitenden Datenfluss, den Lokalisierungspflichten für Datenspeicher oder dem Zugang zum Quellkode besteht allerdings weiterhin grosser Verhandlungsbedarf. Die multilateralen Verhandlungen im Bereich Fischereisubventionen fanden ohne Beteiligung Liechtensteins statt.

Der Botschafter und weitere Mitarbeitende der Mission nahmen im Berichtsjahr an den regelmässig stattfindenden Sitzungen (hauptsächlich in virtueller Form) des Allgemeinen Rates sowie des Verhandlungsausschusses der WTO teil. Daneben vertrat die Mission Liechtenstein im Juni an einem Treffen des WTO-Ausschusses über das öffentliche Beschaffungswesen. Schliesslich unterstützte Liechtenstein die strukturierten Gespräche über Handel und ökologische Nachhaltigkeit, bei denen u. a. ein neuer Versuch unternommen werden soll, um globale Standards für den Handel mit umweltfreundlichen Waren und Dienstleistungen zu erarbeiten. Die Mission beteiligte sich auch an der Intensivierung von Gesprächen über eine Reform der Subventionen für fossile Brennstoffe.

Der Prozess der Überprüfung der Handelspraktiken der Schweiz und Liechtensteins (Trade Policy Review, TPR) durch die WTO, der alle fünf Jahre stattfindet, begann im Mai und wird mit der Behandlung des WTO-Berichts durch den TPR-Ausschuss am 18. und 20. Mai 2022 in Genf abgeschlossen werden. Ein umfangreicher Fragenkatalog zur laufenden Überprüfung wurde im Berichtsjahr von der Mission zusammen mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten sowie diversen Sachverständigen in liechtensteinischen Amtsstellen beantwortet und mit der Schweiz koordiniert. Eine weitere Konsultationsrunde erfolgte nach der Zustellung der ersten Textbausteine für den Bericht des WTO-Sekretariats, dessen Besuch in Liechtenstein im Februar 2022 vorgesehen wurde.

Vereinte Nationen (UNO) und andere internationale Organisationen

Die UNO in Genf kämpfte im Berichtsjahr weiterhin mit den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie sowie mit Liquiditätsproblemen aufgrund von nicht bezahlten Mitgliederbeiträgen und gestiegenen Kosten. Durch die Covid-19-Massnahmen, welche lokal und international getroffen wurden (Lockdown, Reiserestriktionen, Grenzschliessungen etc.), war das «internationale Genf» bereits seit Beginn der Pandemie von einem Tag auf den anderen quasi lahmgelegt worden. Mit unterschiedlichen Massnahmen, wie dem Abhalten von Meetings in hybrider (virtuelle und physische Präsenz) oder virtueller Form, konnten aber im Berichtsjahr die meisten Konferenzen dennoch durchgeführt werden.

UNO-Menschenrechtsrat/UPR

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der Mission in Bezug auf die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen in Genf stand auch im Berichtsjahr der UNO-Menschenrechtsrat. Erstmals hatte Liechtenstein dabei während des Berichtsjahres den Vorsitz unter den WEOG-Staaten (Western European and Others Group) inne. Vor und während der Sessionen des Menschenrechtsrats fanden jeweils mehrere Koordinationssitzungen, einerseits mit der Gruppe selbst und andererseits mit dem Büro des Vorsitzes des Menschenrechtsrats und den anderen Regionalkoordinatoren, statt. Während der 46. Session nahm Liechtenstein zudem die Koordination der quadrilateralen Gruppe wahr (Liechtenstein, Schweiz, Österreich, Slowenien). Liechtenstein ist nicht Mitglied des aus 47 Staaten zusammengesetzten Menschenrechtsrats, nimmt jedoch eine aktive und weitreichende Beobachterrolle ein, was von der internationalen Gemeinschaft sehr geschätzt wird. Der Menschenrechtsrat führte im Berichtsjahr die Sessionen 46, 47 und 48 durch und konnte sein Arbeitsprogramm erfüllen. Die Sessionen fanden im Berichtsjahr hauptsächlich in virtueller (oder hybrider) Form statt. Neben den ordentlichen drei Sessionen fanden im Berichtsjahr zudem insgesamt fünf Sondersessionen statt, nämlich zu den Situationen in Myanmar (12. Februar), den besetzten palästinensischen Gebieten (28. Mai), Afghanistan (24. August), Sudan (5. November) und Äthiopien (17. Dezember). Alle drei regulären Sessionen dauerten jeweils eine Woche länger als geplant, was zusammen mit der Rekordanzahl von fünf Sondersessionen in einem überaus arbeitsintensiven Jahr für den Menschenrechtsrat führte.

Das hochrangige Segment des UN-Menschenrechtsrats, bei dem die Teilnahme hoher Regierungsvertreter vorgesehen ist, fand anlässlich der 46. Session vom 22. bis 24. Februar ebenfalls nur in virtueller Form statt. Regierungsrätin Dr. Katrin Eggenberger richtete sich dabei in einer Videobotschaft an das Gremium und äusserte sich darin zu den negativen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, zur möglichen Anwendung des E-Voting-Verfahrens der UNO-Vollversammlung auf den Menschenrechtsrat, zur anstehenden Mandatsverlängerung des Sonderberichterstatters zum Recht auf Privatsphäre, zur Rechenschaftspflicht bei Menschenrechtsverletzungen, zu den Menschenrechtssituationen in Myanmar, Syrien und Weissrussland sowie zu Liechtensteins Unterzeichnung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

In der ordentlichen 46. Session äusserte sich Liechtenstein zudem im interaktiven Dialog zu Weissrussland sowie als Reaktion auf den mündlichen Bericht der Hochkommissarin für Menschenrechte zur globalen Menschenrechtssituation. Liechtenstein brachte sich aktiv in den Verhandlungen zu den wichtigsten Resolutionen ein und war zudem zusammen mit Deutschland, Brasilien, Österreich und Mexiko Teil der Kerngruppe zur Resolution über die Mandatsverlängerung des Sonderberichterstatters zum Recht auf Privatsphäre. Liechtenstein meldete sich mehrfach im Plenum zu unterschiedlichen Themen zu Wort und schloss sich 17 gemeinsamen Statements im Rat an, wovon die gemeinsamen Statements zur Menschenrechtssituation in Russland, Ägypten, Tigray/Äthiopien und Venezuela hervorzuheben sind. Der Menschenrechtsrat hielt in der Session sieben Podiumsdiskussionen, zwei davon hochrangig, und besprach insgesamt 86 Berichte, die vorgelegt wurden. In den letzten beiden Tagen der 46. Session wurden 32 Texte, darunter 31 Resolutionen und eine Entscheidung, verabschiedet, unter anderem die länderspezifischen Resolutionen zu Nicaragua, den besetzten palästinensischen Gebieten, Sri Lanka, Iran, Myanmar, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Südsudan, Syrien und Weissrussland.

Die 47. Session des UN-Menschenrechtsrats fand vom 21. Juni bis 14. Juli statt. Es war bisher die längste Juni-Session. Zu den Gründen dafür gehörten eine Kombination von Covid-19 und budgetären Massnahmen sowie eine überdurchschnittliche Anzahl von interaktiven Dialogen. Während der Session wurden insgesamt 27 Texte, darunter 25 Resolutionen sowie zwei Entscheidungen verabschiedet. Eine geplante Stellungnahme der Vorsitzenden des Menschenrechtsrats zur Covid-19-Pandemie kam aufgrund eines Einspruchs Russland nicht zustande. Mit 12 Resolutionen wurde beinahe die Hälfte der aufgelegten Texte nicht im Konsens, sondern per Abstimmung verabschiedet. Zudem wurden insgesamt rekordverdächtige 51 Abänderungsanträge zu eingereichten Texten eingebracht. Unter den Resolutionen waren fünf länderspezifische Resolutionen, welche sich mit Eritrea, Syrien, der Situation von Rohingya in Myanmar, der Tigray-Region in Äthiopien sowie mit Weissrussland befassten. Liechtenstein war in dieser Session in keiner Kerngruppe vertreten, hat sich aber aktiv in eine Vielzahl von Verhandlungen eingebracht. Zudem hat sich Liechtenstein in 13 nationalen Statements geäussert und sich 24 gemeinsamen Statements

angeschlossen, darunter auch länderspezifische Statements zu China, Nicaragua, Venezuela, Irak und Weissrussland.

Auch die 48. Session des UN-Menschenrechtsrates vom 13. September bis 8. Oktober fand fast vollständig in virtueller Form statt. Während der Session wurden insgesamt 26 Texte, darunter 25 Resolutionen und ein Statement des Vorsitzes verabschiedet. Erstmals in der Geschichte des Rates wurde eine Resolution per Abstimmung abgelehnt, nämlich eine der beiden Resolutionen zu Jemen. Mit 12 Resolutionen wurde beinahe die Hälfte der aufgelegten Texte nicht im Konsens, sondern per Abstimmung verabschiedet. Zudem wurden insgesamt gut 40 Abänderungsanträge zu eingereichten Texten eingebracht, wovon einige allerdings nach zusätzlichen Verhandlungen wieder zurückgezogen wurden. Unter den Resolutionen waren viele länderspezifisch, indem sie sich mit Syrien, Jemen, Kambodscha, Libyen, Afghanistan, Burundi, Somalia und weiteren Staaten befassten. Die Resolution zu Sudan wurde hingegen aufgrund der im Oktober zu verzeichnenden positiven Entwicklungen im Land nicht mehr weitergeführt. Liechtenstein war in dieser Session in der Kerngruppe für die Resolution zum Recht auf Privatsphäre im digitalen Zeitalter vertreten und brachte sich überdies aktiv in eine Vielzahl von Verhandlungen ein. Zudem äusserte sich Liechtenstein in 16 nationalen Statements und schloss sich 21 gemeinsamen Statements, darunter auch den länderspezifischen Statements zu Nicaragua, zweimal Äthiopien, zur Krim und zum Sudan an. Neben der aktiven Mitarbeit an der Ausarbeitung von Resolutionen und der Abgabe von Statements, organisierte Liechtenstein auch eine Nebenveranstaltung zum Thema «Casualty Recording in Syrien».

Liechtenstein führte zudem im Frühling des Berichtsjahres ein Webinar über die Rekrutierung von Kindersoldaten durch. Im Juni stellte Liechtenstein zusammen mit der Schweiz und der Nicht-Regierungsorganisation Universal Rights Group den Abschlussbericht des 7. Glion Human Rights Dialogue vor. Die Vorbereitungen für den 8. Glion Human Rights Dialogue, der für 2022 geplant ist, erstreckten sich über die restliche Zeit des Berichtsjahres.

Liechtenstein nahm auch an einem Treffen im November bezüglich der Massnahmen zur Effizienzsteigerung des Menschenrechtsrats teil. Gemäss der zu diesem Thema eingesetzten Berichterstatterin ist trotz Einsparungen die Sitzungsdauer des Rats in den regulären Sessionen im Berichtsjahr mit 125 Sitzungen wieder fast auf die 139 Sitzungen im Jahr 2019 (Vergleich 2020: 116 Sitzungen) angewachsen. Dies liegt an der Zunahme an in Auftrag gegebenen Berichten und von Sitzungen, die durch Resolutionen ausgelöst werden. Generell ist damit zu rechnen, dass künftig mit längeren Sessionen (wie bereit im Berichtsjahr) gerechnet werden muss. Die Mitgliedstaaten des Menschenrechtsrates zeigten sich weiterhin über die finanzielle Situation des OHCHR besorgt, sprachen diesem jedoch ihre Unterstützung zu. Bei der Präsentation des Jahresberichts im Berichtsjahr wurde erwähnt, dass das Büro der Hochkommissarin für Menschenrechte (OHCHR) im Jahr 2020 etwa 25% seiner Arbeit nicht durch das reguläre Budget finanzieren konnte. Das Budget war nicht dem wachsenden Mandat des OHCHR entsprechend erhöht worden, weshalb das Büro weiterhin auf freiwillige Beträge der Mitgliedstaaten angewiesen war. Dies ist auch im Folgejahr der Fall.

Liechtenstein ist im Rahmen der Arbeiten im Menschenrechtsrat in eine Reihe von informellen Gruppierungen zu verschiedenen Themen und in unterschiedlichen Formationen eingebunden und beteiligt sich aktiv an den Arbeiten und am gegenseitigen Informations- und Meinungsaustausch innerhalb dieser Gruppierungen. Es sind dies unter anderem die WEOG-Gruppe, wo Liechtenstein im Berichtsjahr den Vorsitz innehatte, die Juscanz-Gruppe, diverse Freundesgruppe zu unterschiedlichen Themen, das Forum kleiner Staaten (Forum of Small States, FoSS), die Mountains-Gruppe sowie die Quadrilaterale Gruppe (Liechtenstein, Österreich, Slowenien und die Schweiz). Zudem hatte Liechtenstein in Zusammenarbeit mit den Niederlanden im Vorjahr die Freundesgruppe zu «Accountability» ins Leben gerufen, die sich im Berichtsjahr einmal auf Botschafter- und zweimal auf Expertenebene traf und sich zu aktuellen Initiativen zum Thema ausgetauscht hat.

Die Mission nahm an der 37., 38. und 39. Session der Arbeitsgruppe des UN-Menschenrechtsrats zur universellen periodischen Überprüfung (Universal Periodic Review, UPR) teil. Die UPR ist eines der zentralen Elemente des Menschenrechtsrates. Bei diesem Mechanismus sprechen sich die UNO-Mitgliedsstaaten gegenseitig Empfehlungen zur Verbesserung ihrer innerstaatlichen Menschenrechtssituation aus. Liechtenstein beteiligte sich gemäss Strategie der dritten Überprüfungsrunde mit Empfehlungen zu Staaten, die zum Zeitpunkt ihrer Überprüfung Mitglied des UN-Menschenrechtsrats waren, zu den fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates (P5) sowie zu Staaten, die unter besonderer Beobachtung des Rates standen. Mit dieser Vorgehensweise stellt Liechtenstein solche Ratsmitglieder unter besondere Beobachtung, da diese Staaten eine besondere Verantwortung für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte haben. Im Berichtsjahr wurden Statements zu folgenden Staaten abgegeben: Mauretanien, Nepal, Österreich, Myanmar, Dänemark, Somalia, Namibia und Ungarn. Zu den weiteren Staaten wurden Fragen im Vorfeld eingereicht. Die im November 2021 angedachte Überprüfung des Sudan wurde aufgrund des kurz davor erfolgten Militärcoups ins Folgejahr verschoben.

Anfang November des Berichtsjahres wurde zudem das neue UNO-Verwaltungsgebäude, welches sich auf dem Gelände des Palais des Nations befindet, eingeweiht.

Am 1. Mai wurde die virtuelle Fotoausstellung «Not a Woman's Job?» eröffnet. Auch Liechtenstein beteiligte sich mit zwei Fotobeiträgen an der Ausstellung. Die Fotos portraitieren Brigitte Haas, Geschäftsführerin der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, sowie Johanna Stingl, Polymechaniklernende bei der OC Oerlikon Balzers.

Hinterlegung der liechtensteinischen Beitrittsurkunden zu zwei WIPO-Verträgen
Am 22. September überreichte der Ständige Vertreter Liechtensteins dem Generaldirektor der Weltorganisation für Geistiges Eigentum (WIPO), Daren Tang, die Urkunden für den Beitritt Liechtensteins zu den Verträgen von Marrakesch und Peking. Der Vertrag von Peking räumt Schauspielerinnen und Schauspielern sowie anderen audiovisuellen Künstlerinnen und Künstlern mehr Rechte an ihrer Arbeit ein und verbessert damit ihre Verdienstmöglichkeiten, während der Vertrag von Marrakesch die Herstellung und den internationalen Transfer von speziell angepassten Büchern für blinde und sehbehinderte Menschen erleichtert.

Teilnahme an anderen Konferenzen und Konsultationen

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Mission vertraten Liechtenstein im Berichtsjahr zudem an verschiedenen Konferenzen, u. a. nahm der Botschafter am Vertragsstaatentreffen des Komitees zur UNO-Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlungen oder Strafen (CAT) sowie an der Generalversammlung der Weltorganisation für Geistiges Eigentum (WIPO) teil. Im Weiteren vertrat die Mission Liechtenstein auch an der 48. und 49. ordentlichen Session sowie an zwei Sondersitzungen des UNAIDS Programme Co-ordinating Board (PCB), an denen u. a. die Strategie für 2021 bis 2026 unter dem Titel «End Inequalities. End AIDS. Global AIDS Strategy 2021-2026» behandelt und im Konsens verabschiedet wurde. Die Mitarbeitenden der Mission nahmen auch an unzähligen Treffen und Briefings verschiedenster Akteure, inkl. des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK), dem Büro der Hochkommissarin für Menschenrechte (OHCHR), diverser UNO-Komitees sowie an Veranstaltungen von Nichtregierungsorganisationen teil.

Diverses

Erfreulicherweise konnte am 8. Oktober des Berichtsjahres ein physischer Antrittsbesuch von Regierungsrätin Dominique Hasler in Genf stattfinden. Bei dieser Gelegenheit traf sich Regierungsrätin Hasler mit IKRK-Präsident Peter Maurer, UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, den Ständigen Vertreterinnen und Vertretern der Schweiz und Österreichs und Deutschlands sowie mit dem neuen, stellvertretenden Generalsekretär der EFTA, dem Liechtensteiner Frank Büchel. Mit der Mission in Genf wurden ausserdem die Prioritäten und strategische Ausrichtung Liechtensteins in Genf für die kommenden Jahre besprochen.

Botschafter Kurt Jäger führte, soweit es die Covid-19-Vorschriften in Genf zuliessen, soziale Anlässe für die Vertreterinnen und Vertreter des internationalen Genfs durch oder nahm an solchen teil. Je ein Empfang konnte im Juli im Rahmen des WEOG-Vorsitzes zusammen mit UK und im September für die Mountains-Staatengruppe durchgeführt werden.

Botschafter Kurt Jäger sowie die anderen Missionsangehörigen trafen sich in der Berichtsperiode aufgrund der Covid-19-Pandemie (virtuell oder wenn möglich persönlich) mit vielen Vertreterinnen und Vertretern von internationalen Organisationen, anderen Ständigen Vertretungen oder Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Der Botschafter absolvierte zudem diverse Höflichkeitsbesuche/Antrittsbesuche. Am 22. September unterzeichnete er zusammen mit der Botschafterin Namibias auf Wunsch Namibias eine gemeinsame Erklärung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Liechtenstein und Namibia.

Die Mission wurde auch im Berichtsjahr bis Ende Oktober von einer Praktikantin unterstützt.

Sportrat

Vorsitzende: Biggi Beck-Blum

Die Aufgabe des Sportrates ist gemäss Sportgesetz die Beratung der Regierung in sämtlichen Fragen und Bereichen betreffend den Sport. Er übernimmt dabei untern anderem die Beratung bei Fragen der Sportinfrastrukturförderung und die Ausarbeitung von wissenschaftlich fundierten Entscheidungsgrundlagen.

Mitglieder des Sportrates
Hans Lichtsteiner, Hansjörg Lingg, Georges Lüchinger, Martina Augsburger und Biggi Beck-Blum (Präsidentin).

Am 1. Oktober wurde Biggi Beck-Blum als Vorsitzende des Sportrates von der Regierung für die restliche Mandatsperiode bis Ende 2022 bestellt. Biggi Beck-Blum ersetzt die ehemalige Vorsitzende Hanni Weirather-Wenzel, die sich aus verschiedenen Gründen entschieden hat, den Vorsitz abzugeben. Ein grosser Dank geht an Hanni für ihre geleistete Arbeit in den letzten 3 Jahren.

Der Sportrat hat im Berichtsjahr 5 Sitzungen abgehalten. Dabei stand im Vordergrund, das bereits vorhandene Sportmonitoring aus dem Jahr 2015 zu aktualisieren. Es wurden zusätzliche Umfragen zu den Themen Sport- und Bewegungsverhalten in Liechtenstein und Sport- und Bewegungsverhalten von Jugendlichen in Liechtenstein durchgeführt. Im Weiteren gibt es 2 ergänzende Module zu den Themen Sportstätten und Bewegung und Mobilität. Bedingt durch Covid-19 musste die Pressekonferenz für die Vorstellung des neuen Sportmonitorings auf Januar 2022 verschoben werden.

Das Sportmonitoring 2021 dient nun als wesentliche Grundlage für die Erarbeitung eines Sport- und Bewegungskonzeptes. Dafür wird Anfang 2022 eine neu definierte Arbeitsgruppe von der Regierung eingesetzt.

Der Sportrat wird auf Grundlage des neue Sportmonitorings und den verschiedenen zusätzlichen Studien Rückschlüsse ziehen, die auch als wichtige Entscheidungsgrundlage für die Regierung als auch für die Definition der sportlichen Ziele in Liechtenstein dienen.